

hochschule

leipziger beiträge
zu hochschule &
wissenschaft

ost

special

Peer Pasternack (Hrsg.)

Eine nachholende Debatte

Der innerdeutsche Philosophenstreit 1996/97

Leipzig 1998

INHALT

<i>Ulrich Johannes Schneider:</i> Situation der Philosophie, Kultur der Philosophen. Über die neudeutsche Universitätsphilosophie	7
<i>Rüdiger Zill:</i> Staatsphilosophie	22
<i>Guntolf Herzberg:</i> Lautes oder lauter Schweigen? Über die Schwierigkeiten der Philosophen, die DDR-Philosophie aufzuarbeiten	24
<i>Guntolf Herzberg:</i> Warum ist nicht alles so geblieben, wie es war?.....	32
<i>Wilhelm Schmid:</i> Zur Situation der Philosophie.....	36
<i>Klaus-M. Kodalle:</i> Über die Unfähigkeit zur analytischen Kritik	38
<i>Hans-Ulrich Wöhler:</i> Die Erfahrung des Anderen.....	46
<i>Wolfgang Bialas:</i> DDR-Philosophie – Ideologie der Macht oder Wissenschaft des Geistes?	56
<i>Klaus-Dieter Eichler:</i> Tabula rasa und Kontinuität. Anmerkungen zu einer Diskussion	61
<i>Ulrich Johannes Schneider:</i> Der Skandal der Abwicklung. Selbstvergessen – wie deutsche Philosophen die DDR-Geschichte verdrängen.....	71
<i>Volker Gerhardt:</i> Die DDR war keine Idylle. Für eine kritische Marxismus-Diskussion. Eine Antwort auf Ulrich J. Schneider.....	75
<i>Volker Gerhardt:</i> Philosophieren nach dem Marxismus. Rückblick auf eine überwundene Teilung.....	80
<i>Guntolf Herzberg:</i> Leere Schubladen. Zum Mythos einer Subkultur in der DDR-Philosophie	100
<i>Ulrich Johannes Schneider:</i> Hinter Mauern aus Text. Mutmaßungen über die DDR-Philosophie	104

<i>Mark Siemons:</i> Im Zeichen des Zirkels. Ein Streit um das philosophische Erbe der DDR	112
<i>Joachim Christian Horn:</i> Manfred Buhr zum Apparatschik gestempelt	116
<i>Volker Gerhardt:</i> Der Geist schwelgt im Futur. Kulturschranke: Von den Intellektuellen und der DDR-Philosophie	118
<i>Andreas Krause:</i> Formaldehyd für die elfte Feuerbachthese. Denken im Staatsdienst: Streit um den Marxismus und die Abwicklung der DDR-Philosophie	121
<i>Kerstin Decker:</i> Wenn Philosophen sich streiten. Gab es in der DDR nur eine staat- lich verordnete Philosophie oder auch philosophisches Denken?	125
<i>Tagesspiegel-Interview mit Ulrich Johannes Schneider</i>	127
<i>Volker Gerhardt:</i> Philosophie in der DDR. In den Machtapparat verstrickt	128
<i>Thomas Heinrichs & Heike Weinbach:</i> Mit PhilosophInnen ist ein Staat zu machen. Selbstaufgabe und Abwicklung der DDR-Philosophie	130
<i>Reinhart Maurer:</i> Der Liberalismus siegt. Die Abwicklung und das Schweigen der Philosophen	138
<i>Suetsugu Toshiyasu:</i> Plädoyer für einen „Streit der Konzepte“	159
<i>Udo Marquardt:</i> Die philosophische Wende. Von der Abwicklung der DDR-Philosophie	171
<i>Peer Pasternack:</i> Eine nachholende Debatte. Der innerdeutsche Philosophenstreit 1996/97	180

Anhang

<i>Peer Pasternack:</i> Philosophie & Philosophen in der DDR. Philosophie in Ostdeutschland nach 1989. Bibliographie für den Erscheinungszeitraum 1990 - 1998	195
1. Selbständige Publikationen (195). 2. Artikel (216) Autoren & Autorinnen	231

Die Drucklegung des vorliegenden Bandes wird unterstützt durch den *Fördererkreis demokratischer Volks- und Hochschulbildung e.V.*, Hamburg

Zu danken ist den AutorInnen, Redaktionen bzw. Verlagen für die freundlich erteilten Nachdruckgenehmigungen.

hochschule ost. leipziger beiträge zu hochschule & wissenschaft

Verlegt durch den Arbeitskreis Hochschulpolitische Öffentlichkeit beim StuRa der Universität Leipzig

Redaktion:

Sonja Brentjes, Falk Bretschneider (Schriftleitung), Frank Geißler, Monika Gibas, Thomas Neie, Peer Pasternack (Herausgeber), Thomas Perler, Stephan R. Sandler, Georg Schuppener

UNIVERSITÄT LEIPZIG
STUDENTINNEN
Rat

Redaktionsanschrift: Universität Leipzig, PF 920, 04009 Leipzig.

Hausanschrift: Augustusplatz 11, 04109 Leipzig.

Tel. (0177) 32 70 900.

Fax (0341) 97 37 859.

E-Mail: hso@server1.rz.uni-leipzig.de.

hochschule ost im Internet:

<http://www.uni-leipzig.de/~zhs/hso/hoframe.html>

Die veröffentlichten Beiträge geben selbstverständlich nicht in jedem Falle Meinungen des Arbeitskreises HpÖ bzw. der Redaktion wieder.

Die Redaktion lädt zur Einsendung von Manuskripten (Ausdruck + Diskette) ein. Ein Veröffentlichungsanspruch besteht nicht.

hochschule ost erscheint quartalsweise.

ISSN 0944-7989. Dieser Band: ISBN 3-9806319-0-7

Situation der Philosophie, Kultur der Philosophen^{*} Über die neudeutsche Universitätsphilosophie¹

Ulrich Johannes Schneider

Leipzig

Seit 1990 sind westdeutsche Verhältnisse auch im Osten der erweiterten BRD anzutreffen: Für wenige Bereiche trifft das so allgemein zu wie für die Universitäten, die in den neuen Bundesländern strukturell de-

nen der alten Bundesländer gleichgemacht wurden. Die Inhalte haben gewechselt, je nach Disziplin. Aber ist damit alles gesagt? Was heißt das zum Beispiel für die Philosophie, nachdem die Universitäten das westdeutsche Muster adaptiert haben, und zugleich Inhalte und Personen fast völlig ausgetauscht wurden?

In der DDR gab es Philosophie als Fach an mehreren Universitäten in eigenen Sektionen, die neben den Sektionen für Marxismus-Leninismus bestanden. Zwar wurden alle Lehrenden der Philosophie als Marxisten-Leninisten angesehen und verstanden sich in der Regel selbst auch so, es gab gleichwohl ein relativ breites Spektrum verschiedener Interessen, sowohl in historischer als auch in systematischer Hinsicht. Wie im Westen gab es Philosophiehistoriker für Antike, Mittelalter, Neuzeit und Moderne (genannt „bürgerliche Philosophie“), dazu noch solche für die zeitgenössische westliche Philosophie (genannt „spätbürgerliche“ Philosophie). Im systematischen Bereich variierten die Interessen von Erkenntnistheorie über Wissenschaftstheorie bis hin zu ethischen und sozialen Problemen. Es gab in der Forschung durchaus so etwas wie die Bildung schulähnlicher Zusammenhänge um einzelne Lehrstühle.

* Erstveröffentlichung: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* 1/1996, S. 149–159.

¹ Teile des folgenden Textes sind identisch mit einem unveröffentlichten Meinungsbild, das der Verfasser auf Anfrage der UNESCO erstellt hat. Der Verfasser, aus dem Westen Deutschlands kommend und seit 1992 Assistent am Philosophischen Institut der Universität Leipzig, hat seine Ausführungen mit vielen ost- und westdeutschen Philosophen diskutiert, meistens kontrovers. Vielleicht kann diese Veröffentlichung dazu dienen, das im Titel angesprochene Thema zu vertiefen.

Allseitiges Schweigen

Heute sind die Interessen derer, die an den Universitäten der neuen Bundesländer Philosophie unterrichten, ungleich stärker diversifiziert. Das hat vor allem damit zu tun, daß der Marxismus-Leninismus keine Rolle mehr spielt. Mit der Staatsideologie ist in Ostdeutschland – anders als in Rußland oder Polen – auch der dazugehörige philosophische Betrieb verschwunden; was bis 1990 die Geister beschäftigte, wurde in kurzer Zeit zu einer Größe, über die man nur in der Vergangenheitsform sprechen kann. Dazu kommt, daß die Protagonisten der Philosophie in der DDR heute keine Stimme mehr haben: Während Schriftsteller aus der DDR öffentlich sich noch verteidigen oder erklären, was sie früher schrieben oder sagten, schweigen die Philosophen – mit wenigen Ausnahmen (vgl. die Beiträge in Kapferer (1994)). Sie werden auch nicht gefragt. Zu ihrem Elend kommt noch, daß im Moment ihres Funktionsverlusts auch schon ihre Geschichte geschrieben schien – von westdeutschen Autoren (vgl. Wilharm und Kapferer (1990)).

Etwas unheimlich mutet an, daß diese Zerstörung einer philosophischen Kultur durch eine andere, diese Ersetzung einer Philosophie durch eine andere die Situation der Philosophie im Grunde nicht verändert hat. Heute wird die Philosophie von den Regierungen der einzelnen Länder ebenso relativ großzügig „ingerichtet“ und „ausgestattet“ wie zuvor im sozialistischen Zentralstaat die philosophischen Sektionen. Aber auch diese administrative Stützung ist ein schweigend vollzogenes Werk. Die Universitätsphilosophie scheint aus einer Selbstverständlichkeit in die andere zu geraten, ohne daß eine nicht bloß lokale Diskussion darüber stattgefunden hätte.

Der funktionierende Philosophiebetrieb von heute ist somit in ein dreifaches Schweigen eingebettet: erstens das der ehemaligen DDR-Philosophen, die historisch marginal geworden sind; zweitens das der neuen Regierungen, die mit politischen Mitteln neue Strukturen schaffen; und drittens das derjenigen, die auf die freigewordenen Stellen berufen sind – und dieses Schweigen ist vielleicht am beunruhigendsten, weil es ein Schweigen über die herrschenden Verhältnisse ist.

Wenn westdeutsche Professoren „im Osten“ auftreten, als Teilnehmer an Kolloquien und Workshops, dann wissen sie, daß sie einem Teil ihres Publikum fremd sind. Das halten sie aber aus, hoffend vielleicht auf Gewöhnung und die Macht der Verhältnisse. Nur sehr selten lenken sie das Gespräch an den neuengerichteten Philosophie-Instituten der östlichen Länder auf den gesellschaftlichen Umbruchprozeß und dessen Bedeutung

für ihre Disziplin. Meist wird eine Eingangsbemerkung dazu gemacht. Das akademische Reden und Vortragen scheint den meisten Universitätsphilosophen so sehr Selbstzweck geworden zu sein, daß sie sich über die Bedingungen ihres Verstandenwerdens keine Gedanken mehr machen. Sie haben an anderen Orten schon geübt, die Zuhörer nur als Publikum zu nehmen, als Staffage ihrer Eitelkeit. Die Baustellen in den ostdeutschen Innenstädten beeindruckten viele, aber für die „Umbauarbeiten im Kopf“ der Menschen dort interessiert man sich selten. Den meisten scheint, schlimmer noch, das eine wie das andere ein äußerlicher Prozeß zu sein. Es ist eine Frage, welche die bezahlten Philosophen sich offenbar noch nicht richtig gestellt haben: die Frage nach der Bedeutung, die der administrativ erfolgreiche Umbau der Universitäten in den neuen Bundesländern für die Philosophie hat. Dabei ist kaum eine andere Disziplin in ihrer alten Form so gründlich abgebaut und unmittelbar zugleich damit so grundlegend aufgebaut worden wie die Philosophie an den Universitäten der neuen Bundesländer.

Für die neu in den östlichen Bundesländern lehrend und forschend Tätigen war ein Universitätswechsel nichts Unerwartetes, sondern im Gegenteil ein gewöhnlicher Karriereschritt. Wenn man die Sprache des Beamtenrechts verwenden will, handelte es sich für die an westdeutschen Universitäten ausgebildeten Philosophen um eine „Beförderung“. Beförderung kann man auch allgemein verstehen: Befördert wurden nicht nur Personen, sondern auch Ideen, Haltungen, Auffassungs- und Vermittlungsweisen usw., die mit den in der westdeutschen Gesellschaft sozialisierten Personen verbunden sind. Entlassen dagegen wurde nicht nur eine große Zahl von Personen, die vor 1990 an der Universität angestellt waren, sondern auch eine ganze Reihe von Ideen, Haltungen, Auffassungs- und Vermittlungsweisen usw., die mit den in der ostdeutschen Gesellschaft sozialisierten Personen verbunden waren.

Die Situation der Philosophie in den Jahren nach dem Oktober 1990 ist allgemein durch diese beiden Größen gekennzeichnet: Beförderung und Entlassung. In den neuen Bundesländern bestimmen diese Größen auch individuelle Schicksale: Nachdem diese und jene Personen entlassen, d. h. aus der Universität ausgeschlossen waren, wurden diese und jene anderen Personen auf die freien Stellen befördert. Beides hat Zeit in Anspruch genommen, was bei allen „Beteiligten“ (Beförderten und Entlassenen) die Nerven angriff. Inzwischen hat sich die Spannung gelöst, die Konfrontation zwischen Altem und Neuem ist entschieden, zumindest

was den Personalbestand angeht.² Es drängt sich folgender Eindruck auf: Die Beförderung von Ideen und Gedanken „westlicher Prägung“ an die Institute und Hörsäle „im Osten“ ist von allen Beteiligten als ein Bäumchen-Wechsel-Dich-Spiel aufgefaßt und akzeptiert worden, dessen Regie den Landesregierungen niemals streitig gemacht wurde. Die Ersetzung der Philosophie durch Philosophie ging so reibungslos vonstatten, weil es Politikern überlassen wurde, diese Ersetzung zu bewerkstelligen, und Politiker haben der Einfachheit halber Köpfe ausgetauscht. Eine philosophische Diskussion über die gesellschaftliche Funktion oder Situation der Philosophie konnte ihnen dabei nicht in die Quere kommen – diese Diskussion gab es schon im geteilten Deutschland auf keiner Seite. Philosophen waren Staatsdiener hüben wie drüben und sind es noch heute; ganz wie Soldaten oder Polizisten bequemen sie sich Regeln und Gesetzen; das Befolgen und Gehorchen gelingt ihnen von allein.

Vor 1990 waren sich die Philosophen der BRD und der DDR weitgehend unbekannt. Nur privilegierte DDR-Akademiker konnten an Tagungen im Westen teilnehmen; im Westen bestand meist nur wenig Interesse an Philosophen aus der DDR. Es waren in der Mehrzahl Wissenschaftstheoretiker und Philosophiehistoriker der DDR, die im Westen persönlich bekannt waren. Als 1992 eines der führenden Mitglieder des ehemaligen „Zentralinstituts für Philosophie“ an der Akademie der Wissenschaften der DDR gefragt wurde, was denn von der „DDR-Philosophie“ seiner Meinung nach bleiben würde, antwortete er zur Überraschung vieler: die

² Bis 1990 lehrten etwa 30 Universitätsprofessoren Philosophie in der DDR; es gab an 5 Universitäten eigene „Sektionen für marxistisch-leninistische Philosophie“ (2 große Sektionen in Berlin und Leipzig mit mehr als 10 Professoren, 3 kleine in Greifswald, Halle und Jena). An der Universität Dresden konnten Studenten im Fernstudium Philosophie studieren, an anderen Hochschulen gab es einzelne Lehrstühle für Philosophie. Zusammen mit Assistenten kann man die Zahl der akademischen Lehrer der Philosophie in der DDR auf ca. 150 schätzen. Etwa ebensoviele Philosophen waren an diversen Forschungseinrichtungen tätig (also nicht in der Lehre), die meisten davon im „Zentralinstitut für Philosophie“ der „Akademie der Wissenschaften der DDR“. Heute gibt es 12 philosophische Institute an den Universitäten in Mecklenburg-Vorpommern (Rostock und Greifswald), Brandenburg (Cottbus, Frankfurt an der Oder und Potsdam), Sachsen-Anhalt (Halle und Magdeburg), Thüringen (Jena und Erfurt) und in Sachsen (Leipzig, Chemnitz und Dresden). Die Humboldt-Universität im Land Berlin zählt ebenfalls zu den umstrukturierten Universitäten. An allen Instituten zusammen lehren ca. 35 Philosophieprofessoren (in Berlin und Dresden mehr als 4 pro Institut, sonst weniger); die Zahl der Assistenten und anderer Lehrkräfte ist höher (ca. 60). Insgesamt lehren 1995 in Deutschland an ca. 70 Universitäten ca. 330 Philosophieprofessoren (ohne Assistenten und andere Lehrkräfte).

großen Gesamtausgaben. In der Tat sind die teilweise in Ost-West-Zusammenarbeit unternommenen Werkausgaben von Aristoteles und Leibniz gute Beispiele für den Minimalkonsens, auf dem die gegenseitige Anerkennung auch vor 1990 beruhte. Mit anderen Worten: Es gab keine fachliche Auseinandersetzung, eine Diskussion etwa zur Bedeutung des Marxismus fand auf einer ost-westdeutschen Ebene nicht statt (Ausnahmen bestätigen die Regel). Das ist keineswegs erstaunlich, denn es gilt auch für die Verhältnisse zwischen Frankreich und Deutschland, zwischen England und Deutschland, zwischen Frankreich und England, daß man auf jeder Seite die Denker aus dem jeweils anderen Land oft für befangen, ja für voreingenommen hält. Warum sollte es zwischen den beiden deutschen Staaten anders gewesen sein? Bis auf einzelne marxistische Wissenschaftler im Westen interessierte sich niemand für die Diskussionen im Osten, weil man kein Interesse hatte, sich einzumischen. Genauso umgekehrt: An den Lehrstühlen für „Geschichte der bürgerlichen Philosophie“ wurden die philosophischen Debatten Westdeutschlands zwar kommentierend begleitet, nicht aber mit der Absicht, daran teilzunehmen. Die im politischen Bereich einigermaßen „friedliche Koexistenz“ der beiden deutschen Staaten wurde im kulturellen und wissenschaftlichen Bereich durch Ahnungslosigkeit und Desinteresse, auch durch ein implizites Überlegenheitsgefühl gestützt – auf beiden Seiten.

Das Kommunikationsdefizit vor 1990 hatte natürlich etwas mit der politischen Lage zu tun, aus der auch die Philosophie begriffen werden muß. Philosophieprofessoren waren beiderseits der deutschen Mauer – wenn auch in verschiedenem Grade merklich – ziemlich direkt mit dem Staat verbunden, in dem sie lebten. Im Osten waren die meisten Philosophen Mitglieder der SED und daher über Versammlungen und Aktivitäten anderer Art mit den Meinungsbildungsprozessen der Partei- und Staatsführung vertraut. Nur zur Stunde der mehrmals im Monat regelmäßig stattfindenden Parteiversammlung seien alle Universitätsbüros besetzt gewesen, sagen die Sekretärinnen. Die Universität selbst war der Ort der engsten Berührung von Partei-Ideologie und akademischer Tätigkeit – die im engeren Sinn wissenschaftliche Arbeit fand zu Hause und in Bibliotheken statt.

Westlich der Mauer gab es keine direkte Kontrolle der Aktivitäten der Philosophieprofessoren, sie waren aber, wie alle Professoren, Beamte und mußten mit dem Eid auf die Verfassung etwa in Westberlin auch das Versprechen ablegen, Kontakte mit Personen aus der DDR einer staatlichen Stelle anzuzeigen. Der Augenblick der Verbeamtung war hier (und ist noch) die letzte entscheidende Hürde vor dem Professorenstatus, den man

danach eigentlich nicht mehr verlieren kann. Die als Philosophieprofessoren gescheiterten Arthur Schopenhauer und Friedrich Nietzsche haben bereits im 19. Jahrhundert Spott über die staatliche Anstellung „freier“ Denker vergossen. In der Tat findet die Lehre und Forschung an deutschen Universitäten seit je die äußerste Grenze ihrer Freiheit in der ministerialen Personalpolitik und den darauf orientierten Rücksichten.

Die akademische Philosophie: neuen und alten Mächten ausgeliefert

Die Abhängigkeit der Philosophieprofessoren von der Regierung besteht ganz einfach darin, daß die Personalpolitik nicht in ihren Händen liegt, sondern in denen eines Ministers, der Professoren beruft. Bei den neuen Bundesländern kommt hinzu, daß hier die Personalpolitik weniger Berufungs- als Abberufungspolitik ist.

Das Ministerium setzt neue Leute durch: Das gilt im deutschen System ganz generell und war auch beispielsweise bei Ernst Bloch so, der seine erste Professur 1949 in Leipzig gegen das Votum der Universität nur dank des damaligen Sächsischen Ministeriums erhielt. Nach 1990 haben die Ministerien der neuen Länder die Flut der Besetzungsfragen durch eigens gebildete Fachkommissionen zu bewältigen versucht, die hauptsächlich aus westdeutschen Professoren bestanden mit nur einigen wenigen (zahlenmäßig nicht entscheidenden) „alten“ Mitgliedern der jeweiligen Universität. Inzwischen sind alle Institute besetzt, und es haben drei oder vier DDR-Philosophen den Sprung auf Professorenstellen „neuen Rechts“ geschafft, einigen jüngeren Wissenschaftlern könnte es in Zukunft gelingen. Die Durchsetzung des Neuen stand seitens der Ministerien immer im Zeichen der Abwehr des Alten; der Hebel war hier die Logik der Stellenbesetzung, die eine Logik des Entweder-Oder ist. Unvermeidlich war in ministerieller Perspektive die Entlassung von DDR-Philosophieprofessoren Voraussetzung der Neubesetzungen. DDR-Philosophen verloren ihre Arbeit fast alle aus politischen Gründen, die im „Einigungsvertrag“ zwischen der BRD und der DDR in juristische Kriterien verwandelt wurden. Ihre wissenschaftliche und pädagogische Qualifikation war nie Thema. In Leipzig gibt es drei Fälle, wo verdiente und über die Grenzen der DDR hinaus bekannte und anerkannte Philosophieprofessoren nicht mehr als Lehrende oder Forschende mit der Universität in engere Verbindung treten können. Die Macht des Ministeriums bewirkte eine radikale Abtrennung des Alten vom Neuen. Nur wenige der

Geschaßten haben die philosophische Gelassenheit, persönliche und wissenschaftliche Kontakte über den Graben hinweg zu knüpfen.

Der Einigungsvertrag nennt die Schließung ganzer Einrichtungen „Abwicklung“. Auch die Umgestaltung und Umbesetzung der Sektionen für Philosophie (jetzt Institute für Philosophie) wurde Abwicklung genannt; „wegen Abwicklung“ wurde gekündigt („mangels Bedarf“ sagte dasselbe mit anderen Worten). Die Humboldt-Universität Berlin hat früh schon gegen dieses Verfahren geklagt und gegen das Land Berlin Recht erhalten: Eine Auflösung nur von Teilen (Instituten) oder gar nur eine Neubesetzung von freigemachten Stellen sei keine Abwicklung; jede Kündigung erfordere deshalb eine „Begründung im Einzelfall“. In Leipzig wurden sogar einige Sekretärinnen, die keinen Tag zu arbeiten aufgehört hatten, wegen „Abwicklung“ der Sektion für Philosophie und Neugründung des Instituts für Philosophie ohne Anrechnung der abgeleisteten Dienstjahre von einem Tag auf den anderen als neu angestellt eingestuft. Wie in Sachsen, so erhalten auch in anderen Ländern die meisten wegen Abwicklung oder ähnlich pauschalen Gründen Gekündigten vor Gericht Recht, ohne damit schon in ihre alten Arbeitsverhältnisse zu gelangen.

Das durch solche Willkürmaßnahmen geprägte inneruniversitäre Klima war einer Diskussion der Neuorganisation der Universitäten natürlich nicht förderlich. Im Grabenkampf um Stellen und um eine gerechte Beurteilung ihrer früheren Tätigkeit sind viele DDR-Philosophen verbittert und haben die Energie verloren, sich an einer wissenschaftlichen Auseinandersetzung zu beteiligen. Aber auch auf seiten der Neubestallten Wissenschaftler ist die regierungsamtliche Radikalität auf keinen nennenswerten Widerstand gestoßen. Der eklatante Mangel an Reflexion über die Stellung der Philosophie in der Gesellschaft hat ost- wie westdeutsche Philosophen zu Schachfiguren einer Politik werden lassen, die auf das reibungslose Funktionieren von Lehre und Forschung abzielt. Eine „funktionierende Universität“ wird in öffentlichen Erklärungen von Universitätsrektoren und Universitätspräsidenten oft gefordert, wobei man sich aber darunter offensichtlich vor allem eine Universität ohne politische Auseinandersetzung vorstellt. Die durch die Kultusministerien verantwortete Personalpolitik hat in Deutschland eine lange Tradition; gleichwohl ist das widerspruchslose Funktionieren dieser Politik in der Zeit nach 1990 besonders auffällig. Genauso auffällig ist das unkommentierte Hinnehmen einer ganz anderen Personalpolitik, die von mehr oder weniger geheimen Kommissionen gestaltet wurde, und denen die Universitätsinstitute als Einrichtungen des Öffentlichen Dienstes ausgeliefert

sind. Ihre Mitglieder, vor allem diejenigen, die vorher in der DDR arbeiteten, waren der Beurteilung im Hinblick auf eine Mitarbeit bei der „Stasi“ ausgesetzt. Nach allem, was bekannt geworden ist, finden sich in den Beurteilungen, die von einigermaßen willkürlich zusammengesetzten und selbst unkontrollierten Personalkommissionen zur Entscheidung befördert werden, moralische und juristische Kriterien gemischt. Mit anderen Worten: Es werden bestimmte Arten von Tätigkeiten aus der Zeit vor 1990 gegen einzelne Personen gewendet, ohne daß die Kriterien der Entscheidungen oder die Qualifikation der Entscheidenden eingehend diskutiert würde. Im Bereich der Philosophie vollzieht sich nicht anders als anderswo eine schleichende „Abrechnung“ mit der DDR, wo fast alles undurchsichtig bleibt: Täter, Gründe, Opfer.

Der Stasi-Vorwurf scheint ganz einfach zu sein: Wer irgendwann einmal mit dem Ministerium für Staatssicherheit der DDR zusammengearbeitet hat, offiziell oder inoffiziell, darf kein Beamter werden bzw. im Bereich des Öffentlichen Dienstes keine Anstellung erhalten. Eine inzwischen langjährige öffentliche Debatte um diese allgemeine Strategie der neudeutschen Politik (und um einige wenige Einzelfälle) hat dazu geführt, heute viele Formen der „Zusammenarbeit“ als eher harmlos anzusehen; Kritik hat sich artikuliert an der Benutzung von Akten eines Ministeriums, in dem Fälschung und Desinformation geübte Praxis war. Das Problem ist sehr komplex, denn es gab auch Standpunkte wie den des Schriftstellers Heiner Müller, der zugab, mit der „Stasi“ Kontakte gepflegt zu haben, weil ihm bewußt gewesen sei, mit den Leuten der Partei – besonders in den letzten Jahren der DDR – nicht mehr reden zu können. Ein philosophischer Mitarbeiter aus Leipzig, der ähnlich argumentierte und seine Zusammenarbeit mit der Stasi frühzeitig öffentlich machte, weil er so seine Unschuld beweisen wollte, erreichte damit nur seine sofortige Entlassung. Die meisten reagierten und reagieren anders und warten ab, bis die Mitarbeiter der Gauck-Behörde fündig werden. Wiederum in Leipzig sind 1993 zwei Kollegen von einem auf den anderen Tag verschwunden – sie wurden „rausgegauckt“, wie man sagt. Nichts an diesem Prozeß der Beurteilung war öffentlich: demokratisch nicht legitimierte Personalkommissionen auf der Ebene der Universitäten und der Landesregierungen führten geheime Verfahren zur Anhörung der Betroffenen und Urteilsfindung durch. Den Entlassenen blieb der Weg der Klage, den viele erfolgreich beschritten, ohne allerdings eine Wiedereinstellung erreichen zu können. In keinem Fall hat eine Beurteilung der konkreten Art der Zusammenarbeit die Entscheidung beeinflußt, es war immer nur die Tatsache der Zusammenarbeit selbst ausschlaggebend.

Inzwischen sind die Akten der Stasi von und über Philosophen weitgehend erforscht und vom zuständigen Mitarbeiter der Gauck-Behörde jüngst in großen Zügen öffentlich bekannt gemacht worden (vgl. Herzberg (1994)). Daraus kann man entnehmen, daß die Stasi nur selten rein inhaltliche Gründe hatte, Informationen über Philosophen zu sammeln oder gar in deren Karriere einzugreifen – auch wenn solche inhaltlichen Gründe von Mitarbeitern, d.h. von Philosophen-Spitzeln, angedient wurden. Interesse bestand im wesentlichen an der allgemeinen ideologischen Zuverlässigkeit und an Informationen über Kontakte einzelner Personen ins westliche Ausland. In merkwürdig ähnlicher Fortsetzung dieses Auskundschaftens wissenschaftlich irrelevanter Daten arbeiten die Personalkommissionen im Verein mit der Gauck-Behörde heute noch an einer schematischen Klassifizierung der in der DDR sozialisierten Menschen in „Täter“ und „Opfer“, indem sie die bloße Dokumentierung einer Mitarbeit zur Basis einer Verurteilung machen. So wurde beispielsweise 1993 ein Mitglied des Leipziger Instituts für Philosophie vor die universitäre Personalkommission zitiert, die ihm zwei neuaufgefundene Dokumente zur Last legte: ein Schreiben der Stasi, worin dem Mitarbeiter eine Auslandsreise untersagt wurde mit der Begründung, es sei zu einem früheren Zeitpunkt nicht zu der gewünschten Zusammenarbeit gekommen, und einen leeren Ordner, der offenbar für Berichte angelegt worden war, die der Betreffende nicht geschrieben hat. Die Vermutung ist nicht von der Hand zu weisen, daß erst die Tatsache, daß der Betroffene diesen Vorgang im kleinen Kreis herumerzählte, ihn vor Konsequenzen bewahrt hat, die die Personalkommission aus den ja offenbar entlastenden Dokumenten gegen ihn zu folgern bereit gewesen wäre.

Die Kultur der Philosophen: Verdächtigungen und blinder Fleck

Mit der Demokratisierung der politischen Verhältnisse auf dem Gebiet der ehemaligen DDR hat sich nicht nur der Inhalt der Lehre der Philosophen verändert, sondern mit den westdeutsch gestalteten Universitäten wurde auch eine neue Situation für die Philosophie überhaupt geschaffen. Es gibt einen neuen Rahmen für Handeln und Verhalten der Universitätsphilosophen. Dieser Rahmen scheint nun tatsächlich weit weniger dem gegenseitigen Kennenlernen zu dienen als der Wucherung von Verdächtigungen. Politisch hat den größten Nachdruck der Verdacht gegen die DDR-Philosophen als sogenannte „Kaderphilosophen“ (vgl. Kapferer (1990)), d.h. als Philosophen im Dienst der SED. Dieser Verdacht ist pau-

schal nicht einmal falsch. Er erklärt nur gar nichts, wenn man sich nicht (nachträglich bzw. rückblickend) in die Bedingungen hineinzudenken versucht, unter denen Studium und Forschung im sozialistischen Staat standen.

Für den westlichen Kopf ist das Nachplappern von partei-erzeugten Phrasen und die an der Oberfläche des Gedruckten nicht entdeckbare Kritik schon Zeichen von „Kaderphilosophie“, für das östliche Selbstverständnis dagegen sind im Rückblick die Grenzen enger und pragmatischer gezogen. Kaderphilosophie im eigentlichen Sinn wird hier gar nicht zugegeben, wohl aber das Vorhandensein von Kaderphilosophen: Wissenschaftler, die sich die engeren und kurzfristigeren politischen Zielsetzungen der führenden Partei zu eigen machten und ihre philosophische Kritikfähigkeit dem politischen Kampf unterordneten. Die Überzeugung, daß gegen den Klassenfeind auch das wissenschaftliche Denken parteilich sein müsse, hat solche Philosophen im Vorwort immer zu wenigstens einem Lenin-Zitat greifen lassen: Wer das nicht tat, vielleicht sogar Marx und Engels anzuführen vermied, der war sicher kein Kaderphilosoph. Aber auch solche, die sich auf die „Klassiker“ des Marxismus-Leninismus beriefen, taten es nicht immer blind und affirmativ. Die Kultur der Anspielungen und Auslassungen, der Abstufung von Haupt- und Seitenbemerkungen ist heute in ihrer DDR-spezifischen Raffiniertheit überflüssig geworden. Gleichwohl definierte diese Kultur wesentlich das Feld der intellektuellen Tätigkeit in der DDR-Philosophie.

Der verdächtigende Blick aus dem Westen auf die mehr oder weniger expliziten Zeichen der politischen Indienststellung des philosophischen Denkens in der DDR ist nicht sehr geübt, schon weil er zu selten als reflektierte Bemühung auf die eigene Arbeit angewandt wurde. Daß er insgesamt mehr verstellt als erhellt, läßt sich u.a. daran erkennen, daß er nicht zu erklären vermag, wie in der DDR-Philosophie Konflikte entstanden und ausgetragen wurden. Daß es in der DDR der sechziger Jahre den Versuch gab, die jugoslawische Praxis-Philosophie zu diskutieren, daß es in den achtziger Jahren eine Debatte über Heidegger gab, daß „bürgerliche Philosophie“ überhaupt zunehmend jenseits von Schablonen rezipiert wurde, das verweist auf einzelne Köpfe, die die Enge der philosophischen Debatten aufzubrechen gewillt waren. Daß die DDR-Philosophie dennoch bis zum Ende enger und langweiliger blieb als etwa die russische oder polnische Philosophie, kann man zwar behaupten – und sicher mit ähnlichem Recht, mit dem man die „BRD-Philosophie“ der letzten Jahrzehnte enger und langweiliger finden kann als etwa die französische oder amerikanische Philosophie –, es heißt aber noch nicht, die

Philosophen seien in ihrer Mehrheit stalinistische Betonköpfe gewesen. Es ist wiederum paradox und wurde zuerst von verletzten ostdeutschen Seelen bemerkt, daß die Aburteilungs- und Ausgrenzungsstrategien, die für SED-konformes Verhalten im allgemeinen typisch waren, heute im westlichen Verhalten wieder wirksam werden.

Umgekehrt sind die Verdächtigungen, die von DDR-Philosophen heute gegen die an „ihre“ Universitäten berufenen westdeutsch sozialisierten Nachfolger und (im Ausnahmefall) Kollegen gehegt werden, situationsbedingt bloße Ressentiments, die zum Teil aus dem alten Feindbild-Denken stammen und zum Teil durch neue Erfahrungen motiviert sind (Entlassung, Herabstufung). Die Fähigkeit zur analytischen Kritik war in der DDR kein Bildungsziel; wer sie dennoch erlernte, ist auch gegenwärtig meist frei von Ressentiments.

Es kann heute nicht darum gehen, Gerüchten mehr Gewicht beizumessen, als sie sowieso schon haben. Vielmehr wird von dem wechselseitigem Mißtrauen, für das sich so viele engagieren, gerade überdeckt, wie ähnlich die Verhaltensweisen auf beiden Seiten sind, wie sich die universitätsphilosophischen Kulturen ähneln. Das wissenschaftliche Arbeiten gehorchte vor 1990 in beiden Teilen Deutschlands zwar unterschiedlichen Bedingungen, kam jedoch in einer gewissen Akademisierung überein, in einer gewissen Ritualisierung der schriftlichen und mündlichen Vortrags- und Diskussionsformen. So bildete sich auf beiden Seiten eine Unfähigkeit zur Vermittlung von Philosophie außerhalb der Universitäten heraus. Zwar können die vielfältigen „propagandistischen Aktivitäten“, an denen DDR-Philosophen teilnahmen, als eine Form des Eingehens auf nicht-studentische Zuhörer gelten – als organisierte und Zuhörern wie Dozenten als Pflicht auferlegte Übung war hier allerdings ein genuin philosophisches Interesse an Vermittlung sicher nicht leitend. Heute mag eine solche Unfähigkeit zum Verlassen des akademischen Gehäuses bei einer spezialisierten Wissenschaft unvermeidlich sein, als Charakteristikum einer ganzen Disziplin, die in fast allen ihren Richtungen auf den gesunden Menschenverstand Bezug nimmt, erscheint sie bedenklich. Akademisierung heißt Professionalisierung, und diese hat selbstverständlich die marxistisch-leninistischen Philosophen auf ganz andere Inhalte schwören lassen als die nicht-marxistisch-leninistischen Philosophen. Professionalisierung heißt aber auch Konzentration der individuellen Kommunikationskompetenz auf wenig mehr als das für die Karriere notwendige Maß, und dieser Umstand hat dazu geführt, daß die Universitätsphilosophen aus Ost- und Westdeutschland nach 1990 so unglaublich große Schwierigkeiten hatten (und haben), einander zu verste-

hen. Nicht nur das System der Referenzen (Personen, Schriften, Theorien) war unterschiedlich, auch die Weise des Bezugs (im Verhältnis von expliziten und impliziten Bemerkungen, in Zitaten, Fußnoten usw.). So kommt es, daß noch heute manche der in der DDR sozialisierten Kollegen keine richtige Anschauung davon haben, wie individuell verschieden sich ihre Westkollegen verstehen (obwohl es philosophische Richtungen und sogar Schulen gibt), während auf der anderen Seite viele BRD-sozialisierte Kollegen kaum einen Begriff davon haben, wie verschiedenen Präferenzen und Interessen sich ihre Ostkollegen zuordnen (obwohl hier alle einer philosophischen Richtung angehörten). Sicher war es nach 1990 zuerst ein Unterschied im Wissen, der ein wechselseitiges Verständnis erschwerte; es scheint aber eine beiderseits durchaus ähnliche Unfähigkeit des Umgangs mit „fremdem“ Wissen zu sein, die dieses Verständnis immer noch verzögert.

Wenn die Philosophen, die an den seit 1990 neubesetzten Lehrstühlen in den neuen Bundesländern lehren, sich so wenig für die Philosophie an ihren eigenen Institutionen vor 1990 interessieren, dann liegt das unter anderem daran, daß sie es überhaupt kaum vermögen, sich für die unmittelbare Vergangenheit der Philosophie zu interessieren. Dieses Desinteresse, das alles einschließt, was die soziale und kulturelle Dimension der Philosophie als akademischer Disziplin ausmacht, hat eine Reihe von mehr oder weniger merkbaren Veränderungen begleitet – anders gesagt: Veränderungen sind nicht reflektiert worden. Das trifft auch für die DDR-Philosophen zu, deren Bemühungen um Anpassung verständlicherweise keine Kritik hat laut werden lassen. Was die fachphilosophische Diskussion betrifft, läßt sich an den Beiträgen der *Deutschen Zeitschrift für Philosophie* aus den letzten vier Jahren die „Wende“ in der Interessenlage beobachten: Die Pluralisierung der philosophischen Idiome vollzieht sich ohne Krach und Streit; mit dem Inspizienten hat sich die Souffleuse von der großen Bühne zurückgezogen, und die Akteure reden drauflos, ohne sich sehr darum zu sorgen, ob noch Zuschauer geblieben sind. Wenn hier die Anpassung vollends gelingt, wird auch diese Zeitschrift den Weg zum Fachlich-Sachlichen finden und wie andere Fachorgane vor allem die zu Lesern haben, die in ihr schreiben.

Die Provinzialisierung der deutschen Philosophie in einzelnen „Szenen“ – Hermeneutik, Diskurs- und Kommunikationstheorie, Analytische Philosophie (mit vielen Solisten), „Französischer Einfluß“, Geschichte der Philosophie (als Genre am verbreitetsten), Phänomenologie, Logik und Argumentationstheorie usw. – greift jetzt auch in den neuen Bundesländern um sich. Wenige Personen und noch weniger Institutionen (vom

Kolloquium bis zur thematischen Tagung) überbrücken die sachlich und manchmal auch geographisch auseinanderliegenden Schauplätze des philosophischen Diskurses in Deutschland. Zwar sind die deutschen Philosophen durchaus assoziationsfreudig – die „Allgemeine Gesellschaft für Philosophie in Deutschland“ zählt über 700, die „Gesellschaft für Analytische Philosophie“ fast 400 Mitglieder –, sie ringen sich aber nie zu gemeinsamen Aktionen durch.

Das zeigt sich auch bei der wirklich durchgreifenden Veränderung der universitären Definition der Philosophie, wie sie sich in den letzten zehn Jahren zuerst in der BRD, seit 1990 in ganz Deutschland vollzogen hat: der Etablierung der Philosophie als schulisches Unterrichtsfach. Es wird heute eine Entwicklung vollständig rückgängig gemacht, die im 19. Jahrhundert zur Ausgliederung der Philosophie aus den deutschen Schulen geführt hatte (im Gegensatz etwa zu Frankreich, wo Philosophie seit ebenso langer Zeit Schulfach ist). Philosophieprofessoren werden in Deutschland am Ende des 20. Jahrhunderts immer stärker „Lehrer von Lehrern“, was sie jahrhundertlang hauptsächlich nicht waren. Diese neue Bestimmung ist zugleich höchst variantenreich: Je nach Bundesland sehen die Lehrpläne für das Schulfach Philosophie sehr unterschiedlich aus, wie auch die Ausbildungspläne der Lehrer. In einigen Ländern ist Philosophie nur Teil eines Faches „Ethik“, das auch sehr unterschiedlich definiert ist – von einer Moralkunde, die dem im Westen traditionellen Religionsunterricht nahe ist, bis zum interdisziplinär angelegten Bildungsgang.

Es sind zwar überall Kommissionen am Werk gewesen, die auch mit Philosophen besetzt waren, in denen in Zusammenarbeit mit den Ministerien Lehrpläne und Curricula ausgearbeitet und Inhalt wie Form der Schulfächer definiert werden mußten. Eine größere Aufmerksamkeit findet die neue „Funktion“ der Universitätsphilosophie aber nicht: Professoren und Assistenten haben, so weit ich sehe, noch kaum als Herausforderung begriffen, daß „Lehrer“-Studenten neben den „Magister“-Studenten in den Seminaren sitzen. Die enorme Multiplikationswirkung, der ganz neue und weitgestreute Verbreitungseffekt philosophischen Wissens, das noch viele vor nicht allzu langer Zeit für so schwierig hielten, daß sie es der Wissenschaft vorbehalten wollten – all diese Neuerungen finden so gut wie keinen Eingang in das Selbstverständnis des deutschen Philosophieprofessors, der noch vor kurzem viel Wissenschaftstheorie getrieben hat – als Reflex seiner rein inneruniversitären Rolle. Die in der DDR sozialisierten Philosophen haben hier den gleichen blinden Fleck wie ihre in der BRD sozialisierten Kollegen: Sie scheinen es nicht gelernt zu ha-

ben, die konkreten Vermittlungsformen von Philosophie zu reflektieren. Für die Zukunft steht zu befürchten, daß die Philosophen die Definition ihrer gesellschaftlichen Identität bald an jene abgeben, die nach ihnen verlangen: neben den Kultusministerien vor allem Expertenkommissionen, Verlage, Privatpersonen. Hier gibt es bereits ein gewisses Angebot durch akademische Aussteiger, die – ähnlich wie Therapeuten – eine „Philosophische Praxis“ eröffnet haben.

Vielleicht aber zwingt die neue Aufgabe, Lehrer auszubilden, die Philosophieprofessoren dazu, sich in die Köpfe der Schüler zu versetzen und sich über diesen (Um-)Weg der gesellschaftlichen Realität zu nähern. Doch viel Hoffnung darf man wohl nicht haben, daß die radikale Umformung des Faches Philosophie an der Universität auch in neuer Aufmerksamkeit und neuer Verantwortung denen gegenüber resultiert, die dem Anspruch der Wissenschaftlichkeit gemäß bisher nicht berücksichtigt werden mußten. Auch läßt sich derzeit kaum ausmachen, daß die Studenten ihre Interessen gegenüber den institutionalisierten Köpfen vertreten, die so wenig geübt sind, gesellschaftliche Veränderungen wahrzunehmen.

Schlußbemerkung

Die Situation der Philosophie ist in ganz Deutschland die Situation eines akademischen Faches an den Universitäten. In den neuen Bundesländern haben die Universitäten zudem – wie die ganze Gesellschaft – ihre politische Struktur vollkommen verändert. Daß diese Veränderung von den Philosophieprofessoren schweigend akzeptiert wurde, erweist sie alle, in Ost und West, als gute Staatsbürger und disziplinierte Wissenschaftler, zu deren Wissenschaft es offenbar nicht mehr gehört, Probleme einer zwar friedlichen, aber radikalen Revolution aller Verhältnisse, gedanklich und im Hinblick auf das eigene Tun zu begleiten. Der nächste Kongreß der „Allgemeinen Gesellschaft für Philosophie in Deutschland“, zu dem 1996 in Leipzig ca. 1000 Teilnehmer erwartet werden, bietet im geplanten Programm nirgends ein Forum für Philosophen, die gesellschaftspolitische Lage, geschweige denn ihre eigene Situation zu erörtern. Von der „Dynamik des Wissens und der Werte“ (so der Titel des Kongresses) nehmen sich die professionellen Denker offensichtlich selber aus.

Wahrscheinlich rührt die Unfähigkeit zur Selbstreflexion daher, daß die Philosophie in Deutschland als universitäre Institution auf ihr Verhältnis zum Staat verwiesen war und ist, und ihr Verhältnis zur Gesellschaft nur darüber reflektieren kann. Daß aber selbst von dieser Möglich-

keit wenig Gebrauch gemacht wird und also über die gesellschaftliche Rolle der Philosophie in Deutschland so unglaublich wenig geschrieben und gestritten wird, hat nicht nur mit der professoralen Abhängigkeit von der Regierung zu tun, sondern wahrscheinlich auch mit der philosophischen Kultur, die eine fast rein akademische, wissenschaftliche Kultur ist. Die deutschen Philosophieprofessoren haben seit 1945 die gesellschaftspolitische Einmischung und Auseinandersetzung so gut wie nie gesucht (Ausnahmen bestätigen auch hier die Regel), und sie sind in dieser Abstinenz vom Aktuellen durch die Ereignisse seit 1990 nicht irritiert worden. Die immerhin gelegentlich geäußerte offene Selbstkritik von DDR-Philosophen bleibt eine einsame Übung, aus der sich für die Zukunft nicht viel lernen läßt. Der Diskurs über „Nation“ und „das Nationale“, von wenigen älteren West-Professoren zaghaft begonnen, scheint eher Symptom als der Versuch einer Einlassung auf neue Erfahrungsrealitäten. Indem das große Ganze thematisiert wird, kann die eigene Situation ausgeblendet bleiben

Literatur

Gerd Irrlitz, Ankunft der Utopie, in: *Sinn und Form* 5, 1990, 930–955.

Heiner Wilharm, Denken für eine geschlossene Welt. Philosophie in der DDR, Hamburg 1990.

Norbert Kapferer, Das Feindbild der marxistisch-leninistischen Philosophie in der DDR 1945–1988, Darmstadt 1990.

Volker Caysa/Petra Caysa/Klaus-Dieter Eichler/Elke Uhl, „Hoffnung kann enttäuscht werden“. Ernst Bloch in Leipzig, Frankfurt am Main 1992.

Hans-Peter Krüger, „Rückblick auf die DDR der 70er und 80er Jahre“, in: ders., Demission der Helden, Berlin 1992, 79–103.

Norbert Kapferer (Hg.), Innenansichten ostdeutscher Philosophen, Darmstadt 1994.

Pirmin Stekeler-Weithofer, Philosophie in Leipzig: Neubeginn oder Kontinuität?, in: *hochschule ost*, August 1993, 46–51.

Sonja Brentjes/Peer Pasternack, Berufungsverfahren Ost: Der Spagat zwischen Selbst- und Fremdergänzung, in: *hochschule ost*, Juli/August 1994, 28–43.

Guntolf Herzberg, Erkenntnis und operatives Interesse. Wie die Stasi die akademische Philosophie einspannte und aushorchte (Vortrag auf dem Deutschen Historikertag in Leipzig), in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 30. 9.1994, 42.

Anmerkung der Redaktion [der Deutschen Zeitschrift für Philosophie]:

Wir stellen den Beitrag von Ulrich Johannes Schneider hiermit zur Diskussion. Unsere LeserInnen möchten wir ausdrücklich ermuntern, sich in Leserbriefen mit den aufgeworfenen Problemen auseinanderzusetzen. In Heft 2/1996 werden wir erste kritische Stellungnahmen zum Text publizieren.

Staatsphilosophie*

Rüdiger Zill

Berlin

Wie immer, wenn die Bedrohung zunächst nur als Gerücht erscheint, war die Aufregung groß. Die *Deutsche Zeitschrift für Philosophie*, so wußten Eingeweihte, wolle einen Text publizieren, in dem einer nun

öffentlich zu schreiben wagt, was privatim viele dachten: Nach der deutschen Wiedervereinigung sei die „Abwicklung“ der Philosophen jenseits der Elbe eine reine Machtfrage gewesen. Besonders an der Berliner Humboldt-Universität war die Empörung grenzenlos. Wo man es sich sonst in weihevollen Antrittsvorlesungen angelegen sein läßt, den alten (Welt-) Geist des Hauses zu beschwören, wo man sich gern selbst in aller Bescheidenheit in die große Tradition von Humboldt, Fichte und Hegel einreihet, erinnerte man sich an andere Darstellungsformen. In einer öffentlichen Diskussion wurde über das *Corpus delicti* befunden. Da der Text aber noch nicht publiziert war, konnten nur die wenigsten ihn kennen. Es spricht für die höfliche Gesinnung des Hauses, daß man den Autor denn auch mit Einwänden nicht belästigen wollte: Er war erst gar nicht eingeladen worden.

Mittlerweile ist der Text, der für all die Aufregung sorgte, erschienen. Wer sich jedoch Aufklärung darüber erwartet hätte, wie akademische West-Seilschaften den Osten unter sich aufgeteilt haben, wird enttäuscht werden. Unter dem Titel „Situation der Philosophie, Kultur der Philosophen – Über die neudeutsche Universitätsphilosophie“ beklagt Ulrich Johannes Schneider, Hochschulassistent in Leipzig und selbst gebürtiger Westler, die Reflexionslosigkeit, die unter den Berufsreflektoren herrscht. Was die Gemüter wohl am meisten erregt, ist bei Schneider jene Strategie der polemischen Gleichsetzung, die in den Unterschieden vor allem die Gemeinsamkeiten betont. So heißt es zum Beispiel: „Philosophen waren Staatsdiener hüben wie drüben und sind es noch heute; ganz wie Soldaten oder Polizisten bequemen sich sich Regeln und Geset-

* Erstveröffentlichung: *Frankfurter Rundschau* vom 14. Mai 1996.

zen: das Befolgen und Gehorchen gelingt ihnen von allein.“ Aber nicht nur in ihrem Umgang mit dem Staat, sondern in dem mit den Kollegen sieht Schneider viele Gemeinsamkeiten zwischen Ost und West: „Sicher war es nach 1990 zuerst ein Unterschied im Wissen, der ein wechselseitiges Verständnis erschwerte: es scheint aber eine beiderseits durchaus ähnliche Unfähigkeit des Umgangs mit 'fremdem' Wissen zu sein, die dieses Verständnis immer noch verzögert.“

Hier zeigt sich, daß Schneiders Analyse an Autoren wie Michael Foucault geschult ist. West- und Ost-Wissen gehören zu zwei verschiedenen Arten der *episteme*, zwei unterschiedlichen Diskursen eigenen Rechts, deren Geltungsansprüche nicht unmittelbar aufeinander abbildbar sind und die zunächst aus ihrer eigenen Logik verstanden werden müssen. Allerdings, nun fühlen sich Schneiders Kollegen mit diesem Vorwurf der Verständnislosigkeit selbst mißverstanden: Sind sie denn nicht stets um Verständigung bemüht gewesen? Ihr unerwartet lauter Aufschrei zeigt aber vor allem, daß hier ein wunder Punkt berührt worden ist. Kaum einer, der die „Abwicklung“ nicht eigentlich fachlich billigte, menschlich-politisch aber dabei ein schlechtes Gewissen mit sich herumtrüge. Denn kein West-Philosoph, wie sehr er sich auch die Interessen seiner verstummten Ost-Kollegen zu eigen machen mag, würde in seinen akademischen Publikationen einen vorwendischen Aufsatz der *Deutschen Zeitschrift für Philosophie* zitieren. Statt dessen hat sich jede Ost-Universität ihren möglichst harmlosen Alibi-Zoni gesucht. Ulrich Johannes Schneider weicht selbst, statt einen Anfang beim Verständnis der anderen Wissenskultur zu versuchen, ins Allgemeine aus – und das spiegelt sich in einer dritten Gemeinsamkeit zwischen West und Ost.

Beide zeichne eine ähnliche Borniertheit gegenüber der Öffentlichkeit aus. Auf beiden Seiten habe eine gewisse Form der Akademisierung regiert, die eine Vermittlung ihrer Inhalte nach außen mißachtete. Und so endet der Artikel dann auch konsequenterweise mit einem Angriff auf die Philosophie überhaupt. Denn daß sie durchaus eine gesellschaftliche Funktion habe, zeige sich nicht zuletzt daran, daß sie seit einigen Jahren mehr und mehr mit in die Lehrerausbildung einbezogen worden sei. Gerade im Osten habe das neue Fach „Ethik“ einen unvergleichbar großen Stellenwert erhalten. Allein: Der geistige Umzug aus dem Elfenbeinturm in die mittelstädtischen Gesamtschulzentren ist nicht geplant. Zumindest in der Berliner Redaktion der *Deutschen Zeitschrift für Philosophie* hat man sich diese Kritik offensichtlich zu Herzen genommen. Für die nächsten Hefte ist eine Diskussion des Artikels geplant. Wie man hört, soll gelegentlich auch ein Ost-Philosoph unter den Diskutanten sein.

Lautes oder lauter Schweigen?

Über die Schwierigkeiten der Philosophen,
die DDR-Philosophie aufzuarbeiten*

Guntolf Herzberg

Berlin

Endlich! Viel zu spät beginnt die historische Aufarbeitung der DDR-Philosophie. Der Anlaß, Schneiders Kritik, erweist sich dabei als sachlich ziemlich unergiebig. Kern des Problems ist, daß mit dem Unter-

gang der SED-Herrschaft im Herbst 1989 auch die sie legitimierende Ideologie – der Marxismus-Leninismus, der sich als wissenschaftliche Weltanschauung bezeichnete – in eine Existenzkrise geriet. Seine Chance, ohne die privilegierte Stellung als Staatsdoktrin weiterzuexistieren, lag bei Null.

Der Rückzug aus den sogenannten Gesellschaftswissenschaften (die sehr schnell als Geistes- und Sozialwissenschaften westliche Namen annehmen) geschah auf verschiedenen Wegen. So versucht seit dem Januar 1990 eine Minderheit der DDR-Historiker, die sich bald darauf zum Unabhängigen Historiker-Verband zusammenschlossen, effektiv gegen die SED-hörigen Historiker und deren Darstellungen nicht nur der DDR-Geschichte anzukämpfen. Etwas ähnliches hätte sich beinahe bei den Philosophen ereignet, als der lange und sorgfältig vorbereitete Philosophie-Kongreß im November 1989 wegen der Ereignisse auf der Straße auseinanderbrach. Vorwiegend jüngere Vertreter der Zunft organisierten eine Art Gegenkongreß, der gegen die Herrschaft der Ideologen wie Erich Hahn und Manfred Buhr aufstand. Aber es blieb beim ersten Schritt. Bequemlichkeit oder Angst?

* Erstveröffentlichung: *Die Welt*, 11.5.1996. *Die Welt* stellte dem Text folgenden redaktionellen Vorspruch voran: „DDR-Philosophie ist ins Gerede gekommen. In der ‘Deutschen Zeitschrift für Philosophie’ (1/1996) beklagte Ulrich Johannes Schneider, der aus dem Westen stammende Assistent an der Universität Leipzig, daß bei der Erneuerung der ostdeutschen Institute ‘diese Ersetzung einer Philosophie durch eine andere die Situation der Philosophie im Grunde nicht verändert’ habe. Schneiders Kritik war auch Teil eines Meinungsbildes, das er auf Anfrage der Unesco entwarf. Dagegen nimmt der Bürgerrechtler und Philosoph Guntolf Herzberg Stellung:“

Mit einer verblüffenden Geschwindigkeit verschwand der Marxismus 1990 von der Bildfläche. Die Verantwortlichen der vergangenen Jahrzehnte übten sich in Schweigen. Die Masse der Philosophen warf den Marxismus wie ein lästiges Korsett ab, manche bekannten gar, nie Marxisten gewesen zu sein. Der dialektische Materialismus hieß dann schnell „theoretische Philosophie“, der historische Materialismus benannte sich in „praktische Philosophie“ um, der „Wissenschaftliche Kommunismus“ mutierte gar zur Politologie. Doch eine glatte Wende gab es nicht. Wie in einer Parodie auf die marxistische Basis-Überbau-Lehre wurden in Ostdeutschland die ideologieproduzierenden und -verbreitenden Institutionen umgewälzt.

Die Universitäten trennten sich in der ersten Erneuerungsphase von ihren am stärksten belasteten Lehrkräften. Dann wurden die Strukturen erneuert – meist nach westlichem Vorbild. Und schließlich konstituierten sich an den Universitäten verschiedene Gremien zur Überprüfung der fachlichen, politischen und moralischen Fähigkeiten ihrer noch verbliebenen Lehrkräfte. Zur selben Zeit begann – zunächst in Form von „Entsendungen“ und Gastprofessuren – der Vormarsch westlicher Wissenschaftler.

Der oberste Ideologiewächter – die Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED – wurde geschlossen. Die Akademie der Wissenschaften der DDR ebenfalls. Evaluatoren meist westlicher Herkunft bewerteten die Produktionen der Arbeitsgruppen. Ein Teil der positiv evaluierten Philosophen wurde noch für Jahre an Universitäten und neuerrichtete Forschungsschwerpunkte überführt. Die Institute für Marxismus-Leninismus, die an den Hochschulen das Grundstudium in Philosophie, Politischer Ökonomie und Wissenschaftlichem Kommunismus durchführten, wurden zugemacht, manche mutierten geschickt in kleinere Institute mit interessant klingenden Namen.

Und so ging es weiter: Die Herausgeber der *Deutschen Zeitschrift für Philosophie* wechselten. Aus den Verlagen verschwand die orthodox marxistische Produktion. Und der ehemalige SED-Verlag Dietz in Berlin entdeckte nun die einst verketzerten marxistischen Traditionen und Revisio-nisten, und gar bald war die philosophische Landschaft vollständig verwandelt. Es war nichts anderes als in der Industrie und Landwirtschaft der Ex-DDR. Auch deren Produkte hatten mangels Nachfrage der eigenen Bevölkerung keinen Markt mehr. So wie es dort nach wenigen Jahren der Verweigerung wieder zu einer Rückbesinnung auf vertraute Namen und Geschmacksrichtungen kam, besann man sich auf Traditionen, verharm-loste die Vergangenheit und redete sie schön. In Kontrastellung zur deut-

schen Einheit mit ihren kapitalistischen Konsequenzen entstand ein Resentiment- und Sentimentalismus, der auf den langen Atem der Geschichte setzt und wieder an eine sozialistische Zukunft glaubt. So ist es im Jahre 6 nach der DDR nur auf den ersten Blick verwunderlich, wenn durch U. J. Schneider das Ende der DDR-Philosophie eher beklagt als begrüßt wird.

Wenn ich einschlägige Akten studiere und auf Tiefpunkte wie Fehlleistungen aus 40 Jahren hinweise, spüre ich Unverständnis (wenn nicht gar Ablehnung) meiner östlichen und westlichen Kollegen. Mit einiger Verwunderung stelle ich fest, wie entschlossen die eigene Vergangenheit zugedeckelt wird, wie nur wenige ihre eigene Rolle zu analysieren vermögen – falls sie es überhaupt wollen.

Dabei hat jeder einzelne mit seinem Verhalten, mit seinen Veröffentlichungen, Wortmeldungen, Lehrveranstaltungen und Forschungen (oder mit seinem damaligen Schweigen) zu jenem Zustand beigetragen, der die marxistische Philosophie letztlich zu einer wissenschaftlich sterilen, moralisch kreditlosen und politisch abhängigen Ideologie gemacht hat

Es ist schwer, das geistige Klima heute angemessen zu beschreiben, das durch Philosophen und Agitatoren, die als Philosophen auftraten, jahrzehntelang verbreitet wurde. Die Akteure von einst haben es verdrängt und wollen nicht an ihren Anteil erinnert werden, die Adressaten – als Objekte jener Indoktrinierung („Rotlichtbestrahlung“) – haben es wegen der nachträglich empfundenen Belanglosigkeit jener Bemühungen als eine eher peinliche Erinnerung abgeschüttelt. Doch es war nicht harmlos

Seit Anfang der 50er Jahre wurde von jedem angehenden Arzt, Wissenschaftler, Lehrer, Techniker oder Künstler verlangt, sich den Marxismus-Leninismus als „Wissenschaftliche Weltanschauung“ anzueignen. Diese Pflichtübungen waren weder für die Wissenschaft noch für das Leben von Nutzen, dienten allenfalls für die Karriere – als eine Art Impfscheinigung. Immerhin gelang es der SED damit, der Intelligenz das Interesse an Philosophie weitgehend auszutreiben

Was jener Marxismus verlangte, war simpel: den Sozialismus bedingungslos zu verteidigen und sich der Sache unterzuordnen, auf alle Fragen eine Antwort zu haben (notfalls auch ohne Sachkenntnis), solche Sätze zu glauben wie „Freiheit ist die Einsicht in die Notwendigkeit“ oder „Der Kommunismus ist das gesetzmäßige Resultat der Entwicklung des Sozialismus“ – so noch die parteiamtliche Lehre 1988. An diese Schwachheiten möchte heute niemand mehr erinnert werden.

Die akademische Philosophie hat es nicht verstanden, sich abzugrenzen. Sie mußte politische Philosophie sein, ihren Weltanschauungscha-

rakter aufdringlich betonen, sich den Aussagen ihrer Klassiker (Marx, Engels, Lenin, bis 1956 Stalin) unterordnen oder zumindest anpassen. Sie mußte ständig über ihre eigene Reinheit wachen und gegen alle möglichen Abweichungen zu Felde ziehen.

Sie unterstand der Kontrolle durch die SED und damit der Zensur. Deshalb klingen Texte, die damals als kritisch empfunden wurden, heute eher rechtgläubig und parteitreu. Wer mag sich da noch gerne an diese Zeit erinnern? Das sind die Schleier, die sich über die DDR-Philosophie gelegt haben. Sie verdecken eine wechselvolle Geschichte mit wenig Höhe- und vielen Tiefpunkten

Nach dem Kriegsende entstand, erst außerhalb der Universitäten, der Kern einer marxistischen Intelligenz. Der Aufbauwille, verbunden mit einem Weltverbesserungsstreben und der Sehnsucht nach einem optimistischen Weltbild, machte die Nachkriegsgeneration für den Marxismus empfänglich. Er hätte eine positive Rolle spielen können, wenn er den kritischen Marx und nicht den eiskalten, phrasenhaften und bürokratisch verwalteten Leninismus-Stalinismus mit seinen pseudoreligiösen Allmachts- und Allwissenheitsansprüchen zugrunde gelegt haben würde.

Doch das war politisch unter Ulbricht nicht durchzusetzen. So machten sich die Lehrer der ersten Philosophengeneration – die ideenlosen Hager, Kurella, Klein oder Gropp – den Marxismus als Ideologie zunutze. Für sie war und blieb Philosophie stets Parteiarbeit. Zwar gab es im Umkreis und unter dem Einfluß von Bloch und Lukács eine philosophische Elite, die ihr Zentrum in Leipzig und im Ostberliner Aufbau-Verlag hatte, die wichtige Werke produzierte und eine kritische, reformorientierte Schülerschar anleitete. Doch damit war es bereits 1956/57 – dem Krisenjahr der DDR-Intelligenz – vorbei.

Nach dem XX. Parteitag der KPdSU im Februar 1956 begann der Stalinismus in Osteuropa zu bröckeln, gerieten Ulbricht und die SED in eine ernste Machtkrise. Überzeugte Kommunisten wie Harich und Havemann forderten eine Überwindung des stalinistischen Geistes in Philosophie und Praxis. Deren Abrechnung mit dem Dogmatismus beschränkte sich nicht nur auf die universitären Kreise, sondern war ein Thema, das intensiv die Presse beschäftigte. Als jedoch in Polen und im Oktober 1956 in Ungarn die stalinistische Parteiherrschaft infrage gestellt wurde und die SED um ihre Macht bangen mußte, kam wieder die Stunde der philosophischen Parteiarbeiter, der Hager, Kosing, Klaus, Ley. Die Niederschlagung des Ungarnaufstandes durch die sowjetische Besatzung nutzte auch die DDR unter Ulbricht zur Rückkehr zum Dogmatismus. Studenten wurden eingeschüchtert, Diskussionsklubs aufgelöst, die Wort-

füher verhaftet. Das prominenteste Opfer war Lukács, der als Mitglied der Regierung Nagy in Budapest von den Sowjets gefangengenommen wurde. In Leipzig verlor Ernst Bloch seinen Lehrstuhl, seine Assistenten und Schüler wurden aus den Hochschulen gedrängt oder wie Zehm zu Zuchthaus verurteilt. Insbesondere Harichs Plattform für einen besonderen deutschen Weg zum Sozialismus – er wurde dafür zu 8 Jahren Zuchthaus verurteilt – blieb für die SED-Führung jahrzehntelang ein Schrecken.

Mit Hilfe des MfS und mit Säuberungen bis ins Politbüro wurde die Macht noch einmal gerettet. Die wichtigsten Theoretiker und Kritiker brachte die Partei zum Schweigen, weniger bekannte kritische Lehrkräfte wurden aus den Universitäten vertrieben. Damit war Mitte 1958 die Flurbereinigung für die SED abgeschlossen: eine große und folgenreiche Zäsur und ein Aderlaß, von dem sich die Philosophie nie mehr erholte. Das nicht unproblematische Erbe von Marx wurde in immer neuen Verdünnungen und Streckungen zur Rechtfertigungsideologie eines totalitären Kurses zurechtgestutzt.

Erst nach dem XXII. Parteitag der KPdSU im Oktober 1961, der so deutlich mit Stalin abrechnete, daß der Diktator damit auch als „Philosoph“ erledigt war, gewann die Philosophie wieder etwas mehr Spielraum. Subjektiv wurde dies von vielen Marxisten als „Entstalinisierung“ empfunden. Doch das traf nicht zu. Die Abhängigkeit von der Politik, die Einteilung der Welt in gut und böse, die Enge des geistigen Horizontes, das um so heftigere Bekenntnis zu Lenin zwangen jeder philosophischen Diskussion ein vorbestimmtes Ende auf. Das hat sich mit nur leichten Modifikationen bis zum Ende der SED-Herrschaft erhalten. Das Selbstbildnis der Marxisten blieb – bis auf wenige ernsthafte Wissenschaftler – das des Parteiarbeiters, des Ideologen. Den einzigen Versuch jener Jahre, den Dogmatismus aufzubrechen, wagte mit großer öffentlicher Resonanz Robert Havemann, ein Naturwissenschaftler, in seinen berühmten Vorlesungen von 1963/64 (als „Dialektik ohne Dogma?“ nur im Westen gedruckt). Das endete mit seiner Entlassung und einer Verfolgungswelle in seinem Wirkungsfeld. Die Philosophen haben dazu geschwiegen oder die Angriffe der SED unterstützt.

Ein Lichtblick waren Anfang der 60er Jahre die Anläufe von Georg Klaus, mit Anleihen aus der Kybernetik und Systemtheorie die Philosophie zu verwissenschaftlichen, ihre Begriffe genauer zu definieren, deren Verknüpfungen zu dynamisieren und die dadurch elastischere Philosophie von den Glaubenssätzen der Weltanschauung vorsichtig abzukoppeln. Das trug ihm zuerst die Sympathie einer großen Leserschaft und

später das Mißtrauen der SED ein. ZK-Sekretär Hager warf ihm „Positivismus“ vor. Klaus war 1964 zusammen mit Manfred Buhr auch der Herausgeber des ersten Philosophischen Wörterbuches. Zeitgleich begann eine gewichtige Diskussion über die Struktur der marxistischen Philosophie, konnten einige interessante Aufsätze erscheinen. Nach dem 11. Plenum des ZK 1965, dem „Kahlschlagplenum“, wurde das blockiert, brach der vielleicht wichtigste Erneuerungsversuch von Helmut Seidel (Leipzig) ab.

Drei Jahre später, mit den Reformideen des Prager Frühlings und seiner Unterdrückung durch die Armeen der Warschauer-Pakt-Staaten, kam es – als Gewissensentscheid – zu einer Differenzierung der Philosophenzunft, die sich bis zum Ende der DDR erhielt. Zwar führte das nicht – wie bei manchen Schriftstellern und Künstlern – bis zur Emanzipation von der SED-Kuratel, zwar haben die kritischen Köpfe nie an eine Alternative zu Marx, zur DDR oder zum Sozialismus gedacht, aber die Instrumentalisierung ihres Denkens durch die Partei funktionierte nicht mehr reibungslos. Sichtbar wurde das jedoch nur in einem Fall: durch Rudolf Bahro und sein Buch „Die Alternative“ (1977), das den Autor ins Zuchthaus brachte.

Auf der anderen Seite festigte sich eine machtorientierte Orthodoxie, deren Exponent Manfred Buhr die gesamte DDR-Philosophie unter seine Kontrolle zu bringen versuchte. Und zwischen den Fronten bewegte sich die einstige Symbolgestalt Wolfgang Harich, als Neostalinist angesehen und von allen abgelehnt.

Mit den von der Partei gesteuerten Angriffen 1981/82 auf die schwer verständliche arbeitstheoretische Begründung von Philosophie durch Peter Ruben, die mit Parteiausschlüssen, -strafen, Publikationsverboten und weiteren Benachteiligungen für ihn und seine Mitstreiter endete, setzte sich der Disziplinierungsprozeß der Philosophen scheinbar erfolgreich fort. Doch die Tage der Orthodoxie waren bereits zu zählen. Die marxistische Philosophie verlor in den 80er Jahren zusehends an Glaubwürdigkeit. Und mit den Erneuerungsversuchen Gorbatschows wurden die Selbsteinmauerung der DDR und die Schizophrenie des Marxismus-Leninismus unerträglich. Von Kurt Hager und Glaubensgenossen bis zum Schluß starrsinnig festgehalten, verflüchtigte er zum Voodoo.

Erst mit dem Ende der SED-Herrschaft wagten die Philosophen öffentlich Zweifel an Marx zu äußern und die – oft bange – Frage nach dem zu stellen, was von ihm bleiben wird. Kein heutiger Marxist kann Marx so stehenlassen: als Säulenheiligen, Universalgenie und Endpunkt aller Philosophie. Aber man versucht ihn in reduzierter Gestalt zu retten. Die

größte Mühe gibt sich dabei die PDS. In einer Art von Wiedergutmachung wird der Marxismus nun in weitester Öffnung von den bislang als Revisionisten oder Renegaten beschimpften Theoretikern wie Eduard Bernstein oder Leo Trotzki an rezipiert. Aber eben nur rezipiert, als ob sie alle gleich bedeutend gewesen seien.

Um dieser Indifferenz abzuhelfen, sollte jeder der DDR-Philosophen eine Bibliographie zusammenstellen, die zum einen auflistet, was er von seinen eigenen Arbeiten noch für wissenschaftlich solide hält, und zum anderen, welche Arbeiten marxistischer Philosophen aus Ost und West ihm wichtig scheinen. Bis heute kann man die Bücher von Korsch oder Gramsci oder Bloch mit intellektuellem Gewinn lesen. Selbst die stalinistisch geprägten Arbeiten von Lukács sind trotz aller Vorbehalte noch zu zitieren. Wenn man betrachtet, was aus 40 Jahren DDR-Philosophie heute zitiert wird, muß man erkennen, wie rasch und folgenlos sie aus dem philosophischen Diskurs herausgefallen ist. Und das hat nicht nur politische Gründe.

Es gibt jedoch noch eine andere Hinterlassenschaft der DDR-Philosophie: die der Archive. An erster Stelle in denen der SED, dem zentralen Parteiarchiv wie denen der Bezirke, dann die des Ministeriums für Hoch- und Fachschulwesen und natürlich des MfS. Was da zutage gefördert wird, ist in der Regel wenig erfreulich, zeichnet aber die Geschichte der DDR-Philosophie mit schärferen Konturen.

So kam eine Denkschrift des bürgerlichen Greifswalder Ontologen Günther Jacoby aus dem Jahre 1954 zur Reformierung der Universitätsphilosophie ans Licht, erfuhr man von oppositionellen Zirkeln junger Marxisten, den Entwürfen einer Wissenschaftsethik außerhalb des Marxismus. Doch zugleich sprechen Dokumente auch detailreich von Anpassung, vom Anbiedere, von Denunziation und der Verfolgung Andersdenkender durch Philosophen, von der Vernichtung von Karrieren und von einer umfangreichen Spitzel- und Informationstätigkeit für das MfS. Das alles müßte zu denken geben. Doch nachzufühlen ist, wenn Täter und Betroffene das alles nicht zur Kenntnis nehmen möchten.

Obwohl eine öffentliche Aufarbeitung der marxistischen Philosophie nur bedingt auf Interesse stößt, werden solche Versuche immer wieder unternommen. Beispielsweise in den gutbesuchten Ringvorlesungen der Humboldt-Universität. Im Winter 1994/95 stand die berühmte 11. These ad Feuerbach von Marx („Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert, es kömmt drauf an, sie zu verändern“) zur Disposition. Im Sommersemester geht es nun ausgreifender um den „Marxismus. Versuch einer Bilanz“. Damit aber sind die praktischen Probleme noch nicht gelöst: Was geschieht mit dem unbelasteten Nachwuchs (der inzwischen

auch nicht mehr so ganz jung ist)? Welche Chancen kann er in einer erneuerten Universität bekommen? Wo gibt es Schwierigkeiten bei der Bildung einer westöstlichen philosophical community? Diese Fragen sollten bei der jetzigen Debatte im Vordergrund stehen.

Warum ist nicht alles so geblieben, wie es war?*

Guntolf Herzberg

Berlin

Hier redet jemand aus der ungetrübten Überzeugung und der schiefen Haltung des Halbwissenden, der als Gerechter auftritt. Sein Ton ist bitter. Er richtet mit den westdeutschen Philosophen, die in die DDR einge-

fallen sind. Es gibt Sätze voller Theatralik, die nichtsdestoweniger nur falsch sind. Der Ansatz ist grotesk: „Etwas unheimlich mutet an, daß diese Zerstörung einer philosophischen Kultur durch eine andere, diese Ersetzung einer Philosophie durch andere die Situation der Philosophie im Grunde nicht verändert hat.“ Dieser Satz muß eigentlich Heiterkeit erwecken. Das Ende der DDR-Philosophie habe „die Situation der Philosophie im Grunde nicht verändert“, voilà. Warum nicht? Weil sich nach Schneider die Ost- und die Westphilosophen so unglaublich ähnlich sind: beide waren bzw. sind Staatsdiener (das Befolgen von Regeln und Gesetzen und das „Gehorchen gelingt ihnen von allein“), beide wurden zu Schachfiguren einer Politik, „die auf das reibungslose Funktionieren von Lehre und Forschung abzielt“, die „Aburteilungs- und Ausgrenzungsstrategien, die für SED-konformes Verhalten im allgemeinen typisch waren, (werden) heute im westlichen Verhalten wieder wirksam“. Oder noch einmal ganz nachhelfend deutlich: „...wie ähnlich die Verhaltensweisen auf beiden Seiten sind, wie sich die universitätsphilosophischen Kulturen ähneln.“ Es hätte also alles beim alten bleiben können.

Bevor man darüber nachdenkt, sollte man folgenden einzigartigen Satz würdigen: „Die Situation in den Jahren nach dem Oktober 1990 ist allgemein durch diese beiden Größen gekennzeichnet: Beförderung und Entlassung.“ Wer Philosophie nur in diesen Kategorien sehen kann, sollte vielleicht nicht über ein so diffiziles Thema schreiben. Schneider verbindet dies mit seiner Klage: Den Ostphilosophen wurde gekündigt – das ist schlecht. Ihre Stellen bekamen die Westphilosophen – das ist auch schlecht. Warum ist das schlecht? Weil sich beide nichts nehmen – es

* Erstveröffentlichung: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* 2/1996, S. 311–313.

sind schließlich alles Staatsdiener. Leider hält er sich zurück, wenn es um die „gute“ Lösung geht. Aber sie ist aus dem Text extrapolierbar.

Es geht um ein sehr ernstes Problem: Sollten die ostdeutschen Universitäten weiterhin mit DDR-Philosophen besetzt bleiben oder nicht? Mein Statement dazu:

Die marxistisch-leninistische Philosophie sah sich als den Gipfel des philosophischen Denkens, sie lehnte jedes andere philosophische Denken ab, war selbst gegen marxistische Ansätze anderer Herkunft abweisend; sie zerstörte vorsätzlich jede scientific community; sie wurde von einer Staatspartei als Legitimierungstheorie getragen und kontrolliert, von einer Staatssicherheit überwacht: ihre intellektuelle Freiheit lag bedenklich nahe bei Null; sie wurde jedem Studenten jeder Fachrichtung und Kunstgattung als „wissenschaftliche Weltanschauung“ aufgedrückt; und war letztlich als Marxismus-Leninismus ein Gemisch, von dem keiner genau sagen konnte, wo Philosophie und Glaubenssätze und politische Wunschvorstellungen und Lippenbekenntnisse ineinander übergingen. Ich bin froh, daß dies abgeschafft wurde. Das ist keine Abwertung der marxistischen Philosophie, die unabhängig von der Stellenbesetzung in den ostdeutschen Universitäten weiter existieren wird. Natürlich gab es in der DDR niveauvolle und kritische Philosophen – aber die Masse hätte nach dem Ende der SED-Herrschaft an den Universitäten keine Anstellung verdient. Sie wäre den Studenten nicht zuzumuten, und sie hat für die philosophische Forschung keine Rolle gespielt.

Um so befremdlicher für mich der Versuch Schneiders, eine Gemeinsamkeit zwischen Philosophie Ost und West herzustellen. Natürlich gab es trotz des politischen (und militärischen) Blockdenkens eine internationale scientific community – fast überall, ob für die Psychologie, Genetik, Linguistik usw. Doch bei den Philosophen gab es einen Graben östlichen Ursprungs, der nicht nur wissenschaftlich oder philosophisch (Materialismus vs. Idealismus), sondern auch ideologisch, politisch, „klassenmäßig“ trennen sollte – und trennte. Wer hier Gemeinsamkeiten feststellen will, der verbindet nicht Ost und West, sondern schwelgt in Trivialitäten (da gibt es noch viele: Ost- und Westphilosophen bezogen für ihre Tätigkeit ein Gehalt, beide machten Urlaub, konnten von Zahnschmerzen geplagt werden...). Die mehrfach traktierte „Abhängigkeit der Philosophieprofessoren von der Regierung“ vergißt jede inhaltliche Wertung. Oder ignoriert absichtlich die Differenzen, die ja nicht unbekannt sein dürften.

Sein nächstes Ärgernis sind die Überprüfungsverfahren gewesen, die „von mehr oder weniger geheimen..., einigermaßen willkürlich zusammengesetzten und selbst unkontrollierten Personalkommissionen zur Ent-

scheidung befördert“ worden seien. Es geht um die Zusammenarbeit mit dem MfS. Hier wird vom Autor ein sensibles Feld betreten. Aber ohne jede Einsicht, wie der wohl bedenklichste Satz zeigt: „Im Bereich der Philosophie vollzieht sich nicht anders als anderswo eine schleichende ‚Abrechnung‘ mit der DDR, wo fast alles undurchsichtig bleibt: Täter, Gründe, Opfer.“ Es gehört zur verunglückten Argumentation des Autors, „fast alles“ möglichst undurchsichtig zu halten. Als Außensicht ist das halt ein Klischee, das nicht gerade zu einer Wertung qualifiziert, als Innenansicht ist es die interessierte Sichtweise der Apologeten... Die Täter wußten stets genau, wer die Opfer waren. Nur die Opfer kannten die Täter nicht genauso deutlich. Wahr ist nur, daß die Gründe der Täter undurchsichtig bleiben, weil zuviel geschwiegen wird.

Der Autor macht es sich zu leicht, wenn er von der „Benutzung von Akten eines Ministeriums, in dem Fälschung und Desinformation geübte Praxis war“, spricht, eigentlich davor warnt. Fälschungen und Desinformationen sind Praktiken jedes Geheimdienstes, solange er tätig ist. Etwas komplizierter ist jedoch die Aktenführung und Herstellung von Dokumenten, die der internen Arbeit dienen: Hier kann es interessierte Eingriffe geben, doch sie lassen sich quellen-kritisch eingrenzen. Gerade aus meiner Kenntnis der Aktenlage habe ich mich mit „Stasi-Vorwürfen“ eher zurückgehalten und öffentlich für die Einzelfallprüfung plädiert. Die Ebene der Mutmaßungen und Verdächtigungen brauchte ich nicht zu betreten. Gerade deshalb möchte ich feststellen, daß die Weiterbeschäftigung führender Philosophen wegen ihrer ideologischen Vermessenheiten und ihrer Staatsnähe und ihrer inoffiziellen Mitarbeit für die Staatssicherheit den Universitäten nicht zuzumuten ist.

Andere marxistische Philosophen haben Stellen an den Universitäten bekommen oder eine reelle Chance bei der Bewerbung, es gab die Sonderregelung für die Akademie der Wissenschaften mit dem WIP¹ und einer Arbeitsplatzgarantie für viele Jahre, um die manche westdeutsche Wissenschaftler sie im Sinne einer Gleichbehandlung beneiden dürften. (Als es im Frühjahr 1990 um die Zukunft der ostdeutschen Wissenschaft ging, sagte ich am Runden Tisch Wissenschaft: Man stelle sich den unwahrscheinlichen Fall vor, daß die Bundesrepublik in einer Wiedervereinigung ein Teil der sozialistischen DDR geworden wäre; was wäre denn in dem Falle mit den westdeutschen Philosophen geworden – hätte man

¹ WIP = Wissenschaftler-Integrations-Programm (Auffangvorrichtung, um positiv evaluierte Wissenschaftler der aufgelösten Akademie der Wissenschaften der DDR zeitweilig an den Hochschulen unterzubringen und nach Möglichkeit auch nach Ablauf des Programms weiterzubeschäftigen.)

ihnen Stellen an den sozialistischen Hochschulen oder eigens gegründeten Geisteswissenschaftlichen Zentren angeboten?)

Von wenigen Härtefällen abgesehen halte ich die praktizierte Erneuerung der philosophischen Institute für gelungen, wobei die Rehabilitierung – und sei es die symbolische – früherer Opfer der SED nur sehr unbefriedigend geschehen ist. Und nicht vergessen werden darf, daß es die Bedingungen in der DDR gewesen sind, die wissenschaftliche Karrieren so behindert haben – daß man mit 35 oder 40 Jahren leicht noch zum „Nachwuchs“ gezählt wurde und die Veröffentlichungsmöglichkeiten so schlecht waren –, daß dadurch für viele die Startchancen beim Neubau der ostdeutschen Universitätsphilosophie gering waren.

Hätten die Gründungsdirektoren, Berufungskommissionen usw. andererseits zu viele Kompromisse geschlossen, wären die ostdeutschen Universitäten in die Drittrangigkeit verschwunden und hätten sich damit selbst geschadet.

Die jetzige – von Schneider so kritisierte – Regelung hat einen klar definierten Verlierer, die bisherige Staatsphilosophie, doch der weint wohl niemand eine Träne nach. Betrachtet man aber die Gesamtlandschaft mit ihren neuentstandenen Vereinen und Gesellschaften, Zeitschriften und Tagungen, so ist außerhalb der Universitäten ein marxistisches Leben unverkennbar, und ich sehe hier sogar Chancen, den über Jahrzehnte verkruusteten Marxismus kritisch zu regenerieren.

Der Anschluß an die internationale scientific community ist für die ostdeutschen Philosophieinstitute hergestellt, und innerhalb der Institute wächst die community der ost- und westdeutschen Wissenschaftler. Die Schneidersche Bestandsaufnahme sieht statt dessen nur Niedergang, hilft nicht bei der Lösung noch vorhandener Probleme. Sie gleicht in vielem einer Karikatur.

Zur Situation der Philosophie*

Wilhelm Schmid

Erfurt

Das eine ist das Ost-West-Problem. Die Denkkulturen liegen *toto coelo* auseinander, es gibt keine gemeinsame Sprache. Sie zu erarbeiten und nicht nur auf dem jeweiligen „Oststandard“ oder „Westniveau“ zu ver-

harren, wäre nach 1989 die Aufgabe gewesen. Sie ist von beiden Seiten nicht bewältigt worden, sie ist nicht einmal als Aufgabe gesehen worden, bis heute nicht. Die, die aus dem Westen kamen, hätten es als Schmach empfunden, von vorne anzufangen und alle vertrauten Begriffe neu zu überdenken. Die, die im Osten blieben und aus ihren Funktionen herauskatapultiert wurden, mit oder ohne Grund, beharrten auf ihrem im Grunde „richtigen“ Bewußtsein. Es gab nur wenige Ausnahmen, aus denen heraus ein gemeinsames Denken und wertvolle Freundschaft gewachsen sind, zu wenige, um die Strukturen zu verändern. Währenddessen wachsen die Herausforderungen der gesellschaftlichen Wirklichkeit mehr und mehr; soziale und ökologische Probleme, die es erfordern würden, in ihrer ganzen Dimension durchdacht zu werden, aber wo geschieht das schon! Es bedürfte einer anderen, engagierten Philosophie, die mehr wäre als nur ein intellektuelles Spiel, mehr als nur eine Ausfüllung staatlicher Funktionen.

Das ist das andere Problem: das Problem der institutionellen Philosophie, auf die die Philosophie im Osten ebenso sehr festgelegt war wie im Westen. Es kann nicht darum gehen, die institutionelle Philosophie zu mißachten, in keiner Weise: Sie hat ihre Verdienste bei der Ausbildung und Anleitung des Denkens. Aber sie hat ein Manko bei der Wahrnehmung der gesellschaftlichen Wirklichkeit. Daher muß es eine freie Philosophie geben, die die institutionelle Philosophie um ein öffentliches Denken ergänzt, das mitten in der Gesellschaft seinen Platz hat, ungebunden, existentiell ungesichert und gerade aus diesem Grund besonders sensibel für die gesellschaftlichen Fragen, Probleme und Entwicklungen. Gewiß,

* Erstveröffentlichung: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* 2/1996, S. 313-314.

auch hier gibt es Anlaß, skeptische Vorbehalte zu hegen, denn die „freie Philosophie“ hatte im 20. Jahrhundert ihre eigene unglückliche Geschichte. Aber eine kritische freie Philosophie ist unverzichtbar, denn in ihr kann stärker als in der institutionellen Philosophie das transversale Potential der Philosophie zur Geltung kommen, das die Gesellschaft durchquert und quer zu ihren Konventionen steht. Wozu die Philosophie ausbildet – das gezielte, methodische, weiträumige Denken, die Vertrautheit mit der Geschichte des Denkens und dem Fundus der Denkmöglichkeiten, mit der Herkunft der Denkstrukturen –, das kann hier dazu gebraucht werden, Denkgewohnheiten durch ein Andersdenken aufzubrechen und das Denken auch in Bezug zur Existenz zu setzen, die Philosophie stärker zur Lebensform zu machen, als dies in der institutionellen Philosophie möglich ist. In zwei Bereichen kann die freie Philosophie ihre Aktivität entfalten: in der freien Publizistik, die zur Kultur der kritischen Öffentlichkeit beiträgt, und die historisch ein Indikator für die Aufgeklärtheit einer Gesellschaft ist. Und im stillen Engagement für konkrete Veränderungen und Verbesserungen, fernab vom Getöse des Markts, dafür um so wirkungsvoller.

Vor allem in diesem letzteren Bereich sind noch viele „Arbeitsplätze“ zu besetzen. Sie sind nur nicht so sehr begehrt – weil sie keinen Ruhm und keine fachlichen Meriten einbringen und nichts mit der „großen Philosophie“ zu tun haben, von der ein jeder träumt.

Über die Unfähigkeit zur analytischen Kritik*

Klaus-M. Kodalle

Jena

Ich bemühe mich in meiner Replik nicht um Wohlausgewogenheit, denn ich muß mich kurz fassen. Anders als Schneider gehe ich über den Raum der mir inzwischen bekannten Universität Jena nicht hinaus; ich re-

de also primär von eigenen Erfahrungen. Was daran *repräsentativ* ist, mag der Leser entscheiden. Schneider folgt einer ganz anderen Strategie: Sein Text ist voller hanebüchener Pauschalisierungen und Unterstellungen, gegen die kein Gegenbeispiel aufkommen kann; würde es doch sogleich zugegeben – und als „Ausnahme“, die nur die Regel bestätigt, in seiner Aussagekraft unterhöhlt. Eine gelungene Immunisierungsstrategie im Gewande einer sogenannten „Analyse“. Dabei könnte eine *seriöse* wissenssoziologische Untersuchung der Reorganisation der ostdeutschen Philosophie-Institute durchaus aufschlußreich sein. Elaborate wie diese sogenannte Analyse aber leisten dazu keinen Beitrag

Schneider behauptet, es sei den *Politikern* überlassen gewesen, an den Instituten ‚der Einfachheit halber Köpfe auszutauschen‘: Ein ‚Bäumchen-Wechsel-Dich-Spiel‘ habe unter ‚Regie der Landesregierungen‘ stattgefunden (151). Dem unbedarften Leser soll vermittelt werden: Weil Philosophen beamtete Staatsdiener sind und sich ‚ganz wie Soldaten und Polizisten‘ Regeln und Gesetzen besonders leicht anbequemen – ‚das Befolgen und Gehorchen gelingt ihnen von allein‘ –, hatten die Besatzungskommissionen auch nichts Besseres zu tun, als die Personalvorschläge der ‚Herrschenden‘ in Empfang zu nehmen. – Ich vermute, Mitglieder aus den Kommissionen der ersten Umbruchzeit werden sich zu dieser Sicht der Dinge äußern. *Ich* will nur im Jena-Bezugsfeld hervorheben, daß diese Geschichtsklitterung eine eklatante Mißachtung jener risikobereiten mutigen ost-deutschen Wissenschaftler darstellt, die *vor* aller west-deutschen Einflußnahme darangingen, den Augias-Stall ihrer Universität auszumisten. (Für Jena jedenfalls ist *diese* Transformationsphase bestens do-

* Erstveröffentlichung: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* 3/1996, S. 503-507.

kumentiert. Daß der Weg, den man an der vom Verfasser offensichtlich geschätzten Humboldt-Universität eingeschlagen hat, ein anderer war, ist allgemein bekannt – das pfeifen die Finken von den Dächern...) – Die Trivialität, daß an einer staatlichen Universität der Minister die Professoren beruft, bedeutet für Schneider „ganz einfach“, daß die Philosophieprofessoren von der Regierung ‚abhängig‘ sind, weil „die Personalpolitik nicht in ihren Händen liegt“. Mich würde schon interessieren, ob Herr Schneider seine Anstellung in Leipzig einer Intervention des sächsischen Wissenschaftsministeriums verdankt. – Gewiß sind auch die Hochschullehrer des Faches Philosophie an die Verfassung gebunden – wenngleich es ihnen freisteht, in Lehre und Forschung die Regeln der Verfassung zu problematisieren. Daß sie aber genötigt wären, als „äußerste Grenze“ ihrer Freiheit auf ministeriale Personalpolitik Rücksicht zu nehmen, mutet wie ein Witz an und zeugt davon, wie unbeholfen-fern der Verfasser den Entscheidungsprozessen gegenübersteht, deren „Reflexion“ er so dringlich einklagt. Schneider (152): „Das Ministerium setzt neue Leute durch: Das gilt im deutschen System ganz generell ...“ Entsprechend sind für Schneider Philosophen nur Schachfiguren der Politik (153).

Schneider spricht von der „Zerstörung einer philosophischen Kultur“ (150). Bezogen auf die Ethik, empfehle ich nur das Studium des letzten Ethik-Lehrbuchs der DDR; auf diese Weise kann man sich indirekt ein gutes Bild von Schneiders Kultur-Verständnis verschaffen. – Bewußt provozierend gemeint ist wohl die Behauptung einer *Parallelität* zwischen der ‚administrativen Stützung der Philosophie‘ einst und heute, denn, wie gesagt, die „neuen Regierungen“ haben sich ja nicht dessen enthalten – nachdem der Gesetzgeber das Fach Ethik etabliert hatte –, „mit politischen Mitteln neue Strukturen (zu) schaffen“. Nach dieser Auffassung hat die naiv-tumbe Universitätsphilosophie sich vor einen politisch-ideologischen Karren spannen lassen, um als nützlicher Idiot zur Stabilisierung ‚herrschender Verhältnisse zu dienen‘. Stößt man durch die Fassade dieses Jargons hindurch, erkennt man die Bitternis jener Enttäuschten, die sich mit der Pluralisierung der Philosophie nicht abzufinden vermögen und den Traum von *der* Stimme *der* Philosophie in der Öffentlichkeit nach wie vor träumen, als sei der platonische oder rousseauistische Wahn einer *Präzeptorenrolle* für Philosophen/Intellektuelle/Dichter nicht glücklicherweise längst verdampft (vgl. die Behauptungen 158f.). Zu dieser Träumerei gehört auch die kindische Vorstellung von der Universität als privilegiertem Ort politischer Auseinandersetzungen. Zum Vorschein kommt hier die Erlebniswelt jener Studentengeneration des Westens, die es für angebracht hielt (jedenfalls an den Massenuniver-

sitäten), durch eine kleine Clique von Studenten“vertretern“ fast *jährlich* einen „Streik“ auszurufen – Themen und Anlässe fanden sich schließlich immer – und den institutionalisierten philosophischen Diskurs lahmzulegen, mochte auch die überwiegende Mehrheit der Studierenden durch die Happenings eher nur genervt sein. Schneider jedenfalls erweckt den Eindruck, daß er es vorgezogen hätte, wenn die Pluralisierung der Philosophie nach der Wende mit ‚Krach und Streit‘ sich vollzogen hätte (157).

Die Beschwörung der *internen* Konfliktfreudigkeit ist bei Schneider freilich nur Vordergrund. Hinter den diversen Manifestationen von Frust steht nämlich, stärker, eine *tiefe Abneigung gegen Pluralität und Diversifikation philosophischer Richtungen*. Möchte sich die Philosophie doch endlich – so Schneiders obsoletere Wunschlogik – ‚zu gemeinsamen Aktionen durchringen‘ (157)! Aber nein: Die Akteure reden drauflos und sind gar nicht traurig darüber, daß der Souffleurkasten leerbleibt (157). Die ‚Provinzialisierung der deutschen Philosophie in einzelne ‚Szenen‘‘ mit unüberschaubar vielen Solisten (157) bereitet dem Kritiker offensichtlich Unbehagen und allergrößte Sorge. Wo bleibt da, so fragt er, ‚die gesellschaftliche Identität‘ der Philosophie (158 u. 159)! Am Ende könnte sich, o Graus, das Profil von Philosophie womöglich danach richten, was in der Gesellschaft den Philosophen als Experten für Orientierungswissen abverlangt wird (158)! Nein, *diese* Privatisierung des ‚Verlangens‘ nach Philosophie erscheint Schneider wohl noch abschreckender als die angebliche Abhängigkeit von Kultusministerien! – ‚Die deutschen Philosophieprofessoren haben seit 1945 die gesellschaftspolitische Einmischung und Auseinandersetzung so gut wie nie gesucht.‘ (159) – Zahlreiche Gegenbeispiele ließen sich aufzählen – aber sie gelten Schneider ja gewiß wieder als ‚Ausnahmen‘, die die Regel bestätigten (159). Indessen: Die Zahlen tun gar nichts zur Sache, denn jene – ob Picht, Habermas, Lübke oder Rohrmoser, um nur einige wenige von vielen zu nennen –, engagierten sich politisch, gewiß mit philosophischen Hintergrundmotivationen, als *einzelne Staatsbürger*, die ihre Verantwortung als Citoyen wahrnahmen, nicht aber, hybride, als Repräsentanten der Philosophie, wie es Schneider offenbar gern hätte

Zu der ganzen Abwicklungsproblematik, auch zu der Frage, ob und wie ‚moralische und juristische Kriterien gemischt‘ waren, liegen genügend Dokumentationen vor, die in fast jeder Hinsicht genauere und treffendere Schilderungen enthalten als Schneiders Elaborat. Auf Behauptungen von der Art, wissenschaftliche Qualifikation sei bei der Abwicklung nie ein Thema gewesen (153), gehe ich hier deshalb gar nicht erst ein.

Allemaal verrät sich in der Forderung, die Verhandlungen zur Abwicklung hätten *öffentlich* erfolgen sollen, ein erschreckender Mangel an Institutionen- und Rechtsverständnis. Sollte die schmutzige politische Wäsche öffentlich gewaschen werden? Personalsachen sind im Rechtsstaat seit eh und je unter Ausschluß der Öffentlichkeit zu verhandeln. Hätte der Persönlichkeitsschutz der Betroffenen außer Kraft gesetzt werden sollen? Ehrlich gesagt: Wenn man erlebt hat, wie *Studierende* irritiert und frustriert reagierten, weil „ihr“ Professor plötzlich entlassen wurde und sie mit Ammenmärchen über die Gründe versorgt wurden, hätte man es gewiß zuweilen gewünscht, ihnen die Wahrheit mitzuteilen, um wenigstens die albernsten Annahmen zu zerstreuen. Und doch ist es gut, daß man lernen muß, mit diesem künstlichen Nicht-Wissen zu leben und den ‚Belasteten‘ zu gestatten, ohne Selbst-Entblößung in den Hintergrund treten zu dürfen

Die Auseinandersetzung mit der DDR-Philosophie erfolgt nicht *schleichend*; richtig ist, daß sie in der Regel nur sporadisch stattfindet, weil das Phänomen so ermüdend-langweilig ist und man ja niemanden zum Masochismus zwingen kann. An der TU Dresden gibt es ein „Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung“. Ein Philosoph an diesem Forschungszentrum könnte es für eine angemessene Arbeitsaufgabe erachten, „sich nachträglich in die Bedingungen hineinzudenken, unter denen Studium und Forschung im sozialistischen Staat standen“ (155), die „Kultur der Anspielungen und Auslassungen“ zu erkunden und sich die „Raffiniertheit“ der „Abstufung von Haupt- und Seitenbemerkungen“ zu verdeutlichen. Welch lächerliche Vorstellung aber wäre es, dem Gros der Philosophen zuzumuten, sich von gegenwarts- und zukunftsdiagnostischen Theorieanstrengungen ablenken zu lassen auf dieses Nebengleis der Wissenschaftsgeschichte und -soziologie.

Diskussionen zur Bedeutung des Marxismus fanden auf einer ost-westdeutschen Ebene nicht statt? Nur „einzelne marxistische Wissenschaftler im Westen“ interessierten sich für die Diskussionen im Osten? Ahnungslosigkeit und Desinteresse, abgestützt durch ein implizites Überlegenheitsgefühl, herrschte vor? (Alles: 152) – Fünfzehn Jahre lang bin ich, wie manch anderer westdeutscher Philosoph, ins neutrale Österreich gefahren, um dort an jährlich stattfindenden Treffen mit Philosophen aus ganz Osteuropa teilzunehmen. Zugegeben: Die Hoffnung, umwerfende Erkenntnisse von diesen Treffen ‚mitzunehmen‘, war nicht die treibende Motivation. Wohl aber die Absicht, Gesprächsfäden nicht abreißen zu lassen und, mit vielen anderen, einen ganz kleinen Beitrag zu leisten zur *Auflockerung* des vordergründig kompakt-homogenen Erscheinungsbil-

des der „Delegationen“ aus dem Osten. Und in der Tat: Auf die Zwischen-Töne kam es bei diesen Begegnungen an. Mit vielen osteuropäischen Kollegen sind aus diesen Treffen dauerhafte, zuweilen freundschaftliche Kontakte entstanden. Ich verrate aber kein Geheimnis, wenn ich die ostdeutschen Repräsentanten pauschal, im Vergleich mit den Philosophen anderer kommunistischer Länder, als die unflexibelsten, dogmatischsten und borniertesten Vertreter einer marxistischen ‚Scholastik‘ charakterisiere. Selbst bei Interesse an der Philosophie von Karl Marx durfte man von dieser Seite in der Regel Anregungen nicht erwarten. Hier füge *ich* nun an: Ausnahmen bestätigen mir die Regel, denn ich kenne recht gut „einzelne Köpfe, die die Enge der philosophischen Debatten aufzubrechen gewillt waren“; von ihnen habe ich genug über jene „Raffiniertheit“ in Erfahrung gebracht. Freilich, irgendwann rufen diese Rückblenden dann auch Überdruß hervor.

Übrigens: nach meinem Eindruck aus verschiedenen Gesprächen beneiden die wirklich ‚freien Geister‘ in Osteuropa die ostdeutschen Universitäten! Denn in vielen Ländern Mittel- und Osteuropas setzt sich zwar gesellschaftlich und politisch ein Wandel hin zu einer freiheitlich-liberalen Ordnung durch, doch die Universitäten bleiben vielfach Orte der Immobilität, in denen die Dogmatiker von ‚gestern‘ nach wie vor ihr Wesen treiben – mit fatalen Konsequenzen für die Chancen der jüngeren Generationen.

Seite 151 zitiert Schneider die Grundfrage, was denn wohl von der DDR-Philosophie bleiben würde. Er erwähnt „die teilweise in Ost-West-Zusammenarbeit entstandenen Werkausgaben“. Der Hallenser Philosoph Professor Mocek widmete sich jüngst in Jena der gleichen Frage. Seine Antworten verdienen, hier in Erinnerung gerufen zu werden. Gedrängt, doch wenigstens *ein* Werk der Philosophie zu nennen, dem man nachsagen möchte, es werde Bestand haben, wies er darauf hin, solche Rückfragen seien der DDR-Philosophie eigentlich unangemessen: In ihr sei es nicht darauf angekommen, tiefeschürfende Bücher zu verfassen, sondern ihr lag daran, auf die gesellschaftlichen Verhältnisse einzuwirken! Gefragt, was in *dieser* Hinsicht die gesellschaftliche Wende überdauern werde, verzeichnete dieser Philosoph es als *Verdienst* der DDR-Philosophie, den *alltäglich-selbstverständlichen Atheismus des Durchschnittsbürgers der DDR* entscheidend mit herbeigeführt zu haben. – Diese ‚Kulturleistung‘ kann man wohl nur mit einem kräftig-zynischen „Gratulation!“ kommentieren.

Schneider konstatiert die Banalität, die neuen Professoren in Ostdeutschland seien „einem Teil ihres Publikums fremd“. In der Tat: Das ist

auszuhalten, nicht, weil man sich an die Fremdheit gewöhnt, sondern weil auf Dauer die Fremdheit abnimmt und sich in Aufmerksamkeit und freundliches gegenseitiges Interesse wandelt. Auch das zu sagen, ist banal. – „Nur sehr selten lenken sie“ – diese neuen Philosophen – „das Gespräch an den neu eingerichteten Philosophie-Instituten auf den gesellschaftlichen Umbruchprozeß“!? Ich habe – vor vollbesetzter Aula – meine Antrittsvorlesung über „Verzeihung nach Wendezeiten? Über Unnachlässigkeit und mißlingende Selbstentschuldung“ gehalten (Erlangen und Jena 1994). Und: Wo immer es sich machen läßt, plausibilisiere ich komplexe theoretische Einsichten durch Aufnahme von Erfahrungen der gesellschaftlichen Umbruchprozesse (freilich nicht nur der allerjüngsten). – Auch wenn man nicht in Abrede stellen kann, zuweilen eitel zu sein, ist es doch eine krasse Beleidigung für dieses (zuweilen sehr anstrengende) Bemühen, von Schneider vorgehalten zu bekommen, unsereiner *benutze* sein ‚Publikum‘ als ‚Staffage seiner Eitelkeit‘ und sei im Grunde an den „Umbauarbeiten im Kopf“ der Menschen, mit denen er zu tun hat, nur ‚selten‘ interessiert. Daß Schneider nun vermutlich sofort einräumen würde, solche Fälle seien antreffbar, aber sie bestätigten eben – wie gesagt: als Ausnahmen – nur die Regel, macht die Angelegenheit nicht besser. (Es muß wohl nicht eigens betont werden, daß sich ein Fachvertreter der Praktischen Philosophie natürlich leichter tun wird, die Herausforderungen des Umformungsprozesses aufzunehmen und zu reflektieren als – sagen wir: – ein Logiker.)

Nach Schneider war die Entscheidung, an eine ostdeutsche Universität zu gehen, ein ganz „gewöhnlicher Karriereschritt“ einer „Beförderung“. Auch dazu eine sehr persönliche Anmerkung. Abgesehen davon, daß es tatsächlich ein riskantes Abenteuer war (und ist), die berufstätige Ehefrau, die schulpflichtigen Kinder aus Hamburg in ein Kaff zwischen Jena und Weimar zu verpflanzen (weil *passenderer* Wohnraum auch nach zwei Jahren Pendelns nicht zu finden oder zu finanzieren war), wird jene Kennzeichnung auch der Tatsache nicht gerecht, daß *nicht wenige* der Berufenen vor einer *Alternative* der Karriere standen! Sich – bei gleicher Bezahlung – statt für eine Münchener Universität für die Jenaer Universität-im-Umbruch zu entscheiden, hatte etwas zu tun mit dem Gefühl, vor einer *größeren* Aufgabe zu stehen und vor dieser Verantwortung nicht kneifen zu wollen, und hatte natürlich auch etwas zu tun mit dem Ehrgeiz, sich dem Mythos einer großen Philosophie-Tradition zu stellen. Von *diesen* Konflikten, Visionen und Verantwortungsübernahmen redet Herr Schneider nicht, denn es paßt nicht in sein krude-globales Beurtei-

lungsschema, das den Prozessen, deren Reflexion er anmahnt, so ärmlich äußerlich bleibt

Die „unglaublich großen Schwierigkeiten“ der Philosophen Ost- und Westdeutschlands, sich zu verstehen (156), erscheinen mir weit geringer, als Schneider es sich vorstellt. Freilich ist zu fragen, wie weit man im einzelnen diesen Verstehensprozeß treiben *will*. Gilt es doch, sich mit der *Realität* auseinanderzusetzen, und nicht – inzüchtig – mit Zunftproblemen –, es sei denn, es ließen sich an ihnen größere gesellschaftliche Zusammenhänge und Konflikte verdeutlichen. Schneider verweist die Philosophen an die Probleme des gesellschaftlichen Wandels, möchte aber dann wieder, daß sie sich vorrangig mit ihrer eigenen jüngsten Geschichte im Rahmen des Ost-West-Konflikts befassen. Ein Glück, daß die Lust zu solcher Nabelschau auf beiden Seiten eher gering ist. Wieder möchte ich auf sehr persönliche Erfahrungen rekurrieren: Wenn es sich um Kollegen handelt, die *allein aus politisch-rechtlichen Gründen* ihre Stelle verloren, deren Befähigung zur Teilnahme am philosophischen Diskurs aber völlig *außer Frage* steht, gibt es *unter Philosophen*, jedenfalls in Jena, die von Schneider beklagte Sprachlosigkeit nicht. Vielmehr könnte er hier konstatieren, daß die Gesprächsfäden keineswegs abgerissen sind und daß es nachhaltige Anstrengungen gibt, für solche Kollegen auch neue Möglichkeiten der wissenschaftlichen Arbeit – wie bescheiden auch immer – zu schaffen!

Immer wieder beklagt Schneider ein „Schweigen über die herrschenden Verhältnisse“ (150). Ganz generell sieht er sich von fatalem Schweigen umgeben. Während allenthalben landauf-landab über die Rolle des neu eingerichteten Ethik-Unterrichts (als Alternative zum Fach Religion) diskutiert wird und das Fach Philosophie sich als Leitwissenschaft dieses Schulfaches etabliert, und während selbstverständlich auf verschiedenen Ebenen die Reflexionsprozesse über Sinn und Ziel dieser Neugründung ablaufen und Universitätsphilosophen auch an der mühseligen Erarbeitung von Lehrplänen für die unterschiedlichen Schulstufen beteiligt sind, nimmt Schneider nur ein verlegenes Schweigen wahr... Wie realitätsfern Schneiders Besorgnisse sind, kann man auch wieder mit einer persönlichen Anmerkung verdeutlichen: Ich selbst habe Mitte der sechziger Jahre in Nordrhein-Westfalen die gleichgewichtige Fächerkombination Deutsch und Philosophie mit Ziel ‚Lehramt am Gymnasium‘ studiert; dreißig Jahre später entdeckt Schneider emphatisch die Neuigkeit, daß es mehr und mehr Philosophie an Schulen gebe...

Der Aufgabe, philosophische Gehalte einem ‚gemischten‘ Publikum außerhalb der Universitäten nahezubringen, habe ich mich, wie gewiß

viele andere, regelmäßig gestellt. In Thüringen wurde eine „Thüringische Gesellschaft für Philosophie“ gegründet, die *vorrangig* den Kontakt zu den vielen Philosophie-Interessierten im Lande pflegen und *für sie* Diskussionsforen organisieren soll. Auch in diesem Punkt sind Schneiders Insinuationen (156) schlicht unzutreffend, denn es wäre ja unbillig, solche Aktivitäten willkürlich als „Ausnahmen“ zu verbuchen, um an der eigenen Schwarz-Weiß-Malerei festhalten zu dürfen. Immer mehr Kolleginnen und Kollegen lassen sich – publizistisch und in Weiterbildungsveranstaltungen – auf die Erfordernisse der Lehrerbildung ein; da muß es schon Befremden hervorrufen, pauschal verkündet zu sehen, man habe sich, einer jahrhundertealten Universitätstradition verhaftet, noch nicht auf die „Herausforderung“ eingestellt, „Lehrer von Lehrern“ zu sein (157f.). (Die Frage freilich, wie weit unter uns wirklich *didaktisches Geschick* verbreitet ist, möchte auch ich gern offen lassen...)

Fazit: Der Verfasser *repräsentiert* ganz offensichtlich jenen Kreis institutionalisierter Köpfe, „die so wenig geübt sind, gesellschaftliche Veränderungen wahrzunehmen“ (158). Oder, anders gewendet: Schneider hat die Mimikri bezüglich der Ost-Philosophie so weit getrieben, daß ihm die „Fähigkeit zur analytischen Kritik“ abhanden gekommen ist, denn die war ja – wie er anmerkt (156) – „in der DDR kein Bildungsziel“.

Die Erfahrung des Anderen^{*}

Hans-Ulrich Wöhler

Dresden

Zu Recht mißtraut Schneider dem Diktum „si tacuisses, philosophus fuisses“.¹ Es ist zu begrüßen, das beredsame Schweigen oder die verschweigende Beredsamkeit zu beenden. Der *vorurteilsfreie historische*

Diskurs über die Philosophie in Europas Mitte in den 4,5 Jahrzehnten seit 1945 in Deutschland-Ost *und* -West ist angesagt. Dieser Diskurs kann und muß möglichst alle Beteiligten einbeziehen oder zu Wort kommen lassen. Am Ende – wenn dieses überhaupt in absehbarer Zeit möglich ist – sollte keine „Aufarbeitung“ im Sinne von „Zurechtmachung“ oder „Erledigung“, sondern eine differenzierende, sach- und faktenhaltige Gesamtdarstellung aus geschichtlich-objektiver Perspektive stehen. Trotz einiger vorliegender oder in Gang befindlicher Bemühungen in dieser Richtung kann von einem auch nur vorläufigen Abschluß dieser Arbeit keine Rede sein. Um so mehr ist es zu begrüßen, wenn gerade Philosophen, die nicht in der DDR gelebt haben, zu einem sachlichen Diskurs über die allerjüngste Philosophiegeschichte aufrufen. Wenn es dabei nicht gelingt, ideologische Pauschalurteile, moralisierende Klischees und politische Grenzziehungen als selbst geschichtlich Gewordenes zu hinterfragen, wird vielleicht die „Aufarbeitung“, nicht aber das ganzheitliche Verstehen und Erklären der jüngsten Vergangenheit und Gegenwart gelingen. Einige von meinen eigenen Erfahrungen und Beobachtungen als Angehöriger der 3. Generation von DDR-Philosophen und der 4. Generation von BRD-Philosophen, nicht ein abschließendes Urteil, möchte ich darum hier in diesem Sinn in den Diskurs einbringen.

Wenn Schneider im kulturellen und wissenschaftlichen Bereich zwischen beiden deutschen Staaten generell eine „Ahnungslosigkeit“ und ein „Desinteresse“ auf beiden Seiten konstatiert und wohl auch beklagt (152), so deckt sich das so pauschal gesagt nicht mit meinen persönlichen Er-

^{*} Erstveröffentlichung: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* 3/1996, S. 507-513.

¹ Vgl. Boethius, *De consolatione philosophiae*, Buch II, 7 Prosa.

fahrungen. Zumindest weiß ich, daß es sowohl vor der „Abwicklung“ als auch nach ihr im Dresdner Philosophischen Institut Philosophinnen und Philosophen gab und gibt, welche die philosophische Szenerie auf der jeweils anderen Seite sehr aufmerksam verfolgt haben. Zugleich muß man konstatieren, daß der durchschnittliche Grad dieser Aufmerksamkeit für den Anderen bei den gebürtigen Bundesbürgern niedriger lag als bei den gebürtigen DDR-Bürgern. Die von Schneider geschilderten Umstände der „Abwicklung“, das Scheitern einer wirklichen Integration von Ost- und West-Philosophen (Ausnahmen bestätigen die Regel), die Ersetzung historischer Erklärung durch moralisierende bzw. ideologische Aburteilung und das damit verbundene Entstehen von Tabus haben natürlich das Interesse für den Anderen und das Andere weiter sinken lassen. Die in Schneiders Artikel angeführten Beiträge und andere Meinungsäußerungen haben dafür gesorgt, daß allmählich eine Diskussion in Gang kam und nicht nur geschwiegen wurde. Ahnungslosigkeit und Desinteresse gab es und gibt es aber auch in einem erschreckenden Maß, das soll hier nicht geleugnet werden.

Wie sonst soll man sich die Einstellung von Leuten erklären, die während und nach der Evaluierung und Abwicklung von DDR-Akademie- und Universitätsinstituten die getane Arbeit mit dem Ausmisten eines Augiasstalles verglichen oder zunächst eine generelle Zerknirschung dafür verlangten, überhaupt als Philosoph in der DDR gewirkt zu haben. In welchem Maß politisch-ideologische Feindbilder und nicht die Sachkenntnis manchmal den Ausschlag gaben, wird aus der folgenden Äußerung A. Barings klar: „Ob sich heute einer dort Jurist nennt oder Ökonom, Pädagoge, Psychologe, Soziologe, selbst Arzt oder Ingenieur, das ist völlig egal. Sein Wissen ist auf weite Strecken unbrauchbar.“² Diese Äußerungen sind übrigens nicht ausschließlich von gebürtigen Bundesbürgern gemacht worden. Insofern haben Voreingenommenheiten, Desinteresse und Ahnungslosigkeit nichts mit dem Wohn- oder Geburtsort von Menschen zu tun. Mir ist in Dresden andererseits keine Kollegin und kein Kollege aus der Zeit von vor 1990 bekannt, der einmal Westdeutschland als philosophische Wüste oder als Augiasstall betrachtet hätte.

Auch das heißt wieder nicht, daß es nicht auch hier Ignoranz und Beserwisserei gegeben hätte. Ich wage aber die These, daß diese Einstellungen nicht dominant geworden sind. Es gab offizielle, halboffizielle

² Baring, Arnulf, Deutschland was nun? Ein Gespräch mit Dirk Rumberg und Wolf Jobst Siedler, Berlin 1991, 59.

und inoffizielle Kommunikationsbeziehungen mit Institutionen in der BRD, Belgien, der UdSSR, Polen, Ungarn usw. Diese Beziehungen waren im Falle ihrer Westausrichtung natürlich nur bei den wenigsten persönlicher Art. Weit umfangreicher war dagegen die Menge an Büchern, Artikeln, Artikelauszügen bzw. Rezensionen westdeutscher Autoren, die im „Tal der Ahnungslosen“ dank der unermüdlichen Arbeit der Sächsischen Landesbibliothek und der Bibliothek der Philosophischen Sektion „konsumiert“ wurde. Daß diese Menge einen Bruchteil dessen ausmachte, worüber beide Bibliotheken heute verfügen, gehört zu den uneingeschränkt positiven Folgen der Neuausstattung in den letzten 5 Jahren. Es waren ja in erster Linie die sprichwörtlichen „ökonomischen Hemmnisse“, d.h. die notorische Devisenknappheit der DDR, die die Literaturbeschaffung im westlichen Ausland zu einem Lotteriespiel werden ließ. Doch wenn entsprechende Mittel einmal bewilligt worden waren, wurden auch die speziellen fachlichen Interessen der Kolleginnen und Kollegen berücksichtigt. Natürlich und leider gab es Publikationen aus dem westlichen Ausland, die zwar vorhanden waren, aber nur nach besonderer vorheriger Genehmigung gelesen werden durften. Doch nach meiner Kenntnis war dieses Hindernis geringfügiger als das ökonomische. Hilfreich waren neben diesen offiziellen Beschaffungskanälen auch der gut funktionierende Fernleihverkehr, die Schenkungen von Sonderdrucken und nicht zuletzt die Reisen in das östliche Nachbarland, wo man manch ein „Schnäppchen“ in Sachen philosophischer Fachliteratur machen konnte.

Das Interesse und die Aufmerksamkeit bei den philosophisch Arbeitenden für die geistig-kulturelle Szenerie jenseits der Landesgrenzen folgte auch der östlichen und südlichen Himmelsrichtung. Darin sehe ich einen der wirklichen Vorzüge und Vorteile von ostdeutschen Philosophen, die noch viel intensiver genutzt werden müssen, wenn mit der Lösung vom zusammenwachsenden Europa wirklich Ernst gemacht werden soll. So gab es z.B. mit Philosophen aus Polen, der UdSSR und Ungarn am Dresdner Lehrstuhl für Philosophiegeschichte in den 70er und 80er Jahren intensive Arbeitskontakte, die auch ihren Ausdruck in gemeinschaftlichen Publikationen und gegenseitigen Einladungen zu Tagungen fanden. Man sollte auch diese angebahnten und in der Regel nach 1990 nicht weitergeführten Kontakte und Beziehungen in die historische Beurteilung des philosophischen Lebens in der DDR einbeziehen. Dies setzt allerdings voraus, den historischen Torso „DDR-Philosophie“ nicht nur als kaderphilosophischen Turmbau zu Babel oder ideologischen Sündenpfuhl, sondern als Bestandteil der europäischen Geisteskultur dieses Jahrhunderts zu verstehen, der trotz politischer, ideologischer und men-

taler Blockaden sichtbar eine Kontaktstelle im transeuropäischen Gedankenverkehr in der Ost-West- und der West-Ost-Richtung war. Wenn an diesem Torso von Philosophie Stellen und Parteien zu finden sind, die aufmerksamer historischer Kritik besonders würdig sind, weil sie produktiv weiterführbar sind oder wichtige Aufschlüsse für das historische Gesamtbild liefern, so sind das m.E. neben den Produktionen auf philosophiegeschichtlichem, editorischem, wissenschaftsphilosophischem und logischem Gebiet vor allem auch die internationalen Beziehungen und Kontakte in das östliche Mitteleuropa und Osteuropa, die eben für viele junge Philosophen gerade die Gelegenheit boten, der Provinzialität der DDR-Philosophie ein Stück weit zu entkommen. Freilich ist hier auch der historische Prozeßcharakter dieser Beziehungen fest im Auge zu behalten, die eben zum Ende der 40er und Anfang der 50er Jahre anders aussahen als zum Ende der 80er Jahre. Es wird eine reizvolle Arbeit für die Historiker sein, die Lokalität, Regionalität und Internationalität des Philosophierens in der DDR genauso wie in der BRD neben den politischen und ideologischen Polaritäten zusammengenommen in das Erklärungsraster einer historisch-kritischen Historiographie einzubringen. Die bisherige stark selektive individualisierende und ideologie-kritische „Aufarbeitung“ genügt diesen Anforderungen natürlich nicht

Um von der „Aufarbeitung“ zur Geschichtsschreibung zu kommen, ist es allerdings wichtig, die Genese einer nicht nur als Ideologiespender, sondern als akademische Wissenschaft installierten und betriebenen Universitätsphilosophie seit den 60er Jahren aufmerksam zu verfolgen. Dies kann natürlich nur die Arbeit von Klios Söhnen und Töchtern, nicht aber von ministrablen Parzen sein. Dieser Schritt wird all denjenigen äußerst schwerfallen, die in der DDR a priori nur eine Un-, Semi- oder Paraphilosophie festgestellt haben wollen. Schneider hat diesen Schritt offenbar bereits vollzogen. Ich habe allerdings starke Bedenken, ihm zuzustimmen, wenn er leicht süffisant äußert, „die im engeren Sinn wissenschaftliche Arbeit“ habe „zu Hause und in Bibliotheken stattgefunden“ (152). Diese Art von Arbeit gab und gibt es natürlich sowohl bei ostdeutschen als auch westdeutschen Philosophen. Ist eine als Wissenschaft betriebene „Universitätsphilosophie“ heute überhaupt ohne das häusliche Arbeitszimmer und die Fachbibliothek vorstellbar? Doch nicht nur in der alten und neuen BRD, sondern auch in der DDR hat es wesentlich mehr Lokalitäten und Formen von wissenschaftlicher philosophischer Arbeit als die gerade genannten gegeben. Ich würde sogar so weit gehen zu sagen, daß in dieser Beziehung kaum oder gar keine Unterschiede zwischen beiden deutschen Ländern existierten. Als für mich selbst angenehm und prä-

gend habe ich zum Beispiel die schon berühmt gewordenen „Mittwochs-kolloquien“ am Berliner Lehrstuhl von H. Ley mit Philosophen, Physikern, Biologen, Ökonomen usw. erfahren. Das dialogisierende Philosophieren und der sachlich-fachliche Disput zwischen Philosophen und Nicht-Philosophen war hier Pflicht für alle, gleichgültig ob Aspirant, Forschungsstudent, Assistent, Dozent oder Professor. Auch die Lehrstuhl- und Wissenschaftsbereichstagungen an der Dresdner Sektion Philosophie und Kulturwissenschaften, die regelmäßig jährlich in Kühlungsborn stattfindenden großen philosophisch-einzelwissenschaftlichen Symposien des Ley-Lehrstuhls, philosophische Sommerschulen, die einwöchigen jährlich stattfindenden Klausurtagungen des Dresdner Philosophiegeschichts-lehrstuhls mit ständig zunehmender auswärtiger Beteiligung, die Kongresse (hier sind für die Dresdner Philosophen besonders die internationalen interdisziplinären Tagungen von 1978, 1983 und 1987 mit dem Titel „Philosophische und historische Fragen der technischen Wissenschaften“ zu erwähnen³), Projektgruppen- und philosophische Problemratstagungen usw. waren Sphären sachlicher, Streitbarer und produktiver wissenschaftlicher Arbeit, die außerhalb der eigenen vier Wände oder von Bibliotheken lagen und in meiner persönlichen Erinnerung einen prägenden Einfluß auf alle Beteiligten hatte. Als Beispiele für Tagungen, zu denen die Dresdner Philosophiehistoriker zu DDR-Zeiten mit ihren Kollegen aus der Bundesrepublik zu gemeinsamen Veranstaltungen zusammentrafen, seien die Konferenz der Fachkommission Frühe Neuzeit der Historikergesellschaft der DDR im Mai 1989 in Bautzen,⁴ die 13. Arbeitstagung des Dresdner Lehrstuhls für Philosophiegeschichte zum Toleranzproblem im Mai 1990 in Milkel⁵ und die jährlichen Kolloquien über philosophische Fragen des Friedenskampfes⁶ in den 80er Jahren erwähnt.

³ Die Kongreßmaterialien von 1978 sind im Eigenverlag der TU Dresden, die von 1983 und 1987 sind als gesonderte Hefte in der Reihe *Aus dem philosophischen Leben der DDR. Informationsbulletin* (hrsg. v. Zentralstelle für philosophische Information und Dokumentation, Berlin) H. 3/83ff., H.9/89ff. erschienen.

⁴ Vogler, Günter (Hrsg.), *Wegscheiden der Reformation. Alternatives Denken vom 16. bis zum 18. Jahrhundert*, Weimar 1994 (vgl. die Beiträge von C. Härtwig, P. Schellenberger und S. Wollgast).

⁵ „Das Toleranzproblem – eine Herausforderung durch die Jahrhunderte. 13. Arbeitstagung des Wissenschaftsbereiches Geschichte der Philosophie an der Sektion Philosophie und Kulturwissenschaften der TU Dresden, 28.–31.5.1990“, in: Zentralstelle für philosophische Information und Dokumentation, Berlin (Hrsg.), *Aus dem philosophischen Leben [der DDR]. Informationsbulletin*, H.22/1990; H.23/1990.

⁶ Vgl. Zentralstelle für philosophische Information und Dokumentation, Berlin (Hrsg.), *Aus dem philosophischen Leben [der DDR]. Informationsbulletin*, H. 9/1989; H. 25/1990.

Hinzu kommen natürlich die „normalen“ akademischen Prozeduren von Diplomierungen, Promotionen und Habilitationen, die nach meiner persönlichen Erfahrung einen seriösen wissenschaftlichen Anspruch hatten. Es ist eine der schwächsten Seiten der ganzen bisherigen „Aufarbeitung“, gerade die Promotions- und Habilitationsschriften, die Zeitschriftenkontroversen innerhalb und außerhalb der *Deutschen Zeitschrift für Philosophie*, die Kongreß- und Tagungsmaterialien und auch die sehr umfangreiche Sammlung der „phid“ (*Philosophische Information und Dokumentation* der DDR mit einem umfangreichen Rezensionsteil, der viele Leser gerade auch mit Publikationen außerhalb des Landes bekannt machte) konsequent ignoriert und sich statt dessen auf ausgewählte Bücher beschränkt zu haben. Bei den angesprochenen Produktionsformen philosophischen Wissens geht es zwar nicht um eine „ungeschriebene Lehre“, wohl aber um Gesagtes und Geschriebenes, das wie im Falle der Dissertationen in der Regel nicht als Verlagspublikation erschien oder vorläufigen oder reinen Verständigungscharakter hatte. Von den sekretierten Arbeiten rede ich dabei ausdrücklich nicht. Neben den genannten Formen wissenschaftlicher philosophischer Arbeit dürfen natürlich die Vorlesungen und Seminare nicht fehlen, insofern sie problembezogen, informativ und auf aktuellem Forschungsniveau waren. Als ein Beispiel hierfür seien die mehrfach und in großer Stückzahl aufgelegten Vorlesungen zur Philosophiegeschichte von Helmut Seidel erwähnt, die auch in der Bundesrepublik Interesse unter den Lesern fand.

An den Universitäten der DDR waren Philosophen tätig, die sowohl in Forschung und Lehre als auch in der weltanschaulich-popularisierenden Tätigkeit innerhalb der Universitäten und außerhalb nach geplanten Abläufen zu agieren hatten. Diese Doppel- oder Dreifachbelastung machte das eigentliche Geschäft des Universitätsphilosophen in der DDR aus. Es haben also alle diejenigen Unrecht, die diese Menschen als bloße Transmissionsriemen in einer allmächtigen Propagandamaschine ohne eigenes Denkvermögen oder eigene Forschungsaktivitäten sehen. Hinsichtlich ihrer publikatorischen Produktivität sollen diese Universitätsphilosophen im Durchschnitt sogar ihre Kolleginnen und Kollegen von der Akademie der Wissenschaften oder den Parteiinstituten übertroffen haben. Zugleich waren sie auf direkteste Weise mit allen geistigen, sozialen und politischen Widersprüchen der DDR-Gesellschaft konfrontiert, weil in den Veranstaltungen mit den Studenten und den Fachkollegen aus anderen Wissenschaftsdisziplinen in der Regel kein Blatt vor den Mund genommen wurde, wenn es um die Benennung solcher Widersprüche ging. Zu einer besonderen Form akademischer Bildung und der von

Schneider zu Recht eingeforderten Öffentlichkeitswirksamkeit von Universitätsphilosophie gehörte in Dresden das Fernstudium der Philosophie. Viele Studenten aus Thüringen, Sachsen und Berlin haben bis in die Zeit der „Abwicklung“ dieses Studium in Dresden absolviert, und manche haben daran eine Aspirantur angeschlossen, die zur Promotion führte. Die Ausbildung umfaßte in der gesamten Breite die Geschichte der Philosophie, über die Logik, die Geschichtsphilosophie, die Natur- und Technikphilosophie bis hin zur Ästhetik, Ethik und Erkenntnistheorie. Nach dem Studium haben diese Studenten in Klubbüchern, Verlagen, Theatern, gesellschaftlichen Organisationen oder als promovierte Philosophen an einer Universität bzw. einer Akademie ein neues Arbeitsfeld gefunden oder auch ihr altes weiter bestellt. Die Dresdner Philosophen haben auch an anderen Instituten der Technischen Universität philosophischen Unterricht erteilt, der Bestandteil des sogenannten „Marxistisch-leninistischen Grundstudiums“ war, eines obligatorischen Studienbestandteils aller Studienfachrichtungen in der DDR seit den 50er Jahren, der zum Schluß keine reine Marx-Engels-Lenin-Exegese mehr war und nicht mehr sein konnte. Deshalb suchte man auch hier nach neuen und anspruchsvolleren Formen und Inhalten, die besonders in der philosophischen Behandlung einzelwissenschaftlicher, technischer und ökologischer Fragen gefunden wurden. Darüber hinaus fanden mit den „Abendvorlesungen“ in den 80er Jahren universitätsoffene Vorlesungen statt, die heute in der Form des „studium generale“ oder der „Bürgeruniversität“ eine Fortsetzung erfahren. Es war zunehmend klargeworden, daß es an fächerübergreifenden und auch die Öffentlichkeit außerhalb der Universität interessierenden Veranstaltungen einen wachsenden Bedarf gab. Hier sind exemplarisch die Luther- und Müntzer-Ehrungen, die Ökologieproblematik und andere globale Probleme bis hin zu stark besuchten Vorlesungen über Nietzsche, Jaspers und andere nichtmarxistische Philosophen zu nennen, die von Dresdner Philosophen ausgearbeitet und vorgetragen wurden. Darüber hinaus gab es Kolleginnen und Kollegen, die im Rahmen populärwissenschaftlicher Überblicks- oder Einführungskurse für Nicht-Universitätsangehörige in der Vereinigung der Urania, im Kulturbund und an der Volkshochschule die steigenden Nachfragen einer breiteren Öffentlichkeit nach philosophischer bzw. allgemein weltanschaulicher Diskussion zu befriedigen versuchten. Mit der Fusion von Dresdner Pädagogischer Hochschule und der TU Dresden zu Beginn der 90er Jahre wurde der zuvor nur punktuelle Beitrag von Philosophen der TU zur Lehreraus- und -weiterbildung zu einer ständigen Aufgabe. Hier mußten neue Lehr-

und Ausbildungsprogramme in Zusammenarbeit mit Philosophenkollegen von der ehemaligen PH Dresden entwickelt und erprobt werden.

Neben dem allmählichen Auslaufen des Fernstudiums war die sukzessive Anbindung der Lehraus- und Weiterbildung an die Universität die gravierendste Veränderung im Lehr- und Ausbildungsprofil an der Dresdner Universität in den Jahren seit 1990. Diese Veränderungen fanden gleichzeitig mit der „Abwicklung“ statt und haben die ganze Kraft aller Beteiligten verlangt. Dabei haben nicht so sehr die Erweiterung, Veränderung oder gänzliche Neukonzipierung von Lehrangeboten, Studien- und Prüfungsordnungen (das hat es auch zu DDR-Zeiten bis zuletzt immer wieder gegeben) die Nerven der Mitarbeiter und Hochschullehrer bis aufs äußerste angespannt sein lassen, sondern die über mehrere Monate und Jahre anhaltende Ungewißheit über das eigene persönliche Schicksal und das der meisten Kolleginnen und Kollegen. Ohne einen „Nucleus“, wie der Gründungsdekan Prof. H. Oberreuter ihn wiederholt nannte, von erfahrenem Stammpersonal wäre ein Abbruch der Studien bis hin zu einer Schließung der entsprechenden Einrichtung unumgänglich gewesen. Natürlich haben in der Zeit der Umstrukturierungen auch die Gastdozenten aus den alten Bundesländern ganz wesentlich zum Gelingen dieses Prozesses beigetragen. Trotz der neuen Programme, Strukturen und institutionellen Namen gab es unverkennbar eine Kontinuität des Instituts Philosophie von der „Abwicklung“ Ende 1990 bis heute. Da die institutionalisierte Philosophie an der TU nie zu existieren aufgehört hat, wird z.B. bis heute noch eine gerichtliche Auseinandersetzung bis zum Bundesverfassungsgericht darüber geführt, ob es im juristischen Sinne denn überhaupt eine „Abwicklung“ als „Auflösung“ gegeben hat.

Die Kolleginnen und Kollegen aus der DDR-Zeit wurden während der Umstrukturierungen untereinander auch höchst unterschiedlich behandelt: Zunächst erhielten alle aus der Tageszeitung und danach offiziell vom Rektor die Nachricht von der „Abwicklung“ der Sektion und das Versetzen aller in die „Warteschleife“ (mit der Ausnahme des Instituts für Wissenschafts- und Technikgeschichte); einige gingen nach dem Ende der „Warteschleife“ gleich in die Arbeitslosigkeit, den Vorruhestand oder in neue Tätigkeiten; andere bekamen auf mehrere Monate unterschiedlich befristete Verträge, die nach ihrem Auslaufen entweder verlängert oder nicht verlängert wurden; wieder andere wurden ganz aus der „Warteschleife“ herausgeholt, weiter im vorherigen unbefristeten Arbeitsverhältnis beschäftigt, um dann mit der Neuausschreibung aller Stellen wieder in ein befristetes Arbeitsverhältnis zu gelangen. Für die Übernahme in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis als Mitarbeiter oder Hochschulleh-

rer im Rahmen der neuen Strukturen wurde während der „Abwicklung“ und des Neuaufbaus für die Wissenschaftler aus dem Osten inoffiziell eine Altersgrenze festgesetzt. Dadurch wurden vor allem jüngere Wissenschaftler, die nicht über die Gnade der frühen Geburt verfügten, ernsthaft benachteiligt. Auch eine vorangegangene 15jährige Berufstätigkeit vor Ort oder sogar ein klarer Beschluß der Gründungskommission konnte daran nichts ändern. Solche Altersbegrenzungen, die gerade jüngere Wissenschaftler aussonderten, galten für die neuberufenen Westkollegen nicht. Daß es, wie Schneider schreibt, bei der „Abwicklung“ zu „Willkürmaßnahmen“ kam (153), wird durch die genannten Umstände leider bestätigt. Im Ergebnis der „Abwicklung“ aller Professoren und von über drei Viertel aller Mitarbeiter sowie der Neustrukturierung ist die Anzahl der am Philosophischen Institut der TU Dresden gegenwärtig als Hochschullehrer tätigen Philosophinnen und Philosophen genauso hoch wie zu DDR-Zeiten am damaligen Institut für Philosophie der Sektion Philosophie und Kulturwissenschaften (drei Viertel der Stellen sind heute von Kolleginnen und Kollegen aus den alten Bundesländern und ein Viertel von ostdeutschen Philosophen besetzt). Der hinsichtlich der Personalstruktur merkbare Unterschied zwischen der Zeit vor und der nach der „Abwicklung“ besteht in der Aufhebung sämtlicher unbefristeter Anstellungen von Mitarbeitern und der starken Reduktion der Assistenten- und Mitarbeiterstellen.

Inhaltlich gesehen ist ein außerordentlich breites Spektrum an Lehrangeboten entstanden, das von der Religionsphilosophie, über die analytische Philosophie, Textseminare von der Antike bis in die jüngste Moderne (auch in lateinischer Sprache) bis zu Fragen der modernen Natur- und Technikwissenschaften reicht. Hier leisten „alte“ und „neue“ Kolleginnen und Kollegen eine intensive Arbeit, die von den Magister- und Lehramtsstudenten in großer, aber nicht zu hoher Besucherzahl genutzt wird. Auch das Promotionsgeschehen, das seit der „Abwicklung“ merklich zurückgegangen, aber nicht beendet worden war, belebt sich allmählich wieder. In Kolloquia, Konferenzen und den Vorlesungen zum „studium generale“ sind Dozenten, Mitarbeiter oder Studenten aus allen Instituten der Philosophischen Fakultät oder darüber hinaus zu sehen. An Tagen des „Schnupperstudiums“ oder an einem „Tag der offenen Tür“ werden Schülern die Ziele und Inhalte eines Philosophiestudiums erläutert. Die individuellen Stile der Hochschullehrer werden bewußt registriert. Der Grad der Individualisierung der Unterrichts-, Forschungs- und Kommunikationsformen von heute ist gegenüber dem zu DDR-Zeiten ungleich größer. Und kaum zu vergleichen ist die von jeder Verschulung

freie Studienordnung, die teilweise so frei ist, daß sie Neuankömmlingen oft monatelanges Suchen nach dem günstigsten Menü an zu besuchenden Veranstaltungen und Prüfungen abverlangt. Ein Vergleich von Lehrinhalten erübrigt sich angesichts der geschilderten Personalumstrukturierungen. Doch fällt mir persönlich als gravierender Unterschied auf, daß die Philosophie in der DDR eine Weltanschauungsphilosophie mit dem (nicht eingelösten) Anspruch auf gesellschaftspraktische Umsetzung war, während hinsichtlich ihrer etwaigen Weltanschauungsfunktion die gegenwärtige Universitätsphilosophie weitgehend eine durchaus nicht unverständliche Zurückhaltung oder Abstinenz an den Tag legt. Die immer brennender werdenden Fragen des Alltags, die wie auch früher vor allem von den Studenten in die Hörsäle getragen werden, wird diese Abstinenz wohl nicht auf Dauer aufrechterhalten lassen. Und wenn noch ein Vergleich anzubringen ist: Die Studenten sind mit dem Aufbau einer auch ihnen zugänglichen Freihandbibliothek mit einem weiter anwachsenden Bestand an philosophischer Literatur wieder stärker dabei, auch Werke im Original und manchmal mehr zu lesen, als das vorgeschriebene Minimum. Was wäre die Universitätsphilosophie ohne die Neugier der Studenten? Es war wohl eine der bittersten Einsichten vieler Philosophen zum Ende der DDR, daß sie die wachsende Neugier vieler Studenten immer weniger befriedigen konnten. Genau dies war das wichtigste Indiz der Krise dieser Philosophie. Daß dies auf ein Zuviel an Marxismus in der DDR-Philosophie zurückzuführen sei, wird von keinem ernstzunehmenden Beteiligten oder Beobachter behauptet werden können. Auch und gerade darüber wird Näheres von den Historikern zu sagen sein. Übrigens gibt es auch jetzt wieder philosophische und soziologische Seminare über das Werk von Marx an der Dresdner Universität, die von Hörern unterschiedlichster Fachrichtungen besucht werden.

DDR-Philosophie – Ideologie der Macht oder Wissenschaft des Geistes?*

Wolfgang Bialas

Potsdam

Was ist die Botschaft des Beitrages von Ulrich Johannes Schneider? Bei der Umstrukturierung der philosophischen Landschaft Ostdeutschlands waren Interessen im Spiel. Es ging um Stellenbesetzungen und

Umprofilierungen. Damit die einen kommen konnten, mußten andere zuvor gehen. Dabei ließen Grad und gerichtete Eindeutigkeit der strukturellen Vorentscheidungen diejenigen, die gehen mußten, daran zweifeln, ob hier überhaupt eine Konkurrenz mit im Prinzip gleich verteilten Chancen stattgefunden hat, oder nicht vielmehr formale Prozeduren des demokratischen Rechtsstaates zur Aufrechterhaltung des Anscheins einer solchen Konkurrenz lediglich bemüht wurden. Kurz: Verhältnisse, die den einen Vorteile verschafften, benachteiligten andere. Über die Qualität der inhaltlichen Veränderungen unter diesen Bedingungen ist damit noch nichts gesagt. Allerdings fällt die Diagnose für die Ablösung der DDR-Philosophie wohl eindeutig aus. Sowohl in den politiknahen Bereichen als auch in vermeintlich neutralen systematischen Bestandteilen mußte sie mit den Institutionen, deren Legitimation sie mitbegründete, verschwinden. Philosophie in marxistisch-leninistischer Spielart wurde infolge des gesellschaftlichen Umbruchs aus einer ‚zeitgemäßen‘ Variante der Verzahnung von Politik und Philosophie zum anachronistischen Rudiment einer untergegangenen gesellschaftlichen Formation. Und zeitgemäß war sie tatsächlich – unter der Voraussetzung der Definition von marxistischer Philosophie als wissenschaftlich begründeter Weltanschauung und ideelles Werkzeug ‚der Partei‘. Ihre in der offenen Situation der ‚Wende‘ bevorzugte rhetorische Transformation in ‚politische‘ oder ‚systematische‘ Philosophie war so ohne weiteres durchschaubar als vordergründiger Etikettenschwindel.

* Erstveröffentlichung: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* 3/1996, S. 513-516.

Die Phänomenologie des nur von wenigen Stimmen gebrochenen Schweigens der DDR-Philosophie zum gesellschaftlichen Umbruch ist das eine. Ein anderes ist es offensichtlich, eine theoretische Substanz der DDR-Philosophie neben, trotz oder auch aufgrund ihrer Funktionalität zur Reproduktion der politischen Verhältnisse des real existierenden Sozialismus der DDR auszumachen. Ohne kritischen Rekurs auf ihr Selbstverständnis, ohne den Versuch, der mehrfach blockierten und verfremdeten Dynamik ihrer Entwicklung auf die Spur zu kommen, wird man hier wohl nicht weiterkommen. Dieser Rekurs wird auf die Eigenart von Philosophie generell eingehen müssen, um in der Diskussion, ob es in der DDR überhaupt so etwas wie Philosophie gegeben hat oder nicht doch nur eine Ideologie, die durch den Einbau philosophischer Versatzstücke und die selektive Auseinandersetzung mit der Tradition philosophischen Denkens um das Image einer wissenschaftlichen Weltanschauung bemüht war, eine Position beziehen zu können.

Woraus also bezieht Philosophie Impulse ihrer Entwicklung? Vorwiegend aus der Auseinandersetzung mit den gesellschaftlichen Verhältnissen ihrer Zeit und den Interventionen der politisch Mächtigen in die geistige Kultur? Oder aber vorzugsweise aus der Auseinandersetzung mit der philosophischen Tradition? Ein Schlüssel zur Beantwortung dieser Frage in ost-westdeutsch differenzierter Hinsicht ist sicher die Auflösung des hier suggerierten ‚Entweder-Oder‘, die sich an zahlreichen Problemfeldern durchführen ließe. Ich möchte mich auf eines beschränken, das in seiner spiegelbildlichen Asymmetrie aber wohl als exemplarisch unterstellt werden kann, nämlich das Bestehen einerseits auf einer ‚gesellschaftlichen Funktion der Philosophie‘, die Rede andererseits von der ‚Philosophie als freier‘, soll heißen politisch unabhängiger Wissenschaft. Es ist in einem ersten Ansatz sicher so richtig wie allgemeinplätzlich nichtssagend, die Claims nun im nachhinein noch einmal abzustecken, um in der DDR die legitimationsideologische Parteiphilosophie des Marxismus-Leninismus im Status der Unfreiheit und im Westen eine ‚Philosophie der Freiheit‘ auszumachen. Damit wäre von vornherein klargestellt, daß die philosophischen Freiheitsgrade im ‚Unrechtsregime DDR‘ natürlich gegen Null gehen mußten, während sie unter der Bedingung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung ebenso natürlich gegen unendlich strebten. Dem Nullsummenspiel auf der einen stünde der unendliche Kosmos pluraler Philosophie auf der anderen Seite gegenüber.

In einem durch die normativen Standards westlicher Philosophie geprägten Wahrnehmungsraster ist dieses Bild zweifellos im Prinzip richtig. Seine Konturen beginnen jedoch in dem Moment unscharf zu werden, in

dem die Binnenperspektive der DDR-Philosophie als normativer Horizont ernst genommen wird, innerhalb dessen hier Positionen entwickelt wurden und die Auseinandersetzungen verliefen. Dann kann es in der Rekonstruktion nicht mehr darum gehen, eine ‚gesellschaftliche Funktion der Philosophie‘ auszuspielen gegen ein ‚Existenzrecht der Philosophie auf Unparteilichkeit‘. Vielmehr war die Annahme einer solchen gesellschaftlichen Funktion von Philosophie der Konsens, in dem sich Dogmatiker wie Häretiker einig waren. Philosophie sollte sich nicht aus dem Kraftfeld politischer Praxis zurückziehen, sondern in eben diesem Feld originäre Positionen zu Fragen der Zeit entwickeln. Diese Positionen waren entweder als ‚wissenschaftliche Weltanschauung der Partei‘ im Prinzip vorgegeben und bedurften nur noch der Übersetzung in eine Begrifflichkeit, in der statt von Beschlüssen, Plänen, Agitation und Propaganda von Basis und Überbau, Sein und Bewußtsein, Materialismus, Idealismus und Dialektik die Rede war. Zwar blieb diese Sprache auch für die Häretiker verbindlich, verstanden sich diese doch nicht als ‚Anti-Sozialisten‘ und Vertreter bürgerlicher Philosophie, sondern im Gegenteil als die besseren, die ‚wahren Sozialisten‘. Ihnen ging es nicht darum, Philosophie aus dem Einflußbereich der Macht in die ruhigen Gewässer der reinen Theorie hinüber zu retten, sondern in Umkehrung der tatsächlichen Abhängigkeiten und Prägungen Gesellschaft nach dem Bilde philosophischer Einsicht zu formen. Eine ‚Philosophie der Freiheit‘ wäre hier nicht nur als Zugewinn von Freiheitsgraden philosophischer Arbeit erschienen, sondern zugleich auch als ihre Marginalisierung zu gesellschaftlicher Irrelevanz wahrgenommen worden. Lediglich philosophiegeschichtlich oder systematisch spezialisierte Subdisziplinen der Philosophie wußten eine solche Existenz am Rande des ideologischen Normalbetriebes zu schätzen und zu verteidigen.

Mit der Aufforderung, nicht nur das gesellschaftliche Ganze, sondern auch noch seine Veränderung zu denken, ist Philosophie offensichtlich strukturell überfordert. Sie kann diese Überforderung entweder dadurch kompensieren, daß sie geistige Tätigkeit zum Mikrokosmos der Gesellschaft gleichsam monadologisch konstruiert, um diesen Mikrokosmos dann als freien Entwurf intellektueller Gestaltungskraft zu behandeln. Oder sie kann sich dieser Aufforderung durch den Rückzug in hermetische Subdisziplinen der Philosophie entziehen, die weder durch kommunikative Brücken miteinander noch mit einem gesellschaftlichen Ganzen verbunden sind. Beide Varianten scheinen mir in der bundesdeutschen Philosophie prominent vertreten zu sein. Auch in der DDR-Philosophie lassen sie sich in philosophiegeschichtlicher bzw. systematisch-

wissenschaftstheoretischer Spezialisierung retrospektiv ausmachen. Allerdings hatten sie hier eher marginale Bedeutung und wurden, je nach ‚philosophischer Großwetterlage‘, wie es hieß, entweder als Aushängeschild philosophischer Kreativität und Pluralität gen Westen genutzt oder als ideologisch irrelevante exotische Pflanzen eines gärtnerischen Großbetriebes marxistisch-leninistische Philosophie stillschweigend geduldet. In Konkurrenz zur ideologischen Annahme einer solchen Funktion entwickelte sich eine originäre DDR-Philosophie nicht als kompensatorische Neutralisierung, auch nicht als spezialistische Verweigerung oder unkritische Übernahme einer solchen gesellschaftlichen Funktion von Philosophie, sondern als ihre Selbstüberbietung zur gesellschaftlichen Mission von Philosophie, die politische Reformen des Sozialismus als intellektuelle Avantgarde einer künftigen gesellschaftlichen Umwälzung vorzubereiten und voranzutreiben, um sich schließlich an die Spitze einer solchen Umwälzung zu stellen. Nach diesem Wunschscenario der philosophisch geschulten politischen Reformer der DDR verlief der gesellschaftliche Umbruch bekanntlich nicht. Die Freiheitsgrade westlicher Philosophie liefen aus einer solchen Sicht auf einen Pluralismus des ‚anything goes‘ hinaus und erschienen als ‚Dezisionismus der Beliebigkeit praxisfremder Philosophie‘.

Bei der Feststellung stehenzubleiben, daß bei Gelegenheit des Umbaus der Philosophie in den östlichen Bundesländern die aus der ostdeutschen Gesellschaft entlassenen Ideen, Haltungen, Auffassungs- und Vermittlungsweisen mit den in dieser Gesellschaft sozialisierten Personen verbunden waren, suggeriert ein Bedauern, das m.E. in dieser Pauschalierung fehl am Platze ist. Es ist doch wohl die Qualität dieser Haltungen und Ideen, es ist der Modus ihrer Verbindung mit diesen Personen, der darüber entscheidet, ob hier Verluste zu bedauern sind oder Befreiung zu begrüßen ist. Die gleichzeitige Entlassung dieser Ideen mit der Entlassung ihrer professionellen Protagonisten stellt eine Verbindung her, die die problematische Sozialisation einer habituellen Verinnerlichung von Ideologie nach dem Wegfall ihrer Voraussetzungen zum Bindungsverlust vereindeutigt. Spricht also die Abwicklung der DDR-Philosophie nun für oder gegen eine intellektuelle Substanz dieser Philosophie? Ihre administrative Entsorgung läßt eine solche Substanz vermuten: Anstatt DDR-Philosophen die Gelegenheit zu geben, im philosophischen Diskurs unter den neuen Bedingungen ihre Konkurrenzfähigkeit zu beweisen, wurden sie aus politischen Gründen aus diesem Diskurs ausgeschaltet. Zugleich ist es zumindest einseitig, an einer philosophischen Kultur, die per Definition einer inhaltlich konstitutiven ‚Einheit von Theorie und Praxis‘ von

Politik nicht zu trennen war, lediglich zu beklagen, daß diese Kultur mit der Niederlage dieser Politik bei ihrem politischen Wort genommen und für verzichtbar befunden wurde. Nach welchen Kriterien also soll eine ‚gerechte Beurteilung der früheren Tätigkeit von DDR-Philosophen‘ erfolgen? Aus dem Vergleich ihrer Tätigkeit mit der anderer sozialer oder intellektueller Gruppen? Aus dem Vergleich mit der westdeutschen oder osteuropäischen Philosophie? Aus ihrem Selbstverständnis oder ihrer Beurteilung durch andere? Und sind überhaupt politisch legitime Gründe denkbar, aus denen ein Philosoph seine Arbeit verlieren kann? Hat er etwa diese Arbeit aus politischen Gründen bekommen und in politischer Absicht betrieben, ist nach dem Wegfall dieser Gründe und Absichten zumindest die Frage nach der neuen Grundlage dieser Arbeit wohl berechtigt. Dem rasanten Tempo des gesellschaftlichen Umbruchs und schließlich Vereinigungsprozesses war die DDR-Philosophie nicht gewachsen. Verhinderte dieses Tempo zunächst die Auseinandersetzung mit der gesellschaftlichen Funktion der Philosophie in der DDR, so dient es heute häufig als willkommener Vorwand, diese Auseinandersetzung noch immer nicht zu führen. Nimmt man die Diskreditierung der normativen Raster ostdeutscher Philosophie hinzu, scheint damit alles Wesentliche gesagt zu sein. Nicht zuletzt die hoch emotionalisierten Debatten um die ‚politisch begründete Abwicklung der DDR-Philosophie durch die westlichen Kolonisatoren‘ erscheinen dann als Kompensation für diese ausgefallene Diskussion. Daß sie nun durch den Beitrag von Ulrich Johannes Schneider wieder in Gang gesetzt ist, kann ich nur begrüßen.

Tabula rasa und Kontinuität

Anmerkungen zu einer Diskussion *

Klaus-Dieter Eichler

Leipzig

I.

„Etwas unheimlich mutet an, daß die Zerstörung einer philosophischen Kultur durch eine andere, diese Ersetzung einer Philosophie durch eine andere die Situation der Philosophie im Grunde nicht verändert hat.“¹

Was mich an dieser Einschätzung von Ulrich Johannes Schneider beunruhigt und veranlaßt, diese Zeilen zu schreiben, ist weniger der Gebrauch des Singulars für Philosophie und Kultur, als die paradoxe Feststellung von der Kontinuität im Wandel. Hat sich denn für einen schon in der DDR an der Universität Philosophie Lehrenden nicht alles verändert? Wurden denn nicht alle Bedingungen philosophischer Ausbildung radikal umgewälzt? Oder wurde eine defizitäre Wissenschaftspraxis durch eine andere defizitäre ersetzt?²

Einwände gegen Schneiders Feststellung sind schnell bei der Hand. Zum Beispiel der, daß in der DDR in Folge der Realisierung des Herrschaftsanspruches der Partei der Arbeiterklasse auch ein parteieigenes

* Erstveröffentlichung: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* 4/1996, S. 685-691.

¹ Ich sehe in Schneiders Aufsatz keinen Versuch einer Neu- oder Umwertung des Philosophierens in der DDR. Dies kann nur Aufgabe einer nüchternen und vorurteilsfreien Analyse sein, die politische Instrumentalisierung – so weit das möglich ist – ausschließt. Moralische Integrität und individuelle Betroffenheit legitimieren allerdings nicht per se einen privilegierten Zugang zur Geschichtsschreibung über die DDR-Philosophie, die es in diesem Singular überhaupt nicht gibt. Allerdings thematisiert Schneider die Situation des Philosophierens an Universitäten; und dies ermöglicht es ihm, einen anderen Blick auf bisher Gesehenes zu werfen. Die gesamtdeutsche Dimension verweist auf die Kultur des Umgangs mit Anderen.

² Vgl. dazu Jürgen Mittelstraß, *Turning the Tables. Über den beispiellosen Umbau eines Wissenschaftssystems*, in: *Die unzeitgemäße Universität*, Frankfurt/M. 1994, 111.

Mittelstraß betont, daß die „Reorganisation des Wissenschaftssystems der DDR in der Form einer Integration in das Wissenschaftssystem der ehemaligen Bundesrepublik... dazu geführt hat... und weiterhin dazu führt, daß hier Chancen für das gesamte Wissenschaftssystem Deutschlands vertan und gleichzeitig – ungewollt, aber folgenscherwer – die beklagte Reformunfähigkeit dieses Systems quantitativ erweitert wird.“

Definitions- und Interpretationsmonopol in bezug auf philosophische Problemstellungen und -lösungen installiert wurde. Die Philosophie degenerierte zur Magd der Politik und verkam zum Kürzel M.-L. Schon sehr früh wurde aufgrund des Alleinvertretungsanspruchs der m.-l. Philosophie in puncto Wahrheit und Wissenschaft jeder Gedanke an eine Pluralität unterschiedlicher divergierender philosophischer Standpunkte ausgeschlossen. Also Freiheit der Wissenschaft versus Dogmatismus und ideologische Indoktrination.

Schafft die mit der Etablierung des westlichen Modells der Wissenschaftsfreiheit vollzogene Entpolitisierung der Philosophie nicht eine wesentlich veränderte Grundsituation des Philosophierens an Universitäten? Hat die Befreiung der Philosophie zur öffentlichen Unverbindlichkeit nicht eine enorme Entlastung für die philosophisch Lehrenden zur Folge? Eine Entlastung vom Druck der ständigen Versicherung an der ideologischen Front des Klassenkampfes seinen Mann bzw. seine Frau zu stehen. Ja, werden viele sagen und sich an der „Freiheit und Einsamkeit“ des Philosophierens erfreuen.

Wer so argumentiert muß berücksichtigen, daß Philosophie in der DDR im Unterschied zu ihrem westlichen Namensvetter einen ganz anderen Stellenwert im gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Alltag besaß. Philosophie hatte im Gesellschaftssystem des real existierenden Sozialismus die offizielle Funktion einer ideologischen Leitwissenschaft, die freilich im politischen Alltag oft zur Karikatur ihrer selbst verkam. Sie besaß aber auch, oft ungewollt, eine Kompensationsfunktion in bezug auf eine kaum vorhandene kritische und plurale Öffentlichkeit in den Massenmedien. Wer nur auf die parteipolitische Instrumentalisierung und auf den daher dogmatischen Wahrheitsanspruch des M.-L. reflektiert, wird schwer ein *tertium comperationis* zwischen ost- und westdeutscher Universitätsphilosophie feststellen können. Die den Philosophen geläufige Abstraktion von den je besonderen Bedingungen ihres Tuns verführt schnell dazu, die Antworten schon zu kennen, bevor die Fragen gestellt wurden.

Besonders deutlich wird das in der gegenwärtigen Diskussion über Charakter und Geschichte der „DDR-Philosophie“, die in dieser singulären Form nicht existierte, will man nicht im nachhinein dem parteiamtlichen Definitionsmonopol zum Sieg verhelfen.³ Unmittelbar nach der Im-

³ Die abstrakte Identifizierung der „marxistisch-leninistischen Kaderphilosophie“, als einem Programm der „intellektuellen Barbarisierung“ (P. Ruben), mit einer Vielzahl unterschiedlicher philosophischer Bemühungen in der DDR, die sich jedoch alle weitgehend am Paradigma des Marxismus orientierten, ist eine typische Folge von verfehl-

plosion des Staatssozialismus kamen Fachvertreter der westdeutschen Philosophie an die ostdeutschen Universitäten, um das Terrain des bis dahin nur oberflächlich wahrgenommenen DDR-Philosophiebetriebs auszusprechen. Der Wechsel von der Beobachter- zur Teilnehmerperspektive wurde dann im Eilschritt vollzogen.

War es daher nicht eine bloße Illusion vieler ostdeutscher Philosophen, von den auf die freigewordenen Lehrstühle neu Berufenen ein besonderes Interesse an ihnen und ihrer Geschichte zu erwarten? Denn die Stunde Null, die für die Ostdeutschen längst geschlagen hatte, konnte es für die Westdeutschen nicht geben. Geübt im Verfassen, Lesen und Interpretieren von Texten „übersahen“ viele, daß die Kultur der Philosophie mehr enthält als das, was der Wettbewerb des ‚publish or perish‘ verlangt.

Zur philosophischen Kultur gehören nicht nur Texte, wie z.B. die in der DDR zu ideologisch-politischen Zwecken verfaßten Philosophie-Lehrbücher, wissenschaftliche Monographien oder Dissertationen. In der Tat, eine Aufzählung der originellen Werke, welche die philosophische Szene in der DDR dominierten, wäre wohl schnell am Ende. Ernst Blochs „Prinzip Hoffnung“, Georg Lukacs' „Der junge Hegel“ und „Die Zerstörung der Vernunft“, einige Arbeiten von G. Klaus, R. Bahros „Die Alternative“, Peter Rubens Arbeiten zum Verhältnis von Wissenschaft und Philosophie, Helmut Seidels am Praxiskonzept orientierte Bücher und Artikel zur Geschichte der Philosophie, Gerd Irrlitz' Studien über den Ursprung der Moral und über die pantheistische Linie in der Geschichte der Philosophie, die späten Arbeiten Wolfgang Heises zu Hölderlin und zur Ästhetik des deutschen Idealismus mögen dann zu nennen sein.

Darüber hinaus gab es aber auch die mündlichen Diskussionen in kleinen Zirkeln und in den philosophischen Seminaren. In der konkreten Begegnung von Lehrenden und Studierenden der Philosophie beim gemeinsamen Studium philosophischer Texte und bei der Suche nach Antworten auf die Frage: Wie ist authentisches Leben möglich? ist ein ständiges Ausweichen in ideologische Worthülsen nicht möglich. In vielfa-

ter Fremd- und Selbstwahrnehmung. Auf der Ebene unterstellter und praktizierter Rationalitätskriterien lassen sich durchaus sinnvolle Vergleiche zwischen „ost- und westdeutscher“ Philosophie anstellen. Logik, Analytische Philosophie und Wissenschaftstheorie erforderten keine besonderen Hermeneutiken des Verstehens; und es scheint symptomatisch, daß die erste deutsch-deutsche Philosophiegesellschaft schon im Frühjahr 1990 als „Gesellschaft für Analytische Philosophie“ gegründet wurde. Auch auf dem Gebiet der Geschichte der Philosophie, soweit sie nicht nur dem Schematismus der Grundfrage der Philosophie folgte, sondern bei der Untersuchung ihrer Gegenstände philologische, hermeneutische, historische oder strukturalistische Methoden anwendete, haben Vergleiche ihr *fundamentum in re*.

cher Form stellte sich daher jenseits der Sphäre offizieller Verlautbarung Einverständnis her, daß es so nicht weitergehen kann. Die von einigen oft schmerzhaft empfundene Hilflosigkeit und die Suche nach Antworten, die in der offiziellen Philosophie schon lange nicht mehr zu finden waren, zeitigten Solidarisierungseffekte, die eine Kultur des Nachdenkens hervorbrachten, in der es vor allem um ein existentiell bedeutsames Philosophieren ging. In bewußter Abgrenzung vom verlogenen offiziellen Philosophiebetrieb etablierte sich eine philosophische Subkultur, die sich eigene inoffizielle Foren der Diskussion schaffte.

So fand sich z.B. in Leipzig seit Mitte der 80er Jahre eine Gruppe von Studenten und jungen Nachwuchswissenschaftlern zusammen, die die philosophische Zeitschrift *Seminarum* gründete.⁴ Unzufrieden mit der gängigen Praxis m.-l. Philosophierens, engagierte man sich, um aus eingefahrenen Denkwegen auszubrechen. Ein wichtiger gemeinsamer Ausgangspunkt war, daß das, was man studierte, mit dem eigenen Leben zu tun haben sollte.

Philosophische Leitbilder und Selbstverständlichkeiten der Lehrergeneration wurden in Frage gestellt, ideologische Schablonen und politisch motivierte Feindbilder weithin suspendiert. So konnte sich in einer der Hochburgen des M.-L. eine halboffizielle Kultur des Philosophierens herausbilden, die mit der öffentlich praktizierten in keinem nennenswerten Bezug mehr stand. Von der genannten Gruppe ging im März 1990 die Initiative zur Gründung der „Leipziger Gesellschaft für Philosophie und Kultur“ aus. Ebenfalls 1990 kam es zur Gründung der Leipziger philosophischen Zeitschrift *Kultur und Kritik*.⁵ Der praktisch gelebte und philosophisch reflektierte Widerspruch zwischen offizieller Meinung und existentiell bedeutsamem Philosophieren wurde erst mit der Abwicklung der

⁴ Die Zeitschrift *Seminarum* erschien in der Zeit von 1985–1989 in 12 Nummern mit einer Auflage von jeweils 99 Exemplaren, da eine offizielle Druck- und Vertriebslaubnis nicht erteilt wurde. Einen vollständigen Überblick über alle erschienenen Artikel gibt Frank Eckart in: *Eigenart und Eigensinn. Alternative Kulturszenen in der DDR 1980–1990*. Mit einem Bestandskatalog, bearb. u. komm. v. F. Eckart, hrsg. v. d. Forschungsstelle Osteuropa, ed. Temmen, Bremen 1993.

⁵ Vgl. zur Gründung der „Leipziger Gesellschaft für Philosophie und Kultur“ den Bericht in der *Süddeutschen Zeitung* vom 27.03.1990. Zur Arbeit der Gesellschaft insgesamt siehe das Interview mit P. Caysa und K.-D. Eichler in: *Initial*, H. 4/1993. Bis Ende 1994 erschienen sechs Nummern der Zeitschrift *Kultur und Kritik* mit einer Auflage von je 1000 Exemplaren. Zur Charakterisierung des Inhalts der ersten Nummern vgl. die Rezension in der FAZ vom 27.9.1993. Erstes größeres Ergebnis eines gemeinsamen Versuchs einer kritischen Darstellung der Geschichte der „DDR-Philosophie“ war das Buch „Hoffnung kann enttäuscht werden“. Ernst Bloch in Leipzig, dokumentiert u. komm. v. V. Caysa, P. Caysa, K.-D. Eichler, E. Uhl, Frankfurt/M. 1992.

DDR-Philosophie wieder eingeebnet, indem das, wovon man sich in der DDR ständig als Philosoph zu distanzieren versuchte, nun von anderen zum Wesentlichen auch der eigenen Existenz gemacht wurde. Die nachträgliche Nivellierung eines gelebten Widerspruchs, der Verzicht auf Differenzierung ist es, der die gegenwärtige Debatte in eine Schiefelage bringt.

Wer sich in der DDR für das Studium der Philosophie immatrikulieren ließ, tat dies aus den unterschiedlichsten Motiven heraus. Es war oft auch ein Sprungbrett für eine erfolgreiche politische Karriere im Partei- oder Staatsapparat, bot aber auch andererseits eine Fülle von Identifikationsmöglichkeiten jenseits offizieller Vorgaben und ideologischer Prämissen. Philosophie als Studienfach wurde auch aus Interesse am Philosophieren gewählt; das in der Abwicklung zum Substantiv mutierte Adjektiv „m.-l.“ konnte vernachlässigt werden.

Für mich war es in Leipzig die Begegnung mit einem philosophischen Lehrer wie Helmut Seidel, der jenseits parteipolitischer Instrumentalisierung und ideologischer Indoktrination in seinen Vorlesungen und Seminaren dazu einlud, an einem gleichberechtigten Diskurs über philosophische Probleme teilzunehmen.⁶ In den philosophischen Seminaren las man die Werke der großen philosophischen Tradition. Die aktuellen Publikationen konnten dabei einfach ignoriert werden. Und schließlich gab es andere Orte des Philosophierens, wie z.B. die Deutsche Bücherei, deren Kantine (zumindestens vor dem Rauchverbot) ein idealer Platz für Gespräche war und die mit ihrem riesigen Bestand auch an aktuellster Literatur die geistige Nabelschnur zur Welt der Philosophie darstellte.

Als nach der „Wende“ die ersten Vertreter westdeutscher Philosophie in Leipzig eintrafen und uns aufforderten, nun doch erst einmal Platon oder Hegel, Heidegger oder Sartre zu lesen, konnte man ob solcher Überheblichkeit nur Unverständnis äußern. Heute ruft es andererseits nur noch ein müdes Lächeln hervor, wenn man erzählt, daß man, weil geeignete Vervielfältigungsmöglichkeiten nicht vorhanden waren, ganze Bücher abschrieb, um in den Besitz wichtiger Texte zu gelangen.

Die Reflexion eines in der westlichen Zivilisation sozialisierten Philosophen auf seine wissenschaftliche Existenz geschieht im wesentlichen im Rahmen der jeweiligen „scientific community“, weniger in den Di-

⁶ Vgl. das Vorwort zu „Praxis-Vernunft-Gemeinschaft“. Auf der Suche nach einer anderen Vernunft. Helmut Seidel zum 65. Geburtstag, hrsg. v. V. Caysa, K.-D. Eichler, Frankfurt/M.1994. Diese Festschrift, an der sich zahlreiche Autoren aus dem In- und Ausland beteiligten, scheint mir der bisher umfangreichste Versuch einer „west-ost-deutschen“ philosophischen Publikation zu sein.

mensionen lebensweltlicher Praxis oder gar der Abgrenzung von einer moralisch korrupten Ideologie der Machterhaltung.

Der systemübergreifende Zwang zur Akademisierung und damit auch zur Professionalisierung der Philosophie, der sich nach Ulrich Johannes Schneider in der „Ritualisierung der mündlichen und schriftlichen Vortrags- und Diskussionsformen“ ausdrückt, erfolgte in der DDR auf andere Art. Die Professionalisierung kollidierte ständig mit dem Anspruch der m.-l. Philosophie, „wissenschaftliche Weltanschauung“ zu sein, welche die subjektive Weltsicht des Individuums an den objektiven Gang der Geschichte verweist. Als Weltanschauung ist der Marxismus vor allem auch eine Form individueller moralischer Gesinnung, die „wissenschaftliches Urteil“ mit persönlicher Zeugenschaft zu vereinigen suchte. Von seiner Wurzel her ist der Marxismus auch ein Programm zur Überwindung der Philosophie und er verstand sich deshalb nie primär als eine rein akademische Angelegenheit.

II.

Der Prozeß der Erneuerung der Philosophie an den ostdeutschen Universitäten läßt sich unter verschiedenen Aspekten betrachten: als Verwestlichung der Struktur, als Verwestlichung des Lehrkörpers und als Verwestlichung des „Geistes“.⁷ Für die Ablösung der ostdeutschen Universitätsphilosophie stand ein westliches Modell zur Verfügung, auch das dazugehörige Personal stand bereit. Die Umgestaltung der DDR-Philosophielandschaft war im wesentlichen exogen bestimmt.

Der Einigungsvertrag hatte den Ländern in Artikel 13 die Aufgabe zugewiesen, die auf ihrem Gebiet liegenden „Einrichtungen der Kultur, der Bildung und Wissenschaft in Landesträgerschaft zu überführen oder aber abzuwickeln.“ Die Abwicklung bedeutete eine entschiedene Zäsur. Unter Hinweis auf Versuche der Täuschung und des Etikettenschwindels wurden nach der „Wende“ unternommene Anstrengungen zur inneren Reform abgebrochen. Aus der Perspektive westdeutscher Wissenschaft erschienen Evaluation und Abwicklung einfach als bekannte Geschäftsgänge. Untersucht und auf ihre Effizienz hin überprüft wurden jedoch nicht nur Strukturen sondern auch Inhalte.

Die notwendige Rekonstruktion der ostdeutschen Philosophielandschaft wurde mit den unterschiedlichsten Begründungen legitimiert. Im Vordergrund steht hierbei das Argument der ideologischen Belastetheit

⁷ Vgl. dazu die Analysen in: Wissenschaftstransfer in Deutschland. Erfahrungen und Perspektiven, hrsg. v. B. Muszynski, Opladen 1993.

der Philosophie. Als eine unmittelbare Folge der Realisierung des Herrschaftsanspruchs der Partei der Arbeiterklasse etablierte sich an den Universitäten der DDR ein Wissenschaftsverständnis, welches demjenigen der westlichen Demokratie in vielen Punkten widersprach.

Akademische Selbstbestimmung und Selbstverwaltung verkümmerten aufgrund der Prämissen der „wissenschaftlichen Weltanschauung“ – Wahrheit und Parteilichkeit in einer unübertroffenen hermeneutischen Symbiose vereinigt zu haben – zu Rudimenten. Der Objektivitätsanspruch der m.-l. Philosophie verhiess somit die Erfüllung des alten platonischen Traums von der Weisheit auf dem Thron der Macht. Das in der Praxis durchgesetzte Primat der Parteiideologie sicherte ein parteieigenes Definitions- und Interpretationsmonopol auch in bezug auf philosophische Sachprobleme. Das Ergebnis war eine defizitäre philosophische Praxis, die den Gedanken einer Pluralität philosophischer Standpunkte ausschloß.

Nach der „Wende“ ging es unter diesem Gesichtspunkt um die Überwindung einer unheiligen Allianz von Philosophie und Politik, um die Herstellung von Wissenschaftsfreiheit in der Philosophie. Die Prozesse der Erneuerung führten jedoch nicht zu einer generellen Unabhängigkeit der Universitäten und Institute von den hochschulpolitischen Instanzen des Landes. Die Universität konnte nur sehr begrenzt zwischen den divergierenden Ratschlägen und Reformkonzepten auswählen, weil die Landespolitik über den Weg von Berufungen, Stellenplan und Haushaltsplan die entscheidende Instanz bleibt.

Nicht unerwähnt darf bleiben, daß einige ostdeutsche Philosophen ihr Verbleiben an den Universitäten nur den besonderen Bemühungen neuberufener westdeutscher Professoren verdanken. Unterhalb der Ebene offizieller Berufungspolitik kam es zu Solidarisierungsbestrebungen, die für Teile des ostdeutschen philosophischen Nachwuchses kurz- und mittelfristige Perspektiven der Fortsetzung der akademischen Existenz ermöglichten.

Aus der Perspektive der Politik wurde jedoch im wesentlichen die inhaltliche Erneuerung mit personeller Erneuerung identifiziert. Für Außenstehende galt die Auswechslung von Personen weitgehend als Indikator der Fähigkeit zur Selbstreform der Universität. Mit dem Abwicklungsbeschluß wurden die schon aus eigener Initiative gegründeten Gremien der Erneuerung aufgelöst.

Die sich daraus ergebende Frage, ob eine zukunftsweisende Reform der philosophischen Ausbildung ohne externe Eingriffe gelungen und vielleicht sogar besser gelungen wäre, ist nicht einfach zu beantworten.

In der Regel konzentriert sich diese Diskussion um eine mögliche endogene Erneuerung der Philosophie an den DDR-Universitäten auf die Aspekte der „Selbstreinigung“, der Erneuerungsfähigkeit und der Erneuerungswilligkeit. In fachlicher Hinsicht bestand von Anfang an eine ausgeprägte Bereitschaft zur Anpassung an den westlichen philosophischen Standard, unter diesem Gesichtspunkt nachholbarer fachlicher Kompetenz ist die Anschlußfähigkeit der ostdeutschen Philosophen an das internationale philosophische Niveau eine Frage der Ausprägung solcher systemunabhängiger Tugenden wie Fleiß, Ausdauer, Originalität und Denkfähigkeit.

Allerdings waren interne Reformkräfte nur eine verschwindende Minderheit. Das war vor allem das Ergebnis einer spezifischen und systematischen Selektion und Sozialisation des wissenschaftlichen Personals an den philosophischen Sektionen. Die informelle Norm der Kollegialität erschwerte es außerdem, sich als „Reformer“ gegen Kollegen zu stellen. Schnell war der Vorwurf bei der Hand, ein Nestbeschmutzer und Verräter zu sein. Die Anonymität vieler Entscheidungsprozesse bot aber auch einen idealen Nährboden für Denunziationen und trieb neue Blüten versteckten und offenen Opportunismus hervor.

Dabei standen am Beginn dieses Weges der Umstrukturierung durchaus unterschiedliche Optionen. Sie reichen von der fachbezogenen inhaltlichen und moralischen Pauschalverurteilung aller ehemaligen DDR-Philosophen bis hin zu Vorschlägen des Anknüpfens an die verschütteten Traditionen der jeweiligen Philosophieinstitute. So forderte in einem Interview mit der Zeitschrift *Information Philosophie*⁸ der damalige Geschäftsführer der „Allgemeinen Gesellschaft für Philosophie in Deutschland“, Werner Becker, daß die gesamte DDR-Philosophie abgewickelt werden muß. Die Kritik der DDR-Philosophie ist – so Becker – eine moralische Angelegenheit:

„Es geht bei der Rolle der DDR-Philosophie um politische Moral und um Wissenschaftsmoral, nicht um Wahrheit oder Falschheit sozialwissenschaftlicher Methoden und Theorien. Es geht nicht um die politische Ausschaltung vorgeblich ‚unbequemer‘ Denkrichtungen ... Dieser moralische Vorwurf trifft alle, nicht bloß die ‚Chef-Philosophen‘, die von den Untergebenen heute zwecks Selbstentlastung allein als die ‚Unterdrücker‘ dämonisiert werden. Doch allein wegen des unverzeihlichen Verrats an den Grundwerten europäischer Geistesfreiheit – also aus Gründen politischer Moral – verdient die DDR-Philosophie als ganze die ‚Abwicklung‘, und nicht weil sie in der Theorie Marxismus war.“

⁸ *Information Philosophie*, H. 5/1991, 25.

Dieser Standpunkt des moralischen Purismus verführt offensichtlich zu Pauschalurteilen und fordert eine Kollektivhaftung für alle DDR-Philosophen.

Eine differenziertere Sicht auf die Verhältnisse in der DDR forderte der heute an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg lehrende Manfred Riedel. In einem Interview mit der *Leipziger Volkszeitung*⁹ heißt es:

„Das wichtigste scheint mir, Gestaltungsvorschläge der jüngeren Dozenten und der Studentenschaft nicht länger zu ignorieren oder auf die lange Bank zu schieben, auf der demnächst ein westdeutscher ‚Gründungsdirektor‘ – was für ein greulicher Titel – Platz nimmt. Der wird vermutlich eine ‚Schule‘ vertreten und beiseite wischen, was nach der ‚Wende‘ vom Herbst 1989 vor Ort erarbeitet worden ist... Eine geistige Erneuerung kann immer nur ‚von unten‘, in und mit den Bedürfnissen der jungen Generation anfangen; ein Neuanfang, den die strategisch kurzatmige Macht von ‚Schulrichtungen‘ leicht abfangen könnte“,

ist das Gebot der Zeit. Eine Konstanzer Forschungsstudie zur „Situation der Geisteswissenschaften in der ehemaligen DDR“¹⁰ verband die Empfehlung, daß Neuberufungen für Lehrstühle der Philosophie aus Westdeutschland oder dem Ausland vorzunehmen seien, mit dem Hinweis, die „Berufungschancen für ostdeutsche Hochschullehrer in Westdeutschland spürbar zu verbessern.“

Eine offene, unvoreingenommene Diskussion zwischen west- und ostdeutschen Philosophen kam jedoch nur in Ansätzen zustande. Eine Ausnahme bildet hier, um in Leipzig zu bleiben, die im September 1992 von der deutschen Spinoza-Gesellschaft und dem zu diesem Zeitpunkt schon abgewickelten Wissenschaftsbereich Geschichte der Philosophie unter Leitung von Helmut Seidel durchgeführte internationale Spinoza-Konferenz. Die Initiativen zu einem Treffen der Spinoza-Forscher entstanden lange vor dem Zusammenbruch der DDR. Die Wahl des Veranstaltungsortes und das Thema (Freiheit und Notwendigkeit) waren nicht zufällig. Frei von Ressentiments und Affekten der Selbstdarstellung – ganz im Geist ihres großen holländischen Vorbildes – wurde an die in Leipzig von H. Seidel erbrachten Beiträge zur Spinoza-Forschung angeknüpft.

Gewöhnlich durchbrachen die Versuche eines Dialogs kaum jemals eingefahrene Wahrnehmungs- und Deutungsmuster. Der versuchte Spagat zwischen kritischer Diagnose und Selbst-Anschuldigungen mißlang. Die gegenwärtig vielfach zu beobachtende Nostalgie ist somit auch das

⁹ *Leipziger Volkszeitung* vom 24.05.1991.

¹⁰ Geisteswissenschaften in der ehemaligen DDR, hrsg. v. B. Steinwachs, Band 1: Berichte, Konstanz 1993, 32.

Resultat eines verletzten Selbstwertgefühls der Abgewickelten. Die Abwicklung wurde von den Betroffenen als rechtlich fragwürdig, ja als unrechtmäßig gewertet. Die gerichtliche Überprüfung der Abwicklungsbescheinigungen hat inzwischen in der Tat gezeigt, daß rechtsstaatliche Maßstäbe in manchen Fällen den politischen geopfert wurden. Vor allem die Proteste der Studenten und in Ansätzen des akademischen Mittelbaus trugen dazu bei, die zunächst harten Auswirkungen des Abwicklungsbeschlusses abzuschwächen.

Subjekt der Erneuerung der akademisch betriebenen Philosophieausbildung wurden in immer stärkerem Maße Westdeutsche, während diejenigen „Nachwuchswissenschaftler“ der DDR auf dem Gebiet der Philosophie, denen diese Gestaltungschance in einer ununterbrochenen Generationsfolge vermutlich zugefallen wäre, weitgehend ausgeklammert wurden. Die in den ideologisch belasteten Fächern vorgenommenen Veränderungen glichen Organtransplantationen, weil generell die Wissenschaftsfähigkeit ostdeutscher Philosophen in Frage gestellt wurde.

Das Urteil über die Situation der Universitätsphilosophie nach der Vereinigung ist daher eher ernüchternd. Der Anschluß an den wissenschaftlichen Standard, so weit es den in der Philosophie überhaupt gibt, führte nur in wenigen Fällen zur kritischen Reflexion auf das eigene Geschäft. Sollte nicht das Scheitern einer aus philosophischer Theorie gespeisten Utopie Anlaß sein, sich der Unzulänglichkeiten des Philosophischen in toto zu erinnern?

Der Skandal der Abwicklung

Selbstvergessen – Wie deutsche Philosophen die DDR-Geschichte verdrängen*

Ulrich Johannes Schneider

Leipzig

Das Thema des gut besuchten XVII. deutschen Philosophiekongresses, der unlängst in Leipzig stattfand, lautete „Vom Wandel des Wissens und der Werte“. Allerdings, das Motto bezog sich nicht auf die (wis-

senschafts)politischen Geschehnisse nach der Wiedervereinigung. Die fast vollständige Neubesetzung der philosophischen Lehrstellen in den neuen Bundesländern wurde in Leipzig, wo von 1948 bis 1990 Marxistisch-Leninistische Philosophie gelehrt wurde, für die Philosophen gar nicht erst zum Thema: Die Ersetzung der „DDR-Philosophie“ durch „Philosophie“ ist in der *communio opinio* westlich sozialisierter Berufsdenker ein Sieg der Vernunft. Die Marxistisch-Leninistische Philosophie sei insgesamt unkritisch und wissenschaftlich wertlos gewesen, ihr „Untergang“ daher völlig gerechtfertigt. „An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen ...“ – Keine Frucht, also nichts zu erkennen?

Das summarische Bild der Marxistisch-Leninistischen Philosophie als einer weitgehend erstarrten ideologischen Dogmatik mit propagandistischer Funktion muß gar nicht falsch genannt werden, um kritisierbar zu sein. Es ist jedenfalls oberflächlich und sagt nur, daß die DDR-Philosophie eine beschreibbare Außenseite hatte. Nun reicht manchen westdeutschen Philosophen dieses summarische Bild schon, um über die DDR-Philosophie zu urteilen. Volker Gerhardt hat das unmittelbar vor dem Leipziger Kongreß in einem Artikel der *Neuen Zürcher Zeitung* exemplifiziert und die Philosophie in der DDR als bloßes Ornament des SED-Regimes karikiert.

* Erstveröffentlichung: *Frankfurter Rundschau* vom 15. Oktober 1996. - Die Überschrift stammt nicht vom Autor, sondern der Redaktion der FR, und beschreibt die Intention des Autors falsch: Nach Schneiders Ansicht ist die Abwicklung „eigentlich kein Skandal, sondern Ausdruck einer Normalität (die man allerdings selbst skandalös finden kann)“. [Schriftl. Mitt. d. Autors v. 26.2.1998]

Die seit 1991 eingesetzten Evaluierungskommissionen haben schon früh gezeigt, daß die Philosophen in der DDR in der Tat zumeist nicht denjenigen Maßstäben genügten, die in Westeuropa und in den USA an eine akademische Leistung angelegt werden. Es waren aber zusätzliche finanzielle, politische und juristische Gründe, die zur völligen Umstrukturierung der philosophischen Institute geführt haben. Über den weit über das Fachlich-Sachliche einer wissenschaftlichen Erneuerung hinausgehenden Charakter der Abwicklung wurde unter Philosophen bislang meist geschwiegen. Die *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* bringt erst seit kurzem Diskussionsbeiträge zum Thema.

Volker Gerhardt (Professor an der Berliner Humboldt-Universität) spricht zweifellos für viele seiner Zunft, wenn er allein wissenschaftliche Gründe für eine in Wirklichkeit politisch gewollte und durchgesetzte „Abwicklung“ geltend macht. Aber sind nur wissenschaftliche Maßstäbe für die Kultur des Philosophierens in der DDR gültig? Natürlich besteht hier ein Dilemma. Heiner Müller hat es bereits vor zehn Jahren auf den Punkt gebracht, als er das deutsch-deutsche Verhältnis mit den Worten von Ernst Jünger kommentierte: Erfahrungen lassen sich nicht vergleichen. Denn Ost-West-Vergleiche sind notgedrungen von Urteilen durchsetzt, die von unvermittelbaren Erfahrungen bestimmt werden. Warum aber sollte das abgeschaffte Gesellschaftssystem überdurchschnittlich viele Dummköpfe gezählt haben?

Warum sollte für das Philosophieren in der DDR nicht gelten, was für das Philosophieren überhaupt gilt, daß es nämlich in bestimmten Situationen und in bezug auf diese Situationen stattfand, daß es von unterschiedlichen Köpfen unterschiedlich artikuliert wurde? In einer Diskursgemeinschaft von lauter Marxisten-Leninisten kann das kritische Denken sicher nicht als offener Widerspruch auftreten. Ist es darum inexistent? Man müßte genauer hinsehen, um das, was von außen als geschlossener Betrieb erscheint, von innen zu erklären.

Eine Erklärung „von innen“ ist allerdings schwer zu geben. Von wem auch? Entlassene vermögen kaum historisches Interesse für ihre eigene, abrupt unterbrochene Geschichte entwickeln, und Neuberufene sehen sich außerstande, einen gesamtgesellschaftlichen Vorgang im Hinblick auf ihre Profession zu reflektieren. Der Blick zurück kann so oder so den Bruch nicht überdecken, und Worte für den Wechsel der Werte sind schwer zu finden. Das Ergebnis ist eine Teilung der Diskurse in Klage und Jammer auf der Seite der Entlassenen, sowie in Selbstbehauptung und Fortschrittswille auf der Seite der neuen Stelleninhaber.

An den Universitäten der neuen Bundesländer wird jetzt viel „nach vorne diskutiert“, wie es früher im SED-Jargon hieß: die Themen von Seminaren und Vorlesungen sind die des westeuropäisch-amerikanischen Universitätslebens. Um den laufenden Forschungs- und Ausbildungsbetrieb nicht zu stören, wird jegliche „Fehlerdiskussion“ (auch das ein Ausdruck des SED-Parteijargons) vermieden. Einen Augiasstall habe man ausgemistet, rühmen sich einige, und auf manche Stasi-Akte wird triumphierend gepocht, wenn durch sie ein Informant unter den Philosophen enttarnt wurde. Ein einigermaßen zutreffendes Geschichtsbild kann aus dieser Perspektive nicht gewonnen werden, weil darin die Situation ausgeblendet ist, in der vor 1990 philosophiert wurde. Die Veröffentlichung einiger Innenansichten ostdeutscher Philosophen (1994) hat daran bisher wenig geändert.

Wer nun versucht, einen allgemeinen Begriff des historischen Geschehens der letzten Jahre zu entwerfen, läuft offenbar Gefahr, der DDR-Philosophie gegenüber in den generellen Vorwurf des Mangels an erkennbaren wissenschaftlichen Resultaten zu verfallen. Das aber artikuliert nichts weiter als ein kulturelles Vorurteil. Statt sich einzugestehen, daß man dort, wo man selbst nichts sieht, nichts erkennt, sagt man, es sei ein Mangel zu erkennen. Ein gewisser Standard an Wissenschaftlichkeit wird der DDR-Philosophie zwar in der Logik und auf dem Gebiet der Geschichte der Philosophie zugesprochen, im Ganzen aber abgestritten.

Statt zu sagen, man wisse nicht, was eigentlich stattfand, als in der DDR philosophiert wurde, sagt man, man wisse positiv, daß nichts oder nicht viel stattgefunden habe. Während in der eigenen Wissenschaftskultur jeder intellektuelle Einsatz der Individuen verteidigt, Sinn und Bedeutung auch unter der Oberfläche von Schrift und Wort gefunden werden, ist die fremde Kultur nur von außen bedeutsam.

Es herrscht unter den deutschen Philosophen ein erstaunlicher Unwille, die „Wende“ der gesellschaftlichen Verhältnisse als politisches Faktum anzuerkennen. Wenn Philosophen über die DDR-Philosophie sprechen, kommentieren sie Marx, den Marxismus und sogar den Marxismus-Leninismus, obwohl ihnen von der Praxis der Lehre und den Formen der Auseinandersetzung in der DDR kaum etwas intensiv vertraut sein dürfte. Solchen Besserwissern ist die Selbstgerechtigkeit wohl kaum auszutreiben, weil ihnen der historische Respekt vor abgelebten sozialen Gestalten und weil ihnen das Bedürfnis nach einem Verständnis kulturell abweichender Formen geistigen Lebens abgeht. Wer realistisch gesonnen ist, weiß, daß der Umbau der Universitäten in den neuen Bundesländern nicht rückgängig gemacht werden wird. Gerade darum aber kann ein Ver-

verständnis für die ehemaligen Dozenten und Forscher in ebenso realistischer Weise gefordert werden: ein Verständnis, das die Personen und ihren intellektuellen Einsatz nicht denunziert, selbst wenn zugleich die fachliche Untauglichkeit ihrer Arbeit festgestellt werden muß.

Fachliche Qualität kann heute offenbar nur noch im Schriftenverzeichnis anerkannt werden. An diesem Maßstab mußten die DDR-Philosophen scheitern, denn sie haben in ihrer Kultur schriftliche Arbeiten nicht im Zusammenhang mit der allgemeinen Literatur gesehen; die öffentliche Wirkung von Texten war für sie hauptsächlich auf die innerakademische Selbstverständigung beschränkt (Dissertationen und Habilitationen wurden in der Regel nicht gedruckt). Aus dieser spezifischen Differenz ostdeutscher und westdeutscher Wissenschaftskultur aber auf mindere Qualität der DDR-Philosophen zu schließen, ist nur möglich, wenn man vom Ort und von allen topischen Modalitäten der philosophischen Rede abstrahiert

Philosophie an den deutschen Universitäten ist immer schon traditionsverhaftet gewesen, darum aber nur selten dogmatisch erstarrt. Die Arbeit am Begriff bereitet sich in Vorlesungen und Seminaren mündlich vor, im Gespräch, im Kommentar. Auch wenn man solche ephemeren Spuren des lebendigen Geistes aus der jüngeren Geschichte der DDR vielleicht nur schlecht bezeugen kann, wird man ein philosophisches Leben nicht unbesehen leugnen dürfen – es sei denn, man hält Philosophie lediglich für Literatur oder Prüfungswissen.

Die DDR war keine Idylle

Für eine kritische Marxismus-Diskussion. Eine Antwort auf Ulrich J. Schneider*

Volker Gerhardt

Berlin

Es ist noch nicht lange her, da erschien in der *Deutschen Zeitschrift für Philosophie*, dem inzwischen von renommierten Philosophieprofessoren aus Ost und West herausgegebenen, ehemaligen Zentralorgan

der DDR-Philosophie, ein Bericht von Ulrich Johannes Schneider über den Neuaufbau der Universitätsphilosophie in den neuen Ländern. Sein Bericht strotzt vor Unsachlichkeit. Er verharmlost die Lage in der ehemaligen DDR in grotesker Weise und verbreitet gröbste Fehlinformationen über die Vorgänge seit 1991 (vgl. auch Schneiders Beitrag im *Forum Humanwissenschaften* [der *Frankfurter Rundschau*, Red. hso] vom 15. Oktober 1996). So wird die Wiederherstellung der Philosophie nach der Wende als „Zerstörung einer philosophischen Kultur durch eine andere“ gekennzeichnet. Zwar ist beiläufig erwähnt, daß die DDR-Philosophen dem Marxismus-Leninismus anzuhängen hatten und sich auch als Marxisten verstanden.

Aber das gilt dem Autor des Berichts offenbar nur als eine landesübliche Sitte, mit der die Menschen keine nennenswerten Schwierigkeiten hatten. Das gleiche muß wohl auch von der Zensur, von der Kriminalisierung Andersdenkender oder von den fortgesetzten Relegationen der Studenten gegolten haben. Die Stasi wird in dem Bericht auch erwähnt – aber nur als eine Behörde, die Akten hinterlassen hat, die nun nach der Wende für Schwierigkeiten sorgen.

Vom offiziell geforderten (und offenbar ohne nennenswerte Probleme abgelegten) Bekenntnis zum Marxismus-Leninismus einmal abgesehen, vermag der Autor einen nennenswerten Unterschied zwischen den Philosophen in der DDR und im Westen nicht zu entdecken. Auch im Sozialismus hatte man ein breites Themenspektrum, interessierte sich für die Geschichte der Philosophie, arbeitete im wesentlichen zu Hause, bildete

* Erstveröffentlichung: *Frankfurter Rundschau*, 29. Oktober 1996.

Schulzusammenhänge aus und wurde, wie im Westen, vom Staat bezahlt: „Philosophen waren Staatsdiener hüben wie drüben und sind es noch heute; ganz wie Soldaten oder Polizisten...“ Zwar mußten die DDR-Philosophen zu monatlichen Parteiversammlungen. Aber im Westen war es ja auch nicht anders, denn dort waren die Professoren Beamte „und mußten mit dem Eid auf die Verfassung... auch das Versprechen ablegen, Kontakte mit Personen aus der DDR einer staatlichen Stelle anzuzeigen“. Wo ist da der Unterschied?

Wenn man nicht erwähnt, daß noch kurz vor 1989 Habilitationen aus politischen Gründen scheiterten oder daß Studenten ihren Studienplatz sofort verloren, wenn sie am Prüfungsfach des „wissenschaftlichen Kommunismus“ nicht das geforderte Interesse zeigten, dann fällt es wirklich schwer, den Unterschied zu erkennen.

Der Autor des Berichts vermag ihn jedenfalls nicht zu benennen. Und so ist es nur folgerichtig, daß er in der Erneuerung der Philosophie vornehmlich „Willkürmaßnahmen“ der „demokratisch nicht legitimierten Personalkommissionen auf der Ebene der Universitäten und der Landesregierungen“ ausmacht. Daß da Ehrenkommissionen aus der Bürgerbewegung tätig waren, daß es für jeden die Möglichkeit der Neubewerbung gab, über die allein die aus Fachwissenschaftlern bestehenden Berufungskommissionen zu befinden hatten, wird ebenso verschwiegen, wie die Tatsache, daß eine Reihe von Professoren übernommen wurden und der wissenschaftliche Nachwuchs bis heute intensiv gefördert wird. Statt dessen wird behauptet, es sei „den Politikern“ überlassen gewesen, die „Ersetzung zu bewerkstelligen“: „und Politiker haben der Einfachheit halber Köpfe ausgetauscht“(!).

So kommt der Bericht zu einem einfachen Fazit: Auf der einen Seite stehen die „Beförderten“ aus dem Westen und auf der anderen die „Geschafften“ aus dem Osten. Das „Bäumchen-wechsel-dich-Spiel“ der Erneuerung aber hat die Karrieristen aus dem Westen begünstigt. Rücksichts- und gedankenlos reden sie nun über ihre neue Zuhörerschaft hinweg, während ihre grundlos entlassenen Vorgänger in ihrem „Elend“ auch noch mit ansehen müssen, „daß im Moment ihres Funktionsverlusts auch schon ihre Geschichte geschrieben“ scheint.

Was normalerweise als Glücksfall gilt, nämlich daß mit dem faktischen Ende eines Vorgangs auch schon seine Historie verfaßt ist, soll hier das Unglück noch vermehren. Gemeint ist die informative und um ein sachgerechtes Urteil bemühte Studie von Norbert Kapferer über die Kaderphilosophie der DDR.

Ich übertreibe nicht, wenn ich sage, daß der Bericht insbesondere bei den zahlreichen Opfern der DDR-Philosophie Empörung ausgelöst hat. Für sie, aber auch für viele andere, die am Neuaufbau beteiligt waren, haben Guntolf Herzberg und Klaus-Michael Kodalle inzwischen dem Tenor wie auch den Daten dieses infamen Berichts widersprochen. Man könnte also die Sache auf sich beruhen lassen und hoffen, daß sie den jungen Philosophen aus der DDR nicht weiter schadet.

Es lohnt leider auch theoretisch nicht, den Artikel als Dokument einer postmodernen Geschichtsbetrachtung zu lesen. Zwar wird auf exemplarische Weise der Abschied vom Prinzipiellen genommen: Man fragt sich nach der Lektüre, warum die Leipziger Bürger 1989 ihre Montagsdemonstrationen eigentlich so ernst genommen haben. Ja, das am Beispiel der Philosophie gezeichnete Bild der DDR ist so idyllisch, daß man sich fragt, ob die Mauer eigentlich nötig gewesen wäre. Die Flucht aus diesem Staat kann jedenfalls nur ein Mißverständnis gewesen sein.

Doch der Autor hält, sobald er auf die Tätigkeit der neuberufenen Philosophen zu sprechen kommt, seine Prinzipienlosigkeit nicht durch. Da wird dann gewertet und gemäßregelt, und es wird Grundsätzliches zum Verhältnis von Philosophie und Gesellschaft nachgetragen – auch dies in Unkenntnis der tatsächlichen Aktivitäten vor und nach der Wende. So wird am Ende die bornierte Parteilichkeit des Berichts ausdrücklich, und der quasi-ethnologische Blick des Autors von weit, weit her erweist sich als bloße Verstellung.

Diese versteckte Parteilichkeit aber ist es, die dem Artikel schließlich doch etwas Symptomatisches gibt: Hier nämlich schreibt ein Autor, der die Verhältnisse gar nicht aus eigener Anschauung kennt. Es ist also keineswegs ein Beteiligter oder Betroffener, sondern ein junger Mann, der die Wendezeit in Kalifornien und Paris verbracht hat und erst seit 1992 als Assistent in Leipzig arbeitet: ein „Wessi“ also – aber einer, der sich zum Sprachrohr anderer macht, die sich selbst nicht öffentlich äußern. Zwar ziehen die ehemaligen Spitzenkader, wie Manfred Buhr und Erich Hahn, mit den gleichen Klagen durchs Land. Die anderen jedoch äußern sich nicht – selbst dann nicht, wenn sie gebeten werden, für einen zu Unrecht verfolgten Ost-Kollegen öffentlich einzutreten. Der Bericht legt nun frei, welche Ressentiments in diesen sich bedeckt haltenden Kreisen gepflegt werden. Es liegt mir fern, mich darüber moralisch zu erheben. Denn obwohl man jederzeit und vor allem anderen betonen muß, daß die DDR-Bürger durch die Vereinigung mit der Freiheit das höchste politische Gut überhaupt, nämlich den Rechtsstaat gewonnen haben, kann man nicht darüber hinwegsehen, daß die existentiellen Lasten der Vereinigung

fast ausschließlich von den Menschen im Osten getragen werden. Allein durch die Übernahme des westlichen Rechtssystems sind sie von Veränderungen betroffen, die an die Substanz ihres bürgerlichen Selbstverständnisses gehen. Das Schlimmste dabei ist, daß sich auch das im Sozialismus für normal und verdienstlich gehaltene Leistungs- und Berechtigungsgefüge schlagartig veränderte. Der bürgerliche Fleiß, den es in der DDR nicht weniger gegeben hat als anderswo, ist mit dem politischen System in Mißkredit geraten. Dadurch ist jeder, den es persönlich trifft, notwendig verletzt. Deshalb mögen die Bürger in den neuen Ländern die Wende auch nachträglich weiterhin gutheißen: Wer jedoch durch sie seine Arbeit oder auch nur seine gewohnte Stellung verloren hat, ja, wer durch sie nur genötigt war, sich auf seine alte Position noch einmal zu bewerben, bei dem bleibt eine tiefsitzende Verbitterung zurück, die leicht zu einer trotzig-Verklärung der guten Seiten der alten Ordnung führt. Um so wichtiger ist, es nun aber nicht zu verdrehten Schuldzuweisungen kommen zu lassen: Nicht der Westen hat die beklagenswerte Verunsicherung der Lebensverhältnisse im Osten zu verantworten.

Sondern die Menschen haben hier nur einige Jahre mehr die bösen Folgen des marxistischen Menschheitsexperiments auszubaden. Und wenn die Philosophie eine allgemeine politische Aufgabe hat, dann besteht sie heute in Deutschland darin, über diesen Zusammenhang von revolutionärem Größenwahn und politischem Verhängnis aufzuklären.

Der sowohl in den Fakten wie auch in den Motiven pervertierte Bericht über die Philosophie in den neuen Ländern macht also unfreiwillig deutlich, daß wir, so lästig dies manchem in Ost und West auch sein mag, eine *grundsätzliche Debatte über den Marxismus* zu führen haben. Im Marxismus haben wir nämlich den historisch einzigartigen Fall einer Philosophie, die nicht länger bloß Theorie, sondern selbst Praxis sein wollte. Allein dadurch hat sie ein beispielloses denunziatorisches Potential nicht nur gegen jede andere, sondern gegen jede bloße Theorie freigesetzt. Durch ihren diktatorischen Anspruch auf das einzig richtige gesellschaftliche Handeln hat sie den freien Erfahrungsaustausch über Politik und Ökonomie behindert; und wo sie zur Macht gekommen ist, hat sie – unter fortwährender Proklamation der größten Hoffnungen – den intellektuellen und materiellen Reichtum ihrer Klientel verspielt. Nach alledem kann man nicht länger so tun, als sei der Kommunismus nur ein Projekt von Salon- oder Seminar marxisten gewesen. Hier ist immer auch im Namen der Philosophie Geschichte gemacht worden. Wenn daher die Philosophie (als akademische Disziplin wie auch als geistige Haltung) ernstgenommen werden will, dann hat sie sich dieser Geschichte zu stel-

len. Da niemand leugnen kann, daß Deutschland in dieser Geschichte eine besondere Rolle gespielt hat, sind die Philosophen dieses Landes besonders gefordert. Sie haben in beiden Systemen Erfahrungen gemacht; also dürften für sie auch die Bedingungen für eine vielseitige Diskussion besonders günstig sein. Und wenn es denn eine eigenständige philosophische Kultur in der DDR gegeben hat, dann wird sich die in dieser Debatte auch als besonders produktiv erweisen können.

Philosophieren nach dem Marxismus

Rückblick auf die überwundene Teilung*

Volker Gerhardt

Berlin

1. Ein Alptraum verschwindet

Wer sich an die gut vierzig Jahre lang zutreffende Lagebeschreibung der schrecklich geteilten Welt erinnert, dem muß auch heute noch ein epistemischer Schreck in die Glieder fahren. Denn binnen eines Jahres war davon nichts mehr gültig. Die weltgeschichtliche Realität des 20. Jahrhunderts, nämlich die mit Waffen bewehrte und mit einer unversöhnlichen Ideologie fundierte Opposition des Kommunismus gegen den Kapitalismus, war mit einem Schlag nicht mehr existent. So als hätten die Völker nur an Phantome geglaubt; so als wären die Menschen nur vor schieren Illusionen geflohen und am Eisernen Vorhang nur im Traum verblutet.

Natürlich können wir heute, sieben Jahre danach, die einmaligen ökonomischen, politischen und vor allem personellen Bedingungen aufzählen, die den geräuschlosen Zusammenbruch einer politischen Welt bewirkten. Und dennoch bleibt darin etwas Unerhörtes, Unglaubliches, Wunderbares, und es ist - alles in allem - ein großes Glück.

Wer dies 1989 und 1990 nicht wahrhaben wollte, der konnte sich seit 1991 durch den Krieg belehren lassen, den ein an der Macht verbliebener kommunistischer Funktionär in Jugoslawien entfachte. Der hat uns vor Augen geführt, was eigentlich zu erwarten gewesen wäre. Man darf auch nicht vergessen, daß der Schießbefehl gegen die Montagsdemonstranten in Leipzig schon ausgefertigt war. In den Stasi-Kasernen hatten die Kommandanten schon die Sandsäcke gestapelt, hinter denen sie sich gegen das Volk verteidigen wollten. Wäre ihnen bekannt gewesen, mit welcher Entschiedenheit sich Margret Thatcher und François Mitterrand bereits damals gegen die Aufhebung der deutschen Teilung wehrten, hätten sie vermutlich weniger Skrupel gehabt, zu den Waffen zu greifen. So aber

* Erstveröffentlichung: *Information Philosophie* 5/1996, S. 5-23.

hat sich der Kommunismus wenigstens im Abgang als bloßes Gespenst erwiesen.

2. Der unrühmliche Anteil der Philosophie

Die Philosophie hatte an der Teilung der Welt in zwei feindliche Lager einen wesentlichen und allemal unrühmlichen Anteil. Denn sie hat Marx, Engels, Lenin und Stalin die Begriffe gelehrt, nach denen die Welt in rückständige und fortschrittliche Elemente aufgeteilt werden konnte; sie hat den etablierten Revolutionären des Ostens die Rechtfertigung für Gewalt und willkürliche Herrschaft leichtgemacht, und sie hat, selbst als deren Scheitern für jeden offenkundig war, nichts Bemerkenswertes zu deren Kritik beigetragen. Das Beste, das man zu ihren Gunsten sagen kann, ist, daß der helllichtige Politiker, der mit *Perestroika* und *Glasnost* die weltpolitische Wende eingeleitet hat, nämlich Michael Gorbatschow, eine weltoffene Philosophielehrerin an seiner Seite hatte. Deshalb kann es durchaus als eine symbolische Ortsbestimmung der DDR-Philosophie gewertet werden, daß die ostdeutschen Reformer an der Universität Halle ihre Philosophie-Kollegen 1991 ins leerstehende Stasi-Gebäude abschoßen.

Im Westen - oder auch in Polen oder Ungarn - hat es immerhin bedeutende Köpfe gegeben, die zur Kritik des Marxismus und der aus ihm entstandenen Ideologie wesentlich beigetragen haben. Ich erinnere nur an den lange Zeit eben deshalb vielgeschmähten Karl R. Popper oder an den mutigen Leszek Kolakowski. Aber es hat auch weniger bedeutende, gleichwohl vielzitierte Philosophieprofessoren gegeben, die dem Marxismus bis zum Herbst 1989 sogar *de facto* das Wort geredet haben, von denen, die dies *in principiis* bis heute noch tun, ganz zu schweigen. Ihr eigenes gelähmtes Schweigen angesichts der großen Wende war immerhin ein Anzeichen dafür, daß ihnen das Gefühl für die historische Realität nicht völlig abhanden gekommen war.

Man hätte jedoch erwarten können, daß mit der Wiedererlangung der Sprachfähigkeit auch einmal etwas Selbstkritik laut wird. Doch die wird, soweit ich sehe, nur den Parteimarxisten abgefordert; die akademischen Marxisten des Westens lassen ihre alten Irrtümer auf sich beruhen: Kein Wort davon, daß ihre langjährige Kritik am angeblich "abstrakten" Liberalismus, an der "bloßen Formalität" des Rechts, an der vorenthaltenen "Herrschaftsfreiheit" politischen Handelns oder der seelenlosen "Entfremdung" der bürgerlichen Gesellschaft nur einen Sinn bekam, wenn man die marxistischen Verheißungen für wahrheitsfähig hielt. Die neuen

Etiketten der Gesellschaftskritik: die "Globalität", der "Kommunitarismus" oder gar der "Kulturismus", wirken wie eine Ersatzvornahme, die - wie bei den alten kommunistischen Verheißungen - vor allem den Vorteil gewährt, gegenüber der schlechten Wirklichkeit grundsätzlich immer im Recht zu bleiben.

3. Irrungen und Wirrungen des Marxismus

Es ist aber so, daß der Kommunismus, in der von Marx begründeten ökonomistischen Form, in der er dann auch zur Herrschaft gelangte, in vielfältiger Weise grundsätzlich irrt: So hat der Marxismus das Recht gering geachtet und lediglich für ein Phänomen des sogenannten Überbaus erklärt; die vom jungen Marx noch für so wichtig befundenen Menschenrechte wurden, unter dem ungunstigen Einfluß Hegels, gänzlich beiseite geschoben.

Dann hat der Marxismus politische Wirksamkeit verlangt, aber ohne jeden Respekt vor den Besonderheiten der politischen Sphäre; er hat vor allem die Institutionen diskreditiert und hat die Meinungen, auf denen jede Politik basiert, nur als einen Appendix der ökonomischen Interessen angesehen; damit hat er sich selbst den Zugang zu einer Theorie der Politik verstellt.

Dieses Versäumnis hängt eng mit der Mißachtung des Individuellen zusammen, für das Marx, romantisch wie er am Anfang war, ein Gespür hätte haben müssen. In seiner Dissertation hebt er noch die Subjektivität und Individualität der Griechen hervor, polemisiert jedoch sogleich (mit Hegel) gegen sie. Wer aber das Individuum, das ursprüngliche Element einer jeden menschlichen Gesellschaft, nicht achtet, der verspielt vorab sowohl die möglichen Einsichten der Geschichte wie auch die der Wissenschaft, die ihren Weg in die Realität nur über die Einsicht selbständiger Individuen nehmen können.

Die Mißachtung des Individuellen führt unmittelbar zur Fehleinschätzung der Privatsphäre und ihrer gesellschaftlichen Funktion. Selbst die heute noch verbliebenen Marxisten des Ostens räumen ein, daß die propagierte Aufhebung des Privateigentums einfach nicht möglich war - und dies nicht nur in der Praxis: Die sozialistische Rechtstheorie hat sich hier in unauflösbare Widersprüche verwickelt. Denn sowohl das Recht wie auch die Sphäre der Öffentlichkeit setzen die Anerkennung materialer privater Ansprüche voraus.

4. Preisgabe der Moral

Besonders schwer wiegt der ökonomistische Verrat an der Moralität - dies nicht zuletzt deshalb, weil die Marxisten bis heute so tun, als würden sie (und niemand sonst) die weltgeschichtliche Erbschaft des Humanismus antreten. Natürlich ist nicht zu leugnen, daß die Parolen der sozialen Gerechtigkeit in der Selbstdarstellung des Kommunismus eine Rolle spielten; auf den Schautafeln der SED haben sie vierzig Jahre lang den real existierenden Sozialismus propagiert und - unfreiwillig parodiert.

Man wird auch nicht bestreiten wollen, daß es dem Marxismus immer wieder gelungen ist, beachtliche moralische und politische Energien zu mobilisieren. Der Kampf gegen Armut, Ausbeutung und Entrechtung, der Einsatz für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen ist großen humanitären Zielen verpflichtet, die sich vom Wunsch nach einer alle Menschen umspannenden Solidarität nicht trennen lassen. Marx hat diese Ziele für sich reklamiert, und es ist eine historische Tatsache, daß sie nicht nur bei den erklärten Adressaten seiner Botschaft, den Proletariern, sondern vornehmlich bei Intellektuellen und avantgardistischen Künstlern Anhänger gefunden hat.

Aber es ist inzwischen ebenfalls eine historische Tatsache, daß der real-existierende Marxismus seine großen Ziele verfehlt hat. Schlimmer noch: Er hat die Ziele selbst ins Zwielficht gerückt. Man würde dieser Tatsache nicht gerecht, wollte man in ihr nur eine fehlgeschlagene Praxis namhaft machen. Am Anfang stehen fatale Fehleinschätzungen und gravierende Mängel der sie verantwortenden Theorie.

5. Ökonomie aus Wunsch und Lüge

Der größte Mangel, für den die Marxisten besonders empfindlich sein müßten, ist der ihrer Ökonomie. Wer letztlich alles durch eine bestimmte Theorie des Wirtschaftens erklären und steuern möchte, müßte bestürzt sein, wenn sie nicht funktioniert. Doch sogar über diesen für ihr Selbstverständnis entscheidenden Punkt sehen die Marxisten ungerührt hinweg. Ihre Wünsche zählen offenbar stärker als die Realität. So ging schon in ihr erstes Erfolgsversprechen eine Illusion ein, die unter den etablierten sozialistischen Machtverhältnissen notwendig zur Lüge werden mußte.

Die Dominanz von Wunsch und Lüge hat alles in Mitleidenschaft gezogen, was dem gesellschaftlichen Zusammenleben der Menschen Wert und Würde gibt. Das zutiefst gestörte Realitätsverhältnis des zur Macht gelangten Marxismus hat vor allem auch die sozialen und moralischen

Antriebe verzerrt, die der Humanismus zur Pflicht macht, die sich aber gleichwohl nicht politisch verordnen lassen. Durch seinen diktatorischen Anspruch hat der Marxismus gerade die Ziele verraten, die ihn in den Augen vieler junger Leute immer wieder attraktiv machen, nämlich: Moralität und Mitmenschlichkeit.

Doch selbst wer meint, die Moral komme erst lange nach der Ökonomie, wird durch die Tatsache des bloßen Überlebens nicht gerechtfertigt. Er kann nur überzeugen, wenn er auch für einen materiellen Überschuß sorgt. Marx hatte ihn versprochen; aber der in seinem Namen betriebene Planungsbürokratismus hat ihn nicht erwirtschaftet. Im Gegenteil: Der Marxismus hat den vorhandenen Reichtum an Bodenschätzen und Arbeitskräften verschleudert, hat sich in den Phantasmagorien fiktiver Gegnerschaften zu Tode gerüstet und eine von der Weltwirtschaft abgeschnittene Scheinökonomie errichtet, die eine schleichende Entwertung aller wirtschaftlichen, kulturellen und individuellen Leistungen zur Folge hatte. So hat der Marxismus auf der ganzen Linie versagt - ökonomisch, politisch und philosophisch.

6. Marxismus - ein radikaler Journalismus

In diesem Versagen wiederholt sich das Scheitern des Gründers, der wissenschaftlich weder als Philosoph noch als Ökonom zum Ziel gekommen ist. Vielleicht wäre es anders gewesen, wenn der junge Marx die Chance zu einer Universitätskarriere gehabt hätte; doch der Mangel an Rechtsstaatlichkeit in den deutschen Ländern ließ dies damals nicht zu. Nachdem ihm in Preußen auch die Arbeit als Redakteur verboten worden war, blieb ihm nach der Flucht nur die Existenz als Korrespondent und Privatgelehrter.

Denn auch in seinen politisch-organisatorischen Ansprüchen als Parteigründer und -führer ist Marx gründlich gescheitert. Das Gefühl für einen kompromißfähigen Umgang mit der Realität ging ihm ab. Und so blieb er in allen seinen Leistungen ein radikaler Publizist, der jederzeit mit einem schneidigen Wort Eindruck machen konnte. Sein für die Zeitung und das Flugblatt berechneter Stil besticht durch seine Präsenz und fasziniert die Intellektuellen offenbar noch heute durch seinen unverhohlenen Willen zur Macht.

Als Zeitkritik hatte die vielseitige Journalistik von Marx und Engels gewiß ihre Bedeutung. Sie hat, neben Heine, Börne, Bauer und Ruge, auch ihre Größe. Die Tragik aber nahm damit ihren Lauf, daß man die Texte, in denen keine praktische Erfahrung und auch keine gesicherte

Theorie zum Ausdruck kam, nunmehr als die alle vorhergehende Philosophie überwindende Großtheorie ansah, nach der sich die weltgeschichtliche Praxis endgültig richten sollte. Wenn diese publizistische Maßlosigkeit nicht so unheilvoll Geschichte gemacht hätte, müßte man sie für eine Parodie auf das damals erstmals auftrumpfende Selbstbewußtsein des Journalismus halten.

7. Verfrühter Abschied von der Philosophie

Das Scheitern des Marxismus ist somit kein weltgeschichtlicher Betriebsunfall, kein Versagen eines auf das große Experiment des Sozialismus noch unzureichend vorbereiteten Personals, sondern Folge eines von Anfang bestehenden Mißverständnisses. Denn der Marxismus hat weder ein ökonomisches Kriterium für den realen wirtschaftlichen Erfolg, noch hat er eine Systemstelle für die Eigendynamik der Kultur, noch läßt er Platz für das soziale Gewissen, ohne das es nicht zu den immer wieder erforderlich werdenden Initiativen der Gerechtigkeit kommt.

Schließlich hat Marx die in den politischen Kämpfen von drei Jahrhunderten vorbereitete und zwei Generationen vor ihm auch philosophisch begründete Trennung von Glauben und Wissen einfach beiseite geschoben, indem er den Glauben wie eine rückständige Illusion verwarf und allein schon damit das Konto einer wissenschaftlichen Theorie unentschuldig überzog. Für Toleranz blieb daher von Anfang an kein Raum. Und die neue Orthodoxie, nunmehr im Verbund mit der effizienten Technik, war schrecklicher als ihre Vorgänger im ausdrücklichen Zeichen des Glaubens.

Deshalb hat eine Philosophie, die am Aufbau und an der Rechtfertigung der Unterdrückungsmaschinerie des "real existierenden Sozialismus" mitwirkte, ihren geistigen Anspruch verwirkt. Wenn man hinzurechnet, daß Marx das eigentliche Medium des Denkens, die "Interpretation", verwarf, um alles auf die angeblich unmittelbar zugängliche "Veränderung" auszurichten; wenn man seine schulmäßige Orientierung an einer vielleicht für den "Geist", aber gewiß nicht für das "Kapital" taugenden "Dialektik" in Rechnung stellt; wenn man hinzunimmt, daß diesem Denken nicht nur das historische Modell der Welterklärung, sondern auch die jeweils aktuellen Oppositionen mitsamt der eigenen Zukunftsperspektive fest vorgegeben waren, und es überdies seit Engels auf das seichte Deutungsschema des Positivismus festgelegt war, dann kann es nicht wundern, daß der marxistischen Philosophie schon längst die Kraft des Begreifens ausgegangen war. Der Abschied, den Marx von der Philo-

sophie nehmen wollte, ist im Machtbereich der Marxisten gründlich gelungen. Hier haben wir einen der sonst so schwer aufweisbaren Fälle echter Dekonstruktion.

8. Die Wende ins Nichts

So blieb nach dem durch die Wende besiegelten Ende buchstäblich nichts mehr übrig: Die Mandarine und Reisekader wollten sich im Stillen immer schon als schöngestige Aphoristiker verstanden haben. Die maßgebenden Publikationen sollten ohnehin nur Tarnung gewesen sein, in der Sache durch das Kollektiv, die Zensur oder durch vorauseilenden Gehorsam entstellt. Die authentischen Arbeiten waren angeblich in den sprichwörtlichen Schubladen geblieben, auf deren Öffnung wir in der Philosophie noch heute warten.

Und selbst die letzte Variante der Dämonisierung des Marxismus ging ins Leere: Noch 1991 prophezeite Hermann Lübke, die westliche Philosophie werde unter scharfen Druck geraten, wenn erst einmal die jahrzehntelang zur Feindbeobachtung abgestellten Ostagenten von ihrer subtilen Kenntnis des ehemaligen Klassenfeindes Gebrauch machen könnten. Doch nichts dergleichen! Die fleißigen Ostrezensenten von Westliteratur besaßen nur eine lückenhafte Kenntnis der verworfenen Theorien und ihrer Hintergründe. Sie hatten selbst in ihrer privilegierten Beschaffungslage unter dem Mangel an Büchern und persönlichen Begegnungen gelitten.

Das Beste, das hier zum Vorschein kam, waren einige hoch gebildete Mitarbeiter der Akademie der Wissenschaften. Als tüchtige Historiker und kundige Literaten wünschten sie nur, endlich ungehindert reisen, eigene Kontakte pflegen und die Autoren der von ihnen pflichtgemäß auf Distanz gehaltenen Bücher selbst kennenlernen zu können. Der intellektuelle Gegensatz zum Klassenfeind war selbst nur noch eine Zwangsvorstellung, mit der sich der von Anfang an nur auf Waffengewalt gegründete Staatskommunismus eine historische Rechtfertigung zu verschaffen gesucht hatte.

Die Philosophie des Ostens war Teil dieses Wahns - ob sie es wollte oder nicht. Es kann daher nicht wundern, daß sie selbst zu genuin philosophischen Leistungen nicht fähig war. Nur ein Zynismus hätte hier, im Schatten der Mauer, eine Chance gehabt. Von dem aber hätten sich die durch kein Grundrecht und keine Autonomie geschützten Hochschulphilosophen öffentlich nichts anmerken lassen dürfen. Also war ihr offizielles Denken nur Schulgeklapper und Parteigetöse.

9. Die "Entwertung der Biographien"

Wenn man dieses harte Urteil gegenüber einzelnen Professoren mit guten Gründen abmildert, muß gleichwohl bewußt bleiben, daß es keinen politischen Zwang gab, den akademischen Beruf des Philosophen zu ergreifen. Gewiß gab es Kollegen, die von dem Verhängnis wußten und die unter der Verödung des öffentlichen Lebens gelitten haben. Es gab auch einige, die sich mit List und Geschick den Fallstricken des Systems entzogen. In Randpositionen ließ sich wohl auch eine gewisse geistige Unabhängigkeit bewahren. Und zweifellos gab es hier mehr Gelegenheit, Mut und Standhaftigkeit zu beweisen, als im liberalen Westen. Wer aber nicht dahin geflohen war, der hatte sich eben anzupassen.

Für einen Hochschullehrer war es schwer, sich aller Verantwortung für das System zu entziehen. Wer sich nicht auf ominöse Beziehungen zur Parteispitze oder zur Besatzungsmacht berufen konnte und somit (was tatsächlich vorkam) buchstäblich aller Verpflichtungen ledig war, der hatte institutionelle Verantwortung zu übernehmen. In ihr aber konnte man der Mitwirkung an Disziplinarverfahren oder Relegationen nur schwer entkommen; vielleicht war man auch nur für die "Betriebskampfgruppe" zuständig; oder man nahm Anteil an der bürokratischen Sicherung der Studienziele. Die aber waren parteilich festgeschrieben: Philosophiestudenten sollten nach Abschluß ihres Studiums fähig sein, "als Propagandisten der marxistisch-leninistischen Philosophie zu arbeiten".¹

Nach der Hochschulreform des Jahres 1969 hatten sich alle Philosophieprofessoren selbst als solche "Propagandisten" anzusehen. Aus den vormaligen Instituten für Philosophie waren damals Institute bzw. Sektionen für "Marxistisch-leninistische Philosophie" geworden. Eine andere Philosophie gab es offiziell nicht. Somit lag der Generalauftrag fest, und niemand konnte sich über die politischen Zumutungen beschweren, denen das Fach ausgesetzt war. Auch die privilegierten Forscher, denen eine Reise ins kapitalistische Ausland genehmigt wurde, erfüllten nur ihre Berufspflicht, wenn sie sich beim Klassenfeind wie Spione verhielten.

¹ "Die Studenten müssen nach Abschluß ihre Studiums fähig sein, als Propagandisten der marxistisch-leninistischen Philosophie zu arbeiten, an der sozialistischen Bewußtseinsentwicklung und der Erziehung sozialistischer Persönlichkeiten mitzuwirken und die Entwicklung der marxistisch-leninistischen Theorie in Forschung und Lehre zu fördern." (Studienplan für die Grundstudienrichtung Marxistisch-Leninistische Philosophie zur Ausbildung an Universitäten und Hochschulen der DDR, (Ost-)Berlin 2/1981, S. 3).

Also war es für einen Hochschullehrer so gut wie ausgeschlossen, nur Opfer des Systems zu sein. Die "Entwertung der Biographien", die mancher DDR-Intellektuelle heute den neuen Verhältnissen anlastet, fand bereits in diesem Beruf statt. Im weltökonomischen Windschatten der Mauer wurde eben nicht nur das Geld zu fiktiven Kursen gehandelt. Und die offizielle DDR-Philosophie, die den hochgerüsteten Illusionismus gestützt hatte, war nach dem Zusammenbruch nicht mehr wert als das Fahnen-schwenken vor den Tribünen der Machthaber.

10. Die Kaderphilosophie

Philosophisch also gab es keinen Grund, der Universitätsphilosophie der aufgelösten DDR auch nur mit der geringsten wissenschaftlichen Erwartung zu begegnen. Denn im alten System war die Auswahl so vielfältig gestuft und gefiltert, daß nur geprüfte Marxisten für eine Professur in Frage kamen. Examierte Philosophen waren sie damit aber nicht in jedem Fall, denn die Parteibürokratie schob auch gern rhetorisch begabte Kulturfunktionäre auf ein Lehramt ab, wenn sie politisch nicht mehr brauchbar waren. Auch Kinder von hohen Funktionären waren von fachlichen Anforderungen weitgehend entlastet, wenn sie sich entschlossen hatten, eine Professur für marxistisch-leninistische Philosophie anzustreben.

Gleichwohl waren dies Ausnahmen. Neben der marxistisch-leninistischen Philosophie gab es nämlich an allen Universitäten noch "Sektionen für Marxismus-Leninismus". In ihnen wurden keine Studiengänge angeboten; man konnte auch kein Diplom erwerben. Sie waren vielmehr für die allgemeine parteiliche Gesinnung zuständig, die in obligatorischen Kursen für Angehörige aller Fakultäten verabreicht wurde. Wissenschaftliche Standards hatten hier den Charakter reiner Konvention. Folglich waren die "Sektionen für Marxismus-Leninismus" das natürliche Auf-fangbecken für die Sonntagsredner des Sozialismus. Sie wurden mit der Vereinigung restlos aufgelöst. Leider kann man ihnen nicht nachsagen, daß sie die Institute für marxistisch-leninistische Philosophie vor der Politisierung bewahrt haben.

Das Bewußtsein dieser Politisierung war dort immerhin so stark, daß sich eine große Zahl der Philosophieprofessoren der unumgänglichen Evaluierung gar nicht erst stellte. Sie wußten genau, daß sie nach wissenschaftlichen Standards für eine Weiterbeschäftigung nicht in Frage kommen konnten. Also verzichteten sie darauf, ihre Personalunterlagen den (aus Ost- und Westvertretern bestehenden) Personalkommissionen vor-

zulegen. Das entsprach einem freiwilligen Ausscheiden aus dem Dienst und brachte die Bequemlichkeit mit sich, auch nicht von den (nur aus ehemaligen DDR-Bürgern bestehenden) "Ehrenkommissionen" geprüft zu werden.

Die Ehrenkommissionen sprachen eine Ablehnung aus, wenn schwere politische Verfehlungen vorlagen. Das war bei den mit Recht so genannten "Kaderphilosophen" durchweg der Fall.² Sie brauchten sich in der Tat durch keine Ehrenkommissionen bestätigen zu lassen, was sie nach den langjährigen Diensten für Partei und Staatssicherheit selbst nur zu genau wußten. Ein Indikator für das Unrechtsbewußtsein dieser Nomenklatura lag allein darin, daß sie schon in der DDR nicht öffentlich sagen mochten, welche Formen der Bespitzelung und Erpressung ihnen bei ihrer sozialistischen Menschenführung behilflich waren. Und was sie vorher verschwiegen hatten, wurde nach der Wende bestritten. Es kann daher auch nicht überraschen, daß es heute hauptsächlich diese an die Geheimpraxis gewohnten Kaderphilosophen sind, die öffentlich über das Unrecht klagen, das ihnen angeblich widerfahren ist. Dabei gehören sie als Rentner zu den "Gewinnern der Einheit" - jedenfalls bekommt man das im Osten überall hinter vorgehaltener Hand zu hören.

11. Die Ausnahmen

Aber es gab auch Professoren und Dozenten, die trotz der geforderten marxistischen Grundposition tüchtige Universitätslehrer waren. Das galt insbesondere für die Logiker und für die Vertreter der Geschichte der Philosophie. So war die Eigenständigkeit der Logik in Leipzig und Berlin bekannt, und es gab auf den Gebieten der antiken Philosophie, der europäischen Aufklärung, des Deutschen Idealismus und der Philosophie des 19. Jahrhunderts einige Spezialisten, deren Leistung anzuerkennen und deren Sachverstand zu gewinnen war. Schließlich waren in den Hochschulen wie auch in der Akademie der Wissenschaften kundige Editoren mit den Ausgaben von Aristoteles, Leibniz, Schelling, Schleiermacher, Feuerbach oder Marx befaßt.

Und um es deutlich zu sagen: Die Qualifikation war durch das Bekennnis zum Marxismus nicht notwendig gemindert. Wer immer einen bemerkenswerten systematischen oder historischen Arbeitsertrag vorzu-

² Zu Begriff und Personal der "Kaderphilosophie" in der DDR siehe: Norbert Kapferer, Das Feindbild der marxistisch-leninistischen Philosophie der DDR 1945 - 1988, Darmstadt 1990. Aufschlußreiche Ergänzungen bringt: Guntolf Herzberg, Abhängigkeit und Verstrickung. Studien zur DDR-Philosophie, Berlin 1996.

weisen hatte, der mußte auch für eine Weiterbeschäftigung in Frage kommen. Die Evaluierung sollte keine politische Gewissensprüfung, sondern eine wissenschaftliche Leistungsbewertung sein. Wenn die Spezialisierung allerdings so weit ging, daß jemand nur für die Philosophie des Jahres 1917 (!), nur für den Linkshegelianismus oder nur für den Sozialistischen Realismus zuständig war, dann fehlte die fachliche Breite, ohne die man eben kein akademischer Lehrer sein kann.

12. Schwierige Einzelfälle

Leider haben sich auch einige fachlich weithin anerkannte Kollegen der Evaluierung entzogen. Sie glaubten, es widerspräche ihren Verdiensten und ihrem Alter, sich noch einmal einer Bewertung durch Fachkollegen zu unterziehen. Das war subjektiv zwar verständlich, aber politisch naiv. Die zwingende rechtliche Folge war das Ausscheiden aus dem Dienst. So gab es keine Möglichkeit, einen international angesehenen Aristoteles-Forscher in seiner Professur zu halten. Er hatte am Beispiel des antiken Denkens so listig wie tapfer in Zweifel gezogen, ob das vom Parteimarxismus behauptete "Sein" tatsächlich dem "Bewußtsein" vorausgeht.

An einer anderen Universität hatte ein Spezialist für das 19. Jahrhundert seinen Studenten schon Anfang der achtziger Jahre unter nichtssagenden Seminartiteln den "Giftschrank" mit der verfemten Literatur geöffnet. In der Nietzsche-Debatte hatte er 1987 auch ein mutiges öffentliches Wort gewagt. Doch er wollte sich als fast Sechzigjähriger nicht mehr bewerten lassen. Als die besondere Situation seiner Hochschule es erlaubte, ihm dennoch eine Professur neuen Rechts anzubieten, war er aus gesundheitlichen Gründen zur Absage genötigt.

Das sind Einzelfälle, neben denen es in der Philosophie aber nur wenige andere Beispiele gibt, wo anerkannte Wissenschaftler, trotz positiver wissenschaftlicher Evaluierung (und ohne entgegenstehendes Votum der zuständigen Ehrenkommission), nicht übernommen wurden. In Sachsen hatte sich die führende Landtagsfraktion, gegen die Empfehlungen des Ministers und der zuständigen Universität, grundsätzlich für die Entlassung der Philosophieprofessoren entschieden. Somit konnten einige als Forscher wie als Lehrer sehr geschätzte Kolleginnen und Kollegen nicht übernommen werden. In den anderen Bundesländern gelang dagegen in einer Reihe von Fällen die Überleitung auf eigens geschaffene Stellen. Etwas größer dürfte die Zahl derer sein, die den erneuerten Philosophie-Instituten durch Lehraufträge weiterhin verbunden sind.

Nur ganz wenige Hochschullehrer haben sich erfolgreich den Neuausschreibungen gestellt und sind nun Professoren neuen Rechts. Einige andere haben sich durch Lehrstuhlvertretungen im Westen Anerkennung erworben. Doch eine Berufung eines ehemaligen DDR-Philosophen an eine Universität des Westens ist bislang noch nicht erfolgt - ein Vorgang, den es in anderen Fächern bereits mehrfach gegeben hat.

Natürlich gab es Problemfälle, in denen eine Entscheidung schwierig war. Was konnte man für einen über fünfzigjährigen Kollegen tun, der sich, wie er sagte, aus Widerstand gegen die herrschende Lehre ganz auf die Beschäftigung mit einem deutschen Rechtsgelehrten des 17. Jahrhunderts zurückgezogen hatte und der seit 1968 lediglich zwei Aufsätze hatte publizieren können? Was für den hochgelehrten, aber in Ungnade gefallenen Sinologen, der zu den Kulturphilosophen abgeschoben worden war, dort aber zwanzig Jahre lang nur Übersetzerdienste hatte leisten dürfen? Was für den früher international anerkannten marxistischen Wissenschaftstheoretiker, der sich nun in Bewerbungsvorträgen mit allgemeinen philosophischen Betrachtungen übernahm? Oder was für den gründlich forschenden und durch viele Publikationen ausgewiesenen Literaturästhetiker, der aber dem modernen Lehrbetrieb gesundheitlich nicht mehr gewachsen war?

Man muß die wenigen wirklich schwierigen Fälle in dieser Konkretion erwähnen, um anschaulich zu machen, daß durch die "Abwicklung" den Philosophen keineswegs im großen Stil Unrecht getan wurde. Der Vereinigungsvertrag und die neuen Hochschulgesetze hatten eine neue Rechtslage geschaffen. An sie waren die Personal- sowie die auf sie folgenden Struktur- und Berufungskommissionen gebunden. Und die Mitglieder dieser Kommissionen haben ihr Äußerstes getan, um sich durch Lektüre, unabhängige Gutachten und persönliche Gespräche einen Eindruck von den Fähigkeiten der Personen zu verschaffen, die weiter im Fach tätig sein wollten.

13. Das Hauptproblem: Der Nachwuchs

Schließlich darf man nicht vergessen, daß es in dem vergleichsweise kleinen Fach Philosophie nur vergleichsweise wenige neue Stellen zu besetzen gab. In der DDR hingegen waren die Sektionen für marxistisch-leninistische Philosophie personell üppig ausgestattet. An der Humboldt-Universität gab es 61 hauptamtliche Wissenschaftler; in Leipzig 44 und

in Halle 35.³ Die heutigen Stellenpläne weisen weniger als ein Drittel dieser Zahlen aus. Damit waren soziale Härten unvermeidlich.

Diese Härten haben vor allem den wissenschaftlichen Nachwuchs getroffen. Zwar konnte ein Teil der begabten jungen Leute in befristete Beschäftigungsverhältnisse übernommen worden. Für sie gab und gibt es neben den Assistentenstellen noch gesonderte Überleitungspositionen. Einige konnten sich auch für Drittmittelprojekte qualifizieren. Und in den meisten Fällen haben sich die Entscheidungen für die Weiterbeschäftigung der jungen Wissenschaftler als richtig erwiesen.

Doch es zeigt sich, daß für viele die bisher gewährte Zeit der Überleitung nicht ausreicht, um in den üblichen Bewerbungsverfahren wirklich chancenreich zu sein. Zu groß waren die Schwierigkeiten der Umstellung auf zusätzliche Themen, andere Kriterien, neue Terminologien und fremde Sprachen. Damit das übernommene Personal aber nicht die Stellen für die nachwachsende Generation blockiert, müssen hier noch für einen begrenzten Zeitraum von zwei bis drei Jahren zusätzliche Projektmittel zur Verfügung stehen. Leider ist das bei der schlechten Haushaltslage der Universitäten nicht leicht zu realisieren. Aber man würde ein großes wissenschaftliches Potential verschleudern, wenn man jetzt den Arbeitsgerichten das letzte Wort überließe.

Ungeklärt ist schließlich auch die Zukunft der ehemaligen Mitarbeiter der Akademie der Wissenschaften, die nicht von der Berlin-Brandenburgischen Neugründung oder von den Geisteswissenschaftlichen Forschungsschwerpunkten der Max-Planck-Gesellschaft übernommen werden konnten. Für etwa zwanzig bis dreißig Philosophen läuft Ende 1996 die Förderung durch das Wissenschaftler-Integrations-Programm (WIP) aus. Für sie eröffnet allerdings das gerade von Bund und Ländern verabschiedete 3. Hochschulsonderprogramm⁴ noch einmal eine besondere Förderungsmöglichkeit, wenn ein aussichtsreiches Arbeitsvorhaben nachgewiesen werden kann.

14. Der Neubeginn

Bei der Neuordnung der Philosophieinstitute folgte man den Empfehlungen des Wissenschaftsrates, also eines aus den Spitzen von Wissenschaft und Verwaltung paritätisch zusammengesetzten Organs des Bundes und der Länder. In allen Hochschulen sollte die Theoretische und Praktische

³ Nach den Zahlen des Wissenschaftsrats. Die internen Institutsangaben lagen höher.

⁴ Von Bundeskanzler Helmut Kohl Anfang September 1996 unterzeichnet.

Philosophie sowie die Geschichte der Philosophie vertreten sein; örtliche Besonderheiten wollte man durch spezifische Schwerpunkte berücksichtigen. So sollte für die kleineren Institute in Dresden, Halle, Potsdam und Rostock die "Mindestausstattung" mit drei Lehrstühlen genügen;⁵ Greifswald gestand man eine vierte Position für Ästhetik zu. Jena sollte mit Blick auf die große idealistische Tradition mit sechs Professuren ausgestattet werden, Leipzig mit acht und Berlin mit zehn.

Die klaren und bemerkenswert schnell erstellten Empfehlungen des Wissenschaftsrats waren überaus hilfreich. Man kann ihnen die m.E. viel zu geringe Mindest- und Normalausstattung nicht zum Vorwurf machen, denn im Vergleich zur durchschnittlichen Ausstattung der Philosophie-Institute im Westen sind die Ansätze durchaus vertretbar. Daß aber an den westlichen Universitäten die Philosophie so dürftig ausgestattet ist, hat mit den Versäumnissen der Fachpolitik in den späten sechziger und frühen siebziger Jahren zu tun. Damals wurde über die Abschaffung des Philosophicums entschieden und das Schulfach Philosophie verschwand aus den Lehrplänen der meisten Bundesländer. Es wäre an der Zeit, die damals gemachten Fehler zu korrigieren. Dazu gibt die Neuordnung des Schulunterrichts in den neuen Bundesländern eine realistische Chance.⁶

Die Empfehlungen des Wissenschaftsrats wurden im Ansatz realisiert. Vereinzelt gab es Erweiterungen durch Berufungsverhandlungen sowie Schwerpunktverlagerungen durch Wünsche angrenzender Fächer. In Berlin war es möglich, der Beschäftigung mit der Geschichte der Philosophie einen größeren Stellenwert zu geben. Denn es wäre der Tradition der Humboldt-Universität nicht angemessen gewesen, die Historie al-

⁵ In den Wissenschaftsrats-Empfehlungen sind die damalige Pädagogische Hochschule (und jetzige Universität) Erfurt sowie die Technische Universität Magdeburg noch nicht genannt; beide wurden aber entsprechend aufgebaut. Zu erwähnen wäre noch die mit zwei Philosophieprofessuren ausgestattete Technische Universität Chemnitz, deren geisteswissenschaftlicher Anteil jetzt allerdings durch Haushaltskürzungen bedroht ist.

⁶ Der einzige Einwand, den man gegen die Empfehlungen erheben muß, bezieht sich auf den ausgesprochenen Primat des systematischen vor dem historischen Interesse. Diesen Vorrang wird man für das Selbstverständnis des genuin philosophischen Denkens zwar immer zugestehen; er ist jedoch bei Fragen der Stellenausstattung deplaziert. Denn es gibt ein legitimes Interesse an der Geschichte, das sich nicht vorab durch aktuelle Bezüge ausweisen muß. Die Konjunktur von Geschichtswissenschaft und Denkmalpflege führt dies eindrucksvoll vor Augen. Warum sollte ausgerechnet die Philosophie ihre bedeutenden Traditionsbestände nicht auch aus einem antiquarisch-archivalischen Interesse heraus verwalten dürfen? Müssen bei den großen philosophischen Editionen, die wir nicht nur uns selbst, sondern auch den anderen Disziplinen schuldig sind, ausschließlich systematische Fragen ausschlaggebend sein?

lein unter dem Primat einer systematischen Problemstellung zu betreiben. Aber die damit verbundene Veränderung in der Ausstattung der Professuren für Geschichte der Philosophie und für den Deutschen Idealismus war schwierig, weil die Zahl der Professuren noch vor der ersten Rufannahme um zwei Positionen reduziert worden war. Hier hatte das von den Vertretern anderer Disziplinen strategisch eingesetzte Vorurteil gegenüber der Philosophie seine Wirkung getan. Schließlich nötigte an allen Orten die Finanznot zur Streckung der Pläne, so daß man bis heute noch nicht von einem abgeschlossenen Aufbau sprechen kann. Ein vollständiges Lehrangebot für den Magisterstudiengang ist jedoch an allen Universitäten gesichert.

Die Professuren wurden nach öffentlichen Ausschreibungen in ordentlichen Berufungsverfahren besetzt. Die Besonderheit bestand anfangs lediglich darin, daß die Berufungskommissionen nicht allein aus Angehörigen der jeweiligen Universität zusammengesetzt war. Um den fachlichen Sachverstand und die erforderliche Personenkenntnis einzubinden, waren Gelehrte aus den westlichen Universitäten mit Sitz und Stimme dabei - ohne allerdings über eine Mehrheit zu verfügen.

Auch Kritiker werden eingestehen, daß die Kommissionen in kurzer Zeit und in unübersichtlicher Lage Erstaunliches geleistet haben. Politisch ist der Neuaufbau gelungen. Für eine wissenschaftliche Bewertung ist es freilich noch zu früh. Die Lehr- und Forschungsleistung der Neuberufenen wird man wohl erst in fünf oder zehn Jahren beurteilen können. Eins aber läßt sich schon jetzt sagen: Die Zusammensetzung der Berufungskommissionen hat zu einer weitgehenden Neutralisierung der üblichen Schuleinflüsse geführt. Was im Westen unter der lokalen Dominanz einer Person oder einer Denkrichtung oft zu bedenklichen Einseitigkeiten führt, wurde beim Neuaufbau im Osten fast völlig vermieden. Insofern stehen die Philosophieprofessoren in den neuen Bundesländern mindestens nicht schlechter da als ihre westlichen Kollegen.

15. Absurde Kritik

Die neuberufenen Professoren der Philosophie hat von Anfang an die üble Nachrede begleitet, sie seien im Westen ohne Chancen gewesen und im übrigen für die schwierigen Probleme des Aufbaus nicht geeignet. Ein prominenter Kollege hat diese Ansicht mehrfach öffentlich geäußert, ehe er selbst in den Osten berufen wurde.

Das Gerücht von der Chancenlosigkeit beruht auf purer Spekulation, die bei den zumeist recht jungen Kollegen nur den Charakter einer Bos-

heit haben kann. Außerdem geht es großzügig über die Tatsache hinweg, daß auch einige renommierte Wissenschaftler, die bereits im Westen Professoren waren, in die neuen Länder gegangen sind. Inzwischen belegen die ersten Rückrufe an traditionsreiche Universitäten im Westen, daß es keineswegs die zweite Wahl war, die den ersten Schritt in den Osten gewagt hat.

Was aber den jungen Professoren an Erfahrung fehlen mochte, haben sie durch überdurchschnittliche Einsatzbereitschaft wettgemacht. Wer auch nur kurze Zeit an einer im Neuaufbau befindlichen Universität der neuen Länder gearbeitet hat, der weiß, daß hier Erfahrung fast gar nichts, Engagement und Improvisationstalent aber alles bedeuteten. Also ist auch der zweite Vorwurf längst widerlegt.

In jüngster Zeit ist die Kritik geäußert worden, die neuberufenen Professoren seien mit ihren alten Forschungsvorhaben in den Osten gekommen; dabei hätten sie sich zu wenig um die nachgelassenen Probleme der DDR gekümmert.⁷

Der erste Teil dieser Vorhaltung ist vollkommen unsinnig. Denn man wird berufen für das, was man kann. Es wäre daher höchst verdächtig, wenn sich die Neuankömmlinge, ohne Rücksicht auf ihre Qualifikation, auf neue Forschungsthemen stürzen würden, nur weil sie dadurch ihren neuen Mitarbeitern näherkommen. Die wissenschaftlichen Standards wären preisgegeben; die internationalen Beziehungen, die für die Erschließung der neuen Länder so wichtig sind, wären gefährdet. Und für Innovationen, die sich weder nach der Logik der Politik noch nach den Moden des Zeitgeistes vollziehen, wäre trotzdem nicht gesorgt.

16. Geistige Auseinandersetzung

Angesichts der desolaten Hinterlassenschaft der DDR-Philosophie wäre es also nur zu verständlich, wenn sich die Neuberufenen gar nicht um die Asche des Marxismus kümmern würden. Und dennoch ist der Vorwurf falsch, sie stünden den politischen und sozialen Problemen ihrer neuen Umgebung mit Gleichgültigkeit gegenüber. Von wenigen Ausnahmen einmal abgesehen, haben sich die Neuberufenen mit großem Einsatz um eine großzügige Überleitung nicht nur beim wissenschaftlichen Nachwuchs bemüht; sie haben den Studenten bei der Einstellung auf neue Be-

⁷ Ulrich Johannes Schneider, Situation der Philosophie, Kultur der Philosophen. Über die neudeutsche Universitätsphilosophie, in: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie*, Heft 1, 1996, 149-159. Guntolf Herzberg hat zu diesem schlecht informierten Aufsatz alles Erforderliche gesagt: Warum ist nicht alles so geblieben, wie es war?, ebd., 311-313.

dingungen durch Sonderregelungen und durch persönlichen Einsatz geholfen; und sie haben sich in vielen Fällen erfolgreich für die Integration der nicht-wissenschaftlichen Mitarbeiter eingesetzt. Für Berlin läßt sich hinzufügen, daß alles dies ohne die aktive Mitwirkung der übernommenen oder neuberufenen Ostkollegen nicht möglich gewesen wäre.

Unrichtig ist auch der Vorwurf, es habe keine geistige Auseinandersetzung mit DDR-Hinterlassenschaft gegeben. Es mag ja sein, daß nicht genug getan worden ist. Aber es hat nicht nur im Osten, sondern auch in Bielefeld, Bad Homburg, Hagen und Berlin Kolloquien zur DDR-Philosophie gegeben. An der Humboldt-Universität läuft schon die zweite Ringvorlesung, in der sich Kollegen aus Ost und West um eine Bilanzierung des Marxismus bemühen. Als 1994 für die erste Veranstaltung geworben wurde, kamen freilich Absagen von übergeleiteten Ost-Kollegen, die meinten, für eine Debatte über die 11. Feuerbach-These sei es noch zu früh.⁸ Die Unsicherheit in den neuen Verhältnissen mag sie entschuldigen. Aber sollte man nicht auch den neuberufenen Professoren Schwierigkeiten bei der Orientierung in einem völlig Lebens- und Arbeitsmilieu zugehen?

Schließlich darf man das Mißtrauen gegenüber der Philosophie nicht vergessen, das sich während der Herrschaft des Marxismus-Leninismus in den anderen Disziplinen mit guten Gründen angesammelt hat. Zwar kann man nicht leugnen, daß es in den Gremien beim Kampf um Stellen und finanzielle Mittel auch strategisch eingesetzt wird. Aber es ist da, und es kann nur durch eigenständige Forschungsarbeit sowie durch Konzentration auf die sachlichen Aufgaben abgebaut werden. Für die Politische Philosophie hat dabei freilich die geistige Auseinandersetzung mit dem Marxismus einen hohen Stellenwert.

17. Perspektiven

Alles in allem: Der Anfang ist gemacht. Die Stellen sind besetzt, die Fakultäten neu geordnet, die neuen Studien- und Prüfungsordnungen in Kraft, und vielerorts sind auch schon die Räume renoviert. Nun gilt es, die immer noch bedenklichen Lücken in den Bibliotheken zu füllen, Forschungsprojekte zu initiieren, das Interesse ausländischer Kollegen zu stimulieren sowie - und dies vor allem - gute Studenten und Stipendiaten zu werben. Der Mangel an Studenten, unter dem noch einige ostdeutsche

⁸ Inzwischen sind die Beiträge zur ersten Ringvorlesung erschienen: Eine angeschlagene These. Die 11. Feuerbach-These im Foyer der Humboldt-Universität, Berlin 1996.

Institute leiden, ist durch attraktive Lehrangebote und spezielle Förderung (wie etwa durch Graduiertenkollegs) zu beheben. Denn das Interesse an der Philosophie ist groß.

Bei den jungen Menschen hat der Zusammenbruch des Marxismus den Wunsch nach eigener Einsicht und selbständiger Lebensplanung erhöht. Wenn die Philosophen sich nicht in ihr akademisches Gehäuse zurückziehen, wenn sie den sokratischen Auftrag der Philosophie ernstnehmen und die Chancen erkennen, die mit Ethik und Lebenskunde in der Schule verbunden sind, dann hat die Philosophie auch an den Universitäten mit primär regionalem Einzugsbereich eine gute Zukunft. Die steht offen, wenn nach der Überlast an Verwaltungsarbeit nun endlich auch Zeit zum Nachdenken bleibt.

Den Philosophen, deren Produktivität von der Individualität nicht zu trennen ist, eine gemeinsame Aufgabe zu stellen, ist wie eine Predigt gegen den Wind. Deshalb kann man nur hoffen, daß sich die einzelnen ihrer historischen Situation im Osten bewußt sind und die Chance nutzen, die im Nachdenken über ein so glücklich gescheitertes Menschheitsexperiment besteht. Der Marxismus war ein entsetzlicher Irrtum - nicht erst in seinen politischen Folgen, sondern schon in seinen philosophischen Anfängen. Wenn die Philosophie sich diesem Versagen nicht vorbehaltlos stellt, ist sie schon dabei, das nächste politische Verhängnis vorzubereiten.

Natürlich fällt es schwer, mit den eigenen Fehlern abzurechnen. Deshalb ist es menschlich verständlich, wenn man nun nachträglich zu retten versucht, was zu retten ist: Man rühmt das utopische Potential, das man, wenn auch mit anderen Inhalten, heute nach wie vor benötige; man dankt Marx, weil er die Bedeutung der Gesellschaft erkannt habe; oder man entdeckt in den bis 1989 kanonischen Werken von Marx und Engels nun den "Text", dem man nach allen Regeln der hermeneutischen Kunst Bedeutung verleihen kann.

Doch alles dies, sofern sachlich überhaupt etwas daran ist, sind Ausweichmanöver vor den entscheidenden Fragen, nach dem Verhältnis des Menschen zu sich selbst, zu seinesgleichen und zu seinen Möglichkeiten. Daß wir diesen Fragen letztlich nicht entkommen, gehört zum Selbstverständnis der Philosophie. Aber daß sie immer auch einen konkreten, geschichtlich bestimmten und politisch verbindlichen, mit dem Leiden und Hoffen der einzelnen verknüpften Anspruch haben, das kann man im ehemaligen Herrschaftsbereich des Marxismus mit besonderer Eindringlichkeit erfahren. Hier kann man nicht länger so tun, als sei der Kommunismus nur ein Projekt von Salon- oder Seminar marxisten gewesen. Des-

halb hat sich hier die Philosophie einer Wirklichkeit zu stellen, in die ihr Denken eingehen kann. Tut sie es nicht, wird ihr Verdienst darauf beschränkt bleiben, einen maroden Betrieb wieder in Gang gebracht zu haben.

18. Persönliche Anmerkung

Der vorliegende Bericht enthält ein philosophisch-politisches Resümee. Er bewertet eine Theorie, ihre Folgen und die institutionellen Bemühungen, den unumgänglichen Neuanfang zu machen. Dabei konnte von den Personen strenggenommen nur mit Blick auf ihre berufliche Qualifikation die Rede sein. Insofern ist das Urteil bloß auf sachliche Zusammenhänge bezogen. Und die positive Gesamteinschätzung eines Erneuerungsprozesses, der sich gewaltlos, grundrechtlich gesichert und nach Maßgabe des geltenden Recht vollzogen hat, ist auf Leistungskriterien gegründet, ohne die wir uns über nichts verständigen könnten, was uns unter den Lebensbedingungen der modernen Zivilisation selbst wesentlich ist.

Jeder weiß, daß berufliche Leistung nicht alles ist. Und man weiß nur zu gut, daß sich mit jedem rechtlichen Fall ein Schicksal verbindet. Wenn aber ein politisches System zusammenbricht, wenn selbst das, was die Menschen für gesichert hielten, gegenstandslos wird und die vertraute Normalität einfach verschwindet, dann kommt es zu Erschütterungen, die gar nicht anders als tragisch zu nennen sind. Daran mußte jeder Anteil nehmen, der in den neuen Ländern gearbeitet hat. Und wer an Personalentscheidungen mitzuwirken hatte, wurde unweigerlich in Mitleidenschaft gezogen.

So erging es auch mir. Dem Bemühen, den einzelnen Menschen in ihrer individuellen Lage gerecht zu werden, waren Grenzen gesetzt. In manchen Fällen, z.B. bei der Fortführung der Marx-Engels-Gesamtausgabe, waren die Mittel viel zu begrenzt, um alle qualifizierten Editoren weiterzubeschäftigen. Also mußte nach formalen Kriterien ausgewählt werden, die den jeweiligen persönlichen Anteil natürlich nicht erfassen konnten. Die sozialen Härten, die sich auf diese Weise ergaben, waren zwar politisch - mit dem Blick auf das mehrheitlich gewollte Ende einer Diktatur - zu rechtfertigen. Gleichwohl kam die plötzliche Umstellung jeden einzelnen hart an - ganz gleich, ob einer feststellen mußte, daß es für seinen gerade erworbenen Studienabschluß des "Diplom-Philosophen" keinen Arbeitsmarkt mehr gab, oder wenn ein anderer durch die Auflösung der Bibliothek, in der er fünfundzwanzig Jahre lang zur Zu-

friedenheit aller gearbeitet hatte, nunmehr als Fünfzigjähriger genötigt war, eine neue Existenz zu gründen.

Diese großen persönlichen Problemen mußten einem nahe gehen, unabhängig davon, ob man nun "Wessi" oder "Ossi" war. Und wenn man die Betroffenen kannte, erst recht, wenn man an der ihr Leben ändernden Entscheidung mitgewirkt hatte, dann trug man selbst schwer an den entstandenen privaten Nöten. Die oft zur Entlastung gestellte rhetorische Frage, wie es denn wohl die Kommunisten gemacht hätten, wenn ...,⁹ konnte da gar nichts bewirken. Denn wer wollte den Revolver-Kommunismus, der nur hinter einer Mauer mit Schießbefehl lebensfähig war, im Ernst mit einer rechtstaatlich verfahrenen Demokratie vergleichen?

Besonders schwer fiel die Entscheidung bei Personen mittleren Alters, bei denen zu befürchten war, daß ihnen die Umstellung auf eine andere Tätigkeit nicht mehr gelingt. Schwer zu ertragen war auch die Enttäuschung der Jüngeren, die sich gleich nach der Wende in neue Projekte gestürzt hatten, dann aber zu keinem Ergebnis kamen, weil sie noch in den alten Rücksichten befangen und das Arbeiten in einer von Reizen und Moden überfluteten Wissenschaft nicht gewohnt waren.

Am stärksten aber haben mich die Begegnungen mit denen mitgenommen, die in der DDR durch disziplinarische Maßnahmen von der Universität verwiesen worden waren. Diese hochbegabten und zumeist hochempfindlichen Menschen hatten, wenn sie nicht geflohen waren, in Nischen überlebt und an ihren Überzeugungen festgehalten. Dort war es ihnen nicht selten auch gelungen, ihren wissenschaftlichen Interessen nachzugehen. Sie hatten in der Regel eine überdurchschnittliche Allgemeinbildung, beste Fachkenntnisse und waren im Gespräch von suggestiver Eindringlichkeit. Aber sie hatten, inzwischen vierzig oder fünfzig Jahre alt, kein Examen. Was sollte man, was konnte man tun? Welche Aussichten hatten sie, wenn man ihnen zum verdienten Studienabschluß verhalf?

Was immer hier getan wurde: Es war zu wenig. Natürlich war das begangene Unrecht nicht mehr aus der Welt zu schaffen. Insofern war auch nichts wieder "gut" zu machen. Aber man hätte für die Rehabilitierung der Ausgegrenzten und Verfolgten mehr leisten müssen und auch mehr leisten können. Daß dies nicht möglich war, hat mich bei der praktischen Rekonstruktion der Philosophie - nach dem Scheitern ihrer marxistischen Deonstruktion - am meisten geschmerzt.

⁹ Siehe dazu: G. Herzberg, a.a.O.

Leere Schubladen

Zum Mythos einer Subkultur in der DDR-Philosophie*

Guntolf Herzberg

Berlin

Seit Anfang des Jahres wird - endlich - über die Rolle und das Erbe der DDR-Philosophie in Büchern und Aufsätzen gestritten, gibt es Analysen über die theoretische Borniertheit ihres Marxismus und Spurensuche zu ihrer behaupteten wie bestrittenen Leistungsfähigkeit, ferner Untersuchungen zu den politischen Verstrickungen der Philosophen in das Herrschaftssystem der SED und ihres Geheimdienstes.

Einen verqueren Drall bekam die Kontroverse durch einen Beitrag des in Leipzig tätigen westdeutschen Philosophen Ulrich Johannes Schneider voller Klagen über die unverdiente und also ungerechtfertigte Abwicklung der DDR-Marxisten an den Universitäten und ihre Ersetzung durch westliche Beamte etwa gleicher Staatstreue. Die durch seine abstrusen Behauptungen ausgelöste Polemik wurde von ihm noch einmal in der FR vom 15.10.[1996] zugespitzt zu einer Ehrenrettung der DDR-Philosophen: Nicht westeuropäische oder amerikanische Maßstäbe für akademische Leistungen seien zur Bewertung anzulegen, sondern ausschlaggebend sei die unter der Außenseite des Marxismus-Leninismus verborgene philosophische Kultur. Da Schneider ein tiefes Wissen um diese Kultur suggeriert, dafür jedoch keine Belege bringt (und vermutlich auch keine kennt), andererseits aber Volker Gerhardt in seinem Beitrag vom 29.10.[1996] in kluger Selbstbeschränkung darauf nicht eingeht, soll einiges aus der Innenperspektive zur Existenz dieser Kultur gesagt werden.

Die Vermutung ist durchaus plausibel: Wenn in der DDR 40 Jahre lang Philosophie betrieben wurde, dann muß doch etwas zum Vorzeigen übriggeblieben sein. Namensaufzählungen von Ernst Bloch bis zum späten Wolfgang Heise fehlen in kaum einem resümierenden Beitrag. Aber diese Philosophen sind ja auch nicht abgewickelt worden. Doch gerade für die (nie genannten) Abgewickelten setzt sich der selbsternannte Experte Schneider ein.

* Erstveröffentlichung: *Frankfurter Rundschau*, 6.12.1996.

Da das Grundsätzliche zur DDR-Philosophie in Büchern und Artikeln der letzten Jahre schon gesagt wurde und der Marxismus-Leninismus in seiner historischen Gestalt von niemandem mehr vertreten wird, darf man diesen getrost verlassen - er sollte in künftigen Polemiken nicht mehr als philosophische Zielscheibe dienen. Obwohl: er war nicht nur - wie jetzt viele Marxisten behaupten - ein Zugeständnis, unter dem das "Eigentliche" versteckt wurde. Er war gerade bei den sogen. "führenden Philosophen" Schale und Kern zugleich. (Wer macht sich anheischig, bei diesen Marxisten aus ihren zahlreichen Veröffentlichungen das "Eigentliche" herauszufiltern, das über die ideologischen und philosophischen Gemeinplätze hinausgeht?) Also suchen wir das "Eigentliche" unterhalb der offiziell abgenötigten Bekenntnisse und Worthülsen. Nur wo? Ich schlage sieben Suchrichtungen vor.

1. *Im Gedruckten.* Selbst wenn ein Autor einen guten unkonventionellen Text geschrieben hatte, so sorgte eine Hierarchie von Vorgesetzten in den Instituten, die Lektorierung in den Verlagen und Redaktionen (hier saßen vorzugsweise die Inoffiziellen Mitarbeiter des MfS) sowie die Außengutachten und die Beantragung der Druckgenehmigung für eine scharfe Kontrolle, die alles herausstrich und veränderte, was irgendwie anecken könnte - einige Irrtümer oder Laxheiten waren nicht auszuschließen. (Ich habe jahrelang als Autor und dann als freiberuflicher Lektor ausreichende Erfahrungen gesammelt.)

2. *In Dissertationen und Habilitationen.* Hier differierten die Wünsche der Doktoranden, etwas von ihrem wissenschaftlichen Können zu zeigen und Neues vorzuweisen, mit den Anforderungen der Gutachter, die in einem hohen Prozentsatz der DDR-Promotionen weniger sachkundig waren als die Autoren der Arbeiten. Deren eingereichte Schriften wurden auch auf Grund des politisch-ideologischen Charakters beurteilt und bewertet - man sehe sich dazu beliebige Gutachten an. Es gab sicher eine wissenschaftlich aufsteigende Linie von den dünnen Schriftchen der ersten Generation - etwa der 80-Seiten-Habilschrift von R.O. Gropp - zu den Arbeiten der späten siebziger und der achtziger Jahre. Günther Rudolph hat als Einzelfall mutigerweise seine Dissertation von 1967 (über Ferdinand Toennies) erstmalig 1995 veröffentlicht und damit der internationalen Kritik ausgesetzt. Aber andere ließen nach dem Ende des SED-Staates ihre Dissertationen aus den Universitätsbibliotheken ausleihen, um sie zu vernichten. Schließlich waren Habilitationen in der DDR nicht für jeden Philosophen erlaubt. Man brauchte dafür den Segen der Partei, die Qualifikation eines sozialistischen Leiters, die Übernahme gesellschaftlich-politischer Funktionen (einige Ausnahmeregelungen stets

eingeschlossen). Ich behaupte, daß das wissenschaftliche Niveau der meisten DDR-Habilitationen in der Philosophie wesentlich niedriger war als im Westen.

3. *In Vorlesungen und Seminaren.* In der Tat herrschten hier an den Instituten Freiräume. Man war "unter sich", die studentischen Einschätzungen ihrer Lehrkräfte hingen gerade von ihrer wissenschaftlichen und persönlichen Integrität ab. Ich habe z.B. als Student in Berlin einige kluge und anregende Dozenten und Assistenten gehabt, fast jeder DDR-Philosoph wird solche Namen aufzählen können. Aber es war für den Lehrenden auch eine Gratwanderung: in jedem Studienjahr saßen unter den Studenten Funktionäre der SED und der FDJ, Inoffizielle Mitarbeiter des MfS.

4. *Auf Kongressen.* Hier darf die Suche sofort abbrechen. Kongresse waren politische Selbstdarstellungen, egal, ob es um Hegel oder Marx oder die Wissenschaftlich-technische Revolution ging. Die Vorbereitungen, die Auswahl der Vortragenden und die abzulesenden Texte waren - was die DDR-Philosophen anging - so mit der Partei abgestimmt, daß nichts Unorthodoxes, nichts Eigenes die Filter passieren konnte.

5. *Auf Fachtagungen.* Je enger das Gebiet, um so mehr konnte in die Spezifik eingedrungen werden, waren Allgemeinplätze unwillkommen, konnten Hypothesen vorgestellt werden. Dafür war der Kreis der Zugelassenen so zugeschnitten, daß man eben "unter sich" war und alternative Modelle kaum Chancen hatten, diskutiert zu werden - jede Form von "Pluralismus" war verpönt.

6. *Gab es ein geheimes philosophisches Leben?* Hier liegen die Hoffnungen der Kritiker der universitären Erneuerung: nicht die Länge der Veröffentlichungslisten sei für DDR-Philosophen entscheidend, sondern die verborgene philosophische Kultur. Und sie gab es. Klaus-Dieter Eichler spricht von einer an dem Leipziger Institut etablierten "philosophischen Subkultur, die sich eigene inoffizielle Foren der Diskussion schaffte", und nennt einen Kreis seit Mitte der achtziger Jahre, der die philosophische Zeitschrift *Seminarum* ohne offizielle Druckerlaubnis herausgab. Andere, noch weniger bekannte Beispiele: In Berlin gab es einen Hegel-Kreis, in dem u.a. Edelbert Richter, Markus Meckel, Martin Gutzeit und der Autor mitarbeiteten, in der von ihm gegründeten "Freitagsrunde" (sie feierte gerade ihr 25jähriges Jubiläum) fanden allein zwischen 1971 und Anfang 1985 42 Abende zu philosophischen Themen statt, in Leipzig gab es außerhalb aller genehmigten Strukturen einen langjährigen Diskussionskreis, der vom MfS schließlich als "Operativer Vorgang" geführt wurde - ein Kreis, in dem sich etwa gründlicher als

sonstwo mit der "Kritischen Theorie" auseinandergesetzt wurde. In Wittenberg traf sich im "Kirchlichen Forschungsheim" seit 1981 eine interdisziplinäre Arbeitsgruppe und entwickelte in jahrelanger Arbeit einen - auch mühsam publizierten - Entwurf zur Wissenschaftsethik. Der von der SED gemaßregelte Peter Ruben hat sich mit seinen ebenfalls gemaßregelten Mitstreitern über längere Zeit unerlaubt getroffen und geistigen Austausch gepflegt. Es gab einige Jahre illegale Kreise junger Philosophen in Berlin (sie sind in meinem Buch "Abhängigkeit und Verstrickung" genannt) - auch sie waren unter Kontrolle der Staatssicherheit, in ihnen waren Inoffizielle Mitarbeiter installiert, Diskussionen wurden durch "operative Technik" mitgeschnitten und anschließend nach strafrechtlichen Gesichtspunkten eingeschätzt. Natürlich konnte man in all diesen Kreisen sachlich und kritisch diskutieren, marxistischen Ballast abwerfen und verbotene geistige Wege gehen. Nur hatte wohl nicht jeder dazu die entsprechenden Nerven. Einige Teilnehmer dieser Gruppen haben in der Herbstrevolution und in der darauffolgenden Zeit eine wichtige Rolle gespielt - der philosophische Ertrag konnte nach der Wiedervereinigung keine Rolle mehr spielen.

7. *Manuskripte in den Schubladen?* Auch das war eine Hoffnung: Wer mit der Zensur nicht zurecht kam, wer brisante Themen bearbeiten wollte und die Verfolgung fürchtete, der hätte ja in aller Ruhe und Gründlichkeit für die Schublade und damit für die nähere oder fernere Zukunft schreiben können. Wirklich konspirativ haben Rudolf Bahro seine "Alternative" und Rolf Henrich den "Vormundschaftlichen Staat" geschrieben - ersterer war zu dieser Zeit eine Art von Ökonom, letzterer Jurist. Wo waren die Philosophen? Sie haben, so muß man jetzt wohl annehmen, ihre Schubladen nicht mit "Eigentlichem" gefüllt. Sie haben oft gemurrt - das ist wahr -, doch bis auf sehr wenige bekannte Beispiele keinen Widerstand gegen die geistige Orthodoxie der SED geleistet und in der Herbstrevolution sich auch nicht exponiert.

Und jetzt? Jetzt könnte sich doch eine von den politisch-ideologischen Fesseln (und Lenin) befreite marxistische Philosophie wunderbar und beispiellos entwickeln, ihre Forschungspotenzen zeigen und die westlichen Philosophen beschämen. Statt dessen wird polemisiert, geklagt, ein wenig abgerechnet und viel geschwiegen. Die stellvertretende Empörung von U. J. Schneider über die "Abwicklung" vermag auch nicht zu überzeugen. Jeder Betroffene kann nach seinen Erfahrungen meine Einschätzung bestreiten oder zurechtrücken. Vielleicht wird dann diese Diskussion produktiv.

Hinter Mauern aus Text

Mutmaßungen über die DDR-Philosophie*

Ulrich Johanners Schneider
Leipzig

Die Abwicklung der DDR-Philosophie ist bislang vom Schweigen der westdeutschen Philosophen begleitet worden. Die Entlassung von etwa dreihundert Universitäts- und Akademie-Angehörigen erschien den „Denkbeamten“ wohl als ein gigantisches Neuberufungsverfahren. Die vollzogene Kolonisierung der ostdeutschen Philosophielandschaft wurde und wird nicht in Frage gestellt. Dieses Schweigen zeigt, daß man in Deutschland Philosophie für eine Universitätsangelegenheit hält und hochschulpolitisch regelt. In dieser Angelegenheit interessieren nur wissenschaftliche Leistungen, ausgewiesen in Publikationen. Aber konnten denn westliche Maßstäbe des wissenschaftlichen Arbeitens einfach auf die DDR angewendet werden? Solche und andere Fragen der Abwicklung wurden nicht öffentlich diskutiert, sondern als Probleme an die Entscheider in den Ministerien und den Kommissionen delegiert.

Will es denn eine Klasse von Leuten nie lernen, daß es schlechterdings nicht wahr ist, daß jemals ein Mensch wissentlich und vorsätzlich sich selbst verblendet habe? (Gotthold Ephraim Lessing)

Mit dem Untergang der DDR ist eine Gesellschaft verschwunden, die von der SED beherrscht und von deren Ideologie geprägt war. Wer zu den ehemaligen Machthabern oder Ideologen zählt, ist heute leicht dem Verdacht des Verrats oder des Versagens ausgesetzt, des Verrats an den Menschenrechten und des Versagens an kritischem Denken. Im Nachweis von Verrat und Versagen bestätigt sich nicht zuletzt die moralische Politikauffassung, welche noch die Auflösung einer Gesellschaftsform aus dem Tun oder Mittun von Individuen erklären will.

Als Betroffene einer solchen Auffassung können die Philosophen der DDR gelten. Wer Schreibtischtäter sucht, wer auch im Bereich der Ideologie Schuldsprüche formulieren will, wird bei ihnen fündig. Denn die Verklammerung ihrer Existenz mit der Propagierung des Marxismus-

* Erstveröffentlichung: *Die Zeit* Nr. 6, 31. Januar 1997.

Leninismus war so eng wie bei keiner anderen Wissenschaftlergruppe. Die Philosophiedozenten an den Universitäten und die Philosophiewissenschaftler an der Akademie der Wissenschaften in Berlin gelten als unheilbar infiziert mit der Seuche des parteiamtlichen Dogmatismus, dem sie in der Tat niemals offen widersprechen konnten. Die nach Verfallsgründen suchende Kritik sieht die Symptome für die Diagnose im Auftreten von Dissidenz, in der ausgeübten Zensur und in anderen disziplinierenden Maßnahmen wie Publikations- und Lehrverboten. „Kaderphilosophen“ hat der westdeutsche DDR-Forscher Norbert Kapferer diejenigen genannt, die solchen Maßnahmen nicht zum Opfer fielen und also auf die Seite der Täter zu gehören scheinen.

Aber was beweist eigentlich eine historisch beschreibbare und in einigen Fällen auch genau rekonstruierbare Gängelungspolitik bis hin zum Ausschluß aus der Gemeinschaft der Marxisten-Leninisten? Beweist sie, wie der zeitweilige Mitarbeiter der Gauck-Behörde, Guntolf Herzberg, aufgrund seiner Aktenkenntnisse meint, daß für intellektuellen Eigensinn und individuelle Meinungsbildung kein Raum blieb im Staat der Arbeiter und Bauern? Beweist sie, wie der Berliner Philosophieprofessor Volker Gerhardt aufgrund seiner Mitarbeit in Evaluierungskommissionen meint, daß wissenschaftliches Arbeiten unmöglich war unter Philosophen, die fast ausnahmslos auch SED-Mitglieder waren? Oder beweist die Anwendung von Zwang, daß sowohl Eigensinn als auch die Idee wissenschaftlichen Arbeitens immer wieder neu gemäßregelt werden mußten, daß immer wieder neu der Widerstand gegen ein System einliniger Welt- und Menschenerklärung niedergedrückt werden mußte?

In dieser schwierigen Frage darf man nicht nach einfachen Erklärungen suchen; denn dazu ist noch zu wenig bekannt von den Konfliktlagen der Beteiligten. Immerhin scheint nach einigen Publikationen der jüngsten Zeit – und insbesondere nach einer in der *Deutschen Zeitschrift für Philosophie* angefangenen Debatte – der historische Blick so weit geschärft, daß man die Verurteilung der DDR-Philosophen nach moralischen und politischen Kriterien durch eine Beurteilung nach Kriterien der Philosophiegeschichte ergänzen kann.

Man muß vorausschicken, daß es sich beim Abgang der DDR-Philosophen um den politischen Eingriff in ein funktionierendes Räderwerk akademischer Philosophieproduktion handelte: Erst mit dem Ende der DDR wurde es angehalten. Die DDR-Opposition der späten achtziger Jahre formierte sich außerhalb der Universitäten, und die Philosophen galten nicht als bevorzugter Gegenstand ihrer Kritik – obwohl sie nomi-

nell und vielfach auch praktisch zu Auslegern der Parteiweisheit (statt der Weltweisheit) degeneriert waren

Wie überall auf der Welt war die akademische Philosophie auch in der DDR politisch eher bedeutungslos. Man überschätzt den Einfluß von Universitätsphilosophen, wenn man ihnen gesellschaftsstabilisierende oder -destabilisierende Wirkungen zubilligt. Bereits die Gegner der Revolution von 1789 hatten Unrecht, als sie Voltaire und Rousseau inkriminierten und nicht deren Leser. Wirtschaftliche und andere Zwangslagen des täglichen Lebens sind allezeit motivierender für politisches Handeln als komplizierte Denksysteme: Das war 1789 nicht anders als 1989. Eine Annäherung an die DDR-Philosophie sollte daher als erste Maxime beherzigen, daß es sich bei ihr um ein in sich stabiles System handelte, das keineswegs scheiterte und darum aus keinem Scheitern erklärt werden kann

Was ist seit 1989 geschehen? Die DDR-Philosophie ist nicht durch Selbstkritik oder Selbstaflösung verschwunden, sondern durch institutionelle Abwicklung. Der Vorgang nahm nach 1990 zwei bis drei Jahre in Anspruch und führte zur vollständigen Entlassung der rund dreihundert an der Akademie und an den Universitäten beschäftigten Philosophen. Das Berliner Zentralinstitut für Philosophie wurde ganz aufgelöst, an den Universitäten erhielten einige Logiker und ein einziger Philosophieprofessor (Gerd Irrlitz in Berlin) eine ihrer alten Position entsprechende Stelle.

In den sogenannten Mittelbau (Mitarbeiter und Assistenten) wurden in Rostock, Greifswald, Frankfurt/Oder, Magdeburg, Berlin, Cottbus, Erfurt, Jena, Halle, Leipzig, Chemnitz und Dresden eine Reihe von Personen integriert, deren Verträge fast alle Ende 1996 ausgelaufen sind, als das WIP (Wissenschaftler-Integrationsprogramm) endete, das ihnen Qualifizierungsmöglichkeiten für künftige Tätigkeits- respektive Beschäftigungsverhältnisse bot.

Die Gründe der Massenentlassung lagen im Einigungsvertrag, der „Systemnähe“ inkriminierte, im Streben der Finanzminister der Länder, Stellen zu „sparen“, und gelegentlich auch im Nachweis einer Stasi-Mitarbeit. Die Landesminister haben sich von Evaluierungs-, Gründungs- und Berufungskommissionen beraten lassen, in denen westdeutsche Professoren die Mehrheit hatten, daneben noch von Ehren- oder Personalkommissionen, in denen mehrheitlich oder ausschließlich ehemalige DDR-Bürger saßen. Viele haben sich engagiert: Herausgekommen ist die „Rettung“ einiger weniger.

Im Ergebnis war die Arbeit in den Umstrukturierungskommissionen eher Abbauarbeit als Aufbauarbeit; denn die politischen und finanziellen Vorgaben ließen wenig Spielraum. Der Vorgang ist abgeschlossen. Weiterhin offen ist die historische Beurteilung des abgewickelten Betriebs.

Die Philosophie in der DDR als Philosophie anzuerkennen läuft für viele westdeutsche Beobachter darauf hinaus, sie als eine theoretische Variante des Marxismus zu nehmen. Das ist eine gewagte Unterstellung. Denn der Marxismus war in der DDR ein Etikett, das jeglicher philosophischen Tätigkeit angeheftet wurde. Mit der Hochschulreform von 1968 wurden alle philosophischen Institute in „Sektionen für marxistisch-leninistische Philosophie“ umbenannt.

Freilich manifestierte das einen Anspruch – nur muß man diesen nicht mit einer auch außerhalb der DDR Geltung beanspruchenden theoretischen Gestalt verwechseln. Das kann man nur tun, wenn man auf der Ebene der Schriften und der Verlautbarungen bleibt. Das Veröffentlichte aber ist hier nicht identisch mit dem Öffentlichen, wenn man davon in der DDR überhaupt sprechen kann.

Kapferer jedenfalls hat sich mit dieser Oberfläche des Veröffentlichten begnügt, als er auf die Berücksichtigung ungedruckter und unregistrierter Texte verzichtete. So gut wie alle Dissertationen und Habilitationen, aber auch Periodika unterhalb der zensurpflichtigen Auflage von hundert Exemplaren hat er nicht zur Kenntnis genommen. Seine Rekonstruktion der „Kaderphilosophie“ bringt bizarre Gestalten schwankender und von politischer Rücksichtnahme gebeutelter Theorie hervor. Das kann heute nicht mehr genügen, weil man inzwischen viel mehr weiß – und zwar von solchen, die dabei waren. Wolfgang Bialas (Potsdam) hat in seinem jüngst erschienenen Buch „Vom unfreien Schweben zum freien Fall“ schöne Beispiele des „Verschlüsseln“ von Diskursen gegeben, das etwa erlaubte, Sozialismuskritik als Kapitalismuskritik zu tarnen. Hans-Ulrich Wöhler (Dresden) und Klaus-Dieter Eichler (Leipzig) haben in der *Deutschen Zeitschrift für Philosophie* ausgeführt, wie breit der Rahmen rein mündlichen Gedankenaustauschs auf Tagungen, Konferenzen und bei Institutswochen war, und daß es in den achtziger Jahren eine philosophische Subkultur gab, die eigene Zirkel und in Leipzig sogar eine Zeitschrift unterhielt

Aus diesen und anderen Zeugnissen kann man lernen, daß die Philosophie in der DDR im Rahmen einer philosophischen Kultur beschrieben werden muß, die rund um einzelne Denker herum lebendig war. Ebendiese verschwundene Kultur des Philosophierens unter besonderen Bedin-

gungen, auf wie kleiner Flamme auch immer, gilt es anzuerkennen, wenn man sich nicht mit Gespenstern beschäftigen will.

Es fällt nicht schwer zu sehen, daß die DDR-Philosophen neben allem, was man ihnen an Sturheit, Opportunismus und politischer Servilität nachsagen kann, auch eine relativ banale Seite aufwiesen, insofern sie mit Texten und Argumenten umgingen, deren Komplexität eine vollständige Instrumentalisierung im Sinne einer einheitlich entwickelbaren und allgemein teilbaren Überzeugung nicht erlaubte. Die DDR-Philosophie war zunächst und in ihrer Breite eine akademische Zunft, gegenüber dem Rest der Gesellschaft ähnlich abgeschottet wie die westliche Zunft. Innerhalb des Elfenbeinturms freilich überbrückte die Frage nach der Philosophie die spannungsgeladenen Pole individueller Zweifel, klassischer Texte und politischer Loyalität. Von diesen Spannungszuständen weiß man noch wenig Genaues.

Bei der bisher auf Skandale und Gemeinheiten fixierten Geschichtsbewältigung sind die Beteiligten selbst kaum zu Wort gekommen. Ein Klima der pauschalen Denunziation hat sie zurückschrecken lassen, ihre Überlegungen auszusprechen, wie Camilla Warnke (ehemals Akademie Berlin) Ende November bei einer Diskussion des Vereins „Berliner Debatte Initial“ gegenüber Guntolf Herzberg beklagte. Ansätze zu einem Schritt über die Klage hinaus sind allerdings bereits gemacht: von Dieter Wittich (ehemals Leipzig) kürzlich in der Zeitschrift *hochschule ost* ebenso wie von Reinhard Mocek (ehemals Halle, zur Zeit Bielefeld) in Beiträgen zu zwei einschlägigen Sammelbänden, „Innenansichten ostdeutscher Philosophen“ (1995) und „Gestörte Vernunft?“ (1996). Eine gewisse Bereitschaft, das Alltägliche des Lehr- und Forschungsbetriebs und das Gewöhnliche des philosophischen Spagats zwischen fragenden Studenten und antwortenden Parteisekretären anzuerkennen, kündigt sich in diesen und anderen Beiträgen an. Die Philosophiehistorikerin Ursula Goldenbaum (ehemals Berlin, zur Zeit Potsdam) hat in der erwähnten Berliner Diskussionsrunde die Erforschung des Aristotelismus im 17. Jahrhundert als Modell für die historische Bearbeitung der DDR-Philosophie vorgeschlagen: Vordergründig bietet sich ein einheitlicher Schulzusammenhang dar, der aber in Wirklichkeit ein Nest von ideologischen Debatten und theoretischen Auseinandersetzungen ist.

Die Aristoteliker des 17. Jahrhunderts sind tot, aber die deutschen Marxisten-Leninisten des 20. Jahrhunderts leben unter uns. Mit ihrer Hilfe könnte es gelingen, die Mauern aus Text zu durchbrechen, die als Ruinen der DDR-Philosophie in den Bibliotheken stehen. Sie verdecken das Philosophieren jenseits des Schriftlichen und das kritische Denken jen-

seits der institutionalisierten Wissenschaft. Ganz unabhängig davon, welcher philosophisch-theoretische Wert heute den unter DDR-Bedingungen entstandenen Philosophemen und Argumenten beizumessen ist, geht es erst einmal darum, das Feld zu eruieren, auf dem sich die Philosophen bewegen mußten. Die Länder des Ostblocks hatten durchaus verschiedene philosophische Kulturen, und Parteizwang wurde unterschiedlich ausgeübt. Auch wenn die in der Bundesrepublik heute „freischwebenden“ DDR-Philosophen nicht das Format einiger russischer oder ungarischer Denker haben sollten, besteht kein Zwang, sie pauschal mit einem Minderwertigkeitsverdacht zu belegen.

Das komplette Verschwinden der DDR-Philosophie bietet uns Zeitgenossen des späten 20. Jahrhunderts den seltenen Fall einer vor unseren Augen obsolet gewordenen philosophischen Kultur. Manche meinen, mit den Marxisten-Leninisten sei eigentlich nichts weiter als deren Lehre verschwunden, eben der Marxismus in leninistischer Auffassungsweise. So kann man aber nur reden, wenn man die Tätigkeit eines Philosophen ganz allein mit der Verkündung einer Lehre identifiziert.

Daß diese Annahme fehlgeht, läßt sich nicht nur aus der gesamten abendländischen Tradition des Philosophierens ableiten, sondern im speziellen Fall auch aus der Tatsache, daß sich nach 1990 nur wenige ehemalige DDR-Philosophen selbst als Marxisten bezeichnet haben.

Ohne Feigheit und Opportunismus übersehen zu wollen, verrät dieses Verhalten vielleicht doch etwas über die Realität des Philosophierens in der DDR, daß es nämlich sozusagen im Schatten der Ideologie stattfand. Viele waren dem Marxismus-Leninismus ganz offiziell verpflichtet und vielleicht darum nur indirekt verbunden. Wenn man diese Hypothese, diese nachsichtige Unterstellung nicht macht, erfindet man Heerscharen ideologischer Barbaren und wissenschaftlicher Dummköpfe. Man zwingt sich zum Entwurf wenig wahrscheinlicher Ideologiepropheten, die ihre Glaubwürdigkeit niemals riskieren mußten.

Feindbilder sind wie Phantomzeichnungen von Haß oder Furcht verzerrte Repräsentationen, bei denen das Starre und Unbewegliche vorherrscht. Wer das historische Wissen nur dazu nutzt, solche Bilder zu produzieren und die Vergangenheit anzuprangern, der vermehrt die Erkenntnis nicht. Wem es um die Erkenntnis der Wirklichkeit oder Wirksamkeit von Philosophie in der DDR zu tun ist, der sollte nicht nur die Situation der Philosophie in einer politisch geteilten Welt verstehen, sondern auch ihr Arbeiten im Innern und am Rand des Dogmas.

In einem 1994 veröffentlichten Buch von Rainer Land und Ralf Possehl über „Politische Diskurse von Intellektuellen aus der DDR“ heißt

es, daß im Unterschied zum westlichen Deutschland in der DDR „die Bindung der Diskursteilnehmer nicht über die Anerkennung vorausgesetzter Regeln des Diskurses erfolgte, sondern über die Anerkennung des Vorausgesetztseins nicht zur Disposition stehender Diskursinhalte“. Die Situation der philosophischen Rede in einer Welt mit parteilichen Vorgaben muß im historischen Rückblick anerkennen, wer hinter dem Proklamieren Kritik und geistige Lebendigkeit suchen will.

Eine historisch differenzierte Einlassung auf die Philosophie in der DDR ist nicht zuletzt aus Gründen gefordert, die unser aktuelles Verständnis von Philosophie betreffen. Als der zum Tode verurteilte Sokrates seine Freunde mit der Aufforderung entläßt, „den Spuren des jetzt und sonst schon Gesagten nachzugehen im Leben“ (Phaidon 115b), hat er das nicht im Sinne einer Lehre gemeint oder gar einer Mission, wie Jahrhunderte später Jesus. Dessen Befehl „Gehet hin und lehret alle Völker!“ (Matthäus 28,19) steht am Anfang einer Sekte, dann einer Kirche.

Philosophen haben es nie soweit gebracht, auch nicht als Marxisten-Leninisten. Anders gesagt: Philosophie ist nicht dort anzutreffen, wo etwas verkündet wird, sondern dort, wo begründet, kritisiert, problematisiert wird. Das auch rückblickend für die DDR anzuerkennen ist eine methodologische Forderung, die zugleich eine Herausforderung für unseren Begriff von Philosophie darstellt.

Dieser Begriff artikuliert traditionell hauptsächlich die Ansprüche der Philosophie, ausgedrückt in klassischen Formulierungen wie etwa Hegels Diktum, Philosophie sei „ihre Zeit in den Gedanken erfaßt“ oder Wittgensteins These, sie sei „Klärung unserer Gedanken“. Philosophen und Liebhaber der Philosophie tendieren dazu, die Wirkungsmöglichkeiten von Philosophie aus Axiomen oder Zielvorgaben des Denkens zu deduzieren und sich nicht um Analysen der Tätigkeit von Philosophen zu bemühen, obwohl diese als Universitätslehrer, als Wissenschaftler und als Interpreten eines abendländischen Bildungsbestandes durchaus beschreibbare Funktionen besitzen.

Die Philosophie in der alten und neuen Bundesrepublik ist zunächst und vor allem Universitätsphilosophie. Daß sie mit der Arbeit des Unterrichtens kaum in Verbindung gebracht wird, zeugt von einem Willen zur Theorie, der noch das beherrschende Gespräch mit den Studenten in Seminar und Vorlesung vor allem als Übung ansieht, hinter die Sache zurückzutreten. Die Texte der Tradition sollen auch bei der Problemstellung das Maß abgeben. So wird das Selbstbewußtsein der Beteiligten umgelenkt von den Fragen des Lebens „draußen“ zu den Fragen der kanonisierten philosophischen Positionen.

Diese Kluft zwischen einer funktionierenden Gelehrsamkeit und gesellschaftlicher Aktualität scheint philosophisch kaum noch ausdrückbar zu sein. Gegen die Mauern aus wissenschaftlichem Text kann die Reflexion der Bedingungen des Denkens offenbar nur als Mahnung an das eigene Selbstbewußtsein ausgesprochen werden, nicht als offene Wahrheit über die Bedingungen der Arbeit des Denkens an sich selbst. Es sieht so aus, als ob die Philosophen sich schämten, Lehrer zu sein, wenn man sieht, mit welchem Nachdruck sie ihre historische Rolle nicht in der universitären Arbeit sehen. So liegt die Vermutung nahe, daß man aus der Perspektive der Universitätsphilosophie West die Universitätsphilosophie Ost auch deshalb nicht verstehen will oder kann, weil der abgeschaffte Betrieb den eigenen Verhältnissen zu sehr ähnelt.

Im Zeichen des Zirkels

Ein Streit um das philosophische Erbe der DDR*

Mark Siemons

Berlin

Mit der Überführung der DDR-Philosophie in bundesrepublikanische Verhältnisse verhielt es sich nicht viel anders als mit jener von Verwaltung, Polizei, Militär und anderen bürokratischen Einrichtungen.

Sie ging zügig, leise und im ganzen verblüffend reibungslos vonstatten. Aufgelöst wurden das Berliner Zentralinstitut für Philosophie und sämtliche Sektionen für Marxismus-Leninismus an den Universitäten. Die philosophischen Institute wurden institutionell und personell auf eine neue Grundlage gestellt: im Anfang noch durch Gremien, die die Universitäten selbst eingesetzt hatten, später, nach der Verabschiedung des Vereinigungsvertrags und neuer Hochschulgesetze, durch Berufungs- und Strukturkommissionen der Länder. Es handelte sich also gewissermaßen um ganz normale Berufungsverfahren – mit der Besonderheit, daß nicht nur Angehörige der jeweiligen Universität die entscheidenden Gremien bildeten, sondern auch eigens dazu bestellte Professoren aus dem Westen. Und daß diese die Leistung von östlichen Kollegen zu „evaluieren“ hatten, die sich einer Überprüfung stellen wollten. Mehrere behielten ihre Stelle, einer, Gerd Irrlitz von der Humboldt-Universität, auf einem C4-Lehrstuhl.

Es ist die Eigenart administrativer Vorgänge, daß sie keine Fragen offenlassen: Das Zweifelhafte wird ja gerade wieder in eine vertraute Vorstellung von Normalität eingefügt. Der damalige Geschäftsführer der „Allgemeinen Gesellschaft für Philosophie in Deutschland“, Werner Becker, bemerkte 1991: „Allein wegen des unverzeihlichen Verrats an den Grundwerten europäischer Geistesfreiheit – also aus Gründen politischer Moral – verdient die DDR-Philosophie als ganze die 'Abwicklung', und nicht weil sie in der Theorie Marxismus war.“

Wie bei allen anderen ost-westlichen Verwaltungsvorgängen der vergangenen sieben Jahre gab es freilich auch das übliche Hintergrundrauschen

* Erstveröffentlichung: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 10.2.1997.

aus Irritation, Trotz und apathischem Sarkasmus – das also, was der Westen für gewöhnlich unter Ostalgie, Wehleidigkeit oder ideologischer Verbohrtheit verbucht, was wiederum der Osten für indolente Ignoranz zu halten pflegt. Diese Begleiterscheinungen des „Einigungsprozesses“, auch „Mauer in den Köpfen“ genannt, treten mit solcher Regelmäßigkeit auf, daß man sie allgemein für ebenso unvermeidlich wie geheimnisvoll hält. Die „Abwicklung“ selbst vermag das Phänomen kaum zu erklären; sie betrifft nur dessen äußeren, institutionellen Ring, bei dem man Ungerechtigkeiten im Einzelfall, zu große Härte oder Milde, beklagen kann. Die Frage dahinter aber ist, ob bei der routinierten Prozedur vielleicht ein philosophisches Problem übersehen wurde.

Ein West-Berliner Philosophie-Dozent, Ulrich Johannes Schneider, der heute in Leipzig lehrt, hat vergangenes Jahr in der ehemals Ost-Berliner *Deutschen Zeitschrift für Philosophie* einen Streit vom Zaun gebrochen, der bis heute anhält. Schneider hatte behauptet, die West-Philosophen, die an den Universitäten des Ostens nunmehr die Lehrstühle einnehmen, seien nicht willens, ja noch nicht einmal in der Lage, sich auf die andere philosophische Kultur einzulassen, da diese ja außerhalb der ihrer Karriere dienlichen Professionalitätskriterien liege. In Ost wie West konstatierte er eine ähnliche Beamtenmentalität, eine ähnliche Unfähigkeit zur Selbstreflexion und zur Überschreitung der eigenen Wahrnehmungsmuster; deshalb habe den Vorgang der Abschaffung der kommunistischen Philosophie nichts als Schweigen umgeben.

Die ersten Erwidierungen waren knapp und unversöhnlich. In der Tat sei die Auseinandersetzung mit der DDR-Philosophie nur sporadisch gewesen, schreibt der Westdeutsche Klaus M. Kodalle, heute Jena – aber aus keinem anderen Grund als „weil das Phänomen so ermüdend langweilig ist und man ja niemanden zum Masochismus zwingen kann“. Ernsthaft arbeitende Philosophen solle man nicht auf dieses „Nebengleis der Wissenschaftsgeschichte“ ablenken. Noch brüsker reagierte der Ost-Berliner Guntolf Herzberg, der sich in der Gauck-Behörde mit den Stasi-Verstrickungen der DDR-Philosophen befaßt hatte. Der Marxismus-Leninismus habe keinerlei intellektuelle Freiheit gelassen: Wenn etwas bei seiner Abwicklung unbefriedigend gewesen sei, dann die Rehabilitierung seiner Opfer. Drei Philosophen aus dem Osten dagegen begrüßten es, daß „das Schweigen“ endlich beendet werde. Der historische Torso DDR-Philosophie dürfe nicht länger nur als „kaderphilosophischer Turmbau zu Babel oder ideologischer Sündenpfuhl“, sondern müsse als „Bestandteil der europäischen Geisteskultur diese Jahrhunderts“ verstanden werden.

Wie kommen so unterschiedliche Wertungen zustande? Keiner der Disputanten widersprach dem Befund, daß der Regelungswille der Sozialistischen Einheitspartei bei der Philosophie seine intensivste und dauerhafteste Form annahm. Wo anderen Sphären der Gesellschaft seit den siebziger Jahren zumindest scheinbare Freiräume zugestanden wurden, blieb die Philosophie im engeren Sinn als Leitwissenschaft bis zuletzt unter dem aufmerksamen Blick des schier allgewaltigen Akademiepräsidenten Manfred Buhr. Daher ist die Ausbeute an philosophischen Früchten, die die Evaluierer vorfanden, so trostlos, daß Volker Gerhardt, der in mehreren Gründungskommissionen tätig war, befand: „Die offizielle DDR-Philosophie, die den hochgerüsteten Illusionismus gestützt hatte, war nach dem Zusammenbruch nicht mehr wert als das Fahnenschwenken vor den Tribünen der Machthaber.“ An der Humboldt-Universität veranstaltete Gerhardt im letzten Semester schon die zweite Ringvorlesung, die sich aus verschiedenen Perspektiven mit den Texten, der „Asche des Marxismus“ befaßte.

Nun legen manche Philosophen aus dem Osten aber nach der Wende den Akzent nicht auf die Schriften, sondern auf deren sozialpsychologische Voraussetzung. Gerd Irrlitz schrieb schon in seinem Aufsatz „Ankunft der Utopie“ von 1990 vom „Gemeinschaftsbewußtsein einer vorwissenschaftlichen Kultur, das über die Apotheose des Textes, eines absoluten Textes, in die Wissenschaften hineinragt“. Dieses von der Partei erzeugte und kontrollierte „System von Mystifikationen“ sollte den abstrakten Vorgang der Vergesellschaftung für den einzelnen erlebbar machen. Es gewährleistete, daß der Philosoph nicht seine Verbindung zu den revolutionären Massen verlor und mithin zu seiner historischen Mission, sich selber aufzulösen. Daher sei das Elend der Theorie im realen Sozialismus kein unglücklicher Betriebsunfall, sondern die Erfüllung einer originär Marxschen Verheißung: der Aufhebung der Philosophie durch ihre Verwirklichung.

Diese Art Gemeinschaftsbewußtsein hielt offenbar auch noch jene umfassen, die sich als Dissidenten bezeichnen. Während sich westliche Philosophie innerhalb einer „scientific community“ vollzieht, so schrieb der Leipziger Klaus-Dieter Eichler in der Debatte, tat es die östliche in einer Art „lebensweltlicher Praxis“. Mit der Macht, von der sie sich absetzen wollte, sei diese Intelligenz durch den Traum verbunden gewesen, praktisch zu werden. Die Dissidenten hätten sich, schrieb Wolfgang Bialas, der gesellschaftlichen Funktionalisierung der Philosophie keineswegs verweigert, vielmehr „als intellektuelle Avantgarde einer künftigen gesellschaftlichen Umwälzung“ wirken wollen. Sowohl bei den ortho-

zen wie bei den häretischen Denkern bildete sich, laut Irrlitz, die Gemeinschaft um heilige Texte herum, die in immer neuen Anläufen hin und her gewendet wurden. Es waren vor allem die Marxschen Frühschriften, die in der DDR lange nicht erscheinen konnten, Georg Lukács und Ernst Bloch, an denen sich die Andersdenkenden, allen voran der 1987 verstorbene Wolfgang Heise, orientierten. Gerade weil die herrschende offizielle Kultur eine inflationäre Fülle von Worthülsen ausstieß, wurde das Verhältnis der Andersdenkenden zum Text zunehmend skrupulös.

Der lebensweltliche Rahmen, auch in negativer Abgrenzung noch durch die Partei der Arbeiterklasse zusammengehalten, verband sich mit langen historischen Linien: vor allem mit der Oktoberrevolution und mit der verpaßten Chance einer deutschen Revolution 1918 und, dahinter zurückgehend, mit den Scheidungen des deutschen Idealismus zwischen Schelling und der Hegelianischen Linken. Hinzu komme, schrieb Eichler, daß bei denen, die ihr persönliches Leben lebensweltlich so eng mit dem Schicksal der Gesellschaft verbunden haben, die Frage nach der Gesellschaft mit der nach der eigenen Existenz zusammenfällt in der alles entscheidenden Frage: Wie ist authentisches Leben möglich? Die Verlogenheit der offiziellen Definitionen von Authentizität brachten als ihren eigenen Widerspruch ein besonderes Verlangen nach Aufrichtigkeit hervor.

So neigen Philosophen im Osten heute dazu, ihre eigene Herangehensweise nicht nur als gesellschaftlich bedeutsamer, sondern auch als existentieller anzusehen als die westliche. Schon nach dem Krieg, so hatte Czeslow Milosz in seinem Bericht „Verführtes Denken“ bemerkt, sei die westliche Philosophie, die sich so viel auf ihre Freiheit zugute hält, den kommunistischen Intellektuellen wie ein müßiges Glasperlenspiel vorgekommen, das sich den Abgründen der Gegenwart nicht wirklich stellt. So scheint in verwandelter Form ein altes Muster des Marxismus-Leninismus wiederzukehren: der Vorwurf des „Objektivismus“ als der Ideologie der bürgerlichen Gesellschaft, die sich ihre Widersprüche nicht eingestehen will.

Eine Philosophie, die vor allem in „mündlichen Diskussionen in kleinen Zirkeln“ stattgefunden haben soll, läßt sich im nachhinein schwer rekonstruieren. Doch auch das Wahrnehmungsmuster, das DDR-Philosophen heute von sich vermitteln, ist wieder eine Wirklichkeit, die vielleicht Entwicklungen auf anderen Feldern erklären hilft. Entgegen aller Erwartung ist der rätselhafte Ost-Blick auf die Verhältnisse nicht nur nicht verschwunden, er gewinnt vielmehr noch an Selbstbewußtsein. Freilich könnte dessen Archäologie in einen historischen Strudel hinein-

führen, von dem der bundesrepublikanische Mainstream meinte, er habe ihn längst in ruhigere, flache Gewässer geleitet. Es ist zweifelhaft, ob der Westen das will und es nicht lieber bei seinem Bild vom seltsamen Osten beläßt. Die philosophisch interessanteste Frage wäre jedenfalls, worin die Differenz von östlicher und westlicher Wahrnehmung überhaupt besteht. Die Frage ist, was eigentlich die Frage war.

Leserbrief zum voranstehenden Artikel: Manfred Buhr zum Apparatschik gestempelt*

Das Feuilleton der F.A.Z. vom 10. Februar brachte unter dem Titel „Im Zeichen des Zirkels“ einen Artikel über einen vermeintlichen „Streit um das philosophische Erbe der DDR“. Nun geht es heute weniger um das geistige Erbe der DDR, sondern um das Europas. Und hier hätte die Tradition der großen deutschen Philosophie schon ein Wörtchen mitzureden. Natürlich mag, wer im Westen saß, „den Verrat an den Grundwerten europäischer Geistesfreiheit“ im Osten als „unverzeihlich“ beklagen. Hinter der moralischen Attitüde aber verbirgt sich nur mühsam die erbärmliche Provinzialität, dann nämlich, wenn man die Anstrengung des Spagats, die freiheitliche Charaktere in Diktaturen auf sich nehmen müssen, übersieht.

Für Deutschland geht es in der Philosophie immer noch um das Erbe und die weithin unbekanntenen Resultate der drei großen nachkantischen Philosophen Fichte, Schelling und Hegel und darum, welche Chancen diese Resultate für Europa und die moderne Welt wohl hätten. Hier fällt es nun auf, warum die F.A.Z. es zuläßt, daß einer der großen Förderer und Helfer der wissenschaftlichen Gesamtausgaben von Leibniz, Fichte, Schelling und Hegel – letztere auch in der gegenwärtig laufenden chinesischen Übersetzung – in ungerechtfertigter Weise verdächtigt und geschmäht wird. Die Rede ist von Manfred Buhr.

Erstens war Buhr niemals „Akademiedirektor“ in der DDR; zweitens war er, wie jedermann, nie „allmächtig“; drittens hat er als Direktor des Berliner Zentralinstituts für Philosophie keine „trostlose Ausbeute an philosophischen Früchten“ zu verantworten. Das genannte Institut hatte beispielsweise eine Abteilung für Naturphilosophie, eine Disziplin, die es in

* Erstveröffentlichung: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 3.3.1997.

Unkenntnis ihrer Notwendigkeit im Westen nicht gibt, an welcher mitzuarbeiten ein Werner Heisenberg sich nicht scheute.

Man mag Buhrs „Philosophisches Wörterbuch“ kritisieren, indem man dort einige Anpassungen an das System der DDR, welches immer auch im Gegensatz von Partei- und Staatsideologie lebte, findet. Aber anpassen muß sich schließlich jeder erwachsene Mensch, sofern er die Wirkung seines Gewissens nicht blockieren will.

In dem Artikel der F.A.Z. wird Manfred Buhr zu einem Apparatschik, der jeden Hauch von Freiheit unterdrückte und das mißverständliche Wort Marxens von der „Aufhebung der Philosophie“ in primitive Arbeitspraxis zu vollstrecken suchte. Die Wirklichkeit in Deutschland, Österreich, den Niederlanden, Frankreich, Italien, Israel, Spanien, Portugal und in vielen anderen Ländern sieht anders aus. Am 14. Februar dieses Jahres wurde Manfred Buhr in der Universität Salzburg in Gegenwart des Rektors anlässlich seines siebzigsten Geburtstags am 22. Februar mit einer Festschrift geehrt, in der über zweihundert Persönlichkeiten aus über zwanzig Ländern in Europa und Asien ihre Freundschaft, Dankbarkeit und Verehrung zum Ausdruck bringen („Philosophie im Zeichen der Vernunft“, Festgabe für Manfred Buhr, herausgegeben von Gerhard Oberkofler, Studienverlag, Innsbruck/Wien 1996).

Shlomo Avineri, Jerusalem, schreibt: Buhr „war für mich ein Modell dafür, wie intellektuelle Beziehungen und wissenschaftlicher Austausch über philosophische und ideologische Teilungen hinweg aussehen sollten: fair, ehrlich, offen und bemüht“. Einen solchen Mann, der in gewisser Weise die theoretischen Gaben Wilhelm von Humboldts mit den praktischen und organisatorischen seines Bruders Alexander in sich vereint, sollte Deutschland als einen Zeugen Europas nutzen und nicht relegieren.

**Professor Dr. phil. habil. Joachim Christian Horn,
Pentling-Großberg**

Der Geist schwelgt im Futur

Kulturschranke: Von den Intellektuellen und der DDR-Philosophie*

Volker Gerhardt

Berlin

Dem Intellektuellen fällt immer etwas ein. Vielleicht läßt er sich dadurch sogar definieren: Als Akrobat der Sprache hat er jederzeit eine Antwort parat und kann auch noch die besten Gründe liefern. Hannah

Arendt hat sich 1933 über die Findigkeit ihrer intellektuellen Universitätskollegen gewundert, die vor der Machtergreifung für Hitler nur Spott übrig hatten, danach aber sofort mit guten Gründen Verständnis für ihn aufbrachten. Sie konnten sogar ihren jüdischen Kollegen erklären, warum deren Vertreibung unvermeidlich ist.

Diese Beweglichkeit haben sich die Intellektuellen bis heute erhalten. Mit guten historischen, politischen, ökonomischen Gründen sehen sie in ihrer eigenen Findigkeit den Garanten für Pluralität, Individualität und Innovation. Dagegen ist nichts einzuwenden. Sie dürfen mit Worten jonglieren, sie müssen beim Begreifen gelenkig bleiben. Nur dürfen sie nicht vergessen, daß ihre Produktivität auf mindestens einer Bedingung beruht, die selbst keine Beweglichkeit verträgt. Wer sich fragt, wovon die Rede ist, der kann sich durch Aufstieg und Fall des Marxismus belehren lassen. Hier hat ein hochbegabter Intellektueller eine Geschichte inauguriert, die am Ende dem Geist nur noch im Widerstand eine Chance ließ. Angesichts des Elends der arbeitenden Klasse glaubte Marx, die Voraussetzung intellektueller Produktivität, nämlich die individuelle Freiheit, vernachlässigen zu können. Bei seinen gewaltbereiten Nachfolgern ging sie dann ganz verloren – und mit ihr das Recht und die Demokratie, ohne die individuelle Freiheit politisch nicht zu sichern sind. Doch es ist offenkundig, daß sich die Intellektuellen heute diese Belehrung vom Leibe halten. Seitdem das kommunistische Großexperiment gescheitert ist, finden sie keinen Gefallen mehr daran. Verletzt es die Eitelkeit der Intelligenz, daß der Geist durch eine Idee zerstört worden ist? Sind denen, die so sehr auf

* Erstveröffentlichung: *Der Tagesspiegel*, 22.2.1997.

Wahrheitsansprüche pochen, die eigenen Irrtümer peinlich? Sollten die sonst so Unermüdlichen müde werden, wenn es darum geht, ein Kapitel ihrer ureigenen Geschichte aufzuarbeiten? Gerade wenn man in jungen Jahren selbst mit ihnen sympathisierte, ist deprimierend zu sehen, wie wenig sich ausgerechnet die Wortführer der marxistischen Idee für deren Scheitern interessieren. Jürgen Habermas hat dafür stets nur Nebensätze übrig, um im nachfolgenden Hauptsatz der marxistischen Ökonomie eine große Zukunft auf den globalisierten Märkten der Weltgesellschaft zu prognostizieren. Der Geist schwelgt weiter im Futur; aber für das Nächstliegende hat er wenig Sinn.

Was aber könnte er nicht alles aus der marxistischen Selbstdemontage des Geistes lernen, die sich vor unseren Augen vollzog! Ist das Ereignis von 1989, dessen Zeugen wir sein durften, nicht ebenso bedeutend wie das von 1789. Immanuel Kant hat noch 1798 gehofft, daß der Enthusiasmus der Französischen Revolution in der Geschichte der Menschheit niemals vergessen werde. Erst seit 1989 könnten wir wieder hoffen, daß Kants Hoffnung nicht widerlegt ist. Doch statt zu fragen, was uns das weltgeschichtliche Ereignis bedeutet, üben ausgerechnet die Philosophen ihre Beweglichkeit in Ausweichmanövern. Das jüngste Beispiel dafür ist die von ehemaligen DDR-Philosophen inspirierte Debatte über das Unrecht, das die Vereinigung über die im Verborgenen blühende SED-Philosophie gebracht hat.

Mit falschen Zahlen und absurden Beschuldigungen wird gegen den Wiederaufbau der Philosophie an den Universitäten Ostdeutschlands polemisiert. Da wird behauptet, nur ein einziger Philosoph aus dem Osten habe seine Professur behalten, obgleich es allein an der Humboldt-Universität mindestens sechs gewesen sind.

Da wird unterstellt, die Berufungen von Kollegen aus dem Westen seien „geheim“ oder „anonym“ erfolgt. Da wird verschwiegen, daß es zahlreiche Projekte gab und gibt, die qualifizierten Kräften die fachliche Weiterarbeit ermöglichen. Unerwähnt bleibt, wie vielen Nachwuchswissenschaftlern Chancen gegeben wurden. Von dem skandalösen Anteil, den die Philosophie in Ost und West am Debakel des Marxismus hat, ist in den wortreichen Klagen nichts zu vernehmen. Der Wortführer der Ostalgiker erklärt rundheraus, dafür interessiere er sich nicht! Er sei bloß der Anwalt der Entrechteten, die angeblich schon vor 1989 mißverstanden, somit jetzt zum zweiten Male Opfer wurden.

Wir wissen, daß es solche tragischen Fälle gibt. Sie sind namentlich bekannt. Daß nun aber das Gros der Erzieher zum wissenschaftlichen Kommunismus eigenständige Denker gewesen sein sollen, ist eine echte

Überraschung. Der Intellektuelle ist um die Erklärung nicht verlegen: Es habe, so heißt es, in der DDR eine eigene „philosophische Kultur“ gegeben, über die niemand von außen urteilen könne. Da bleibt dem Geist die Spucke weg. Selbst die Insider der SED-Philosophie können über soviel Einfallsreichtum nur staunen. Und von außen fragt man, was sich die Marxisten nicht alles hätten ersparen können, wenn sie von diesem Geistesblitz schon vorher geblendet worden wären: Sie hätten erst gar nicht gegen die fremde Kultur des Kapitalismus antreten müssen, hätten sich den Fehler der Anerkennung der Menschenrechte erspart, lebten vielleicht heute noch in der eigenen Kultur – ungestört hinter der Mauer.

So lassen flinke Geister die Mauer neu erstehen und machen eine Kulturschranke mit perfekter Sicherung daraus. Die intellektuelle Mauer benötigt weder Stacheldraht noch Schießbefehl, denn sie kann aus logischen Gründen nicht überwunden werden: Entweder man gehört auf die eine oder auf die andere Seite. Etwas Drittes gibt es nicht. Nur gut, daß der Geist sich immer auch seinen Teil denken kann. Und zum Denken gehört: daß er nicht nur Unterschiede machen, sondern sogar Gegensätze verbinden kann.

Formaldehyd für die elfte Feuerbachthese

Denken im Staatsdienst: Streit um den Marxismus und die Abwicklung der DDR-Philosophie*

Andreas Krause

Berlin

Der tote Mao wurde einst, wie sein Leibarzt berichtet hat, so lange mit Formaldehyd vollgepumpt, bis ihm der Konservierungsstoff aus den Poren trat. Der elften Marxschen Feuerbachthese über die Weltveränderungsaufgabe der Philosophie, wie sie das Foyer der Humboldt-Universität schmückt, geht es nicht besser. Die wohlverdiente Ruhe wird ihr einstweilen verwehrt, und wenn schon die Zukunftshoffnungen begraben werden müssen, bleibt immer noch die Chance, mit ihr die Vergangenheit zu kritisieren.

In diesem Sinne setzte sich vor über einem Jahr der Leipziger Philosoph Ulrich Johannes Schneider in der *Deutschen Zeitschrift für Philosophie* mit der akademischen Wiedervereinigung des Fachs Philosophie auseinander. Er beklagte, daß die Universitätsphilosophie im Zuge der institutionellen Umstrukturierungen keine Praxisrelevanz gewonnen habe und löste damit eine noch immer anhaltende Diskussion aus.

In diesem Sinne setzte sich vor über einem Jahr der Leipziger Philosoph Ulrich Johannes Schneider in der *Deutschen Zeitschrift für Philosophie* mit der akademischen Wiedervereinigung des Fachs Philosophie auseinander. Er beklagte, daß die Universitätsphilosophie im Zuge der institutionellen Umstrukturierungen keine Praxisrelevanz gewonnen habe und löste damit eine noch immer anhaltende Diskussion aus.

Schneider, der aus der alten Bundesrepublik nach Leipzig kam, vermißt eine umfassende öffentliche Diskussion über die Arbeit der Evaluierungskommissionen, über die Bedeutung des Marxismus und über die gesellschaftlichen und politischen Aufgaben der Philosophie. Gegenbeispielen und Berichtigungen beugte Schneider mit dem Argument vor, Ausnahmen bestätigten die Regel. Glaubt man seinen Klagen über die „Ersetzung einer philosophischen Kultur durch eine andere“, dann hat es für die Entlassung ostdeutscher Universitätslehrer im Fach Philosophie keinerlei fachliche Gründe gegeben. Daß es jenen Professoren, die sich oft nur in Parteiideologie auskannten, an der nötigen Breite für die Universitätslehre gefehlt hat, kommt bei ihm nicht in Betracht.

Wolfgang Bialas (Potsdam) betont in seiner differenzierten Antwort auf Schneider die Schwierigkeiten, die die Evaluierungskommissionen

* Erstveröffentlichung: *Berliner Zeitung*, 18.4.1997.

bewältigen mußten: „Es ist doch wohl die Qualität der Haltungen und Ideen, es ist der Modus ihrer Verbindung mit den Personen, der darüber entscheidet, ob hier Verluste zu bedauern oder Befreiung zu begrüßen ist.“ Und er merkt an, daß man doch wohl erst dann offen über eine gesellschaftliche Funktion der Philosophie diskutieren kann, wenn sie sich als politisch unabhängige Wissenschaft etabliert hat, was in der DDR gewiß nicht der Fall war.

Nach Schneider aber war die notwendige Umstrukturierung einer auf Marxismus-Leninismus überspezialisierten Lehre lediglich ein „politischer“ Eingriff in ein „funktionierendes“, keineswegs gescheitertes, sondern abgewickelteres „Räderwerk akademischer Philosophieproduktion“, wie er im Januar wiederholte.

Trotzdem habe sich insgesamt nichts geändert: „Philosophen“, so Schneider, „waren Staatsdiener hüben wie drüben und sind es noch heute: Ganz wie Soldaten oder Polizisten bequemen sie sich Regeln oder Gesetzen, das Befolgen und Gehorchen gelingt ihnen ganz von allein“. So komme es, „daß man aus der Perspektive der Universitätsphilosophie West die Universitätsphilosophie Ost auch deshalb nicht verstehen kann oder will, weil der abgeschaffte Betrieb den eigenen Verhältnissen zu sehr ähnelt.“

Unterstützung findet Schneider bei dem in Erfurt lehrenden Wilhelm Schmid, als Foucault-Adept ein in der Wolle gefärbter West-Denker, der im melancholischen Konjunktiv schreibt, eine „gemeinsame Sprache der Denkkulturen“ von Ost und West „wäre nach 1989 die Aufgabe gewesen“. Volker Gerhardt dagegen, der aus Köln an die Berliner Humboldt-Universität gekommen ist, beurteilt die Zukunft der deutschen Philosophen-Einheit sehr viel optimistischer. Sie nimmt nach seiner Erfahrung in der jetzigen Studentengeneration bereits Gestalt an.

Schmid und Schneider wollen nicht unterscheiden zwischen Leben und Lehre, zwischen philosophischen Inhalten und institutioneller Arbeit. Kein Wunder, daß die historischen Verluste ohne die Gewinne rechnet, wer so viel auf einmal will. Letztlich läuft Schneider als selbsternannter Anwalt der ehemaligen DDR auch noch einem alten Argwohn der östlichen, sich als existentieller begreifenden Theoriebildung in die Arme: daß das intellektuelle Leben des Westens nicht viel mehr sei als ein müßiges luxuriöses Glasperlenspiel.

Klaus M. Kodalle (Jena) erkennt hinter Schneiders Klagen die „Bitternis jener Enttäuschten, die sich mit der Pluralisierung der Philosophie nicht abzufinden vermögen, und den Traum von der Stimme der Philosophie in der Öffentlichkeit nach wie vor träumen, als sei der platonischen

sche oder rousseauistische Wahn einer Präzeptorenrolle für Philosophen/Intellektuelle/Dichter nicht glücklicherweise längst verdampft“.

Volker Gerhardt geht das Thema pragmatisch an. Nach ihm, der in mehreren Evaluierungskommissionen tätig war, haben viele Universitätslehrer aus den alten Ländern in Gutachterprozessen versucht zu retten, was zu retten war. Die Universitäten wiederum sind mit ihren Bemühungen, möglichst viele Professoren zu übernehmen, in vielen Fällen an politischen Entscheidungen immerhin demokratisch gewählter Länderregierungen gescheitert. Insgesamt, so Gerhardt, ging man ursprünglich davon aus, daß die gesamte Neuordnung sehr viel länger dauern würde. Verglichen damit habe man überraschend schnell einen arbeitsfähigen Zustand erreicht.

Als gelte es, einen toten Hund zu treten, verbindet Gerhardt seine Kritik an Schneider allerdings immer wieder mit erledigenden Rundumschlägen gegen den Marxismus. Seine Ausführungen lassen dann die historische Binnenperspektive vermissen, einen Sensus für die geistige und materielle Notwendigkeit (oder Versuchung), sich in der ehemaligen DDR intellektuell und beruflich einzurichten. Ähnlich vernachlässigt Schneider die veränderten kollektiven Wertvorstellungen, wie sie im Untergang der DDR deutlich wurden.

Es bleibt die Frage, warum die Debatte um Schneiders Kritik so große Beachtung findet, auch in den Feuilletons, einzelne Beiträge nun sogar in Japan nachgedruckt werden sollen. Die Universitätslehrer müßten bei immer größeren Finanzproblemen einerseits und prestigeträchtigen Drittmittelunternehmungen wie dem Potsdamer Einstein-Forum andererseits ernstere Sorgen haben als die inzwischen abgeschlossene Arbeit der Evaluierungskommissionen.

Mit dem Prozedere der Wiedervereinigung steht die Einheit selbst zur Debatte und mit der Kritik an der Entmachtung des Marxismus-Leninismus sein zukünftiges Schicksal. Die mit ihm verbundenen Heilshoffnungen mobilisieren noch immer die Emotionen. So auch die in doppelter Hinsicht tragisch zu nennende Abwicklung der DDR-Philosophie. Einmal, was das Schicksal des Marxismus angeht, der einst angetreten war, die Philosophie insgesamt zu überbieten. Als er sein Ziel erreicht hatte, war der Marxismus als Philosophie nicht mehr überlebensfähig. Zum anderen, weil die Umstrukturierung der Universitätslehre nicht völlig losgelöst von den übrigen gesellschaftlichen Veränderungen gesehen werden kann, die die Bürger der DDR selbst gewollt haben. Viele Veränderungen in den neuen Ländern sind den meisten Menschen selbst ein dringendes Bedürfnis gewesen. Heftiger Widerstand gegen die Übernah-

me ehemaliger DDR-Philosophen kam gerade von denen, die einst schlechte Erfahrungen mit ihnen gemacht hatten und trotzdem jetzt oft das Gefühl haben, ihre Identität zu verlieren.

Was den Marxismus betrifft, ist ihm die „prekäre Allianz von Macht und Geist“ (Peter Furth) weniger zum Verhängnis geworden, als man meinen könnte. Zwar ist er seiner politischen Wirkungsmacht entledigt und konkurriert nun mit anderen geistigen Entwürfen. Er wird aber weiterhin rezipiert und unterrichtet. Wenn nun die Philosophie wieder politisiert werden würde, wären philosophische Forschung und Lehre den Wechselfällen der Politik schutzlos ausgesetzt. Angesichts der Überlebenskämpfe der Universitätsphilosophie, die ja nicht nur die praktische Philosophie zu versorgen hat, wäre das gefährlich.

Wenn Philosophen sich streiten

Gab es in der DDR nur eine staatlich verordnete Philosophie oder auch philosophisches Denken?*

Kerstin Decker

Berlin

Vor etwa einem Jahr ließ der Philosoph Ulrich Johannes Schneider die neue, nun gesamtdeutsche Universitätsphilosophie in den Spiegel blicken. Und wie Oscar Wildes Riese Caliban wurde die Philosophie sehr

wütend, aus denselben zwei Gründen: Weil sie sich selbst im Spiegel erblickte und weil sie sich nicht darin erblickte. Ursprünglich für eine weltweite UNESCO-Studie über Formen des Philosophiestudiums gedacht, analysierte Schneider die Abwicklung und die allgemeine Neubesetzung philosophischer Lehrstühle in Ostdeutschland. Die *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* hat das dann gedruckt (1/1996).

Schneider, der einige Jahre in Amerika und Frankreich arbeitete, war aufrichtig erstaunt, wie schnell und beinahe schweigend im Osten "Philosophie durch Philosophie ersetzt" wurde. Wenn man gerade aus Ländern kommt, wo Philosophen nicht von Landesregierungen ernannt werden, ist dieser Eindruck vielleicht unvermeidlich. So erschienen ihm die Abwicklung der ostdeutschen Institute sowie die Massenentlassung von ca. 300 Universitäts- und Akademieangehörigen als "Zerstörung einer philosophischen Kultur durch eine andere". An der Situation der akademischen Philosophie aber habe sich im Grunde nichts geändert. Das klang verwegen. Sah Schneider denn nicht, daß die institutionalisierte Philosophie der DDR ungefähr dasselbe war wie die Glaubenskongregation des Vatikans? Sie wachte über die Rechtmäßigkeit des Bekenntnisses und im übrigen legte sie heilige Texte aus – die von Marx, Engels und Lenin. Aber wie unter jeder Ideologie folgte das Denken auch hier der Dialektik von Orthodoxie und Häresie. Und es gab wunderbare Häretiker selbst an den philosophischen Sektionen der Universitäten. Die Abwickler und Evaluierer haben sich Mühe gegeben, sie zu entdecken. Aber schwer muß es gewesen sein. Es gab einfach keinen formalen Rahmen

* Erstveröffentlichung (einschließlich des nachfolgenden Interviews mit U. J. Schneider): *Der Tagesspiegel*, 12.8.1997.

(und welchen sonst soll man anlegen in Großverfahren wie einer Evaluierung?), in den eine Ost-Biographie ohne weiteres paßte. Immerhin, Gerd Irrlitz aus Berlin bekam sogar eine C4-Professur. Und für alle war eben nicht mehr genug Platz, da wurde auch schon mal aus “Mangel an Bedarf” gekündigt. Eigentlich ein tief ironischer Grund, Philosophen zu kündigen.

Den größten Teil der philosophischen Lehrstühle aber besetzten die professionellen Denker aus der alten Bundesrepublik. Und die waren sehr gekränkt von Schneiders Beitrag. Erschienen sie, die Fackelträger der Vernunft im Osten, nicht plötzlich als selbstsüchtige Karrieristen? Die *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* druckte Gegendarstellungen, und Volker Gerhardt, seit 1992 Professor an der Humboldt-Universität zu Berlin, vormals Sporthochschule Köln, trug die Debatte in die Feuilletons (zuletzt im *Tagesspiegel* vom 22.2.1997: “Der Geist schwelgt im Futur. Kulturschranke: Von den Intellektuellen und der DDR-Philosophie”).

Doch das Thema hatte sich unmerklich verändert, und das machte die Debatte erst eigentlich interessant. Denn plötzlich war da kein Unterschied mehr zwischen DDR-Philosophen, Marx und Marxismus. “Die Asche des Marxismus” hieß ein Vortrag Gerhardts im Herbst an der Humboldt-Universität. Schwer zu sagen, wie viele Philosophen in der DDR wirklich Marxisten waren. Marxismus dagegen läßt sich schon leichter definieren. Er bestand vor allem in der Unfähigkeit, Idee und Wirklichkeit auseinanderzuhalten oder verschiedene Ebenen eines Problems auszumachen. Folgt Gerhardt also bester marxistischer Prosa? Daß sich der alte Dogmatismus und der neue Universalismus einmal so ähnlich sehen würden!

Wie eine wirklich philosophische Kritik von Marx möglich ist, hat vor einiger Zeit Gerd Irrlitz gezeigt: In der Ringvorlesung über die 11. Feuerbachthese an der Humboldt-Universität (inzwischen im Akademie-Verlag als Buch erschienen: “Eine angeschlagene These”). Gerhardt aber denkt unbeirrt “über das Verhältnis von Marxismus und Philosophie” nach. Auch der Marxismus bestritt einst allem, was sonst noch gedacht wurde, den Rang der Philosophie. Heute ist es halt anders rum.

Auf diese Logik reagierte wohl der Bericht Schneiders. Nicht zuletzt wird in dieser Kontroverse ein elementarer Streit philosophischer Haltungen ausgetragen. Der philosophische Gedanke hat unverhofft ein Exempel gefunden, an dem er sich leibhaft bewähren oder versagen muß.

Interview mit Ulrich Johannes Schneider

Tagesspiegel: Volker Gerhardt nannte Ihren Bericht über die Situation der Philosophie in Ostdeutschland “infam” und “in den Motiven pervertiert”. Sehen Sie das auch so?

Schneider: Nein. Ich glaube, Gerhardt sieht gar nicht den Unterschied meines Fragens zu dem seinen.

Tagesspiegel: An seinen Wirkungen gemessen, muß Ihr Fragen aber sehr verletzend gewesen sein?

Schneider: Die Abwicklung war vor allem ein politisches, nur bedingt ein wissenschaftliches Urteil über die Betroffenen, und das unter einem enormen Druck von Sachzwängen. Man kann das sehr gut rechtfertigen. Was ich sage, ist nur: Möge es niemand verwechseln mit einem philosophischen Urteil. Das steht noch aus.

Tagesspiegel: Volker Gerhardt hat es gerade gefällt, aber es ist wohl wieder eher ein politisches geworden. Marx als der erste Marxist...

Schneider: Mir kommt es darauf an, bei der Beurteilung der Verhältnisse in der DDR gerade nicht dieselbe diskursive Position einzunehmen wie früher die Partei: zu glauben, durch einen reinen Akt der Benennung hätte man schon herausgefunden, was der Fall war.

Tagesspiegel: Was machen Sie anders als Gerhardt?

Schneider: Ich versuche zu begreifen, worin die akademische Kultur im Osten mit der westlichen vergleichbar war und worin nicht. Im Westen konkurriert man miteinander über Veröffentlichungen. Das gesprochene Wort und das geschriebene sind beinahe deckungsgleich. In der DDR wurden weder Dissertationen veröffentlicht, oft nicht einmal Habilitationen. Philosophie lebte hier mehr im Gespräch untereinander.

Tagesspiegel: Vielleicht im Sinne von Odo Marquards Philosophie-Definition: “Philosophie ist, wenn man trotzdem denkt”? Wenn das “Trotzdem” wirklich Kriterium ist für Philosophie, muß die DDR hochphilosophisches Territorium gewesen sein. Allerdings ist so ein “Trotzdem” ja nichts Vorzeigbares?

Schneider: Sicher nicht. Aber das Ergebnis von Philosophie braucht nicht immer ein Buch zu sein, es kann auch eine Haltung sein. Ich glaube, daß man auch unter einer Diktatur, unter der ich Gott sei Dank nie gelebt habe, von einem freien Denken reden können muß. Sonst ist der Begriff des Geistes selbst sinnlos. Umgekehrt ist Philosophie für mich nicht schon identisch mit dem frei gesprochenen Wort in einer freien Gesellschaft.

Tagesspiegel: Würden Sie noch einmal Ost- und West-Philosophen ohne Unterschied als “Staatsdiener” bezeichnen?

Schneider: Warum nicht? Daß ihre jeweilige Staatsnähe eine andere war, versteht sich doch von selbst. Ich wollte darauf hinweisen, daß schließlich auch im Westen die Laufbahn eines Philosophen keiner eigentlichen philosophischen Idee folgt, sondern zuerst einer akademischen und pädagogischen Idee. Philosophie aber ist immer mehr als Universitätsphilosophie.

Leserbrief zu voranstehendem Artikel und Interview: Philosophie in der DDR In den Machtapparat verstrickt*

Sie berichten (am 12.8.) über einen “Streit unter Philosophen”, doch leider versäumten Sie, Ihre Leser korrekt zu unterrichten. So wird der Eindruck erweckt, Herr Schneider habe seine Kritik in einer philosophischen Zeitschrift vorgetragen, und dann sei ich gekommen, um die “Debatte in die Feuilletons” zu tragen.

Richtig ist jedoch, daß der schon in den sachlichen Details höchst mangelhafte Bericht des Herrn Schneider zahlreiche Richtigstellungen in derselben Zeitschrift nach sich zog. Sie stammten vornehmlich von früheren DDR-Philosophen. An dieser Debatte habe ich mich nicht beteiligt. Statt dessen habe ich eine ausführliche Bewertung des Neuaufbaus der Philosophie in den neuen Ländern vorgenommen. Dieses Resümee erschien in einem Fachorgan und wurde vorab durch einen für den Philosophie-Kongreß in Leipzig bestimmten Sonderdruck der *Neuen Zürcher Zeitung* bekannt.

Darauf war es Schneider, der ins Feuilleton ging und seine abenteuerliche These von den “zwei Kulturen” vortrug. Erst darauf habe ich mit Widerspruch reagiert. Es hat mich empört, daß die DDR-Philosophie – ohne Hinweis auf ihre Verstrickung in den Machtapparat – zur Idylle einer Gesprächskultur verklärt wird. Natürlich muß man im einzelnen differenzieren. In meinem Resümee habe ich dies versucht, und es ist bekannt, daß ich mich bemühe, entsprechend zu handeln.

* Erstveröffentlichung: *Der Tagesspiegel*, 8.9.1997.

Ihr Bericht führt gegen mich einen Aufsatz von Gerd Irrlitz ins Feld. Da Sie polarisieren wollen, paßt es offenbar nicht ins Bild, daß ich der Herausgeber dieses Textes bin. Also lassen Sie bei der bibliographischen Angabe meinen Namen einfach weg.

Die Ironie Ihres Versuchs, mich in Opposition zu der sogenannten Gesprächsphilosophie zu bringen, liegt darin, daß ich an der Humboldt-Universität seit Jahren ein Gesprächsforum über den Themenkomplex der DDR-Philosophie anbiete. Wer aber, selbst nach ausdrücklicher Zusage, zu Gesprächen nicht erscheint, ist der besagte Gesprächsphilosoph Schneider.

**Prof. Dr. Volker Gerhardt,
Humboldt-Universität, Inst. für Philosophie**

Mit PhilosophInnen ist ein Staat zu machen

Selbstaufgabe und Abwicklung der DDR-Philosophie*

**Thomas Heinrichs &
Heike Weinbach**

Berlin

Die Debatte um die DDR-Philosophie kann in zwei Phasen gegliedert werden. Die erste liegt zwischen 1989 und 1992, die zweite beginnt mit dem Artikel Schneiders 1996. Beidesmal geht es nicht um

die Beurteilung philosophischer Leistungen der DDR-Philosophie, sondern um die Frage, welche Stellung man zu diesem "Erbe" (Ruben) einnimmt.

In der ersten Phase wird diese Diskussion vor allem von den ostdeutschen PhilosophInnen geführt. Sie wollen die abzusehende Evaluierung und Abwicklung der DDR-Philosophie selbst durchführen.¹ Das zu diesem Zeitpunkt auch zwei Überblicksdarstellungen von WestphilosophInnen vorliegen², ist Zufall, wirkt sich aber negativ auf die Debatte aus, weil damit sogleich zwei scheinbar fertige Gesamtdarstellungen vorliegen, die aus der politischen Perspektive des Westens beide zu einem negativen Urteil kommen.³ Dieses Urteil, geprägt durch die Feindstellung des Ost/Westkonflikts, ging konform mit den Vorurteilen der in diesem

* Erstveröffentlichung: *Forum Wissenschaft* 4/1997, S. 51-53.

¹ Vgl. Kellner, Eva/Soldan, Angelika: Die Reduktion des Individuums. Versuch einer Auseinandersetzung mit der realsozialistischen Ethik, in: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* (DZfPh) 1991, S. 431-446; Ruben, Peter: Die DDR und ihre Philosophen, in: *DZfPh* 1991, S. 50-58

² Kapferer, Norbert: *Das Feindbild der marxistisch-leninistischen Philosophie der DDR 1945-1988*, Darmstadt 1990; Wilharm, Heiner: *Denken für eine geschlossene Welt. Philosophie in der DDR*, Hamburg 1990.

³ Kapferers Buch betrachtet die Philosophie der DDR nur unter dem Blickwinkel ihrer Auseinandersetzung im Klassen- und Systemkampf mit der bürgerlichen Philosophie. Im Rahmen dieser beschränkten Fragestellung kommt dem Buch ein Erkenntniswert zu. Für Kapferers Blick auf die DDR bezeichnend, ist ein freudscher Verschreiber, der ihm unterlaufen ist. Er gibt im Literaturverzeichnis zu den *"Innenansichten"* (1994), den Titel eines Aufsatzes von Brie mit *"Wie den Philosophen der DDR ihr Maulkorb abhanden kam"* an. Er lautet aber korrekt: *"Wie den Philosophen der DDR ihr Maulwurf abhanden kam"*! (*Das Argument* 1990)

Konflikt sozialisierten West-PhilosophInnen und wurde von diesen aufgegriffen, um die Konkurrenz der Ost-PhilosophInnen auszuschalten.

Die von Schneider angestoßene zweite Phase der Debatte reflektiert die Ausschaltung.⁴ Sie ist trotz aller hitzigen Kontroversen eine Konsensdebatte. Der Konsens besteht darin, für richtig zu befinden, daß die DDR-Philosophie "abgeschafft wurde"⁵. Nur über das „Wie“ der Abwicklung wird diskutiert, nicht darüber, welche Möglichkeiten bestanden hätten, den PhilosophInnen der DDR ihre Formierung selbst zu belassen. Weitgehende Übereinstimmung herrscht auch darin, den in der DDR produzierten Werken „fachliche Untauglichkeit“⁶, "Trostlosigkeit"⁷, "Schulgeplapper und Parteigetöse"⁸ zu bescheinigen und ihnen die Anschlußfähigkeit an den „internationalen Diskurs“ abzusprechen.

Es gibt einen internationalen (nationalen) Philosophiediskurs, in dem Positionen, Werke, Personen zugelassen werden und andere nicht - wie ein Großteil der PhilosophInnen der ehemaligen DDR. Philosophische Diskurse und Debatten stellen sich aber immer wieder neu her, beziehen neue und/oder alte Positionen und Textmaterialien mit ein und entwickeln sich fort. Dies verläuft zum einen auf Grundlage der philosophischen Institutionen und Zeitschriften, die über entsprechende finanzielle Mittel und Machtpositionen verfügen, zum anderen verläuft quer dazu seit den siebziger Jahren eine subalterne Kultur, zu der auch die feministische Philosophie zählt, die den Markt der Meinungen weiter geöffnet hat und die hegemonialen Diskurse konterkariert, verschiebt und politisiert.

Das Auszugrenzende

Dem größten Teil der Ost-PhilosophInnen wird die Beteiligung am Offizialdiskurs abgesprochen, weil sie politisch in ein gesellschaftliches System involviert waren und sich diesem explizit verschrieben haben. Es läßt sich auch umgekehrt argumentieren: gerade weil sie auf spezifische

⁴ Schneider, Ulrich Johannes: Situation der Philosophie, Kultur der Philosophen. Über die neudeutsche Universitätsphilosophie, in: DZfPh 1996, S. 149-159.

⁵ Herzberg, Guntolf: Warum ist nicht alles so geblieben, wie es war? in: DZfPh 1996, S. 311-313.

⁶ Schneider, U. J.: Der Skandal der Abwicklung. Selbstvergessen - Wie deutsche Philosophen die DDR-Geschichte verdrängen; in: *Frankfurter Rundschau* 15.10.1996.

⁷ Siemons, Mark: Im Zeichen des Zirkels. Ein Streit um das philosophische Erbe der DDR; in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* 10.2.1997.

⁸ Gerhardt, Volker: Philosophieren nach dem Marxismus. Rückblick auf die überwundene Teilung; in: *Information Philosophie* H. 5/1996, S. 5-23.

Weise politische Systemphilosophie war, qualifiziert sie das für eine Auseinandersetzung mit ihren Argumentationsweisen, ihren Auseinandersetzungen mit philosophischen Werken von der Antike bis zur Neuzeit. Nicht nur, weil dies Aufschluß gibt über das Funktionieren von Philosophie und Politik, sondern auch, weil hier andere Sichtweisen auf anderen Denkvoraussetzungen produziert wurden als in der Westphilosophie.

Es besteht die Chance, nachzuholen, was in 40 Jahren versäumt wurde: einen Dialog unterschiedlicher Positionen in Gang zu setzen, der nicht den Zwängen des internationalen, akademischen Diskurses unterliegt: "Dieser Diskurs kann und muß möglichst alle Beteiligten einbeziehen oder zu Wort kommen lassen."⁹ Jeder Ausgrenzungsversuch muß sich mit der Kritik konfrontiert sehen, westliche wie östliche Zensur oder Diskriminierungspolitik fortzuschreiben. Von der westlichen Diskriminierungspolitik, mit der MarxistInnen oder unter dem Verdacht des Marxismus oder ähnlicher Positionen stehende Personen offizielles oder inoffizielles Berufsverbot an Hochschulen und anderen staatlichen Institutionen erteilt worden ist, wird in der Debatte geschwiegen.

Der Blick auf die Philosophie in der DDR wird immer noch bestimmt durch die Perspektive des Ost/West-Systemkonflikts, aus der die Gegenseite immer nur als das Auszugrenzende wahrgenommen wurde, mit dem eine fachinterne Diskussion nicht gewollt war. Typisch dafür ist die von Kapferer eingeführte Bezeichnung der Philosophie in der DDR als "Kaderphilosophie". Unter diesem Begriff kann die Philosophie in der DDR nur aus einer politischen Perspektive wahrgenommen werden. Ihre spezifisch philosophische Qualität kommt nicht in den Blick. Es ist, von den Ost-PhilosophInnen selber aufgebracht, die Rede von der Philosophie als „Magd der Politik“. Damit scheint das Urteil über die Philosophie in der DDR gesprochen. Mit solchen Thesen kann die Diskussion über sie aber erst beginnen. Wir wollen im folgenden versuchen, den *philosophischen* Ursachen für ihren Untergang nachzugehen.

Die ganze Debatte um die Abwicklung beschreibt die Philosophen der DDR als *Opfer* des Westens. Daran ist sicherlich viel wahres. Wir möchten aber auch die andere Seite sehen: die PhilosophInnen der DDR als *Täter* der Abwicklung: durch Unterlassen von Widerstand. Gemäß dem alten Sponti-Spruch „Wer kämpft, kann verlieren. Wer nicht kämpft, hat schon verloren“ hatte die Philosophie der DDR 1989 schon verloren. Für linke WestphilosophInnen, die noch nie durch die akademische Phi-

⁹ Wöhler, Hans- Ulrich: Die Erfahrung des Anderen; in: DZfPh 1996, S. 507-513.

losophie der BRD anerkannt waren, ist das Klagen vieler Ost-PhilosophInnen darüber, daß ihnen diese Anerkennung versagt wird, befremdlich. In dieser Klage drückt sich wohl zum einen die in der DDR schon angenommene Opfermentalität aus.¹⁰ Zum anderen kommt darin die Staatsorientierung dieser Philosophie zum Ausdruck. Die DDR-Philosophie hat sich in dieser Orientierung von der herrschenden BRD-Philosophie nur darin unterschieden, daß sie sich auf einen konkreten Staat, den Staat DDR orientierte, während jene sich nur auf den Staat als allgemeinen bezieht. Indem die DDR unterging, kam den dortigen PhilosophInnen ihr Subjekt abhanden. Sie hatten nichts mehr, um das sie kämpfen konnten. Logische Konsequenz dieser Situation war es für sie¹¹, ihre Dienste dem neuen Staat anzutragen.¹² Die PhilosophInnen der DDR wenden sich dafür zurück von der Orientierung auf den *konkreten* (sozialistischen) Staat, auf das allgemeine philosophische Muster, der Orientierung auf den Staat als solchen. Das dessen konkrete Gestalt, geprägt vom Mißtrauen des kalten Krieges, sie nicht haben wollte, hat sie in ihrem Selbstverständnis als PhilosophInnen eines Staates zutiefst verstört. Philosophie als Magd des Staates ist am Ende, wenn der Staat sie nicht will. Aus der Tiefe dieser Verstörung ertönt die Klage.

Vor diesem Hintergrund muß man die Philosophie der DDR lesen. Sie hat sich, obwohl von ihrem Selbstverständnis her in der Traditionslinie eines sozialen Emanzipationsprojekts stehend, in den Dienst von staatlicher Herrschaft gestellt. Sie ist hierbei mit einen Wissenschafts-

¹⁰ Vgl. Ruben 1991, S. 50.

¹¹ D.h. für diejenigen, die für sich eine Chance sahen, anerkannt zu werden. Die anderen sind, auch aufgrund der "*Benommenheit des Bewußtseins*" (Ruben 1991, S. 50), mitverursacht durch ihren vorherigen Realitätsverlust (vgl. das Rundtischgespräch 40 Jahre DDR-Philosophie, DZfPh 1989, S. 990ff), gleich zum Schweigen übergegangen. Man hätte den führenden Leuten der DDR-Philosophie wahrscheinlich aber auch keine Publikationsmöglichkeiten zur Verfügung gestellt. Schon Warnke kann im *Leviathan* zu diesem Thema nur schreiben, weil die Redaktion dies durch ihre Opferrolle in der Rubenaffäre moralisch rechtfertigen kann (Warnke, Camilla: Über Parteipolitik in der DDR-Philosophie; in: *Leviathan* 1991, S. 380ff, Fußnote 2 der Redaktion).

¹² Bialas zeigt dies in seiner Gegenüberstellung der Themen der West- und Ostlinken. West: "die Destruktionslogik des Kapitalismus". Ost: "die Herausarbeitung der evolutionären Modernisierungspotentiale entwickelter kapitalistischer Industriegesellschaften" (Bialas, Wolfgang: Intellektuelle in der Zerstreuung. Die Philosophen der DDR im Prozeß der Vereinigung; in: DZfPh 1992, S. 819-832). Mit dem ersteren Thema ist kein, zumindest nicht der Staat BRD zu machen, mit dem zweiten wohl. Aus dieser Differenz rührt auch die gestörte Kommunikation zwischen Ost- und Westlinken her. Den Westlinken gewannen schon nach kurzer Zeit den Eindruck, sich mit einigen Ost-PhilosophInnen ein trojanisches Pferd des Kapitalismus eingehandelt zu haben (vgl. *Argument* 4/1991, Editorial 2, S. 497ff).

und Wahrheitsanspruch aufgetreten und hat einen begriffsphilosophischen Ansatz verfolgt.¹³ Mit diesem Anspruch und diesem Ansatz ist die Philosophie der DDR der herrschenden Philosophie der BRD unendlich viel näher, als diese es gerne glauben machen würde.¹⁴

Gerade nicht die Differenz

Man muß sich die Frage stellen, welche *innerphilosophischen* Gründe es der Philosophie der DDR ermöglicht haben, sich vom Muster der allgemeinen Staatsorientierung zu lösen und in ein *direktes* Verhältnis zu einem politischen Projekt, einer politischen Partei zu treten. Um diese Frage zu klären, muß man vom strategischen Ansatzpunkt der Philosophie in der DDR ausgehen. Dieser war es, die eigene Theorie als *politisch* fortschrittlich auszugeben und die bürgerliche Philosophie als *politisch* reaktionär zu entlarven. Ganz im Gegensatz dazu gab und gibt sich die herrschende akademische Philosophie der BRD immer unpolitisch. Es ist aus ihrer Perspektive der Sündenfall der Philosophie in der DDR, der sie zur „Unphilosophie“ abstempelt, daß sie explizit politisch war. Die Politikfreiheit des westlichen Systems liegt aber nur darin, daß hier staatlicherseits nicht entschieden wird, welche der alle gleichermaßen mit einem Wahrheitsanspruch auftretenden Philosophien die herrschende ist, sondern daß sich dies gewissermaßen auf dem Markt der Meinungen herausstellt.¹⁵ Die Philosophie in der BRD begreift ihr Verhältnis zum Staat unpolitisch. Als scheinbar ahistorisches Phänomen steht der Staat als solcher politisch nicht zur Debatte.

¹³ Vgl. Heinrichs, Thomas: Kein Anspruch auf Wahrheit; in: *Forum Wissenschaft* 3/1997, S. 6-41.

¹⁴ Dies zeigt sich auch im inhaltlichen Vergleich: Keller/Soldan haben herausgearbeitet, daß die Ethik in der DDR einen appellativen Charakter hatte, weil man die realen Widersprüche dieser Gesellschaft nicht analysierte (vgl. Krüger, Hans-Peter: *Demission der Helden. 1983-1992*, Berlin 1992, S. 14) und bei auftretenden Konflikten zwischen individuellem Verhalten und allgemeinen Interessen die „Lösung“ dieser Widersprüche dem einzelnen, „fehlerhaften“ Subjekt zuwies, an das moralisch appelliert wurde. Gerade diese Kompensationsstruktur ist aber auch die Struktur von Ethik in bürgerlich/kapitalistischen Gesellschaften. Daher auch in der Zeit größer werdender Konflikte die verstärkte Zuwendung zur Ethik in der BRD.

¹⁵ Hierher gehört auch die als repressive Toleranz zu kennzeichnende Freiheit systemüberwindender Positionen. Diese werden (in aller Regel) nicht politisch verboten, sondern bleiben auf dem Markt - vor allem auf dem der akademischen Positionen - ohne Erfolg (vgl. Jung, Joachim: *Der Niedergang der Vernunft*, Frankfurt/M/NY 1997). Im Westen ist es die Selbstdefinitionsmacht der philosophischen Institutionen und nicht politisches Verbot, welche das Denken beschränkt.

Wäre die Philosophie in der BRD explizit politisch aufgetreten, so wäre es ihr nicht möglich gewesen, ihren Wahrheitsanspruch aufrechtzuerhalten, da im parlamentarischen Mehrparteiensystem der BRD Politik immer eine Sache von divergierenden Interessen und Parteiengegensätzen ist. Daher mußte und muß die Philosophie in der BRD sich eine gewisse Parteipolitikferne bewahren. In der DDR dagegen trat auch die Politik mit einem universellen Wahrheitsanspruch auf. Der Sozialismus verstand sich als das fortschrittliche, historisch notwendige System gegenüber dem bürgerlichen Kapitalismus. Daher konnte die Philosophie explizit politisch sein, ohne ihren philosophischen Geltungsanspruch aufgeben zu müssen. Der Wahrheitsanspruch ihres Staates war es, der es den PhilosophInnen der DDR ermöglichte, diesen konkreten Staat zu ihrem Subjekt zu machen. Andererseits wird daran deutlich, warum die Politik der DDR einen so starken Einfluß auf die Philosophie und die Festlegung eines dogmatischen Kanons nahm: Jede mit ihr nicht völlig konforme *philosophische* Position stellte ihren *politischen* Wahrheitsanspruch in Frage.¹⁶ Wenn Mocek darauf verweist, daß für sie ihr Wahrheitsanspruch von prägender Bedeutung war,¹⁷ so ist dies richtig, markiert aber gerade nicht die Differenz zur westlichen Philosophie.

Politische Bindung führt aber nicht dazu, daß die Argumente solcher Philosophie per se falsch sind, noch beschränkt sie per se den Themenkatalog solcher Philosophie. Die Feststellung dieser Tatsache erübrigt daher auch nicht die Auseinandersetzung mit ihr.

Wenn man die Orientierung der Philosophie der DDR auf den Staat DDR als ihren Zentralpunkt betrachtet, erhält die These, eine inhaltliche Auseinandersetzung mit der Philosophie der DDR lohne sich nicht und für uns! - habe sie nichts zu bieten, einen, allerdings sehr verqueren, Sinn. Tatsächlich wird eine Philosophie, die sich an ein gesellschaftliches System bindet, funktionslos, wenn dieses System nicht mehr besteht. Aus

¹⁶ Wenn hierher auch die begrüßenswerte, große gesellschaftliche Bedeutung der Philosophie in der DDR stammt, so hat eine solche direkte Anbindung der Philosophie an die Politik doch gravierende Mängel. Sie verringert den *philosophischen* Handlungsspielraum massiv und erschwert es der Philosophie ihre spezifische Aufgabe im Prozeß der Vergesellschaftung produktiv wahrzunehmen (vgl. Mocek, Reinhard: Kollektive Intoleranz. Oder von der Schwierigkeit mit konkurrierenden Ideen zu leben, in: Kapferer (Hrsg.): Innenansichten ostdeutscher Philosophen, Darmstadt 1994, S. 124ff). Zum anderen hatte diese Anbindung im konkreten Fall zur Folge, daß der sich als marxistisch-leninistisch bezeichnenden Philosophie das marxische Emanzipationskonzept (Abschaffung von Herrschaft, Absterben des Staates, Möglichkeit freier Assoziation und Entfaltung der Individuen) aus den Augen geriet.

¹⁷ Mocek 1994, S. 114.

dieser Perspektive ist Ruben zuzustimmen, daß es sich bei der Debatte um die Philosophie der DDR nur noch um die "Bestimmung dieses Erbes" gehen kann. Die dafür notwendige inhaltliche Auseinandersetzung hat aber bisher weder auf der Ebene einer allgemeinen Aufarbeitung der Philosophie der DDR stattgefunden, noch auf der Ebene fachspezifischer Auseinandersetzung.

Bei Beachtung dieser Funktionsbindung wird deutlich, daß die Forderung der BRD-Philosophie, die DDR-Philosophie hätte doch bitte dasselbe machen sollen wie sie, unsinnig ist. Die Philosophie der DDR mußte, wollte sie Philosophie eines sozialistischen Staates sein, nach 1949 mit dem Westdiskurs brechen. In der Gründungsphase eines sozialistischen Staates kann eine Philosophie, die dieses Gesellschaftsmodell unterstützt, nur zwei Aufgaben haben: 1. sich kritisch mit ihrem Gegner, der bürgerlichen Philosophie, auseinanderzusetzen und 2. ein philosophisches Modell sozialistischer Vergesellschaftung zu entwerfen¹⁸ und dafür auch einen eigenen philosophischen Diskurs.

Ignorant, aber legitim

Die Forderung, daß man den Diskurs der Westphilosophie nicht verlassen dürfe¹⁹ - ein extremes Denkverbot - ist die Forderung nach der ewigen Perpetuierung des bürgerlich/kapitalistischen Systems. Die Frage nach bedenkenswerten Konzepten der DDR-Philosophie ist auf dieser Ebene nicht möglich. Sinnvollerweise sollte man den Begriff des Diskurses weit fassen und auch das institutionelle Umfeld darunter begreifen. Dann ist Schneiders Bedauern über das stille, unreflektierte Verschwinden der Philosophie der DDR im Ansatz die Frage nach einem veränderten Diskurs. Dieses Ankratzen des Tabus ist der Grund für die z.T. geradezu hysterischen Reaktionen auf seinen Aufsatz.²⁰ Auch wenn man den Diskurs bricht und einen eigenen aufzubauen sucht, muß man doch eine argumentative Auseinandersetzung auf einem politisch/historisch gleichberechtigten Niveau führen.

Das Problem im Verhältnis der DDR- zur BRD-Philosophie bestand nicht darin, daß es keine Gemeinschaft des Diskurses gab, sondern daß

¹⁸ Diese Aufgabe ist aber aufgrund der stalinistischen Prägung dieser Gesellschaft gerade in der Gründungsphase der DDR unterblieben. Ansätze dazu gibt es erst ab den späten 60er Jahren (vgl. Mocek 1994, S. 126 u. 128ff.).

¹⁹ Warnke 1990, S. 382.

²⁰ Herzberg 1996, Kodalle, Klaus-M.: Über die Unfähigkeit zur analytischen Kritik, in: DZfPh 1996, S. 503ff.

man jeweils von einer Position der „natürlichen“ Überlegenheit her auf den anderen herabschaute. Genauso behandelt heute die West-Philosophie immer noch die Ost-Philosophie. Kriterium der Debatte ist der West-Diskurs, ein externes, politisches Kriterium. Das Anlegen eines solchen Maßstabs ist zwar ignorant, aber legitim, wenn es sich ausweist. Das geschieht in der Debatte nicht. Die Westphilosophie gibt sich gegenüber der DDR-Philosophie als die einzig Wahre aus und nicht als ein mögliches, durch den westlichen Parlamentarismus geprägtes Modell.

Für diejenigen, die den westlichen Parlamentarismus, so wie er jetzt ist, für das einzig politisch wünschenswerte Gesellschaftsmodell halten, ist eine inhaltliche Auseinandersetzung mit der DDR-Philosophie (sowie jeder anderen, nicht-bürgerlichen Philosophie) tatsächlich überflüssig. Für alle anderen politischen Positionen stellt sich dagegen die Frage, ob die Philosophie der DDR für das von ihnen verfolgte Projekt nicht brauchbare Ansätze und Ideen produziert hat. Selbstverständlich muß auch jede thematische Arbeit immer auf dem historisch vorhandenen Reflexionsniveau aufbauen und dazu auch die entsprechenden Arbeiten der DDR-Philosophie rezipieren. Die Bedeutung dieser Philosophie kann nur in der detaillierten inhaltlichen Auseinandersetzung geklärt werden. Deren Beginn steht noch aus. Eine Ende hat eine solche Auseinandersetzung nicht. Die DDR-Philosophie als "Bestandteil der europäischen Geisteskultur" (Wöhler) wird genau wie diese immer wieder neu gelesen und neu interpretiert werden müssen.

Der Liberalismus siegt

Die Abwicklung und das Schweigen der Philosophen

Reinhart Maurer

Berlin

Ein in Heft I/1996 der *Deutschen Zeitschrift für Philosophie* erschie-
nener Artikel von Ulrich Johannes
Schneider über die „Abwicklung der
DDR-Philosophie“¹ hat eine lebhaft
bis heute anhaltende Debatte ausge-

löst. Im folgenden geht es um tiefer liegende Probleme des Sieges der
westlich-liberalistischen Philosophie über die östlich-sozialistische.

1

In manchem mag Schneider unrecht haben. In der Hauptsache jedoch sollte
sein Vorstoß anregend wirken, statt auf westlicher Seite nur oder vor allem
gereizte Abwehrreaktionen hervorzurufen. Von dieser Seite aus kann man
den Westphilosophen Schneider leicht als einen Nestbeschmutzer ansehen,
nämlich als Beschmutzer des um neue Ostprovinzen erweiterten Nestes der
Westphilosophie. Aber ist nicht tatsächlich die vorgefallene Ersetzung
einer Philosophie durch eine andere, einer philosophischen Kultur oder Un-
kultur durch eine andere (teils verschiedene, teils gleiche) etwas unheim-
lich? Und zwar besonders dadurch, daß sie in wesentlicher Hinsicht
schweigend geschieht? Vor allem deswegen ist nach Schneider die nun-
mehr erweiterte Westdomäne weniger eine Form philosophischer Kultur
als vielmehr Unkultur.

Seine Hauptthese lautet: Diese neu etablierte Philosophie füllt den ad-
ministrativ vorgegebenen Rahmen mit Karrierechancen wahrnehmender
Selbstverständlichkeit aus, ohne die große Veränderung, der sie ihr er-
weitertes Dasein verdankt, angemessen zu reflektieren. Der Vorgang sei
eingebettet in ein dreifaches Schweigen: das Schweigen erstens der ehe-
maligen DDR-Philosophen, die historisch marginal geworden sind; zwei-
tens der neuen Regierungen, die mit politischen Mitteln neue Strukturen

¹ U. J. Schneider: Situation der Philosophie, Kultur der Philosophen. Über die neu-
deutsche Universitätsphilosophie, in: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* (DZfP) 44,
1996, 149-159.

schaffen; drittens derjenigen, die auf die neuen Stellen berufen worden sind. Da sei nur eine im akademischen Betrieb um sich selbst kreisende Philosophie durch eine andere, zwar vielfältigere, doch im Grunde gleiche abgelöst worden. Beide Formen, die alte östlich-marxistische, wie die im Osten neue westlich-pluralistische, seien in jeweiliger Systemkonformität gleich unfähig gewesen bzw. weiter unfähig, die gesellschaftliche Funktion oder Situation der Philosophie zu reflektieren und die vorgefallenen Veränderungen, diese welthistorische Wende (wie man zumindest im Osten sagt) zu begreifen und sich womöglich gesellschaftspolitisch einzumischen. Die frühere östliche Konformität der Philosophie sei direkt staatlich erzwungen und kontrolliert gewesen; die westliche geschehe mehr freiwillig durch zunftgemässe Selbstorganisation aus Karriererücksichten. (Wie mag es um Schneiders akademische Zukunft bestellt sein nach dieser grandiosen Nestbeschmutzung?!)

Nun kann man sagen, da spreche ein relativ junger, recht unerfahrener, zudem schlecht informierter Philosoph, ein Assistent westlicher Herkunft, der seine östlichen, Leipziger Entfremdungserfahrungen nicht stillschweigend trägt und bewältigt, wie es sich eigentlich gehöre. Illusionäre Vorstellungen über die Rolle der Philosophie spielten hinein. Die gesellschaftliche Funktion der Philosophie, die ihm vorschwebte, diese außeruniversitäre Vermittlung, ja Einmischung, sei ohnehin in der Geschichte nur selten vorgekommen und sei vor allem nicht möglich oder sinnvoll in dem komplizierten Vermittlungssystem der modernen Gesellschaft, wo die allgemeine Urteilskraft durch allgemeine Aufklärung so erstarkt sei, daß sie der aktiven, verändernden Einmischung einer besonderen philosophischen Vernunft nicht mehr bedarf. Was da an philosophischem Anstoß nützlich gewesen sei, das sei längst realisiert. Die Vernunft der richtigen, freiheitlich-demokratischen und/oder an den Wissenschaften orientierten Philosophie habe, soweit sinnvoll, die Massen ergriffen, so daß seitdem die Philosophie als spezielle Disziplin sich im wesentlichen bescheiden müsse mit akademischen Nischen. Aus ihnen heraus kann sie allenfalls die allgemeine Vernunft flankierend unterstützen und sollte im übrigen dem jeweiligen staatlichen Bildungssystem dankbar sein für dieses geschützte Dasein, das unter westlichen Bedingungen so wenig kontrolliert wird, daß es sogar einige Narrenfreiheit zulässt. Wo die Philosophie zuletzt versucht habe, gesellschaftspolitisch Einfluß zu nehmen, nämlich im Marxismus, habe sie sich gründlich blamiert.

Was Marx, durch Hegel verführt, menschenrechtswidrig angerichtet habe, wisse man jetzt endgültig und könne nur froh sein darüber, daß dieses Menschheitsexperiment so glücklich, d.h. bisher im wesentlichen fried-

lich, gescheitert sei. Bei der Liquidierung der philosophisch-institutionellen Reste, also bei der Evaluierung und Auflösung des akademischen Marxismus-Leninismus, sei man keineswegs nur als ein Funktionäre abwickelnder Funktionär des siegreichen Systems aufgetreten, sondern habe es sich nicht leicht gemacht, sei im rechtlich vorgegebenen Rahmen nach bestem Wissen und Gewissen differenzierend und mit Sensibilität für individuelle Tragik verfahren. Und man schweige auch nicht über alle diese Veränderungen, sondern veranstalte Kongresse und Vorlesungsreihen, bei denen auch ehemalige DDR-Philosophen zu Wort kommen und wo auch über Marx und Marxismus diskutiert werde. Ob Schneider denn gar nicht wisse, warum nicht alles so geblieben ist, wie es war?² Über diesen Wandel und seine Ursachen müsse man in der Tat nachdenken und reden, gerade auch über den Marxismus als einen „entsetzlichen Irrtum – nicht erst in seinen politischen Folgen, sondern schon in seinen philosophischen Anfängen“.³ Denn als solcher habe er sich beim Versuch seiner politischen Realisierung erwiesen. Vor allem sei er auf dem Sektor gescheitert, der nach ihm selbst der entscheidende ist, nämlich im Wirtschaftlichen. Und im Moralisch-Politischen sei sein humanistischer Anspruch in Diktatur untergegangen. Der Marxismus habe auf der ganzen Linie versagt: ökonomisch, politisch, moralisch, philosophisch. Das Beste, was bei der Evaluierung der DDR-Philosophie zum Vorschein kam, seien einige hochgebildete Mitarbeiter der Akademie der Wissenschaften gewesen, gebildet als Historiker und Literaten, weniger als Philosophen. Die Philosophie, die am Aufbau und an der Rechtfertigung der Unterdrückungsmaschinerie des „real existierenden Sozialismus“ beteiligt war, habe ihren geistigen Anspruch verwirkt.

2

Bei einer solchen Sicht der Dinge ist nun freilich die Frage, mit wem und über was man noch sinnvoll reden kann in Sachen DDR-Philosophie und Marxismus. Die in zentraler Hinsicht schweigende Abwicklung und Ersetzung einer auf Abwege geratenen Philosophie durch eine bessere scheint schlechthin angemessen. Das philosophische Fazit ist schnell ge-

² G. Herzberg: Warum ist nicht alles so geblieben, wie es war?, in: DZfP 44, 1996, 311-313.

³ V. Gerhardt: Philosophieren nach dem Marxismus. Rückblick auf die überwundene Teilung, in: *Information Philosophie*, 1996, H. 5, 5-23, loc. cit. 20f. Die hier umrissene saure Reaktion auf Schneider ist größtenteils eine Paraphrase dieses Aufsatzes. Vgl. von demselben Autor: Fahنشwenken vor den Tribünen der Macht. Rückblick auf den überwundenen Marxismus, *Neue Zürcher Zeitung*, 21./22.9.1996.

zogen, allenfalls die Art der verwaltungstechnischen Durchführung bedarf der Rechtfertigung. Auch Schneider kann keinen Philosophen der ehemaligen DDR angeben, der die marxistische Position so vertritt, daß die Diskussion lohnt. Und worüber sonst soll gesprochen werden? Nach Schneider über die gesellschaftliche Rolle der Philosophie, über ihre sozialen und kulturellen Dimensionen, und über die Frage, wie die Philosophie aus ihrer akademischen Isolierung herauskommen könnte. Und dies alles wäre zu diskutieren aus aktuellem Anlaß, also im Blick auf die gerade vorgefallene Ausdehnung der Westphilosophie nach Osten.

Das sind zwar Forderungen nach einer das gewöhnliche Maß überschreitenden philosophischen Selbstbesinnung. Doch Schneider selbst löst sie nicht ein, entwirft nur ein Programm, dazu eines, das größtenteils auch nur auf philosophische Nabelschau zielt.⁴ Die Rede von gesellschaftlicher Rolle intendiert freilich mehr, aber was konkret? Wenn man mit der gegenwärtigen Funktion oder vielmehr Funktionslosigkeit der Philosophie nicht zufrieden ist, müßte man berücksichtigen, daß zweierlei zusammenspielt: 1. der gegenwärtige Zustand der Philosophie und 2. die Gegebenheiten der modernen Gesellschaft, die der Philosophie gar keine andere Möglichkeit als den jetzigen Zustand zu lassen scheinen. Wenn man den Weg einer Veränderung der Gesellschaft durch Philosophie vorsichtshalber gar nicht in Betracht zieht, so bleibt höchstens der andere, daß die Philosophie durch Selbstbesinnung sich ändert, egal ob daraus weiteres folgt, oder nicht. Sie müßte gewisse Dinge nicht als selbstverständliche Voraussetzungen auf sich beruhen lassen, dürfte sie nicht als etwas behandeln, über das man besser schweigt.

Konkreter gefragt im Weiterdenken der von Schneider aufgeführten Problematik: Worüber sollte die Philosophie reden, statt zu schweigen? – Wenn man Hegel schmäht und das Ende der Geschichtsphilosophie,⁵ wenn nicht gar der Geschichte annimmt, dann allerdings kann man so verfahren: Man setzt sich aufs hohe Roß des siegreichen Liberalismus und blickt herab auf allerlei Gescheitertes und historisch marginal Gewordenes, zentrale Aspekte seines Unterganges und der eigenen Erhöhung in den zumindest für den oben Sitzenden wohlthätigen Mantel des Schweigens hüllend. Man stellt dann fest, daß das Recht, die Moral und die effizientere Wirtschaft gesiegt haben und daß daher auch die damit verbundene Philosophie das

⁴ Vgl. K.M. Kodalle: Über die Unfähigkeit zur analytischen Kritik, in: DZfP 44, 1996, 503-507.

⁵ V. Gerhardt, op. cit., 6. Für den Abschied von der Geschichtsphilosophie: O. Marquard: Schwierigkeiten mit der Geschichtsphilosophie, Frankfurt a.M. 1973, dagegen: B. Willms: Idealismus und Nation, Paderborn usf. 1986, bes. 198ff.

Recht habe, die Philosophie der erledigten Formation zu ersetzen. Dabei merkt man jedoch nicht, daß die eigene Position in ihrem Verhältnis zu Hegel selbstwidersprüchlich wird. Man merkt nicht, wie sehr man in den Bahnen einer platten Interpretation von Schiller/Hegels „die Weltgeschichte ist das Weltgericht“⁶ wandelt. Es ist ein unphilosophischer, moraliner Vulgärhegelianismus ohne „Aufhebung“ im mehrfachen Sinne. Der überwundene Gegner im *Weltbürgerkrieg der Ideologien* wird bloß noch evaluiert, beurteilt, verurteilt, abgewickelt. Und was die Rede von jenem Weltbürgerkrieg angeht, so ist man davon überzeugt, daß sie nicht recht paßt zur Beschreibung der modernen Geschichte. Öffentlich oder besser noch stillschweigend denkt man, der Sozialismus (der internationale wie der nationale) sei eine Ideologie gewesen, der Liberalismus dagegen sei keine, sondern sei mit Demokratie, Menschenrechten, Bildung und Wohlstand für alle (?) die universal humane, womöglich endgeschichtliche Wahrheit.

3

Dagegen wird hier argumentiert: Egal, ob institutionelle und gesellschaftspolitische Alternativen zum jetzigen Lauf der Dinge möglich sind, es kommt darauf an, dem unterlegenen Gegner im Kampf der Ideologien und Systeme die Ehre zu lassen oder zu geben. Die Ehre zu geben, wenn er sie selber nicht mehr wahren kann, da sein Selbstbewußtsein infolge seiner Niederlage zerstört ist. Und wenn die gegnerische Position – wie im Falle des Marxismus – schon vor der Niederlage imperial und dogmatisch so versteinert war, daß sie sich nicht mehr auf neue Problemlagen flexibel einstellen konnte, so muß man versuchen, auf ihren ursprünglichen Sinn und Impetus zurückzugehen. Um einem allzu anpassungsbereiten Geschichtsoportunismus zu entgehen, müßte also eine Philosophie, die unsere Zeit verstehen will, den marxistischen Sozialismus und die Rolle, welche die Philosophie darin gespielt hat, verteidigen. Und wenn die Marxisten selber dazu nicht mehr in der Lage sind, so sollten andere es übernehmen.

In diesem Sinn kann man darauf hinweisen, daß der Unterschied zwischen Philosophie und Ideologie fließend ist. Und was ist Wahrheit? Es sollte zu denken geben, daß sich der marxistische Sozialismus, als er noch in voller Blüte stand, auch für die überlegene, universal humane, endgeschichtliche Wahrheit hielt, und zwar aus teilweise ähnlichen Gründen wie der Liberalismus. Nicht nur die Ehre (klingt etwas altmodisch, alteuro-

⁶ So Schiller in seinem Gedicht „Resignation“. Hegel nimmt es auf in seiner Heidelberger Enzyklopädie §448 und seiner Rechtsphilosophie §340 und §342.

päisch) des Gegners wird also tangiert, sondern auch der Wahrheitsanspruch der eigenen Position, wenn man auf dem, was überwunden am Boden liegt, sozusagen auch noch herumtrampelt. Das aber ist der Fall: wenn man es bloß noch negativ darstellt, seine relative Berechtigung nicht erkennt und anerkennt; wenn man dadurch verdrängt, daß eine gewisse Verwandtschaft mit der eigenen Position vorliegt; und wenn man gar nicht mehr versteht, warum die gegnerische Position bis vor kurzem eine beträchtliche politische und intellektuelle Faszination ausgeübt hat. Dann kann man auch nicht die welthistorische Situation verstehen, in der wir uns befinden; kann nicht begreifen, wie es zu der Frontstellung östlicher Sozialismus gegen westlichen Liberalismus gekommen ist, was sich 1989 so plötzlich geändert hat und was nicht. Wenn dies alles nur oberflächlich registriert wird, und wenn man annimmt, man könne nun einfach die westlichen Errungenschaften segensreich nach Osten ausdehnen, und wenn dabei in der Philosophie wie im öffentlichen Bewußtsein wesentliche Punkte mit Schweigen zugedeckt werden, so ist das wahrhaft unheimlich – wie die Stille vor dem Sturm. Hierin sollte man Schneider ernst nehmen und nicht versuchen, ihn lächerlich zu machen, wie Herzberg es tut.⁷

Um Mißverständnissen vorzubeugen: Verfasser ist weder Marxist noch Kryptomarxist, sondern hat als ein 1975 aus Westdeutschland gekommener West-Berliner gegen den ungeheuren ideologischen Druck mit praktischen Konsequenzen gekämpft, der an einer in Teilbereichen (besonders bei Philosophie, Sozial- und Geisteswissenschaften) marxistisch gewordenen Universität herrschte. Die Nachwirkungen dieser Herrschaft sind an der Berliner „Freien Universität“ bis heute prägend, und gelegentlich kann einer sogar Sehnsucht nach den alten Zeiten verspüren, als die „linke“ Einstellung noch deutliche, auch philosophisch artikulierte Konturen hatte mit dem harten Kern eines dogmatischen Marxismus inmitten – als „links“ also noch mehr bedeutete als die vage Parteilichkeit für die Frauen, die Juden, die Ausländer, die Homosexuellen, für „Multikulturalität“ und Kosmopolitismus, gegen das Nationale, das unter pauschalem Faschismusverdacht steht. Andererseits versteht Verfasser auch den Zorn, der Volker Gerhardt packt angesichts eines zähen Breis abgestandener DDR-Gesinnung, der irgendwie restmarxistisch fortvegetiert, aber selber nicht recht weiß, wie und warum. Indem Schneider dergleichen gegen Abwicklung zu verteidigen scheint, werden seine Intentionen unklar.

⁷ S.o. Anm. 2.

4

Damit in Sachen Marxismus nicht das Kind mit dem Bade ausgeschüttet wird, ist ein konkreterer Zugriff erforderlich, konkreter als in abgehobener, steriler Zunftphilosophie und mit denjenigen sozial- und politikphilosophischen Perspektiven, die Schneider nur postuliert. Man darf den Aspekt Machtpolitik nicht vergessen, wenn man fragt: Worum handelte es sich bei der DDR-Philosophie? Denn der Weltbürgerkrieg der Ideologien ist bekanntlich („bekannt“ und „erkannt“ sind bekanntlich zweierlei) nach dem 2. Weltkrieg in den Kalten Krieg zweier großer Machtblöcke übergegangen. Die DDR-Philosophie war kein genuiner, selbständiger Marxismus in dessen Ursprungsland und in der über Hegel vermittelten großen Tradition politischer Philosophie Europas. Sie war die Satellitenphilosophie eines Satellitenstaates, eingerichtet von der östlichen Siegermacht des 2. Weltkriegs. Mit diesem Staat zusammen ist sie genau in dem Moment untergegangen, als die sowjetrussische Macht sich zurückzog. Staatschef Honecker hat diese Bedeutung militärisch garantierter Macht für seinen Sekundärstaat ganz richtig gesehen, ohne freilich die Notwendigkeit und die positiven Aspekte der Entwicklung zu erfassen. Aus seiner Perspektive war Gorbatschows Politik Verrat an der DDR.

Was von der DDR-Philosophie als westlichstem Vorposten einer imperialen Ideologie nicht reflektiert werden durfte, war der entscheidende Umstand, daß der marxistische Sozialismus als eine internationale Bewegung und Menschheitsideologie in der Konstellation des Kalten Krieges längst sich selbst untreu geworden, zu sich selbst in Widerspruch geraten war. Stalins These vom „Sozialismus in einem Lande“, also in der unter russischer Vorherrschaft stehenden UdSSR, war das Ende des internationalen Sozialismus/Kommunismus, zumindest in Europa. Die sowjetrussische Expansion nach Westen mit Westverschiebung Polens tat ein übriges. Diese ganze Vergewaltigungspolitik (beim Einmarsch der Roten Armee in Deutschland auch sexuell praktiziert) war marxistisch nicht zu rechtfertigen. Da war zuviel, worüber man dort nicht reden durfte. Marx selber war ja schon mißtrauisch gegen russische Machtpolitik gewesen. Doch konnte er nicht vorausahnen, welche fatale Ehe „orientalischer Despotismus“⁸ und „Diktatur des Proletariats“ in der Mitte des 20. Jahrhunderts eingehen würden. Aus dem International-Sozialismus wurde ein imperialer National-Sozialismus mit ähnlichen Zügen innenpolitischer Gewaltherrschaft und vielen außenpolitischen Querverbindungen zwischen Hitler und Stalin ein-

⁸ Vgl. K. A. Wittfogel: Die orientalische Despotie (aus dem Amerikanischen), Köln/Berlin 1962.

schließlich anfänglicher Komplizenschaft bei der Aufteilung Europas. Der Marxismus als Gesellschaftsideologie, als ubiquitäre Befreiungsutopie der Arbeiterklasse und aller unterdrückten Völker und Menschen, die nicht bloß den Nationalstaat, sondern alle Staatlichkeit glaubte überwinden zu können (Lenins „Absterben des Staates“), geriet damit ins Zwielficht. Darüber jedoch war im Osten keine Diskussion möglich. Den Imperialismus suchte und fand man nur auf der anderen Seite, bei den kapitalistisch/liberalistischen Staaten unter Führung der USA.

Was war unter diesen Bedingungen die DDR-Philosophie, was konnte sie nur sein? Sie war Marxismus in einer spätsozialistischen, staatlich reglementierten, zudem satellitenhaften Form. Nach dieser Feststellung scheint man ihr keine Ehre geben, noch philosophische Substanz zuerkennen zu können. Allenfalls kann man ihren Dogmatismus und ihre formelhafte Erstarrung entschuldigen mit dem imperialen Druck, unter dem sie stand, und kann nach freieren Regungen suchen, die sich trotzdem hier und da zeigten, etwa in einer Kultur der Anspielungen und Auslassungen (so Schneider). Doch auch als Spät- und Verfallsform stand die DDR-Philosophie auf dem Boden des marxistischen Sozialismus, der bis zu seinem doch ziemlich überraschenden Zusammenbruch als die große Alternative zum westlichen Liberalismus/Kapitalismus galt.

Von der nach ihrem Selbstverständnis „freien“ Welt wurde diese konkurrierende Alternative als unfrei abgelehnt, und dafür gab es viele gute, ja handfeste Gründe bis hin zu jenem „antifaschistischen Schutzwall“, der in Wahrheit eine toddrohende Gefängnismauer war, welche die eigenen Bürger an der massenhaft gewünschten Emigration hinderte. Man kann jedoch überhaupt nicht begreifen, wie es zu dieser Konfrontation zweier Großideologien, Gesellschaftssysteme, Machtblöcke gekommen ist, wenn man nicht auch die westliche Seite der Sache näher betrachtet, vor allem ihr Selbstverständnis als freiheitlich und die konkrete Ausgestaltung dieser Freiheit in Theorie, Propaganda und Praxis. Denn auch bei diesem Zentrum westlicher Ideologie (im neutralen Sinne dieses Wortes) gibt es eine formelhafte Erstarrung, welche genau die Probleme verdeckt, die ursprünglich zur Entstehung der sozialistischen Alternativen geführt haben. Wie kann man den Vorgang verstehen, ohne über *Freiheit* zu reden, speziell über das liberalistische Verständnis von Freiheit und damit zugleich über mögliche liberalistische Ursachen des Sozialismus? Denn aus der Hegel-Marx'schen Kritik liberalistischer Freiheit, aus Hegels Interpretation der „bürgerlichen Gesellschaft“ als „System der Bedürfnisse“ und als „Kampf-

platz des individuellen Privatinteresses aller gegen alle”,⁹ ist die marxistisch-sozialistische Alternative hervorgegangen. Das bisherige Schweigen der deutschen Philosophen zu diesem entscheidenden Punkt (eine Ausnahme stellt vor allem der – ins Abseits gedrängte – Günter Rohrmoser dar),¹⁰ ihre Unfähigkeit, den jetzigen Sieg des Liberalismus in der Konkurrenz der Ideologien und Systeme als eine zwar notwendige und begrüßenswerte, doch keineswegs endgeschichtlich befriedigende Etappe zu begreifen, ist schlechthin beunruhigend.

„Der Sozialismus siegt”, war eine der Parolen, die in der DDR auf Schildern und Spruchbändern überall begegneten. Gegen Ende dieses Staates hatte ein DDR-Bürger mit Sinn für die Ironie der Geschichte ein solches Schild in Magdeburg, wo der Zug von Berlin nach Westdeutschland auf den schlechten Gleisen ganz langsam fahren mußte, so an eine Mauer gelehnt, daß die Reisenden es in aller Ruhe studieren konnten. – Der Sozialismus hat also nicht gesiegt, sondern der Liberalismus, der schon dem Namen nach Freiheit verheißt. Und seitdem kann man aus der welthistorisch siegreichen Position heraus die unterlegene von ihren philosophischen Anfängen bis zu ihren heutigen Resten bequem verurteilen. Man kann vom ungunstigen Einfluß Hegels auf Marx in der Frage der Menschenrechte reden und kann die liberalismuskritische Bewegung des *Kommunitarismus*, die neuerdings – unter Bezugnahme auf Hegel¹¹ – innerhalb des angelsächsischen Liberalismus selbst aufgebrochen ist, mit den alten *kommunistischen* Verheißungen in Verbindung bringen und dadurch diskreditieren.¹² Wissenschaftlich verantwortungsvoller wäre es freilich, näher zuzusehen, was Marx an den Menschenrechten, so wie sie damals in Nordamerika und Frankreich verstanden worden waren, kritisiert: daß sie nämlich die Menschen vor allem als egoistische Atome sichern. Und philosophischer wäre es, Hegels (ähnlich schon Hobbes’) Warnung in Sachen

⁹ Rechtsphilosophie §188ff. und §289.

¹⁰ G. Rohrmoser: Der Ernstfall, Berlin/Frankfurt a. M. 1995.

¹¹ So gibt es offenbar einen Zusammenhang zwischen Charles Taylors Beschäftigung mit Hegel und seiner Kritik des neuzeitlichen Individualismus und der negativen Freiheit. Vgl. von diesem Autor: Negative Freiheit? (aus dem Englischen), Frankfurt a. M. 1988; Hegel (aus dem Englischen), Frankfurt a. M. 1978; Hegel and Modern Society, Cambridge 1979. Platt im Vergleich zur Hegelschen Vieldimensionalität des Freiheitsbegriffes I. Berlin: Freiheit (aus dem Englischen), Frankfurt a. M. 1995. Er geht nicht ein auf das einfache und im Grunde altbekannte Problem, das mit Freiheit als „tun, was man will” und einer dafür „offenen Gesellschaft” verbunden ist. Denn der Mensch kann alles Mögliche und Unmögliche wollen und seine Rationalität für diesen ganz unbestimmten Zweck instrumentalisieren.

¹² V. Gerhardt, op. cit. 6.

Freiheit zu beherzigen: „daß sie ein unendlich vieldeutiges Wort ist, daß sie, indem sie das Höchste ist, unendlich viele Mißverständnisse, Verwirrungen, Irrtümer mit sich führt und alle möglichen Ausschweifungen in sich begreift”.¹³

Nicolás Gómez Dávila, ein neuerer Liberalismuskritischer Philosoph, schreibt in diesem Sinne sehr plausibel: „Die Freiheit verdient lediglich den Respekt, den die Tätigkeit verdient, in die sie mündet”. Und welches die Haupttätigkeit in der modernen liberalistischen Gesellschaft als System der menschenrechtlich garantierten Bedürfnisse ist, spricht er sicher übertreibend, aber tendenziell richtig an, wenn er sagt: „Von den ‘Menschenrechten’ verteidigt der moderne Liberalismus schon nur mehr das Recht auf Konsum”.¹⁴

Denn wenn die groben Formen von Menschenrechtsverletzungen beseitigt oder zumindest unter Strafe gestellt sind, geht es in der modernen Gesellschaft primär um eines: formal um das Recht auf Konsum für alle, inhaltlich um die Verteilung der Beute aus wissenschaftlich-technisch-ökonomischer Naturbeherrschung. Und darum ging es auch schon Marx, nämlich um die Gefahr, daß in der liberalistisch/kapitalistischen Gesellschaft die zu immer mehr Konsum unendlich offene Bedürfnisnatur des Menschen, also „die Naturnotwendigkeit, das Bedürfnis und das Privatinteresse, die Konservation ihres [der Individuen] Eigentums und ihrer egoistischen Person”, zum *einzigsten Band* wird, das die Gesellschaft zusammenhält¹⁵ – einem Band, das auch reißen kann, wenn die stets wachsenden Ansprüche, aus welchem Grund auch immer, nicht wachsend befriedigt werden können.¹⁶

Bei den Philosophen, bei denen sich die allgemeinen Trends zwar marginal, aber umso typischer ausprägen, ist das Band fast ganz gerissen. Ihre

¹³ Hegel: Die Vernunft in der Geschichte, ed. J. Hoffmeister, Hamburg 1955, 63. „But it is an easy thing, for men to be deceived, by the specious name of Libertie”, sagt Hobbes (Leviathan, Kap. XXI).

¹⁴ N. Gómez Dávila: Auf verlorenem Posten (aus dem Spanischen), Wien 1992, 72; ders.: Einsamkeiten, Wien 1987, 151 – dazu die Rezension vom Verf. in: *Philosophische Rundschau* 36, 1989, 150-155.

¹⁵ K. Marx: Die Frühschriften, ed. S. Landshut, Stuttgart 1953, 194. Ähnlich heißt es im „Kommunistischen Manifest”, die Bourgeoisie habe „kein anderes Band zwischen Mensch und Mensch übriggelassen, als das nackte Interesse” (ebd. 528). A.a.O. über die bourgeoise Gesellschaft: „Jeder Mensch spekuliert darauf, dem anderen ein neues Bedürfnis zu schaffen, um ihn zu einem neuen Opfer zu zwingen, um ihn in eine neue Abhängigkeit zu versetzen” (254).

¹⁶ Auch dazu Rohrmoser, op. cit., Anm. 10 sowie Botho Strauß: Anschwellender Bocksgesang, in: Die selbstbewußte Nation, ed. H. Schwilk/U. Schacht, Berlin ³1995, 19-40.

fast perfekte Kommunikationslosigkeit untereinander und mit der umgebenden Gesellschaft folgt mit Notwendigkeit aus dem Vorrang der Karriererücksichten unter den Bedingungen äußerster Stellenknappheit. Dazu Schneider über die „Professionalisierung“ der Philosophie in der DDR, wo sie aber als Staatsideologie üppig gefördert, wenn auch zugleich streng reglementiert wurde. Eine unter Knappheitsbedingungen zur Stromlinienform professionalisierte Philosophie lernten die Ostphilosophen erst nach der Wende näher kennen, als sie von einer solchen ersetzt wurden. In Anpassung an den allgemeinen Gesellschaftsfortschritt in Richtung zunehmender Professionalisierung und Funktionalisierung ist die Westphilosophie moderner und das heißt: fortgeschrittener in Richtung „Konzentration der individuellen Kommunikationskompetenz auf wenig mehr als das für die Karriere notwendige Maß“.¹⁷ Ihre Artikulationsformen sind, wie Schneider zutreffend sagt, vor allem Fachorgane, welche fast nur die zu Lesern haben, die in ihnen schreiben, und (so wäre zu ergänzen) Fachkongresse, wo es ebenfalls primär auf Selbstdarstellung und Kontaktaufnahme zu Karrierezwecken ankommt, während dazu in der Presse zutreffend bemerkt wird, daß die Denker abgedankt haben.

Die westliche Seite der Sache muß noch näher betrachtet werden. Zunächst weiter zur östlichen: Von ihrem Kern, dem Marxismus, wäre nach dem hier gesagten nur etwas zu retten, wenn man zuvor anerkennen würde, um was für eine heruntergekommene Form von Marxismus es sich bei der Staatsideologie des Sowjetimperiums gehandelt hat. Weiter wäre zu akzeptieren, daß speziell die DDR-Philosophie davon nur der westliche Frontposten war. So allein wird der Blick frei für die ursprüngliche Bedeutung des marxistischen Sozialismus, die seine geschichtliche Wirksamkeit über Jahrzehnte hin erklärt. Dieser Sozialismus hatte offenbar seinen Sinn darin, daß er eine treffende Kritik des Liberalismus war sowie der Versuch, zu ihm eine Alternative zu entwickeln. Dieser Versuch ist überzeugend gescheitert, doch ist damit die Kritik erledigt?

5

Drei Hauptpunkte sind auszumachen, wenn man Marxsche Kritik aufs Prinzipielle zurückführt und sie damit von ihrer marxistischen Versteinigung erlöst:¹⁸

¹⁷ U. J. Schneider, op. cit., 156 f.

¹⁸ Zum folgenden vom Verf.: Thesen über Marx und die Wende, in: *DZfP* 39, 1991, 705-725; Ein möglicher Sinn der Rede von Postmoderne im Spannungsfeld zwischen Technologie und Ökologie, in: *Technologisches Zeitalter oder Postmoderne?*, ed. W. Zimmerli, München 1988, 88-110.

1. Marx betont (überbetont?) den Aspekt der materiellen, ökonomischen Bedingtheit – jedoch mit dem Ziel, diese Bedingungen menschlichen Lebens in den Griff zu bekommen, damit sie nicht die ganze Gesellschaft primär bestimmen wie im Liberalismus/Kapitalismus.
2. Dieser wird kritisiert als ein chaotisches Wuchern der Bedürfnisse der Individuen in Konkurrenz untereinander. Dadurch werden die menschlichen Triebkräfte so zugerichtet, daß sie den Motor abgeben für einen zum uferlos expansiven Selbstlauf losgelassenen Prozeß der Produktion und Konsumtion.¹⁹
3. Der liberalistische Mangel an Gemeinsinn und damit an vernünftiger Kultur der Bedürfnisse führt zu einer Spaltung der Gesellschaft in Atome und darüber hinaus auch zu einer Spaltung dieser Atome zwecks Freisetzung ihrer pleonektischen Kräfte. Die Gesellschaft als System der Bedürfnisse wird in totaler Mobilmachung²⁰ die immer hektischere Vernetzung dieser Partialtriebe, in die sich die immer individualistischeren Individuen auflösen. Die zwischenmenschlichen Verhältnisse tendieren so zu kommunikationsloser Kälte (mit allerlei elektronischem und massenmedialem Ersatz sowie Gemeinschaftssuche bei Sekten), und der gesellschaftliche Stoffwechsel mit der Natur wird ruiniert. Es gibt bei Marx Ansätze zum Verständnis materieller als ökologischer Bedingtheit.

Wenn man den Marxismus so auffaßt, führt man ihn zurück auf seinen ursprünglichen, vernünftig-kritischen Kern. Man aktualisiert ihn, während man ihn zugleich von seinen überschwenglich utopischen Momenten reinigt. Der Gegensatz, in dem er als Sozialismus oder Kommunismus (Betonung des *bonum commune*, des *koinón*, des Gemeinsamen, Gemeinschaftlichen) zum Liberalismus mit seiner Tendenz zur Atomisierung steht, wird deutlich, während zugleich die Züge des Marxismus hervortreten, die ihn mit dem Liberalismus verbinden, nämlich die technochiliastischen. Wie Hans Jonas gesehen hat, wird im Marxismus zur expliziten Utopie, was im Liberalismus eine implizite ist: das ursprünglich Baconsche Programm einer endgeschichtlich befriedigten Gesellschaft auf der Basis perfekter wissenschaftlich-technisch-ökonomischer Naturbeherr-

¹⁹ Dazu neuerdings der Technikphilosoph G. Ropohl: Die Dynamik der Technik und die Trägheit der Vernunft, in: Neue Realitäten – Herausforderung der Philosophie, ed. H. Lenk/H. Poser, Berlin 1994, 102-119.

²⁰ Zu diesem Begriff oder Komplex bei Ernst Jünger und Martin Heidegger vom Verf.: Das eigentlich Anstößige an Heideggers Technikphilosophie, in: Heidegger. Technik – Ethik – Politik, ed. R. Margreiter/K. Leidlmair, Würzburg 1991, 25-35.

schung.²¹ Der Marxismus verspricht in diesem Sinne das Reich der Freiheit *nach* einer totalen Umorganisation des Reiches der Notwendigkeit, der Arbeit, der Produktionsverhältnisse. Und dazu sind nach ihm – leider – zunächst einmal revolutionäre Gewalt und staatlicher Zwang bis hin zur Gängelung von Kunst und Philosophie nötig. Zur Herbeiführung der Zustände, die schließlich die Abschaffung des Staates ermöglichen soll, bedarf es vorerst eines besonders starken und allgegenwärtigen (Stasi!) Staates.

Dieser tückischen Weg-Ziel-Dialektik, die völlig offen läßt, wann das endgeschichtliche Heil beginnt, entgeht der Liberalismus, indem er realistischer, pragmatischer, effizienter, gegenwärtiger ist auf der Linie einer Karl Popperschen Strategie der kleinen Schritte. So kann er sagen: *paradise now* – Freiheit gibt es jetzt schon nach der Formel: Technik und Demokratie. Das heißt: Alle oder die meisten bestimmen – *im Rahmen* einer repräsentativen und Parteien-Demokratie und einer angeblich offenen Öffentlichkeit – mit bei der Verteilung der wissenschaftlich-technisch-industriell rasant fortschrittlich produzierten Güter. Der Liberalismus beansprucht, nach Möglichkeit das schon gegenwärtig zu realisieren, was Friedrich Engels als Ideal vorschwebte, nämlich die Ersetzung jeder Herrschaft von Menschen über Menschen durch die Verwaltung von Sachen. Er realisiert – *soweit möglich* – Selbstbestimmung und Mitbestimmung aller, ist als technisch und sozialtechnisch höchst potente Demokratie das System, in dem WIR – idealerweise – gemeinsam überlegen und diskutieren, „wie wir leben möchten, wenn wir im Hinblick auf gemeinsame Potentiale herausfänden, wie wir leben könnten“.²²

Die Konjunktive in dieser Formulierung repräsentieren die Reste Kritischer Theorie, d.h. auch marxistisch kritischer Theorie, bei Habermas. Denn der Marxismus weist im Anschluß an Hegel auf den wunden Punkt, daß jenes WIR faktisch dazu tendiert, in Atome auseinanderzufallen. Und eine von Max Weber ausgehende Liberalismuskritik könnte außerdem geltend machen, daß die Atome sich faktisch nicht *kommunikativ* koordinieren, sondern durch technische Beherrschung auch menschlicher Natur, also *sozialtechnisch*, koordiniert werden, sich weniger demokratisch selbst bestimmen als vielmehr technokratisch/bürokratisch bestimmt werden. Der Übergang von der Herrschaft über Menschen zur Verwaltung von Sachen kann bedeuten, daß dann die Menschen wie Sachen mit verwaltet werden:

²¹ H. Jonas: Das Prinzip Verantwortung. Versuch einer Ethik für die technologische Zivilisation, Frankfurt a. M. 1979.

²² J. Habermas: Technik und Wissenschaft als 'Ideologie', Frankfurt a. M. 1968, 100.

die als „verwaltete Welt“ angewandte Aufklärung, wie die ursprüngliche Frankfurter Schule diagnostizierte. Gegen Horkheimer/Adornos Dialektik der Aufklärung und Dialektik von Freiheit und Gleichheit vertritt Habermas die unkritische Theorie einer liberalismusedogmatischen Neoaufklärung.²³

6

Der Marxismus hat eine kritische und eine utopische Seite, und die Maßstäbe seiner Kritik stammen nicht bloß aus der Utopie, sondern auch aus realistischer Erfassung der Probleme, aus konkreter Negation wirklicher Negativität, d.h. wirklicher Gefahren und Mißstände der modernen Gesellschaft. Indem man diese kritische Seite betont und sie gegen die utopische Seite sowohl des Marxismus wie des Liberalismus ausspielt, kann man urteilen: Es besteht ein Zusammenhang zwischen Utopismus und Dogmatismus. Die Überschwenglichkeit der neuzeitlichen Utopie, also des Traums von einer Menschheit als endgeschichtlicher Brüder- und Schwesterngemeinde der Freien und Gleichen auf der Basis perfekter, d.h. faktisch unendlich progressiver Bedürfnisbefriedigung durch technisch-ökonomische Naturbeherrschung, macht sowohl den Sozialismus wie den Liberalismus in der Theorie dogmatisch und in der Praxis totalitär. Dabei ist die liberalistische Form des Selben, falls sie nicht aus sich heraus Gegenkräfte entwickelt, längerfristig sogar die gefährlichere, da ihre vielen kleinen Schritte in dieselbe Richtung im Endeffekt einen ganz großen Schritt ergeben. Sie ist gefährlicher, weil sie technisch-ökonomisch pragmatischer und effizienter ist sowie attraktiver in Sachen Freiheit, zumal Konsumfreiheit. Sie gewährt erfolgreich gegenwärtige Möglichkeiten als Köder für immer mehr. An sich jedoch, d.h. solange die Tabus der *political correctness* nicht alle kitzligen Probleme zudecken, ist westlicher Liberalismus auch freier im Punkte Kritik und Selbstkritik unter Einbeziehung marxistischer Ansätze, und darin liegt (ein bißchen) Hoffnung.

Darum denn auch hier die selbstkritisch gemeinte Feststellung, daß dem Liberalismus und marxistischen Sozialismus bei allen Unterschieden der Verwirklichungsversuche dieselbe Utopie zu Grunde liegt. Aus genau diesem Grunde waren sie ja welthistorische Konkurrenten, bis der Liberalismus dank größerer Effizienz siegte, nicht zuletzt im Rüstungswettkampf durch das ungeheuer aufwendige Totrüstungen des Gegners. Ausschlaggebend war jedoch, darin hat Volker Gerhardt sicher recht, daß sich der Libera-

²³ Vgl. Verf.: Nietzsche und die Kritische Theorie, in: Nietzsche-Studien 10/11, 1981/1982, 34-79; Bemerkungen über Habermas, in: Konturen des Gemeinsinns, ed. S. Lahrem/O. Weißbach, Berlin 1995, 143-155.

lismus/Kapitalismus im Wettstreit der Systeme als potenter erwiesen hat bei der Erzeugung von Massenwohlstand (zumindest in Form einer Zweidrittelgesellschaft) und daß er tatsächlich mehr individuelle Freiheit gewährt. Die Antriebe der einzelnen und Gruppen werden zu partikularer, privategoistischer Betätigung freigegeben, werden staatlich und (und erst recht kirchlich) nicht direkt gegängelt – außer durch jene finanz-, verwaltungs- und rechtstechnische Bürokratie, deren prinzipielle Notwendigkeit fast jeder, wenn auch zähneknirschend einsieht, da ja kontrolliert und gesichert werden muß, daß alle möglichst gleich zu ihrem guten Recht kommen.²⁴

In dieser Hinsicht ist Adam Smiths unsichtbar koordinierende Hand in der modernen Gesellschaft durchaus sichtbar geworden, während man andererseits auf hochtechnologisch vermittelte „Selbstorganisation“ vertraut. Dank moderner Computertechnik, so hofft man, organisieren sich die Privategoisten in Produktion und Konsum besser denn je zu einem globalen Wirtschaftsmotor. Einige halten bereits die weltweite elektronische Vernetzung – und zwar nicht bloß im Ökonomischen, sondern allumfassend – für die als autopoietisches System machbar oder vielmehr machend gewordene kosmische Weisheit, von der die alten Philosophen nur erst träumen konnten. Das ist die neueste, nach-geschichtlich, über-menschlich, rein systemisch und dadurch endlich (scheinbar) zuverlässig gewordene Verwirklichung der nach Jonas dem Liberalismus impliziten technologischen Utopie. Das Autonomieideal der Aufklärung wäre damit nicht abgeschafft, sondern überboten durch die Autonomie transhuman weiser Systeme. Und wenn man ihrer überlegenen Vernunft doch mißtrauen sollte, kann man ja postulieren, selbst sie in einen idealen Diskurs aller mit allen als Grundlage demokratischer Willensbildung einzuholen (so Habermas kontra Luhmann²⁵).

Ob das nun möglich ist, oder nicht, jedenfalls scheint die Geschichte mit dem Sieg des Liberalismus entweder in seiner systemtheoretischen oder seiner kommunikationstheoretischen Interpretation (Kommunikationstheorie als Kommunikationsersatz) in wesentlicher Hinsicht an ihr

²⁴ Schon Tocqueville überlegte, „unter welchen neuen Merkmalen der Despotismus“ in der demokratischen Gesellschaft auftreten könnte. Er legt dar, wie sie auf rein Sicherheits-funktionale Weise zu einer gewaltigen, bevormundenden Macht werden könnte und schließt: „Jeder duldet, daß man ihn fessle, weil er sieht, daß weder ein Mann noch eine Klasse, sondern das Volk selbst das Ende der Kette in Händen hält“ (A. de Tocqueville: Über die Demokratie in Amerika [aus dem Französischen], München 1976, 814 f.).

²⁵ Ein wesentlicher Strang Habermasscher Auseinandersetzung seit J. Habermas/N. Luhmann: Theorie der Gesellschaft oder Sozialtechnologie – Was leistet die Systemforschung?, Frankfurt a. M. 1971.

Ziel gekommen zu sein. Diese Überzeugung gehört verbreitet zum westlichen Selbstbewußtsein unter USAnisch-selbstbewußter Führung. Francis Fukuyama hat ihm Ausdruck verliehen, doch nahm man ihm übel, zu naiv-direkt gesprochen zu haben, und diese Position auch dadurch angreifbar gemacht zu haben, daß er sie ungewollt als (pervertierten) Hegelianismus bloßstellte.²⁶ Pervertiert deswegen, weil man nach Hegel nur geschichtlich rückblickend begreifen kann, was der „Weltgeist“ als „Fortschritt im Bewußtsein der Freiheit“ gewollt hat. Hegel betont in seiner Geschichtsphilosophie, daß die Staaten *nicht* unter Berufung auf das Recht des Weltgeistes Politik machen dürfen. Aus Geschichtsphilosophie sind keine politischen Handlungsrezepte ableitbar. Ihre empirische Grundlage ist die bisherige Geschichte, vor Aussagen über die Zukunft muß sie sich hüten.²⁷

Marxismus, politisch verkörpert im sowjetrussischen Imperium, und Liberalismus, verkörpert im nunmehr alleinigen moralisch-politisch-ökonomischen sowie (multi)kulturellen Führungsanspruch der USA sind, von Hegel her gesehen, gleichermaßen verwerfliche Versuche, *absolute Politik* zu treiben, nämlich im Namen des Weltgeistes als dessen Geschäftsführer, wobei freilich der Hegelsche, immer auch religiöse Geist, nach (*post*) ihm zum technisch-demokratisch-moralischen Fortschritt der Menschheit säkularisiert worden ist. Ein ursprünglich verstandener und zeitgemäß angewandter Marxismus kann in Verbindung mit einem entsprechenden Hegelianismus dazu beitragen, den Pferdefuß dieser schönen neuen Welt zu erkennen, ihre universalistisch-moralistische Heuchelei und zunächst verdeckte Dialektik, die dann zu plötzlichen Umschlägen ins Gegenteil führt. So kann man es auch für eine hohe Weisheit der Geschichte ansehen (der Geschichte nicht als System, sondern als Dialektik mit überraschenden

²⁶ F. Fukuyama: Das Ende der Geschichte?, in: *Europäische Rundschau* 17, H. 4, 1989, 3-25; ders.: Das Ende der Geschichte (aus dem Amerikanischen), München 1992; vgl. T.H. von Laue: *The World Revolution of Westernization*, New York/ Oxford 1987.

²⁷ Hegel sagt: „... daß wir die Prinzipien, die in den Verhältnissen der Staaten gelten, unterscheiden von dem Prinzip, das sich in ihren Verhältnissen in der Weltgeschichte geltend macht. Da gilt nur das Recht des absoluten Geistes und können nur Verhältnisse in Betracht kommen, die ein höheres Prinzip des Geistes geltend machen. *Aber auf dies Recht kann sich kein Staat berufen*“ (Die Vernunft in der Geschichte, op. cit., 147 – Herv. R.M.). Und im Blick auf Amerika: „als ein Land der Zukunft geht es uns überhaupt nichts an. Der Philosoph hat es nicht mit dem Prophezeien zu tun. Wir haben es nach der Seite der Geschichte vielmehr mit dem zu tun, was gewesen ist und mit dem, was ist“ (ebd. 210). Aus demselben Grund will er nichts sagen über die mögliche künftige Bedeutung der slawischen Völker (Vorlesungen über die Philosophie der Geschichte, Frankfurt a. M. 1970, 422).

Wendungen), daß aus dem angeblich menscheitsuniversalen marxistischen Sozialismus dank Stalin ein national-imperialer Sozialismus wurde.

Das intendierte Universale und angemäßt Endgeschichtliche kann eben nur auftreten in jeweils konkreten, besonderen, beschränkten und damit immer auch problematischen Gestalten, und diese haben bis auf weiteres nationalen Charakter. Ihr Universalitätsanspruch ist ebenso richtig wie falsch, und als endgeschichtlicher Menschheitsbeglückungsanspruch auf jeden Fall Hybris. Der Liberalismus in seiner gegenwärtigen, am USAnischen Vorbild orientierten Form ist nicht die endgeschichtliche Wahrheit als prinzipiell realisierte Freiheit, wie der Name „Liberalismus“ suggeriert, sondern er ist eine derzeit (noch) in Blüte stehende Gestalt der Freiheit mit ihren Stärken und Schwächen. Und das ist der tiefere, geschichtsphilosophisch zu erschließende Grund dafür, daß man sich bei der leider notwendigen Abwicklung der DDR-Philosophie nicht aufs hohe Siegerpferd setzen sollte. Das Abzuwickelnde war die satellitenhafte Spätform einer zu ihrer Blütezeit welthistorisch bedeutsamen Ideologie – aus teilweise guten und jedenfalls nachvollziehbaren Gründen bedeutsam. Doch was ist das Abwickelnde? Schneider weiterführend kann man sagen: Es ist etwas Ähnliches und in wichtigen Aspekten nicht besser. Die von Schneider angesprochene Mangelhaftigkeit der nun nach Osten ausgedehnten westdeutschen Philosophie, die nur ein Teilaspekt der problematischen Ostausdehnung einer maroden Hochschulbildung ist, könnte damit zusammenhängen.

Übers Hochschulsystem wird zu sprechen sein. Was seinen philosophischen Sektor angeht, so ergeben sich interessante Perspektiven, wenn man ihn in Analogie zur DDR-Philosophie betrachtet. Die BRD-Philosophie, die jetzt die DDR-Philosophie ersetzt hat, ist demnach zu großen Teilen – westlicher Pluralismus läßt freilich größere Abweichungen und Nischen zu als östlicher Sozialismus – auch nur die satellitenhafte Form einer Ideologie mit welthistorischem Universalitätsanspruch, nämlich des westlichen, am Vorbild USA orientierten, Liberalismus. Diesem entspricht im Politisch-Ökonomischen sowie im Kulturellen zwar kein offener und despotischer Imperialismus, doch gewisse imperiale Züge sind unverkennbar, zumal im modernsten, mächtigsten, massenmedialen Bereich der Propaganda für eine bestimmte Lebensform. So kann man besonders im Blick auf Deutschland fragen, ob nicht die nun nach Osten erweiterte BRD in analogem (also liberalistisch gemildertem) Sinne eine Kolonie der USA ist, wie die DDR eine Kolonie der UdSSR war. Von daher läßt sich dann auch die Abwicklung einer Form von satellitenhafter Duckmäuser- und Karrieristenphilosophie durch eine andere erklären.

Ihre westliche Ausprägung gehorcht ebenso wie die untergegangene östliche einer weltanschaulichen Generallinie, die jedoch teils durch pluralistische Faktizität aufgelockert, teils durch pluralistische Ideologie in ihrer Uniformität verschleiert ist. Auch praktiziert sie noch andere Immunisierungsstrategien, indem etwa in der Analytischen Philosophie (die nicht zufällig, von Wien ausgehend, die angelsächsische Welt erobert hat) die Philosophie eine so abstrakte Form bekommt, daß über entscheidende praktische Probleme gar nicht mehr gesprochen werden kann. „Wovon man nicht sprechen kann, darüber muß man schweigen“, heißt es am Schluß von Ludwig Wittgensteins „Tractatus Logico-Philosophicus“. Und seitdem hat die westliche Philosophie in der Tat weithin eine Form angenommen, in der sie über kaum noch etwas reden kann als über logisch-semantiche Probleme. Und die andere Form, die zum Schweigen verurteilt, ist die bloß oder vorwiegend museale Beschäftigung der Philosophie mit ihrer eigenen Geschichte, die so zu einer toten Vergangenheit wird. Das Schweigen der Philosophen wird damit strukturell und institutionell verankert, so daß Tabuverletzungen durch die Anwendung einfacher Zunftkriterien verhindert werden können. Im ganzen dürfte Gómez Dávila recht haben, wenn er sagt: „Die zeitgenössischen Philosophen leben unter mehr Tabus als die primitiven Zauberer“.²⁸

7

Daß freilich eine solche Sicht der Dinge eine provozierende Übertreibung realer Tendenzen ist, sieht man daran, daß diese Mauer des Schweigens auch durchbrochen werden kann. Man sieht es an eben der jetzigen Diskussion um die mutigen Schneider-Thesen. Hier bewährt sich das liberale Ethos der freien Meinungsäußerung und demonstriert seine in der Tat vorhandene Überlegenheit gegenüber realsozialistischer Reglementierung. Und auch über diesen Fall hinaus könnte sich zeigen, daß die deutsche und europäische Philosophie doch mehr ist als „continental philosophy“ in einem vorwiegend musealen Sinne, nämlich skeptisch-realistisches Begreifen dessen, was ist. Zu seiner Realisierung kann man zum Beispiel Hegel und Marx zeitgemäß weiterdenken und mit neueren Philosophen wie Nietzsche, Heidegger, Horkheimer, Adorno, Gehlen, Jonas in Verbindung bringen – damit Philosophie bleibt, was sie in ihrer großen Form nicht nur bei Hegel war: Erfassung ihrer Zeit in Gedanken, die immer auch kritische Gedanken sind.

²⁸ Auf verlorenem Posten, op. cit. Anm. 14, 73.

Und solche Kritik und Selbstkritik hat sich auch schon gleich anfangs gezeigt anlässlich der gegenwärtigen Ausdehnung des westdeutschen Hochschulwesens auf die ehemalige DDR, und zwar nicht bloß bezüglich des Faches Philosophie. Nach einem Aufsatz des Philosophen Dieter Henrich, der bald nach der Wende erschienen ist,²⁹ wäre eine Neubesinnung und wirkliche Reform des Hochschulwesens nötig gewesen, bevor man das westdeutsche nach Osten erweitert. Andernfalls bestehe die Gefahr, daß nichts herauskommt „als nur ein Umbau der ostdeutschen Hochschulen nach dem im Westen nun schon seit Jahrzehnten verfallenden und viel kritisierten Muster“ (1239). Diese Neubesinnung jedoch hat nicht stattgefunden, wie man nun feststellen kann. Die „Zweit- oder Drittrangigkeit des Systems der höheren Bildung in diesem Lande, an dem sich einmal die Welt orientiert hat“ (1255), etabliert sich weiter. Der Schaden, der nach Henrich notwendig entsteht, wenn ein Volk und ein Staat „in Fragen des Ranges und der Anlage ihrer höchsten Bildungsanstalten zu Hilflosigkeit, Resignation und bloßen Scheinhandlungen tendieren“ (1254), breitet sich weiter aus.

Die ehemalige Vorbildlichkeit des deutschen Systems der höheren Bildung ist mit dem Namen Humboldt verknüpft. Und klar ist, daß die Humboldtsche Universität ein kostbares Gefäß ist, daß bei Überfüllung zerbricht. Was nach Henrich nicht ernsthaft in Angriff genommen wird, ist die zeitgemäße, die Massen *gliedernde* Umorganisation der deutschen Hochschulen, damit sie ihre – nach Humboldt – dreifache Aufgabe der Bildung, Berufsvorbereitung, Forschung erfüllen können. Unter modernen Massenbedingungen ist dazu erforderlich: *entweder* Differenzierung der Hochschultypen zwischen den Polen Universität und Fachhochschule, also Entlastung der Universitäten durch Ausbau der jetzt schon bestehenden Fachhochschulen, *oder* Differenzierung innerhalb der Universitäten zwischen Studiengängen mit entsprechenden Dozenten und Studenten und entsprechenden Schwerpunkten einerseits bei der Humboldtschen Einheit von Forschung und Lehre, andererseits bei der Berufsausbildung im engeren Sinne. Der rein quantitative Ausbau des vorhandenen Hochschulsystems ist jedenfalls keine Lösung, und das derzeit besser funktionierende USAnische System ist nicht übertragbar.

Im Hinblick auf die gegenwärtigen Zustände kann man hinzufügen: Der bloß quantitative Ausbau ist zumal dann keine Lösung, wenn die finanziellen Mittel nicht aufgestockt, sondern eher gekürzt werden, und

²⁹ D. Henrich: Die Krise der Universität im vereinigten Deutschland, in *DZfP* 40, 1992, 1239-1257. Vgl. J. Mittelstraß: Die unzeitgemäße Universität, Frankfurt a.M. 1994.

wenn man bei diesen ungünstigen Rahmenbedingungen erstens die bürokratischen Kontrollen von seiten des Staates verschärft und im Widerspruch dazu zweitens die Lösung aller Probleme von demokratischer Selbstorganisation in einem Gewirr von Gremien erwartet. „Resignation, Überlebenskampf und Preisgabe an den Medienkonsum“ beherrschen nach Henrich (1245) die Szene. Was die DDR unter östlichen Satellitenbedingungen aus der deutschen Universität gemacht hat, kann man erforschen.³⁰ Was unter westlichen Satellitenbedingungen aus ihr geworden ist, sieht man. Es dürfte noch deutlicher werden, wenn auch die verwestlichten Ost-Universitäten nach Auslaufen der jetzigen Aufbauförderung undifferenzierte Studentenmassen bei sinkender Betreuungsdichte teils durchschleusen, teils hinausprüfeln oder hinaussekeln müssen.

Das neoliberale Universalrezept: Technik/ Sozialtechnik/ Technokratie plus Demokratie, kurz Techno-Demo-Kratie, ist in sich widersprüchlich. Am deutlichsten treten die Widersprüche, die zur Unpraktikabilität führen können, im Bildungswesen zutage, zusätzlich verschärft in West- und nunmehr Gesamtdeutschland, wo ältere Traditionen (Humboldt) von dem Bestreben überlagert werden, die schlimme jüngere Vergangenheit (Nazismus) durch Überbieten der westlichen Vorbilder, durch 150prozentige Sollerfüllung bei der Demokratisierung, wiedergutzumachen. Man sucht Lösungen im antifaschistischen Gegenteil. Doch „Gegenteil“ ist hier wie überhaupt sehr vage, kann vieles bedeuten, so wie nicht-braun alle übrigen Farben offen läßt. In veränderten Problemlagen hat das Rezept „Gegenteil“ praktisch kaum eine Bedeutung, außer indem es per allgegenwärtigen Faschismusverdacht zur Diffamierung jeder Bemühung um Erfassung und Lösung der Probleme dienen kann, die von der allein für gut gehaltenen, moralisch-politisch korrekten Linie abweicht. In Abkehr von böser Vergangenheit will man es besonders demokratisch richtig machen und versucht so, eine Freiheit und Gleichheit zu praktizieren, die das mit höherer Bildung notwendig verbundene Problem der Bildungseliten unlösbar macht. Parolen wie „Bildung für alle“ und „Öffnung“ sowie „Demokratisierung“ der Hochschulen werden vollends dann zu ideologischen Leerformeln, wenn man nicht bereit oder nicht in der Lage ist, das für solche äußerst aufwendigen Großexperimente nötige Geld zur Verfügung zu stellen. Praktisch wirksam wird auf diese Weise vor allem ein pauschal anti-elitärer Affekt, der jede wirkliche Lösung der Probleme durchkreuzt, nur das Kurieren an Symptomen zuläßt. Denn bei den gegenwärtig herrschen-

³⁰ Z.B. R. Wisniewski: Im Dienste der SED. Die Instrumentalisierung der Hochschulen in der DDR, in: *Forschung & Lehre. Mitteilungen des Deutschen Hochschulverbandes*, 1996, H. 2, 82-86.

den Einstellungen ist nur eines klar: daß sowohl Humboldts Vorstellungen wie das gegenwärtige USAnische, englische, französische Hochschulsystem wie Henrichs Vorschläge zur Reform des deutschen als „elitär“ abzulehnen sind. Da man aber keine praktikable Alternative hat, bleibt nur ein zunehmend krisenhaftes Durchwursteln, das am ehesten in den Fächern funktioniert, wo alte hierarchische Vorstellungen mit moderner technisierter Verschulung kombiniert sind.

Es ist nur logisch, nämlich geschichtslogisch, daß ein Volk mit gebrochenem, weithin masochistisch gewordenem Selbstbewußtsein unfähig wird, sein höheres Bildungswesen in zeitgemäß variiertes Fortführung seiner Traditionen zu organisieren. Mangelndes Selbstwertgefühl macht in allen Bereichen, neuerdings sogar im Wirtschaftlichen, zur Problemlösung ebenso untauglich wie überzogen. In besonderem Maße muß es sich jedoch im Bildungssystem negativ auswirken, weil es die nächstliegende Institutionalisierung eines kollektiven Bewußtseins mit geschichtlichen Wurzeln ist. Die Philosophie, an sich reflexive Spitze der Bildung, ist heute institutionell nur ein scheinbar marginaler Sonderfall, zumal sie wegen ihrer geringen Berufsbezogenheit in Zeiten knapper Mittel unter besonders starkem Reduzierungsdruck gerät. Gerade durch diese Extremlage ist sie jedoch auch ein Feld, wo sich allgemeine Mißstände besonders deutlich ausprägen, vor allem jene Tendenz zur Anpassung unter Karrieregesichtspunkten und damit die Tendenz zur Vermeidung kritischer Themen. Das aber bedeutet, daß wesentliche Probleme unter den Teppich gekehrt werden, und bedeutet so Realitätsverlust, da die Wirklichkeit mit ihren Problemen nur noch ganz selektiv und von vornherein moralistisch im Sinne von „political correctness“ gezinkt zur Sprache kommt. Der „real existierende Sozialismus“ war so ein Zustand, d.h. er war in wesentlicher Hinsicht unreal, weshalb er scheinbar plötzlich zusammenbrach. Wenn der real existierende Liberalismus jetzt ähnliche Formen der Problemverdrängung entwickelt, indem er z.B. die mögliche Berechtigung sozialistischer Liberalismuskritik ungeprüft verwirft, so könnte es sein, daß längerfristig doch noch der Sozialismus siegt. Freilich nicht der reale, sondern der irreal, der allein wirklich war. Das heißt: Der Liberalismus gerät auf denselben Weg der Selbstaflösung.

Plädoyer für einen „Streit der Konzepte“*

Suetsugu Toshiyasu

Berlin

Die Debatte um die Philosophie der DDR, die bereits zum Erlöschen verurteilt schien, ist erneut entflammt. Diese Wiederaufnahme der Debatte in der *Deutschen Zeitschrift für Philosophie* (DZfPh) nährt die Hoff-

nung, daß in ihrem Verlauf Urteile, die aus Naivität, Unkenntnis oder unreflektierter Überzeugung heraus gefällt wurden, einer Kritik unterzogen werden. Ich möchte im folgenden versuchen, auf einen Ursprung der in Rede stehenden Problematik hinzuweisen.

Verblüffend ist die Form der Diskussion. Ausgerechnet der Personalpolitik oder den internationalen Kontakten der Vergangenheit schien mehr Bedeutung beigemessen zu werden als den Ideen der Philosophen. Es dürfte allgemein bekannt sein, daß berühmte Persönlichkeiten der deutschen Philosophiegeschichte wie z.B. Arthur Schopenhauer, Ludwig Feuerbach u.a. nie eine Professur innehatten und ihre Ideen ohne derartige Rahmenbedingungen entfalten konnten. Oder ist dieses personalpolitische Thema für einen vom dialektisch-historischen Materialismus geschulten Kopf nicht nur in praktischer, sondern auch in theoretischer Hinsicht von so großer Bedeutung, weil der Gegenstand der Philosophie für ihn nicht allein auf Ideen oder im Bewußtsein auftauchende Gedanken, die bloß im Kopf vor sich gehen, reduziert werden kann, sondern die gesamte gesellschaftliche Wirklichkeit einschließlich der Produktionsverhältnisse für philosophische Arbeiten umfaßt?¹

* Dieser Aufsatz entstand im Frühjahr 1997 zu dem Zweck, an die damals in der *Deutschen Zeitschrift für Philosophie* (H. 1-4/1996) unternommene Diskussion um die DDR-Philosophie anzuschließen. Allerdings wurde er seinerzeit nicht veröffentlicht, da - einer Aussage des DZfPh-Chefredakteurs zufolge - die Herausgeber beschlossen hatten, das Projekt der Diskussion vorzeitig zu beenden. [S. T., Juni 1998]

¹ Ich sehe darin den Anlaß zur Polemik um den Begriff *Kaderphilosophie* zwischen Norbert Kapferer und Peter Ruben. Während jener seine Studien auf die in Publikationen artikulierten Ideen konzentriert, geht es diesem, genauso wie seinen alten Kollegen, nicht nur um das Denken der Philosophie sondern auch um ihre Taten. (Vgl. N. Kapferer: Die philosophische Doppexistenz, in Ders. (Hg.): Innenansichten ostdeut-

Es interessiert mich weder die Zukunft, welche die deutsche Philosophie in der vereinten Nation haben wird, noch die Schuldfrage der DDR-Philosophie und ihrer Träger bzw. ein moralisches Urteil über sie. Es geht mir auch nicht um die objektive Analyse der politischen oder gesellschaftlichen Funktion der Philosophie in der DDR, sondern um einen Versuch, Probleme sowie symptomatische Auffassungen ostdeutscher Philosophen zu erörtern, die über ihre bisherige philosophische Arbeit reflektiert haben.

Seit der Zeit des Mauerfalls verfolge ich das Phänomen der auslaufenden ostdeutschen Philosophie, wenn auch nicht primär aus einem rein theoretisch-philosophischen Interesse heraus. Die Feststellung, daß in der Geschichte der ostdeutschen Philosophie kaum bemerkenswerte Errungenschaften vorzuzeigen waren, daß ihr Niveau sogar ziemlich niedrig war, hinderte mich deshalb nicht an der Fortsetzung meiner Studien. Mein Interesse bezieht sich eher auf die geistige Situation sowie den Charakter des Denkens ostdeutscher Philosophen. Es ließe sich folgendermaßen formulieren. Wie wird ein Problem, das wiederum ein philosophisches sein dürfte, von je neu in die Welt Geborenen unter den jeweiligen historischen, sozialen, sowie politischen Bedingungen, diesmal unter denen der DDR, behandelt und erörtert?

Es wurde Kritik an manchen Studien über die DDR-Philosophie geübt; meist wurde ihnen Pauschalisierung vorgeworfen, wie beispielsweise in den 1996er Ausgaben der DZfPh. Diese Kritik wäre nur dann ernsthaft in Erwägung zu ziehen, wenn man im Grundsatz annehmen dürfte, daß philosophisches Arbeiten auch in der DDR von Einzelnen, und nicht von in Wahrnehmung und Denken (*zwangs-*)*kollektivierten* Personen betrieben wurde.

Es kann dem Begriff von Philosophie nicht entsprechen, die Möglichkeit auszuschließen, daß der einzelne Mensch anhand seiner persönlichen Erfahrung zu denken versucht. Philosophisches Denken ist auch das, was sich in der Dimension der einem Individuum möglichen Wahrnehmungen und Gedanken bewegt. Also setzt es eine *Persönlichkeit* voraus, die selbst ihre zeitliche Kontinuität (dank des Vermögens des Gedächtnisses) bewahrt und keinesfalls durch eine andere Instanz eigene Erkenntnisse verdrängen oder manipulieren läßt.² Zum Verdacht der

scher Philosophen, Darmstadt 1994, S.144f., und P. Ruben: Von den Chancen, Kaderphilosoph zu werden, Ibid., S. 17f.; vgl. auch Fn. 25)

² In Anlehnung an den Begriff der "formalen Vergesellschaftung" R. Moceks besteht auch diese Ansicht. Ders.: Kollektive Intoleranz, in N. Kapferer (Hg.): Innenansichten..., a.a.O. Vgl. P. Ruben: Die Philosophie und das Marxistische Erbe, in *Studies*

Zwangskollektivierung kommt ein weiteres Hindernis beim Studium Fachliteratur hinzu. Es sind die verschiedene Formen der Publikationsordnung, die vielleicht des Titels Zensur würdig gewesen sein mögen, was jedoch seinerzeit von den Betroffenen als kameradschaftliche Kritik empfunden worden sein mag. Man sollte annehmen, daß die Kontinuität von der Wahrnehmung bis zu dem artikulierten Denken sowie die Rechenschaft darüber als Minimalbedingung der neuzeitlichen Wissenschaft allgemein anerkannt ist. Wo diese nicht mehr unterstellt werden kann, ist wahrscheinlich jeder geistigen Tätigkeit ihr zuverlässiger Boden entzogen, oder müßte man so zugeben, daß das philosophische Denken in eine Diktatur des Gattungsnamens bzw. "die ersichtlich bodenlose Schein-Universalität"³ assimiliert worden ist? Eine Schein-Universalität, die von keinem individuellen Prozeß vermittelt ist, aber dennoch den Anspruch auf Allgemeingültigkeit philosophischer Ideen und Begriffe erhebt. Von dieser Konstellation sind leider ostdeutsche Philosophen tief geprägt.

Aus dieser Sicht könnte man es einen waghalsigen Versuch nennen, Inhalte der gesamten in einem Staat publizierten Literatur als Einheit betrachten zu wollen. Denn eine Idee muß, um eine solche zu sein, immer von einzelnen Person artikuliert werden. Der pauschale Vorwurf gegen ostdeutsche Philosophen hätte jedoch nur dann seine Berechtigung, wenn kein starker sozialer, politischer Druck (z.B. Parteidisziplin) auf ein denkendes Subjekt zu bemerken gewesen oder wenn der Widerstand gegen diesen Druck erfolgreich erschienen wäre. Da nunmehr das Regime zusammengebrochen ist, das die Philosophie der DDR nährte, und man deren Fortbestand der Initiative mancher Privatgelehrten überlassen muß, scheint der Sinn des Versuches zweifelhaft, in der Menge der Publikationen das einheitliche System herauszufinden. Könnte man vielleicht aus diesem Argument auf die Differenziertheit der ostdeutschen Philosophielandschaft schließen und ihren Akteuren eine Autonomie zuschreiben? Oder ist die Feststellung einer Tendenz bei ihnen nicht möglich, weil ihnen bis zu einem bestimmten Zeitpunkt gemeinsame historische sowie politische Erfahrungen zuteil wurden?

Soviet Thoughts Nr. 42, 1991, S. 248. Die kognitive, auch gedankliche Zwangskollektivierung einschließlich Zensur kann als eine andere Seite derselben Sache mit der Entpersonifizierung der Ethik ausgelegt werden. Vgl. H. Marcuse: Die Gesellschaftslehre des sowjetischen Marxismus, in Ders.: Schriften Bd. 6, Frankfurt a.M. 1977, S. 200.

³ Vgl. D. Henrich: Nach dem Ende der Teilung, Frankfurt a.M. 1993, S. 190.

Nichtsdestoweniger bemerkenswert ist das eigentümliche Verständnis des Begriffs "Kaderphilosophie" bei Peter Ruben.⁴ Ruben polemisiert gegen Norbert Kapferer, den Urheber dieses Begriffes, mit dem Argument, daß die Anwendung die Definition "Kaderphilosoph" auf Inhaber leitender Positionen in der staatlichen sowie parteilichen Bürokratie einzuschränken sei, weil die übrigen Philosophen, die keine höheren Ämter bekleiden konnten, keine (aktiven) Produzenten von "Feindbildern", sondern lediglich Befehls- und Auftragsempfänger gewesen seien. Ruben abstrahiert dabei von der subjektiven Überzeugung der Betreffenden in jedem Dienstrang, nach der sie aus einer persönlichen Überlegung und Entscheidung heraus ihrer Organisation und dem Manifest der Partei treu blieben, dabei aber niemals geglaubt haben, auf ihre letzte Fähigkeit des eigenen Urteils verzichtet zu haben. Es scheint, als ob der Mensch in Rubens Perspektive nichts als eine Maschine sein könne, die allein Befehle von "Oben" automatisch auszuführen weiß, oder als Funktion bzw. Abbild von seinen Produktionsverhältnissen reagieren kann, da man ihm die Kompetenz spontanen Denkens und Wollens aberkannt hatte.

Dem sei noch die Bemerkung hinzugefügt, daß Rubens Darstellung der Kaderphilosophen eine Übereinstimmung mit den Auffassungen Agnes Hellers, Leszek Kolakowskis und Alexander Sinowjews aufweist.⁵ Sie ist m.E. allein in einem Punkt von den anderen zu unterscheiden: Ruben erkennt im Grunde keine ideelle immanente Ursache der Entstehung der Kaderphilosophie an. Er möchte auch das noch nicht Vergegenständlichte kaum ernsthaft in seine Überlegung einbeziehen, welches im vergangenen Zeitalter Geist oder Innerlichkeit genannt wurde, damit er die Methodologie des dialektisch-historischen Materialismus auf die Spitze treiben kann, so daß alle andere Denkansätze eliminiert werden müssen. Bei ihm impliziert der Begriff "Kaderphilosophie" die Annahme, daß der Aufbau der parteiamtlichen Bürokratie alle persönlich-subjektiven Elemente, wie Urteile oder Überzeugungen, ablöst und durch Propagandaschriften von Funktionären ersetzt, wobei ihn allein die Konsolidierung dieser Bürokratie als Produktionsbasis sowie die einzig zu thematisierende Realität zu interessieren scheint. Im Gegensatz zu seiner ausführlichen Erörterung über die objektive gesellschaftliche Struktur schrieb er über

⁴ Vgl. N. Kapferer: Die philosophische Doppelsexistenz, in Ders. (Hg.): Innenansichten..., a.a.O., S.144f., und P. Ruben: Von den Chancen, Kaderphilosoph..., a.a.O.

⁵ Vgl. L. Kolakowski: Der Mensch ohne Alternative, München 1976, S. 14; A. Heller/F. Fehér/G. Márkus: Sowjetischer Weg. Bedürfnisdiktatur und entfremdeter Alltag, Hamburg 1983, S. 218-234; A. Sinowjew: Ohne Illusionen, Zürich 1980, S. 38f.

die Gedanken und Emotionen der Subjekte verhältnismäßig flüchtige Anmerkungen.⁶

Es muß auch daran erinnert werden, was Wladislaw Hedeler in seiner Rezension zu Kapferers "Das Feindbild in der marxistisch-leninistischen Philosophie der DDR" beklagt: "Die Literaturlauswahl, auch das sei an-gemerkt, geht nicht über Monographien und Zeitschriftenartikel hinaus. Keine Berücksichtigung fanden Lehrpläne, Hochschullehrbücher, zentrale Forschungspläne etc..."⁷ Die gerade von ihm erwähnten Materialien, deren Urheber nicht immer mit den als Autoren angegebenen Personennamen oder einer Arbeitsgruppe im Auftrag irgendeiner Behörde identifiziert werden können, gelten bei Hedeler als Fachliteratur bzw. Gegenstand einer Philosophiestudie.

Ich rede nicht über die Philosophie in der DDR, die als Allgemeinbildung für jeden Staatsbürger sowie jedes Parteimitglied verstanden und deshalb als obligatorisches Lehrfach in Erweiterten Oberschulen, in Hoch- und Parteischulen unterrichtet wurde. Ich meine die Philosophie, die immer als Angelegenheit für Spezialisten angesehen wurde und deren Beschäftigte nach der Wende, d.i. nach der Auflösung ihrer bisherigen Institute sowie derer Produktionsverhältnisse über das Thema das Wort ergriffen, wobei sie nunmehr mit keiner institutionalisierten Anerkennung rechnen können, weil jede Meinung nicht von anonymen Kollektivmitgliedern, sondern von einzelnen Personen vertreten wird. Diesem Aspekt entsprechend gewann ich meine Erkenntnisse über ostdeutsche Philosophen anhand der Publikationen seit dem Jahre 1990, in denen sie frei von jedem politischen und administrativen Druck (durch die jeweilige Publikationsordnung) versuchten, ihre frühere akademische Tätigkeit zu thematisieren. Das ist der Ausgangspunkt für die Formulierung meiner Ansichten über sie. Daran schließt sich der Versuch an, verschiedene Autoren dieser Artikel den Hauptströmungen in der DDR-Philosophie zuzuordnen und gegen sie eine Polemik zu führen.

Aus meiner Sicht ist die größere Differenziertheit des philosophischen Denkens zweifelhaft. Vor allem in der Auffassung des Philosophiebegriffs sind sich noch viele ostdeutsche Philosophen einig, kommen sie noch selten von Konzepten desselben Ursprungs los, scheint zumindest die grundlegende Reflexion darüber auszubleiben.

⁶ Vgl. P. Ruben: Die Philosophie und das Marxistische Erbe, a.a.O., S. 248.

⁷ W. Hedeler: Rez. zu Norbert Kapferer: Das Feindbild der marxistisch-leninistischen Philosophie in der DDR 1945-1988, in DZfPh 11/1991, S. 1295

Es ist aber unschwer der Lektüre zu entnehmen, daß fast alle ostdeutschen Philosophen ehemals Träger einer einzigen Wertvorstellung waren. Die Motivation, aufgrund derer sie sich anfänglich für das Philosophiestudium entschieden hatten, war nicht selten weniger eine theoretische, als vielmehr eine politische.⁸ Sie sahen auch in der Folge ihre Beschäftigung oft im Kontext der Partei-, Staats-, bzw. Weltpolitik,⁹ weil sie ihrem Wesen nach in die Mitte eines solchen Lichtes rücken mußte. Sie alle beteiligten sich an dem Versuch eine philosophische Konzeption durchzuführen, die sich auf den *Willen* oder den *Wunsch nach Verwirklichung einer Idee* stützt.¹⁰ (Seit der Antike gab es in der Mehrzahl philosophische Schulen, die von derartigen Vorhaben nichts hielten.)

Man darf keineswegs außer acht lassen, wie sehr der Begriff der Philosophie und die Produktionsverhältnisse dieser Wissenschaft in den sozialistischen Ländern sowjetischen Typus von denen anderer Länder unterschieden waren. Die Zuordnung der Philosophie zu den Gesellschaftswissenschaften, ihre Bereitschaft, Aufgaben zur Lösung gesellschaftlicher Probleme zu übernehmen (Herrschaftswissen¹¹),¹² muß, ebenso wie die untergeordnete Position der Philosophiegeschichtsforschung, den Außenstehenden befremden. Zur Entstehung jener Kluft haben freilich mehrere Momente beigetragen. Ein theoretisches Moment war vermutlich die materialistische Rezeption der Hegelschen Philosophie, welche immer wieder einseitig aufgenommen und in vulgarisierter Form, als dialektisch-historischer Materialismus, wiederholt wurde, wobei der Mensch in erster Linie als *Subjekt von Kampf und Arbeit* aufgefaßt worden ist und andere, verschiedenartige Versuche zur Bestimmung der menschlichen Existenz in früheren Epochen einfach ausgeblendet schienen.

Der Ansatz des dialektisch-historischen Materialismus beruht auf Hegels Begriff der Vergegenständlichung. Seine Aktivierung beginnt mit dem Denken des jungen Karl Marx. Von ihm soll die Philosophie ange-

⁸ P. Ruben: Von den Chancen, Kaderphilosoph..., a.a.O., S. 8, 9, 19, 22. Vgl. C. Warnke: Über Parteipolitik in der DDR-Philosophie [Essay anlässlich von Norbert Kaperers Buch: Das Feindbild der marxistisch-leninistischen Philosophie in der DDR 1945-1988], in *Leviathan* 3/1991, S. 378f.

⁹ Vgl. P. Caysa: Sozialistische Gesellschaft und philosophisches Erbe [Ein zusammenfassender Konferenzbericht], in *DZfPh* 6/1988, S. 537f. Aus demselben Heft sind noch weitere Beispiele dafür zu entnehmen.

¹⁰ P. Ruben: Epilog. Die DDR und ihre Philosophen, in *DZfPh* 1/1991, S. 52f.

¹¹ Vgl. M. Scheler: Die Wissensformen und die Gesellschaft, Bern 1960, S. 205.

¹² Vgl. K. Marx: Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung, in *MEW* Bd. 1, Berlin 1978, S. 384, 391.

lich, zumindest in ihrer bisherigen Form, d.h. als Idealismus oder Metaphysik, aufgehoben worden sein.¹³

Was könnte im Grunde die Aufhebung bzw. Verwirklichung der Philosophie bedeuten, die doch den Kern des Programmes von Marx ausmacht? Und was ist aus dem Programm im Zuge seiner Rezeption geworden?¹⁴

Der Übergang von der in konventioneller Weise aufgefaßten Philosophie zur Überwindung (bzw. Aufhebung) der Philosophie wird in zwei verschiedenen Richtungen vollzogen. Der eine Weg führt von der Metaphysik oder idealistischen Philosophie zu den materialistischen Wissenschaften, die sich auf sinnlich-konkrete Objekte sowie ihre Gesamtheit als Einheit der Welt, die zugleich als Synthesis aller menschlichen Tätigkeiten verstanden werden kann, beziehen und keinen anderen Gegenstand brauchen, der noch nicht vergegenständlicht wäre und eine sinnlich-konkrete Gestalt angenommen hätte, d.h. Ideen als solche werden nun nicht mehr als Hauptgegenstand der Philosophie betrachtet.¹⁵

Der zweite Weg ist der der Auflösung der Philosophie theoretischen, kontemplativen Charakters und der Herausbildung der Philosophie des dynamischen Willensaktes, der die Welt der Kritik aussetzt und auf sie einzuwirken, sie zu verändern beabsichtigt, anstatt sich auf ihre bloße Interpretation zu beschränken.¹⁶

¹³ Ibid., S. 384, 391.

¹⁴ Wenn man den Anspruch auf die in die Wirklichkeit umzusetzende Totalität des Begriffes bei Karl Marx bedenkt (vgl. D. Henrich: Karl Marx als Schüler Hegels, in Ders.: Hegel im Kontext, Frankfurt a.M. 1971, S. 195f.; G. Irrlitz: Karl Marx - Aufhebung der Subjektphilosophie und der idealistischen Handlungstheorie. Rekonstruktion bei Gelegenheit der Feuerbach-Thesen, in V. Gerhardt (Hg.): Eine angeschlagene These, Berlin 1996, S. 42f.; L. Kolakowski: Hauptströmungen des Marxismus. Entstehung - Entwicklung - Zerfall. Erster Band, München 1988, S. 478f.), konnte man auch seinen Einfluß, der in der DDR vermutlich im doppelten Sinne erfolgte, in Rechnung stellen: Er kann nicht unbedingt in der nach ihm konzipierten gesellschaftlichen Wirklichkeit, aber in der Denkart seiner Sympathisanten ausgemacht werden.

In Zusammenhang mit dem Versuch der Erörterung der geistigen Situation in der DDR ist zu vermuten, daß die Aufnahme der Vorstellungen von Marx bis zu einem gewissen Grade zur Auflösung der Lesekultur beigetragen hat. Selbst bei der jüngeren Generation ostdeutscher Philosophen ist das Interesse für die empirisch-objektiv zu erfassende Wirklichkeit der Gesellschaft stärker ausgeprägt als das Interesse für die Philosophiegeschichte und die traditionelle Hochkultur. (Vgl. G. A. Wetter: Die Umkehrung Hegels, Köln 1963, S. 40f.)

¹⁵ Vgl. K. Marx/F. Engels: Die Deutsche Ideologie, in MEW Bd. 3, Berlin 1978, S. 26f.

¹⁶ Vgl. K. Marx: Feuerbach-Thesen, in MEW Bd. 3, Berlin 1978, S. 5f. - Nicht zu vergessen ist die Tatsache, daß man trotz der riesigen Umwälzung für die davon betroffene Wissenschaft denselben alten, seit der Antike üblichen Namen beibehalten

Soweit sind dies Ideen des frühen Marx, die man in seinen Schriften finden kann. Ihre Rezeption in der DDR ist bereits ein anderes Kapitel. Jedoch behält mindestens eine Charakteristik der Philosophie nach Marx ihre Gültigkeit: Die Philosophie existiert bis zum Zeitpunkt ihrer eigenen Überwindung, sofern sie dem Prozeß zur Verwirklichung der kommunistischen Gesellschaft dient und ihn beschleunigt, d.h. als Instrument der Aufhebung aller gesellschaftlichen Konflikte wirkt. Der pantheistische Hintergrund dieser Idee der "Selbstaufhebung der Philosophie", ein eher mythischer Vor-Gedanke, wurde von späteren Anhängern der Marxschen Idee nicht mehr wahrgenommen.

Nun dürfte man Zweifel daran hegen, daß der Aufruf zur Einheit von Idee und Sein, Theorie und Praxis, Geist (Mensch) und Natur die Philosophen in eine kognitive Unfähigkeit geführt hat, daß ihre Sicht auf das Ziel ihres Tuns und Denkens verschwommen, sogar unterbunden wurde, wobei die umgekehrte Konstellation von Zweck und Mittel legitimierte, z.B. *Idee als Waffe* verstanden werden mußte.¹⁷ Dann ist der Weg dazu frei geworden, das philosophische Denken beim Kampf der politischen Bewegung und ihrer Partei zu instrumentalisieren sowie zu institutionalisieren. Die andere Seite des Vorgangs ist die Unfähigkeit, den subjektiven sowie historischen Charakter des einzelnen philosophischen Denkens zu begreifen, sich auf die Charakteristik verschiedenartiger Begriffe aufmerksam zu machen,¹⁸ nicht zuletzt eine Ideologiekritik an dem eigenen Standpunkt zu vollziehen.

Dem Eingehen der ostdeutschen Philosophen auf die *Praxis*, dem Versuch, die Idee von Marx in die Wirklichkeit umzusetzen, wobei seine Thesen buchstäblich rezipiert wurden, fehlte aber durchaus ein der *Philosophie* eigentümliches Moment. Es ist daher kaum verwunderlich, daß es letztes Endes in eine solche Situation mündete: "In ihr [der DDR-Philosophie, S.T.] sei es nicht darauf angekommen, tiefeschürfende Bücher zu

wollte. Es sei denn, diese Beibehaltung geht nicht auf das Vorhaben von Karl Marx selbst, sondern auf das seiner Anhänger zurück. Die Frage scheint berechtigt, ob nicht die Wortverbindung "marxistische Philosophie" in sich einen Widerspruch enthält, sofern man sich an sein Konzept anlehnt, da die Überwindung der Philosophie den Kern des Programms von Karl Marx ausmacht.

¹⁷ P. Ruben: Von den Chancen, Kaderphilosoph..., a.a.O., S. 11f.; vgl. K. Marx: Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie..., a.a.O., S. 380.

¹⁸ Vgl. I. Kant: Kritik der Urteilskraft, 1790, S. 447, 454f.

schreiben, sondern ihr lag daran, auf die gesellschaftlichen Verhältnisse einzuwirken!“¹⁹

Dabei wurde der Status des mit Wort und Idee kämpfenden Akteurs, d.h. des Kritikers, aber auch des Propagandisten für die politische Organisation, dem des „Denkers“, d.h. dem Nachdenken über den Sinn des Denkens und den Ursprung der dazu gebrauchten Begriffe, vorgezogen.

In Anbetracht dessen könnte man auf die lange, bis in die Antike zurückreichende Geschichte einer anderen Auffassung aufmerksam machen, derzufolge dem Philosophen die Kluft zwischen gewöhnlichem Leben und eigener Beschäftigung kaum überbrückbar erschien. Er pflegte sich von den Verhältnissen des alltäglichen Lebens zu distanzieren, wenn er nicht ohnehin völlig davon isoliert war oder zeitweilig für das Publikum eine Lehrmeisterrolle zu spielen versuchte. Der Rückzug aus "dem Kraftfeld politischer Praxis"²⁰ gehörte zu einer der wichtigsten Bedingungen für den Philosophen, sofern er auf seine eigentliche Beschäftigung des Denkens nicht verzichten wollte. Hinter einem solchen Verhalten steckte leider eine Reihe historischer Erfahrungen, wodurch nicht selten philosophisches Denken vertieft wurde.

Nun muß die Frage vorgebracht werden, ob einer der ostdeutschen Philosophen so kompetent gewesen ist, jene vorgehenden historischen Erfahrungen in sein eigenes Denken aufzunehmen und daraus eine Lehre zu ziehen. Hieran könnte seine Wahrnehmungs- und Denkfähigkeit überprüft werden.

Zweitens wäre zu fragen, worin ostdeutsche Philosophen die Bedingung und den Preis für den Sprung von der Theorie zur Praxis sahen, abgesehen von der Überlegung, mit welcher Maßnahme der Philosoph die Idee in die Wirklichkeit umsetzen und die Welt nach ihr verändern könnte. Bevor der Akt der Weltveränderung in Gang gebracht werden kann, muß der Philosoph zunächst selbst den Prozeß der Veränderung des eigenen Geistes und des Geistes anderer absolvieren, daß er seine durch das „Erstaunen“ geleitete Beschäftigung, was Platon, auch Aristoteles als Anfang der Philosophie bezeichneten,²¹ abbricht und seinen Wohnsitz verläßt, damit er aus seinem Geist einen Akteur, ferner den "Ingenieur der

¹⁹ Diese Ansicht stammt von Reinhardt Mocek, die im Aufsatz von Klaus-M. Kodalle zitiert ist. Vgl. Kodalle: Zur Erinnerung der philosophischen Institute. Über die Unfähigkeit zur analytischen Kritik, in DZfPh 3/1996, S. 506.

²⁰ W. Bialas: DDR-Philosophie - Ideologie der Macht oder Wissenschaft des Geistes?, in DZfPh 3/1996, S. 514.

²¹ Platon: Theaetet, 155d.; Aristoteles: Metaphysik, 982b.

Seele" hervorbringen kann, um in der Welt denselben Typ massenhaft zu reproduzieren und durch die neue Masse die Welt neu gestalten zu lassen.²² Es melden sich Zweifel daran, daß der Prozeß im Prinzip ohne Anwendung des Willens zur Macht als Gewalt an dem Geist des Philosophen ausgeführt werden könne, wobei die Gewalt in Gestalt der Propaganda auftrat und sich durch die Verweigerung der Annahme *jedlichen philosophischen Denkens* sowie *dessen Sprache* auszeichnete.²³ Falls einer es einmal im eigenen Leben einsieht, "wie sehr dieses Wesen (des Willens) dem Denken entgegensteht und sich zerstörerisch auf es auswirkt",²⁴ wird ihm deshalb das Versagen der ostdeutschen Philosophie nicht mehr als rätselhaft, sondern sogar als eine Folge ihrer konsequenten Entwicklung erscheinen. Auch der schwer zu widerlegende Verdacht, daß Philosophie dabei nicht allein als eine Fachwissenschaft wie jede andere behandelt wurde, sondern den Charakter eines Instruments annehmen mußte, in dem sie als eine Wissenschaft unabhängig vom betreffenden Subjekt existierte und sich leicht durch eine andere ersetzen oder austauschen ließ, hängt mit der Feststellung zusammen, daß das Subjekt des betreffenden Instruments der Ideen von ostdeutschen Philosophen nur ausnahmsweise in Betracht gezogen wurde.²⁵ Es würde ein Rätsel bleiben, daß eine solche Perversion, das Fundament ihrer eigenen Angelegenheit zu untergraben, von Philosophen selbst immer wieder betrieben wurde.²⁶

²² Vgl. K. Marx: Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung, in MEW Bd. 1, Berlin 1956, S. 385.

²³ Vgl. H.-M. Gerlach: Aufbruch zur Vernunft - Zerstörung einer Illusion?, in N. Kapferer (Hg.): Innenansichten..., a.a.O., S. 95f.; R. Mocek: Kollektive Intoleranz, Ibid., S. 127f.; P. Ruben: Die Philosophie und das Marxistische Erbe, a.a.O., S. 247f.

²⁴ H. Arendt: Martin Heidegger ist achtzig Jahre alt, in *Merkur* 8/1969, S. 902.

²⁵ Das Subjekt (bzw. der Herr) dieser Philosophie, auf das eine kritische Sicht unterbunden blieb, waren ostdeutsche Philosophen und ihre Parteiführung, auch der Schöpfer der originären Theorie (Karl Marx).

²⁶ Hier taucht ein kaum lösbares Problem in unserem Blickfeld auf, daß nämlich die Trennung verschiedener Typen, in denen jeweils ein menschliches Vermögen einem anderen vorgezogen wird, oder die sich durch Dominanz eines bestimmten Vermögens auszeichnen, noch nie überwunden werden konnte, obwohl die Aufhebung so oft in der Geschichte der Philosophie u.a. angestrebt wurde. Es handelt sich dabei um den einen und den anderen; der erste ist das Subjekt von Kampf und Arbeit, mit welchen auf die Welt einzuwirken, der zweite ist aber das Subjekt von Erkenntnis und Denken (*res cogitans*), der sein Leben dieser statischen Beschäftigung unterordnet, weil er vom Erstaunen über die Welt überwältigt ist und daher nicht mehr im alltäglichen Leben zurechtzukommen vermag. Die Kluft zwischen ihnen könnte vermutlich noch tiefer gewurzelt haben, als viele seinerzeit annahmen. In der Vision von Arthur Koestler und Maurice Merleau-Ponty gerät die Hauptperson erst in der Einzelzelle, nach ihrer

Fazit: Das Denken ostdeutscher Philosophen befand sich auf einer Linie, die zwar dem Wortlaut nach von Karl Marx stammte, die aber kaum mehr als eine buchstäbliche Rezeption von etwas war, dessen Kontext selten untersucht wurde. Die Feststellung, daß die Ideen in Form einer solch naiven Interpretation aufgenommen wurden und jahrzehntelang beinahe wie mechanisch wiederholt worden sind, wird dem Autor dieses Artikels selbst zum Rätsel, denn er ist in einem anderen philosophischen Konzept, einem anderen Glauben verfangen,²⁷ wonach die Freiheit ein Vermögen ist, einen Zustand oder vielmehr eine Entwicklung (in Denken und Handeln) neu anzufangen.²⁸

Es bleibt zu hoffen, daß man die Konstellation der DDR-Philosophie oder die aktuelle Debatte um sie, wenn sie einem Außenstehenden auch niveaulos oder sinnlos vorkommen mag, als eine erneut entstandene Version der Konfrontation zwischen verschiedenen philosophischen Konzepten betrachten wird, die wiederum althergebrachten philosophischen Schulen entstammten, sofern philosophische Arbeiten in Ostdeutschland ihres Namens würdig gewesen sein sollten, falls Erfahrungen der damaligen Zeit, ohne verdrängt oder manipuliert zu werden, das Herz ambitionierter Philosophen erreicht hätten.²⁹

Verhaftung und Enthebung ihrer gesamten früheren Ämter, d.h. als in die Stille, auch in die Untätigkeit versetzter, minimaler Mensch, in die Lage, über den Sinn seiner früheren Tätigkeit nachzudenken, die ihm, einem hochrangigen Funktionär, bisher nicht als Problem bewußt geworden war. (M. Merleau-Ponty: Humanismus und Terror, Frankfurt a.M. 1966; vgl. C. Lefort: Un homme en trop, Paris 1976) Leider scheint es eine durch die Geschichte bestätigte Wahrheit zu sein, daß das Denken seinem Wesen nach nicht in der Lage ist, die durch den Willen initiierte Tat vorauszusehen, sondern im Grunde erst nach dem Abschluß ihres Verlaufes über sie zu reflektieren vermag (G.W.F. Hegel: Grundlinien der Philosophie des Rechts [Vorrede], Frankfurt a.M. 1970, S. 27-28; vgl. A. Kojève: Hegel. Eine Vergegenwärtigung seines Denkens. Kommentar zur Phänomenologie des Geistes, Frankfurt a.M. 1975, S. 88 f.), daß also ein philosophisches Denken nicht zu dem Subjekt von Kampf und Arbeit gehört, sondern zu einem anderen Subjekt, das gerade mit dieser Tätigkeit aufgehört hat.

²⁷ Vgl. F. Nietzsche: Jenseits von Gut und Böse, in Ders.: Werke Bd. VI-2, Berlin 1968, S. 11f.

²⁸ I. Kant: Kritik der reinen Vernunft, 1787, B. 472.

²⁹ Vgl. H. Müller: Krieg ohne Schlacht, Köln 1992, S. 288f.

Nachsatz: Zur Zeit bin ich der Ansicht, daß viele der bis auf den heutigen Tag zu diesem Problem publizierten Aufsätze aus der Feder ostdeutscher Philosophen weder in theoretischer Hinsicht noch als Aussage über ihre konkreten Lebens-, sowie Arbeits(=Produktions-)verhältnisse den Ansprüchen genügen, die man an eine erschöpfende Erörterung stellt. Beispielsweise müßte hier daran erinnert werden, daß das völlige Verschwinden des zweiten Adjektivs für die DDR-Philosophie - „leninistisch“ -, das mit der politischen Wende plötzlich stattfand, von seiten dieser Philosophen bisher mit keiner nennenswerten Erklärung kommentiert worden ist. Auch bis

vor kurzem wurde mancherorts über die „*philosophische Doppelexistenz*“ geredet. (Vgl. N. Kapferer: Die „*philosophische Doppelexistenz*“, in Ders. (Hg.): *Innenansichten...*, a.a.O., S. 145f.) „*Doppelexistenz*“ soll heißen, daß die Philosophie in der DDR nicht allein aus der sogenannten "Kaderphilosophie" bestand, sondern daß auch eine eigenständige Philosophie außerhalb der offiziellen Institutionen, d.h. in einer privaten Sphäre, frei von politisch-ideologischem Druck, betrieben worden sein soll. Diese Aussage hinterläßt bei mir einen merkwürdigen Eindruck; als ob sich der Mensch gleichzeitig mit mehreren einander widersprechenden Ideen beschäftigen, sie sogar in sich aufnehmen könne. Dann wäre zu fragen, nach welchem Wertmaßstab er in Wirklichkeit seine Philosophiestudien betrieben hat. War ein Wertmaßstab des betreffenden Philosophen bloßer *Schein*, d.h. nichts weiter als eine Notlüge, um seine akademische bzw. institutionelle Existenz nicht zu gefährden? Konnte er dem anderen, dem echten Maßstabe entsprechend philosophisch denken und auch artikulieren? Soll man annehmen, daß einer von beiden Wertmaßstäben der richtige war, oder daß beide richtig, vielleicht auch aber beide falsch waren? Dann muß es erlaubt sein, zu fragen, wie und womit der Philosoph die Einheit, die Kontinuität seiner Persönlichkeit, zugleich seines denkenden Ichs vor dem drohenden Auseinanderreißen hätte bewahren können? Es könnte vielleicht der Mühe wert sein, den Sinn sowie die Existenzberechtigung der Philosophie noch einmal in die Überlegung einzubeziehen, sofern man ihr nicht einen instrumentellen Charakter, d.h. nach Zielen beliebig austauschbare Konstellationen, zuschreibt, sondern den Begriff eines Philosophen als "Gesetzgeber der menschlichen Vernunft" (I. Kant: *Kritik der reinen Vernunft*, 1787, B. 867) akzeptiert. Auch darf nicht vergessen werden, daß Philosophieren nicht immer mit der Philosophiegeschichtsforschung zusammenfällt. (Vgl. J.M. Bochénski: *Der sowjetrussische dialektische Materialismus [Diamat]*. Dritte umgearbeitete Ausgabe, Bern 1960, S. 57).

Die philosophische Wende

Von der Abwicklung der DDR-Philosophie*

Udo Marquardt

Unkel (b. Bonn)

Nun sollte zusammenwachsen, was zusammengehört. Das galt auch für die Philosophie. Die Ostphilosophen bereiteten sich darauf vor, indem sie die „Sektionen für marxistisch-leninistische Philosophie“ an den Uni-

versitäten wieder zu einfachen Instituten für Philosophie machten. Aus dem dialektischen Materialismus wurde die theoretische Philosophie, aus dem historischen Materialismus praktische Philosophie. Doch es blieb kaum Zeit, sich an die neuen Namen zu gewöhnen. Ein Jahr nach der Herbstrevolution kam am 3. Oktober 1990 die deutsche Einheit.

Der Paragraph 13 des Einigungsvertrages ging auch die Philosophen an. Denn hier wurde geregelt, was aus den Akademien und Universitäten werden sollte:

„Verwaltungsorgane und sonstige der öffentlichen Verwaltung und Rechtspflege dienenden Einrichtungen (...) unterstehen der Regierung des Landes, in dem sie örtlich gelegen sind. (...) Die Landesregierung regelt die Überführung oder Abwicklung. (...) Zu den Einrichtungen (...) gehören auch Einrichtungen der Kultur, der Bildung und Wissenschaft (...).“¹

Damit war die Handhabe für die Zukunft der DDR-Philosophie gegeben. Eine Wiedervereinigung der Ost- und Westphilosophie wurde nicht angestrebt. Vielmehr stand man vor zwei Fragen: Erstens, was wird aus dem Bereich Philosophie an den Akademien? Zweitens, was wird aus den Universitätsinstituten?

* Sendung im Norddeutschen Rundfunk (NDR) Radio 3, Reihe »Kulturelles Wort / Literatur«, am 28.4.1998, 20-21.00 Uhr. - Es wird an dieser Stelle der zweite Teil der Sendung dokumentiert, in dem es um die Philosophieentwicklung in Ostdeutschland nach 1989 ging. Ein erster Teil hatte sich mit der Philosophie in den DDR-Jahrzehnten befaßt und repetierte im Originalton zahlreiche Positionen unter anderem von Kapferer, Herzberg, Schneider und Eichler, die im Laufe der Debatte auch andernorts schon formuliert worden waren und daher im vorliegenden Band bereits dokumentiert sind.

¹ Die Verträge zur Einheit Deutschlands, Textausgabe mit Sachverzeichnis und einer Einführung von Ingo von Münch, 2. Auflage 1992, S. 49.

Klar war, daß die bestehenden Verhältnisse nicht weitergeführt werden konnten. Denn die Philosophie hatte dem DDR-Regime die weltanschaulichen Grundlagen geliefert. Viele Philosophen bekleideten hohe Ämter in der Partei, andere waren Mitarbeiter bei der Staatssicherheit gewesen. Der Einigungsvertrag nennt schon das Stichwort Abwicklung, also die Auflösung von Einrichtungen und die Entlassung der Mitarbeiter. Dazu kam ein sogenanntes Evaluierungsprogramm, also eine Bewertung der Einrichtungen. Welche Arbeit wurde geleistet? War diese Arbeit es wert, fortgeführt zu werden? Wie waren die Mitarbeiter qualifiziert?

Der Philosoph Werner Becker von der Justus-Liebig Universität Gießen war zur Zeit der Wende Geschäftsführer des Berufsverbandes der Westphilosophen, der »Allgemeinen Gesellschaft für Philosophie in Deutschland«. Er erläutert:

„Evaluierung war - wie die Abwicklung - zunächst auf die Frage bezogen, was mit dem Riesensbereich der Akademie der Wissenschaften geschieht. Dann erst in einem zweiten Schritt kam man auf die Frage, wie die Universitäten unter den neuen Bedingungen weitergeführt werden sollen. In diesem erweiterten Sinn, bezogen auf die Universitäten, kam sowohl Evaluierung als auch Abwicklung zur Geltung. Also man hat einfach die rechtlichen, auf die Akademie der Wissenschaften im Einigungsvertrag eingegrenzten Absichten nun auch auf die Universitäten angewandt. Bei den Universitäten hat man zunächst die Absicht verfolgt, auch in Fächern wie der Philosophie Professoren zu übernehmen, und andere zu entlassen. In diesem Zusammenhang spielten Evaluationen eine Rolle. In einem weiteren Schritt dann stellte sich heraus, daß es zu rechtlichen Problemen bei denjenigen kam, die man entlassen wollte. Es ist zu einem Musterprozeß in Berlin gekommen, bei dem ein schon entlassener Professor sich wieder in die Universität eingeklagt hat. Und das war der Augenblick, an dem nun die Wissenschaftsminister der neuen Bundesländer sich zu einem neuen Verfahren entschlossen haben, nämlich zu dem Verfahren, die Institute zu schließen und sie mit einer Neugründung neu zu beginnen.“

Das Schicksal der Akademie der Wissenschaften der DDR und der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED war rasch entschieden. Beide Einrichtungen wurden aufgelöst, die Mitarbeiter - darunter die Philosophen - entlassen. Für begabte Wissenschaftler wurde ein Integrationsprogramm entwickelt, das den Betroffenen helfen sollte, sich beruflich neu zu orientieren.

An den Universitäten stellte sich die Situation etwas anders dar. Zunächst wurden die alten Institute für Philosophie aufgelöst. Dies war die eigentliche Abwicklung. In einem nächsten Schritt wurde ein sogenannter Gründungsdirektor berufen. Seine Aufgabe war einmal, die Fortführung des Lehrbetriebs zu organisieren. Denn natürlich konnte das Fach Philosophie nicht einfach aus den Lehrplänen gestrichen werden. Vorlesungen und Seminare mußten gehalten, Prüfungen durchgeführt werden. Die

zweite Aufgabe des Gründungsdirektors war es, das Institut neu aufzubauen, also neue Professoren zu berufen.

Die Rechtslage bei diesen Neugründungen war klar. Denn seit der Wiedervereinigung gilt in den neuen Bundesländern das Hochschulrahmengesetz, in dem zum Beispiel die Zusammensetzung einer Berufungskommission für einen Lehrstuhl geregelt ist. Zu fragen war nur, wie sollte das neue Institut inhaltlich ausgerichtet sein? Und wer sollten die neuen Professoren werden?

Die zu besetzenden Stellen wurden der Gesetzeslage entsprechend öffentlich ausgeschrieben. Jeder mit den entsprechenden Qualifikationen konnte sich also darauf bewerben. Ausdrücklich auch die Professoren, die vor der Abwicklung die Stellen gehabt hatten.

In nüchternen Zahlen betrachtet, stellt sich das Ergebnis der Abwicklung so dar: Zur Zeit wird in den neuen Bundesländern an dreizehn Universitäten und Hochschulen Philosophie gelehrt. Es sind 132 Philosophen an diesen Instituten angestellt, davon 46 Professoren. Insgesamt stammen 24 Philosophen aus dem Osten, darunter sieben Professoren und ein Dozent. Vier weitere Professoren der ehemaligen DDR arbeiten heute als wissenschaftliche Mitarbeiter. Die Gewinner der Wende scheinen also eindeutig die Westphilosophen zu sein. Entsprechend wurde bald Kritik an der Abwicklung laut. Die Vorwürfe betreffen die Zusammensetzung der Berufungskommissionen ebenso wie die Qualität der Philosophen, die heute in den neuen Bundesländern arbeiten.

Werner Becker wurde 1991 Gründungsdirektor des Instituts für Philosophie an der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Zugleich war er Mitglied zweier Berufungskommissionen in Rostock. Wie sah zum Beispiel die Zusammensetzung der Kommissionen aus? Becker:

„Die Kommissionen waren zusammengesetzt aus einer bestimmten Anzahl von Professoren, die aus dem Westen stammten, und einer bestimmten Anzahl von Professoren, die aus den dortigen Universitäten kamen - allerdings eben nicht aus dem jeweiligen Fach selbst, sondern aus benachbarten Fächern, im Fall Philosophie also aus der Theologie, aus der Mathematik, Sprachwissenschaften oder Historiker, also kurz und gut: Es war jedenfalls dafür gesorgt - und das war eine Linie, die die Kultus- bzw. Wissenschaftsminister von Anfang an vertreten haben -, daß es eben nicht nur eine Oktroyierung von meist ja ohnehin nur aus dem Westen kommenden neuen Leuten ist. Die neuen Leute konnten ja angesichts der typischerweise erwarteten Qualifikationsmerkmale - bis auf Ausnahmen - nur aus dem Westen kommen. Aber es sollte von Anfang an auch optisch genau diesem Eindruck vorgebeugt werden. Und das hat auch sehr gut funktioniert. In der Zusammenarbeit hat es nie irgendwelche Schwierigkeiten gegeben.“

Man kann einwenden, die Beteiligung der Kollegen aus den Ostuniversitäten möge zwar optisch einen guten Eindruck gemacht haben, über

die tatsächlichen Mehrheiten sei damit aber noch nichts gesagt. Noch einmal Becker:

„Also die Mehrheit beim Abstimmen hatten auch bei Berufungsverfahren in der Philosophie sowohl in Jena als auch in Rostock die Vertreter der ostdeutschen Universitäten. Aber ich kann sagen, daß diese Unterscheidung zwischen Ost- oder Westherkunft nach meiner Erfahrung weder im Abstimmungsverhalten noch in der Auseinandersetzung um die Stellenbesetzung eine Rolle gespielt hat.“

Tatsache ist, daß die überwiegende Zahl der neuen Stellen von Bewerbern aus den alten Bundesländern besetzt wurden. In diesem Zusammenhang hat Joachim Jung in seinem Buch über die deutschsprachige Universitätsphilosophie „Der Niedergang der Vernunft“ den Vorwurf erhoben, im Osten habe die alte Bundesrepublik ihren Versorgungsstau abgebaut und die zweite Garde einrücken lassen. Im Klartext heißt das, wer im Westen keine Chance hatte, je auf einen Philosophie-Lehrstuhl zu kommen - im Osten bekam er sie. Dazu Werner Becker:

„Ach, das finde ich sozusagen etwas schäbig. In der Philosophie jedenfalls, und nur über dieses Fach kann ich kompetent sprechen, haben sich die gleichen Leute in Jena beworben wie in dem gleichen Augenblick zum Beispiel in München, Göttingen oder Hannover oder sonstwo, wo eben gerade eine Stelle frei war. So ein Urteil heißt ja immer, daß die Leute, die sich auf neue Stellen bewerben - entweder von Professuren, die sie bereits haben oder aus der Position eines oder einer, die noch keine Professur hat - immer schlechter sein müßten oder sind, als die, die in Professuren stehen. Und das, glaube ich, ist ein Schluß, den niemand so ziehen wird, der sich diese Überlegung wirklich mal vorlegt.“

Ein weiterer Vorwurf von Joachim Jung besagt, man habe bei Besetzung und Ausrichtung der neuen Lehrstühle die Chance vertan, neue wissenschaftliche Trends aufzugreifen. Jung schreibt:

„Es herrscht eine weitverbreitete Abwehr neuer wissenschaftlicher Weltanschauungen, ohne daß man sich mit ihnen oder ihren Urhebern vertraut gemacht hätte. Wer mit Kant oder Hegel sein Genüge hat, braucht eben Donald Campbell oder Roger Penrose nicht zu lesen.“²

Nach welchen philosophischen Kriterien wurden also die neuen Lehrstühle ausgeschrieben? Dazu Werner Becker:

„Nun, wir hatten hier halt eine gleichsam jungfräuliche Situation, wir konnten wirklich aus dem Nichts ein neues Stellenprofil für das Fach errichten. Wir haben das nach Kriterien gemacht, die wohl jedem, der das Fach kennt, einsichtig sind. Wir haben schlicht bei der Zahl drei bis vier Professuren - mehr waren ja nicht zu erlangen -, einfach gesagt, die erste Professur ist mehr theoretisch ausgerichtet, die zweite Professur ist mehr praktisch/ethisch ausgerichtet, und die dritte Professur ist mehr historisch, also auf Geschichte der Philosophie ausgerichtet. Und wenn es halt noch eine Stelle gab - in Jena gab es eine, eine C3-Stelle -, dann

² Joachim Jung: Der Niedergang der Vernunft, Kritik der deutschsprachigen Universitätsphilosophie, Campus Verlag Frankfurt/Main 1997, S. 139/140.

wurde gesagt, auf dieser Stelle soll eine gewisse Spezialisierung möglich sein. Also kurz und gut: Jedenfalls die Grundstruktur ist nach den klassischen Disziplinausrichtungen der Philosophie gemacht worden. Und ich weiß - das kann ich wohl für fast alle Universitäten der neuen Bundesländer sagen -, diese Aufteilung hat man mehr oder weniger überall so durchgeführt.“

Doch bei aller Kritik an den Modalitäten der Abwicklung - festzuhalten ist auch, daß viele Professoren der ehemaligen DDR sich aus Altersgründen gar nicht erst auf die neu ausgeschriebenen Lehrstühle beworben haben. Wer es sich leisten konnte, ging in den Ruhestand.

Und noch etwas zwang zu einem radikalen Stellenabbau. Die Universitäten der DDR waren im Gegensatz zu denen in der Bundesrepublik überdimensioniert und damit zu teuer für Westverhältnisse. In der Philosophie mußten drei Viertel aller Stellen abgebaut werden, was vor allem den sogenannten Mittelbau betraf, also den Nachwuchs. Entsprechend waren es die jungen Philosophen, die unter den neuen Verhältnissen zu leiden hatten. Vielen von ihnen wurde die Chance genommen, jemals in der Philosophie zu arbeiten. Trotzdem ist die Philosophie der DDR fast lautlos zusammengebrochen und scheinbar im Nichts verschwunden. Kaum jemand hat sich gewehrt. Die Gründe dafür liegen nach Ansicht von Guntolf Herzberg - ehemaliger DDR-Philosoph, ab 1985 in West-Berlin, heute an der Humboldt-Universität - nicht nur in der Wiedervereinigung und der anschließenden Abwicklung. Sie liegen schon in der DDR-Philosophie selbst. Herzberg:

„Also ich denke, daß schon die Gorbatschow-Ära zu einer großen Verunsicherung beigetragen hat. Von 1985, wo man noch nicht so viel gemerkt hat, steigerte sich das sicher bis zum Ende des Jahres 89. Und auch ohne Herbstrevolution wäre der Marxismus, glaube ich, in eine ziemliche Krise gekommen, weil eine Menge politischer Tabus in der Sowjetunion durch Gorbatschow weggeräumt worden sind. Da ist es dann nur eine Frage der Zeit gewesen, wann auch die ideologischen Tabus angegriffen worden wären, zum Beispiel daß die Rolle Lenins schon nicht mehr so sakrosankt war wie in den Jahrzehnten davor.“

Zu einem wirklichen Streit über die Abwicklung der DDR-Philosophie kam es erst 1996. Bezeichnenderweise wurde er von dem Westphilosophen Ulrich Johannes Schneider ausgelöst. Schneider arbeitet seit 1992 als wissenschaftlicher Assistent in Leipzig. Im März 1996 erschien sein Aufsatz „Situation der Philosophie, Kultur der Philosophen“ in der *Deutschen Zeitschrift für Philosophie*. Artikel in der *Frankfurter Rundschau* und der *Zeit* folgten. Schneider beklagte, daß über die Abwicklung der Philosophie in den neuen Bundesländern bisher weitgehend geschwiegen werde, obwohl keine andere Disziplin so von den Veränderungen betroffen sei. Und gerade dieses Schweigen war es, das ihn irritierte. Ulrich Johannes Schneider:

„Das eigentliche Problem der Abwicklung sehe ich eben gerade in der Selbstverständlichkeit, mit der sie vollzogen worden ist. Man hat eine gesamte Wissenskultursystem in einem relativ großen Bereich, eben dem der DDR, mit den Maßstäben beurteilt, die man sonst unter seinesgleichen, das heißt im westdeutschen Universitätssystem anwendet. Insofern ist die Evaluierung der DDR-Wissenschaftler nur ein monströser Sonderfall der Evaluierung, wie sie auch sonst stattfindet. Eben genau dieselben Kriterien werden angewendet. Das ist das Problem.“

Eine Selbstverständlichkeit hatte für Schneider die andere ersetzt, das System Ost war zusammengebrochen. Und fraglos hatte die Philosophie, so wie sie im Westen betrieben wurde und wird, diesen Platz eingenommen. Die Ostphilosophen wurden dabei nach Westmaßstäben beurteilt, und mußten entsprechend schlecht abschneiden. Trotzdem verlief dieser Prozeß reibungslos. Nochmals Schneider:

„Die Leichtigkeit der Abwicklung erkläre ich mir unter anderem mit der Tatsache, daß auf beiden Seiten eben im Grunde Staatsdiener, Beamte standen, die sich auch gegenseitig, wenn man so will, ähnlich vorkamen in ihrer gesellschaftlichen Funktion, die also auch keine Mühe hatten, das Selbstverständnis ihrer eigenen gesellschaftlichen Ordnung gegen die andere zu setzen, wie wenn das auf gleicher Ebene läge.“

Die Philosophen also Staatsdiener in West und Ost. In der DDR waren sie vom SED-Regime abhängig, in Westdeutschland als Beamte von der jeweiligen Landesregierung und ihren Ministern. Auf beiden Seiten folgt man Regeln und Gesetzen.

Schneiders Thesen wurden fast erbittert bestritten. Hauptsächlich von Westphilosophen. Denn den Vorwurf, auch nur Büttel eines Staates zu sein, wollte niemand auf sich sitzen lassen. Entsprechend scharf wurden die Attacken gegen Schneider geritten. So wurde ihm Halbwissen über die Situation der Philosophie im Osten vorgeworfen, eine Mimikry bezüglich der DDR-Philosophie, sein Bericht sei in Fakten und Motiven pervertiert, hieß es. Die Meinung unter den Westphilosophen ist weitgehend einhellig. Die Abwicklung der DDR-Philosophie war nötig und richtig. Für Werner Becker hat sie Verrat an den Grundwerten der europäischen Geisteswissenschaften verübt:

„Das traditionelle Verständnis von Philosophie ist das einer freien Denktätigkeit, begründet durch die große Tradition der Griechen. Von diesem Verständnis war in der Philosophie der DDR nichts vorhanden, was ich aber nicht den Individuen zum Vorwurf mache, sondern was die Konsequenz des politischen Systems, des Systems, des kommunistischen Systems, der Diktatur des Proletariats gewesen ist, für welches die Philosophie ja die Rolle der legitimierenden Staatstheorie gespielt hat. Man darf auch heute nicht so tun, als sei die Philosophie in der DDR etwas gewesen wie die Germanistik in der DDR oder die Geographie in der DDR oder irgendeine, sagen wir: normale Wissenschaft im Universitätsbereich der DDR-Universitäten. Die DDR-Philosophie hatte eine andere Rolle.“

Viele Kritikpunkte an Schneiders Artikeln waren berechtigt. So arbeiten zum Beispiel mehr Ostphilosophen in den neuen Bundesländern, als er annimmt. Tatsächlich jedoch ging es Schneider weder um eine Verteidigung des Marxismus-Leninismus, noch um eine Verharmlosung der Verhältnisse in der ehemaligen DDR. Schneiders eigentliches Anliegen ist die Frage, nach welchen Kriterien Philosophie beurteilt werden kann. In der Universitätsphilosophie wird die Leistung eines Denkers fast ausschließlich an seinen Büchern und Aufsätzen gemessen. Und genau diese Meßlatte wurde auch an die Philosophie der ehemaligen DDR angelegt. Evaluierung - bezogen auf die Philosophie hieß das: Was hatten die Philosophen an Texten zu bieten?

Die Antworten darauf fielen niederschmetternd aus. Die meisten Veröffentlichungen können mit dem nationalen und internationalen Niveau nicht mithalten. Damit liegt der Schluß nahe, daß es mit der Philosophie in der DDR überhaupt nicht weit her war, sie der SED nach dem Mund redete und außer den üblichen Phrasen des Marxismus-Leninismus nicht viel zu bieten hatte. Als Beleg für diese These mag man noch anführen, daß nur ein einziger Ostphilosoph es geschafft hat, eine Professur in den alten Bundesländern zu bekommen, nämlich Hans-Martin Gerlach in Mainz.

Genau hier setzt Schneiders eigentlicher Kritikpunkt an. Er stellt die Frage, ob die Qualität einer Philosophie sich einzig und allein in Texten niederschlägt. Schneider:

„Es handelt sich ja um eine paradoxe Einstellung, die der Westen gegenüber der DDR-Philosophie einnimmt. Einerseits wird gesagt, es gab dort Zensur, es gab dort keine freie Meinungsäußerung; andererseits hält man sich zur Beurteilung von DDR-Philosophen nun an Veröffentlichungen, die in der Tat einer gewissen Zensur, vielleicht auch einer Selbstzensur unterlagen, will dann an der Oberfläche der Texte selbst freie Geister entdecken und kann sie dann natürlich nicht finden. Das ist ja völlig klar, daß die Freiheit in einem von Zensur beherrschten System sich nicht im offenen Widerspruch zeigt. Insofern ist es etwas sinnlos, danach zu suchen. Man muß dann nach Modifikationen, nach Nuancen, auch eben nach anderen kulturellen Praxen suchen, nach Diskussionszusammenhängen, Tagungen, nach dem eher Mündlichen. Und das wiederum kann man nicht vom Westen aus.“

Ein wenig überspitzt läßt sich Schneiders Standpunkt etwa so formulieren. Wenn Philosophie sich auf Texte reduziert, dann war Sokrates ein schlechter Philosoph, denn er hat keinen einzigen Text hinterlassen. Hinter Schneiders Kritik steht die grundsätzliche Frage, was die Philosophie überhaupt ist. Im Rahmen der Universitätsphilosophie scheint es sich um eine reine Textwissenschaft zu handeln, deren einziger Maßstab das gedruckte Wort ist. Tatsächlich jedoch ist das Selbstbild der Philosophie traditionell ein anderes, nämlich die Arbeit des Begründens, Argumentie-

rens und Problematisierens. Diese Arbeit ist mündlich. Sie schlägt sich nur zum Teil in Texten nieder. Schneider moniert, daß bei der Beurteilung der DDR-Philosophie eben diese Seite völlig unberücksichtigt geblieben sei. Darf man, so fragt er, die Philosophie der DDR nur nach ihren Texten beurteilen, die zudem unter den Bedingungen der Zensur geschrieben wurden?

Damit hat Schneider den Nerv vieler seiner jungen Kollegen aus dem Osten getroffen, die mit der pauschalen Beurteilung der DDR-Philosophie als Marxismus-Leninismus nicht zufrieden sind. Damit wird angespielt auf die inneren Spannungen der DDR-Philosophie in den 80er Jahren. Die offizielle Philosophie wurde eben keineswegs fraglos hingenommen. Vielmehr ging es jungen Philosophen wie der *Seminarum*-Gruppe in Leipzig gerade darum, einem zum Etikett erstarrten Marxismus-Leninismus zu entkommen. Klaus-Dieter Eichler vom Leipziger Philosophie-Institut und seinerzeit an *Seminarum* beteiligt, hatte dazu formuliert, daß Philosophie wieder authentisch und existentiell bedeutsam werden solle. Ein solcher Ansatz darf nicht zur offenen Opposition verklärt werden. Aber Tatsache ist auch, daß er nur in halboffiziellen Zeitschriften und in privaten Diskussionszirkeln entwickelt werden konnte. Genau diese Ansätze aber fallen aus einer Beurteilung heraus, die sich nur an die veröffentlichten Texte hält. Klaus-Dieter Eichler:

„Ich würde sagen, was sehr wichtig war, und was mit dem Artikel von Schneider auch inauguriert wurde, das ist die Sicht auf die nichtschriftliche Kultur. Es sind ja auch andere Praxen philosophischer Tätigkeit als die typisch akademischen zu thematisieren. Das meint also, nicht bloß offiziell erschienene Lehrbücher zu untersuchen, sondern die Vielfalt philosophischer Tätigkeiten zu berücksichtigen. Damit erst kann so etwas wie die Lebens- und Arbeitswelt eines Philosophen rekonstruiert werden.“

Dahinter steht der Wunsch nach einem differenzierten Blick auf 40 Jahre DDR-Philosophie. Ein solcher Blick kann nicht von außen, also von Philosophen aus den alten Bundesländern geleistet werden. Gefragt sind Innenansichten der DDR-Philosophie. Die Chancen dafür stehen gut. Denn noch leben viele Zeitzeugen. Und genau sie müssen befragt werden, wenn die Philosophen in der DDR nicht nur nach ihren Texten beurteilt werden wollen. Eine solche Arbeit hat eine Chance, die grundsätzlichen gesellschaftlichen Bedingungen zu reflektieren, unter denen Philosophie entsteht., eine Aufgabe die nach Meinung von Ulrich Johannes Schneider auch für die Westphilosophen ansteht:

„Ich konstatiere, daß sowohl im Westen wie im Osten eine gewisse Unfähigkeit vorherrscht, die gesellschaftliche Situation der Philosophie zu reflektieren. Es gibt so ein vages Ideal des Intellektuellen, der über die Zeitung oder übers Interview zur Gesellschaft im Allgemeinen spricht; es gibt ein sehr konkretes Ideal des Wis-

senschaftstheoretikers, der sozusagen mit seinen Kollegen an der Universität irgendwie auch theoretisch zurecht zu kommen versucht, mit der Vielfalt der wissenschaftlichen Beschäftigungen. Aber darüber hinaus ist die Philosophie gerade in puncto Gesellschaftskritik, Kulturkritik in Deutschland sehr verarmt, und zwar im Westen wie im Osten. Da sind in Amerika, in Frankreich, Italien, auch in Rußland wirklich deutliche Unterschiede zu sehen.“

Was also ist die Philosophie überhaupt? Und was war sie in der ehemaligen DDR? Schneiders Punkt ist es, daß Philosophie mehr ist, als der Lehrbetrieb an den Universitäten und die Veröffentlichung von Texten. Es ist kaum anzunehmen, daß dies ernsthaft bestritten wird. Problematisch aber ist, daraus eine Kritik an der Abwicklung der DDR-Philosophie zu konstruieren. Gerade wenn man sich an Schneiders Unterscheidung hält, wird rasch deutlich, daß eben nicht die DDR-Philosophie abgewickelt wurde, sondern einzig und allein die Universitätsphilosophie der DDR. Ob über die Universitäten und Akademien hinaus noch philosophiert wurde, muß sich zeigen. Anfänge sind gemacht. Norbert Kapferer hat einen Band mit „Innenansichten ostdeutscher Philosophen“ als Gegenstück zu seiner Geschichte der DDR-Philosophie herausgegeben. Eine Gruppe junger Leipziger Philosophen hat den Fall Ernst Blochs an ihrer Universität nachgezeichnet. In diesem Band „Hoffnung kann enttäuscht werden“ findet sich ein Brief, den Bloch wenige Tage nach seiner Berufung auf den Lehrstuhl in Leipzig geschrieben hat. Darin heißt es: „Philosophie lehren heisst heute mehr als je: die Schuppen von den Augen fallen lassen, den wahren Weg und das einzig Notwendige sehen lassen.“³

³ „Hoffnung kann enttäuscht werden“ - Ernst Bloch in Leipzig. Dokumentiert und kommentiert von V. Caysa, P. Caysa, K.-D. Eichler und E. Uhl, Frankfurt am Main 1992, S. 82.

Eine nachholende Debatte

Der innerdeutsche Philosophenstreit 1996/97*

Peer Pasternack
Wittenberg/Leipzig

*Es wird nie so heiß gegessen
wie gekocht wird, trösteten
die Gegessenen die Gekochten.
(Stanislaw Jerzy Lec)*

Das also waren nun endlich auch die Philosophen: Eine nicht unaufgeregte Auseinandersetzung ist wieder zur Ruhe gekommen; zwei Jahre lang, seit Anfang 1996, hatte die deutsche Philosophie versucht, sechs Jahre nicht stattgefundenes Gespräch über sich selbst aufzuholen. Es ging um den Umbau des Faches im ostdeutschen Siedlungsgebiet. Ein Fach, dem gemeinhin eine besondere Neigung zum Nachdenken über sich selbst nachgesagt wird, hat eine nachholende Debatte veranstaltet.¹

Zuvor, bis 1996, war es zum Umbau der Philosophie in Ostdeutschland gänzlich ruhig geblieben. Andere geistes- und sozialwissenschaftliche Fächer sind dagegen - vergleichsweise - geradezu Epizentren disziplinärer Selbstreflexion gewesen. Deshalb wußten wir dort auch schon ein wenig mehr über umbauleitende Interessen, Motive und Deutungsmuster, zentrale wie unterdrückte Fragestellungen, strategische und taktische Koalitionen wie Verteilungserfolge der disziplininternen Fraktionen usw.

Die anderen Fächer

Die Geschichtswissenschaft etwa hatte gleich 1990 begonnen und war wohl auch im übrigen ein Sonderfall. Sie ist wie keine andere Disziplin unter einer sowohl regen fachinternen Diskussion wie fachexternen publizistischen Begleitung umgebaut worden. Der Bezug auf wissenschaftsübliche Argumentationsstandards blieb dabei gelegentlich nur marginal.²

* Erstveröffentlichung: *Comparativ* 4/1998, S. 91-102.

¹ Vgl. die Diskussion in der *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* 1-5/1996 und einige flankierende Äußerungen in anderen Zeitschriften sowie im Pressefeuilleton (s. die weiteren Fußnoten).

² Für solche generalisierenden Aussagen, soweit sie andere Fächer als die Philosophie betreffen, wird hier auf detaillierte Nachweise verzichtet und statt dessen auf zwei an-

Das alles war sehr medienträftig, auch nicht frei von unappetitlichen Episoden und verharrte nicht bei symbolischer Prestigeverteilung. Zugespitzt in der Frage "Wem gehört die DDR-Geschichte?" brachte einer der stilprägenden Akteure die Probleme auf einen personenbezogenen Punkt. Der 1990 gegen die etablierte DDR-Historikerzunft gegründete Unabhängige Historiker-Verband (UHV) fragte: Wer darf weiterhin öffentlich finanzierte Forschung zu betreiben?

Die Antwort schien nicht schwer. Denn zugleich hat der UHV eine Gegenpolitisierung der Geschichtswissenschaft zu forcieren gesucht: Arbeiten zur DDR-Geschichte werden unter der politischen Prämisse einer historischen Illegitimität der DDR favorisiert. Auf der anderen Seite beharren die vormals etablierten DDR-Historiker auf der ebenso politischen Prämisse historischer Legitimität der DDR und beziehen dies auch gleich auf deren politisches System. Das schränkt die Reichweite der Fragestellungen naturgemäß ebenso ein. In solcherart bewegter See konnte die etablierte (West-)Zunft ihre Schiffe recht zielsicher in die ostdeutschen Häfen steuern. Am Ende hat keiner der Kapitäne umkehren müssen.

Etwas anders in der Soziologie: Ihr hatten die ostdeutschen Fachvertreter zwar als Schmuttelkinder, aber als solche doch irgendwie zur Familie gehörend gegolten. Daher war es dort etwas zivilisierter zugegangen. (Übersehen müßten wir hier die - von stilistischen Verwerfungen nicht freie - Aneignung der Ost-Gründung *Berliner Journal für Soziologie* auf kaltem Wege.³) Bei allen individuellen Härten, die innerhalb der ostdeutschen Soziologengemeinde aufgetreten sind, ist dies auch den Ergebnissen abzulesen: Von aktuell 53 Professoren an ostdeutschen Universitäten sind 11 in der DDR promoviert oder habilitiert worden.⁴ (Zum Vergleich die Philosophie: Sehen wir von den Logikern ab, die ja, wie man hört, mit der DDR-Philosophie nie etwas zu tun hatten, dann sitzen dort bundesweit drei - wird die Ästhetik mit eingerechnet: fünf - amtie-

notierte Bibliographien d. Verf. verwiesen: DDR-Wissenschaftsgeschichte & Umbau von Hochschule und Wissenschaft in Ostdeutschland. Bibliographie 1989-1993, Leipzig 1994, und: Annotierte Bibliographie der selbständigen Publikationen und Graduarbeiten 1989-1996 zu den Geisteswissenschaften in der DDR und in Ostdeutschland, in P. Pasternack: Geisteswissenschaften in Ostdeutschland 1995. Eine Inventur, Leipzig 1996, S. 247-287. Dort noch nicht berücksichtigte, weil neuere Veröffentlichungen sind fortlaufend in der regelmäßigen Rubrik "Publikationen" der Zeitschrift *hochschule ost* verzeichnet.

³ Vgl. B. Schäfers: Notwendige Anmerkungen zum Wechsel der Herausgeber beim "Berliner Journal für Soziologie". In *DGS-Informationen* 3/1992, 45f.

⁴ Jürgen Knaube: Soziologie, in *Wissenschaft und Wiedervereinigung. Disziplinen im Umbruch*, Hg. J. Kocka/R. Mayntz, Berlin 1998, S. 255-301, hier 297.

rende Ostdeutsche auf regulären Universitätsprofessuren. Von diesen befindet sich eine zudem an einer Theologischen Fakultät und ist durch einen zentralen Akteur des Einigungsvertragsprozesses von 1990 besetzt.) Bei den wissenschaftlichen MitarbeiterInnen stammen in der ostdeutschen Soziologie zwei Drittel aus West- und immerhin ein Drittel aus Ostdeutschland.⁵ Trotzdem verbirgt sich dahinter eine nur geringe Verbleibsquote ostdeutscher SoziologInnen im akademischen Bereich. Diese wird vorwiegend der empiristischen Ausrichtung der DDR-Soziologie zugeschrieben (und der entsprechend einseitigen Qualifikation der ostdeutschen Soziologen, die freilich unterdessen vielfach erfolgreich erweitert worden war). Wie sie auch immer bewertet werden, den erzielten Ergebnissen in der ostdeutschen Soziologie waren jedenfalls ebenso ost-westkommunikativ angelegte Bestandsaufnahmen des Faches in der DDR vorausgegangen, wie der Umbauprozess durchgehend unter Beteiligung Ost- wie Westdeutscher debattiert wurde.

Die Erziehungswissenschaft nun hatte sich gar dazu durchgerungen, ihren Auftritt in Ostdeutschland einer selbstorganisierten Evaluation zu unterziehen. (Wofür es freilich auch Gründe gab. Sie lassen sich daran ablesen, daß es einen einzigen amtierenden C4-Professor mit Ostbiographie gibt.) Von 1992 bis 1996 arbeiteten entsprechende Selbstevaluierungskommissionen der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft.⁶ Auch in diesem Fach kümmerte man sich zuerst um Bestandsaufnahmen der Disziplin in der DDR. Näherhin nutzte eine unangepäßtere Fraktion (noch) Nichtetablierter ihr 1992 gegründetes *Jahrbuch für Pädagogik*, um die - "insgesamt betrachtet" - zu einer Erfolgssicht auf den ostdeutschen Umbau neigende Kollegenmehrheit mit aktuellen Stellungnahmen und Dokumentationen zu ärgern.⁷

Einen speziellen Fall in mehrfacher Hinsicht stellte die (evangelische) Theologie dar. Sie stand zunächst unter politischer Protektion. Diese äußerte sich insbesondere im kapazitiven Ausbau des Faches in den ansonsten vornehmlich von Abbau betroffenen Universitäten. Sodann nahmen, wie die Pfarrer in der Politik, zahlreiche Theologen im Wissen-

⁵ Rainer Kreckel: Soziologie an den ostdeutschen Universitäten: Abbau und Neubeginn, Halle/S. 1994, S. 10.

⁶ Deren Ergebnisse liegen in zwei Bänden vor: Erziehungswissenschaft im Aufbruch?, Hg. A. Kell, Weinheim 1994; Vom Wünschbaren zum Machbaren. Erziehungswissenschaft in den neuen Bundesländern, Hg. A. Kell/J.H. Olbertz, Weinheim 1997.

⁷ Jahrbuch für Pädagogik 1992. Erziehungswissenschaft im deutsch-deutschen Vereinigungsprozeß, Frankfurt/M. 1992; Jahrbuch für Pädagogik 1993, Frankfurt/M. 1993; vgl. auch die nachfolgenden Ausgaben.

schaftsumbau zentrale Positionen ein. Diese Exponiertheit weckte Aufmerksamkeit beim Publikum. Alsbald war die ostdeutsche Theologie aber auch in die kircheninternen Stasi-Debatten geraten. Mit dem Berliner Humboldt-Rektor Heinrich Fink⁸ hatte sie sich eine zentrale Projektionsfigur erschaffen. An Fink arbeiteten die unterschiedlichen Fraktionen des Faches ihr jeweiliges Verhältnis zur DDR ab. Eine symbolische Überfrachtung war die Folge. Fink war nur noch entweder Lichtgestalt oder der Leibhaftige. Vermischt ist all dies mit institutionellen Konkurrenzen gewesen, die sich aus der Auflösung der Kirchlichen Hochschulen und ihrer Überführung in die Universitätsfakultäten ergaben.⁹

Im übrigen ging die ostdeutsche Theologie Debatten über interne Umgestaltungen längere Zeit eher aus dem Wege. Eine Reihe von disziplin-geschichtlichen Studien und Dokumentationen zur DDR-Geschichte der Theologie sind zwar vorgelegt worden. Doch wurden diese kaum in eine Debatte des Themas eingespeist. Statt dessen mäanderte der dröhnend-geraunte Name *Besier* durch die theologische Provinz. Mit diesem verband sich eine so eigene wie zwischenzeitlich üblich gewordene Aktenhermeneutik.¹⁰ In der Folge stritten sich die Theologen, ähnlich der Kirche, weitgehend aus einer Abwehrhaltung heraus mit den externen Anfragern um die DDR-Vergangenheit des Faches.

⁸ Prof. für Praktische Theologie, von 1980 bis 1989 Direktor der Sektion Theologie an der Humboldt-Universität zu Berlin, im April 1990 zum Rektor der HUB gewählt, auf anfragewürdiger Datengrundlage im November 1991 wegen - in der Folgezeit nie eindeutig geklärt - IM-Tätigkeit gekündigt. Vgl. ausführlicher meine Darstellung: Ein abgeschlossener Fall? Die Affäre Heinrich Fink 1990-1997, in *hochschule ost* 3-4/97, S. 214-246.

⁹ Beispielhaft ein Streit zwischen Berliner Sprachenkonvikt (dann Kirchliche Hochschule Berlin-Brandenburg) und Theologischer Fakultät der Humboldt-Universität in P. Pasternack (Hg.): *Hochschule & Kirche. Theologie & Politik. Besichtigung eines Beziehungsgeflechts in der DDR*, Berlin 1996, S. 197-240.

¹⁰ Vgl. G. Besier: Die kaderpolitische Entwicklung an den theologischen Fakultäten (1952 - 1963), in ders.: *Der SED-Staat und die Kirche. Der Weg in die Anpassung*, München 1993, S. 381 - 418; ders.: *Protestantische Kaderbildung - Zur Geschichte der Theologischen Sektionen (1969 - 1989)*, in ders.: *Der SED-Staat und die Kirche 1969 - 1990. Die Vision vom "Dritten Weg"*, Berlin/Frankfurt a.M. 1995, S. 548-589. Vgl. als souveräne Entgegnung darauf M. Beyer: *Vergangenheitsbewältigung zu wessen Bedingungen? Gerhard Besier und die Leipziger Theologische Fakultät*, in: *Zeichen der Zeit* 3/93, S. 100 -109.

Zur Rezeptionsgeschichte der MfS-Akten im allgemeinen gibt es eine so umfangreiche wie weithin unbefriedigende Literatur. Guten Gewissens empfehlen kann ich die Polemik von D. Dahn: *Der Waschzwang des Staates. Wem gehört die Gauck-Behörde*, in *Süddeutsche Zeitung*, 17./18.1.1998, sowie meine empirisch abgestützte Darstellung: *IMs. Eine Fehlerdiskussion*, in *spw* 6/1997, S. 43-46.

Inhaltlich beschränkten sich die Neugestaltungsdebatten in der Theologie auf zwei Dinge: Zum einen wurde die Ökumenik als Einfallstor des DDR-Staates in die Theologie identifiziert. Infolgedessen gibt es diese Teildisziplin heute meist so nicht mehr bzw. ist ersetzt durch Missionswissenschaft. Zum anderen bewährte sich das Fach wie ein Mann in der Abwehr einer offenbar als existentiell empfundenen Zumutung: dem Ansinnen, feministischer Theologie und/oder theologischer Frauenforschung Wirkungsmöglichkeiten und Stellen zu eröffnen.¹¹

In einigen anderen geistes- und sozialwissenschaftlichen Fächern hingegen war bislang allein deren DDR-Geschichte thematisiert, untersucht und diskutiert worden, um dies vom zugleich stattfindenden Umbau der Fächer völlig entkoppelt zu lassen. So verhielt es sich bspw. in den Sprach- und Literaturwissenschaften. Zu deren DDR-Geschichte liegen unterdessen zahlreiche Darstellungen vor, die einer reflektierenden Bezugnahme auf die nach-89er Entwicklung jedoch weitgehend entbehren. Auch aufsehenerregende Kontroversen gab es dabei bislang nicht.

Anfangs, 1990/91, waren gemeinsam mit westdeutschen Kollegen und Kolleginnen Tagungen zur Geschichte der DDR-Sprach- und Literaturwissenschaften durchgeführt worden, damit wohl nicht zuletzt Informationsbedarf auf westlicher Seite bedienend. Fachorgane öffneten der Dokumentation dieser Veranstaltungen ihre Seiten, so daß die Dinge übersichtlich vorliegen. Der Umbau seit 1990 selbst wurde als politischer Vorgang nicht und in fachlicher Hinsicht mäßig diskutiert. Es gab die fachüblichen Debatten über die systematische Ein- und Zuordnung der sprach- und literaturwissenschaftlichen Einzeldisziplinen in den Korpus der Fakultäten. Daneben spielte die kulturwissenschaftliche Öffnung des Faches eine gewisse Rolle. An diesem Punkt fiel zufällig eine aktuelle westdeutsche Debatte mit dem Ost-Umbau zusammen. Mithin: Auch dies war nicht primär durch die ostdeutsche Entwicklung induziert.

Ähnlich bei den Juristen: Dort waren im Zuge der intensiven wissenschaftlichen Bearbeitung des DDR-Rechtssystems zwar zahlreiche anspruchsvolle Studien zur DDR-Rechtswissenschaft vorgelegt worden, die auch voneinander abweichende, mitunter kontroverse Ergebnisse zeigten. Form und Inhalt der Neugestaltung des Faches in Ostdeutschland jedoch fanden sich nicht streitig gestellt. Die Gründe dafür liegen recht nahe: Zum einen ist sich die etablierte westdeutsche Rechtswissenschaft ihrer selbst sehr gewiß. Die Systematik des Faches gilt weithin als unhin-

¹¹ Vgl. bspw. Irene Klank: Erfahrungen mit der Institutionalisierung feministischer Theologie in Berlin, in *hochschule ost* 4/1995, S. 40-45.

terfraglich. Gleiches ist für die curriculare Gestaltung des Ausbildungsganges zu sagen, unbeschadet dessen, daß dieser Ausbildungsgang den außeruniversitären Repetitor zwingend erforderlich macht.

Zum anderen galten den westdeutschen Juristen die ostdeutschen Kollegen nicht als solche. Hierbei trafen sie sich mit den Wirtschaftswissenschaftlern. Eine Debatte über die Modalitäten des Umbaus der Disziplinen erübrigte sich damit. Man ging von einem planierten Gelände aus. Auf diesem konnte der rechts- wie der wirtschaftswissenschaftliche Landschaftspark angelegt werden, ohne früheren Bewuchs ins Kalkül ziehen zu müssen. Schließlich mußte zu all dem eine Anzahl von Professuren besetzt werden, die die beiden Fächer überforderte. Wer westelbisch habilitiert war, konnte in den neuaufzubauenden Rechts- und Wirtschaftswissenschaften nicht abgewiesen werden. (Daß sich aber auch unter diesen Bedingungen die paradigmatische Hermetik etwa der Wirtschaftswissenschaften bewährte, indem, gleichsam als Konfessionsvorbehalt, ein Bekenntnis zu den normativen Grundlagen des bestehenden Wirtschaftsystems Berufungsvoraussetzung war - das versteht sich von selbst. Vereinzelte Bewerbungen, die daran scheiterten, sind von so verschwindender Größenordnung, daß sie den Gesamtbefund des prinzipiellen Erfolgszwanges westdeutscher Bewerbungen nur marginal berühren.) Hier also brauchte sich niemand zu streiten, da (fast) alle zufriedengestellt werden konnten. Es wurden mithin in den Rechts- und Wirtschaftswissenschaften keine inhaltlichen Gründe gesehen, den Neuaufbau Ost zu diskutieren oder einer Analyse zu unterziehen.

Schließlich gab es noch einige geistes- und sozialwissenschaftliche Fächer, in denen es fast völlig ruhig geblieben war. Es sind das die sog. Kleinen Fächer: Wissenschaftsgeschichte, Musikwissenschaft, Kunstgeschichte, Orient-, Altertums- und Regionalwissenschaften. In diesen Disziplinen kam lediglich der eine oder andere einsam bleibende Artikel vor, in Orientalistik und Musikwissenschaft wurde auch jeweils eine Dissertation zu deren DDR-Geschichte verfaßt, und es gab vereinzelt Streit um Personen. (Etwa, sehr illustrativ, in der Ethnologie: Die Ethnologen hatten erst einen Leipziger Professor zum Vorsitzenden ihres gesamtdeutschen Fachverbandes gewählt. Dann war die durch diesen Hochschullehrer besetzte Stelle vom sächsischen Wissenschaftsministerium zur Besetzung ausgeschrieben worden - wie die meisten anderen Professuren auch. Daraufhin konnten sich die westdeutschen Aspiranten für eine solche Stelle über einen Punkt nicht einigen: Ob man denn nicht gleichzeitig dieses Verfahren der Ausschreibung nicht unbesetzter Professuren "im Prinzip" ablehnen, sich aber trotzdem selbst auch auf die

Stelle des soeben gewählten Verbandsvorsitzenden bewerben könne?¹²) In der Kunstgeschichte und Musikwissenschaft waren vereinzelt die Arrivierten der Fächer ob ihrer Arriviertheit angegriffen worden. Sie revanchierten sich mit mehr oder weniger subtilen Hinweisen: Bei manchem der Kritiker habe der steckengebliebene Aufstieg auch andere als politische Gründe gehabt.¹³

Kurzum: Dort wo Aktivitäten in den geistes- und sozialwissenschaftlichen Fächern zu beobachten waren, gab es zwei Verarbeitungsstrategien hinsichtlich der nach 1989 gegebenen neuen Situation. Verbänden die einen die wissenschaftsgeschichtliche Erkundung ihrer Fächer in der DDR mit intensiven Debatten des aktuell stattfindenden Umbaus, so inaugurierten die anderen heftige Aufarbeitungsbemühungen zu ihrer jeweiligen DDR-Fachgeschichte, um den zugleich stattfindenden Umbau der Fächer intensiv zu beschweigen. Zur letzteren Gruppe gehörte bis Januar 1996 die Philosophie.

Die Philosophie

Das Fach und seine Vertreter also hatten nach 1989 jahrelang allein dessen DDR-Geschichte thematisiert - und dies durchaus intensiv. Zunächst waren Dokumentationen zu den Häretikern des Faches vorgelegt worden: Ernst Bloch, Peter Ruben, Wolfgang Heise, Günther Jacoby, Lothar Kühne.¹⁴ In gewisser Weise gehört auch Robert Havemann in diese Reihe, der sich, von Hause aus Physikochemiker, mit sozialphilosophischen Thesen dissidentisch profiliert hatte.¹⁵ Bald erschienen auch über einzelne Perso-

¹² Vgl. Der "Fall Treide". Dokumentation einer Debatte, Hg. C. Pommerening/Fachschaft Afrikanistik/Orientalistik der Universität Leipzig, Leipzig o.J. (1993).

¹³ Vgl. exemplarisch die Beiträge in *kritische berichte. Zeitschrift für Kunst- und Kulturwissenschaften* 2/1991.

¹⁴ Zu Bloch: M. Franzke: *Die ideologische Offensive*, Leipzig o.J.; V. Caysa et al.: *'Hoffnung kann enttäuscht werden'*, Frankfurt/M. 1992; zu Ruben: *Gefesselter Widerspruch*, Hg. H.-C. Rauh, Berlin 1991; zu Heise zahlreiche Beiträge auf den bisher drei Heise-Kolloquien, veranstaltet und hrsg. vom Ost-Berliner Institut für Ästhetik; zu Jacoby: Günther Jacoby - *Zu Werk und Wirkung*, Hg. Frank/Häntsch, Greifswald 1993; zu Kühne: *Von der Qual, die staatssozialistische Moderne zu leben*, Hg. Brie/Hirdina, Berlin 1993. Zu den Genannten trat später noch Wolfgang Harich hinzu: vgl. *Ein Streiter für Deutschland. Auseinandersetzung mit Wolfgang Harich*, Hg. S. Prokop, Berlin 1996; S. Prokop: *Ich bin zu früh geboren. Auf den Spuren Wolfgang Harichs*, Berlin 1997.

¹⁵ Zunächst waren 1990/91 zahlreiche Dokumentationen seiner Texte erschienen, vgl. daneben *Dokumente eines Lebens*, Hg. D. Draheim et al., Berlin 1991, und jüngst die vorzügliche Edition von Müller/Florath: *Die Entlassung*, Berlin 1996.

nen hinausgreifende Darlegungen zur (politischen) Geschichte der DDR-Philosophie.¹⁶ Eine erste größere Diskussion vormaliger DDR-Philosophen zur Geschichte ihres Faches veranstaltete im Januar 1995 der Luisenstädtische Bildungsverein.¹⁷ Eine weitere fand an der Universität Leipzig 1995 statt.¹⁸

Doch: Seinen aktuell stattfindenden Umbau in Ostdeutschland hielt das Fach dagegen seltsam frei von begleitenden öffentlichen Erörterungen - und die ausführlichste Wortmeldung war eine belletristische, sinnigerweise wie inhaltlich nachvollziehbar in einem Satire-Verlag erschienen. (John Erpenbeck: *Aufschwung*. Roman, Eulenspiegel Verlag Berlin 1996. Beschrieben wird darin der Weg eines einst international angesehenen, nunmehr abgewickelten ostdeutschen Philosophie-Professors hin zum Gründer und Leiter eines kommerziellen "Instituts für wissenschaftliches Handlinienlesen" mit atemberaubendem Geschäftserfolg, der ihm schließlich als erfolgreichstem Existenzgründer in Ostdeutschland das Bundesverdienstkreuz einträgt. Ein durch und durch satirischer Plot, unaufdringlich gestaltet, der nahezu alle realsatirischen Momente des deutsch-deutschen Vorgangs der letzten Jahre fokussiert, bis hin zu hierzulande ungewohnt neuen Schwerpunkten aufklärerischen Wirkens: Für die durch die Lektüre neu Interessierten ist auch ein "Bre-

¹⁶ Neben den bekannten externen Darstellungen von H. Wilharm: *Denken für eine geschlossene Welt*. Philosophie in der DDR, Hamburg 1990, und N. Kapferer: *Das Feindbild der marxistisch-leninistischen Philosophie in der DDR 1945-1988*, Darmstadt 1990, vgl. F. Richter: *Philosophie in der Krise*, Berlin 1991; *Das Problem der Freiheit im Lichte des Wissenschaftlichen Sozialismus*, Hg. Heppener/Hedeler, Berlin 1991; G. Herzberg, *Überwindungen*, Berlin 1990; ders.: *Einen eigenen Weg gehen*, Berlin 1991; ders.: *Abhängigkeit und Verstrickung*, Berlin 1996; H.-P. Krüger: *Demission der Helden. Kritiken von innen*, Berlin 1992; *Philosophie - Wissenschaft - Geschichte*, Hg. K.-F. Wessel, Berlin 1992; R. Mocek: *Versuch zur Bilanz der Wissenschaftstheorie in der DDR. Entstehung - Inhalte - Defizite - Ausblicke*, Dresden 1994; *Die Biopsychosoziale Einheit Mensch. Begegnungen*. Festschrift für Karl-Friedrich Wessel, Hg. Kleinhempel et al., Bielefeld 1996. Ostdeutsche Ergänzungen zum o.g. Kapferer lieferten die Innenansichten ostdeutscher Philosophen, Hg. N. Kapferer, Darmstadt 1994. Implizit um DDR-Philosophie resp. Philosophie und DDR ging es auch in der Berliner Ringvorlesung zur 11. Feuerbach-These im Humboldt-Foyer, die einen hochsymbolischen Streit auf die gegenstandsangemessene inhaltliche Ebene hob: Eine angeschlagene These, Hg. V. Gerhardt, Berlin 1996. Zu ergänzen wären die schwer überschaubaren Zeitschriftenbeiträge zur Fachgeschichte in der DDR.

¹⁷ *Gestörte Vernunft? Gedanken zu einer Standortbestimmung der DDR-Philosophie*, Hg. Mende/Mocek, Berlin 1996.

¹⁸ *Die Philosophie in der DDR zwischen Bolschewisierung und deutscher Tradition*, in Eichler/Schneider (Hg.), *Russische Philosophie im 20. Jahrhundert*, Leipzig 1996, S. 193-247.

vier der Chiromantie" eingehftet - und für die standhaft Bleibenden dies auf andersfarbigem Papier, des einfacheren Überblätterns wegen.)

Mit dem Heft 1/1996 der *Deutschen Zeitschrift für Philosophie* änderte sich die Situation. Ulrich Johannes Schneider, aus Amerika gekommener, in tribalistischer Perspektive westdeutsch einzuordnender Assistent in Leipzig, hatte nach Veränderungen in der Philosophie infolge des deutsch-deutschen Umbruchs gefragt. Er kritisierte, daß die deutsche Universitätsphilosophie "aus einer Selbstverständlichkeit in die andere... geraten (scheint), ohne daß eine nicht bloß lokale Diskussion darüber stattgefunden hätte."¹⁹ Daß die "Veränderung von den Philosophieprofessoren schweigend akzeptiert wurde", erweise "sie alle, in Ost und West, als gute Staatsbürger und disziplinierte Wissenschaftler, zu deren Wissenschaft es offenbar nicht mehr gehört, Probleme einer zwar friedlichen, aber radikalen Revolution aller Verhältnisse, gedanklich und im Hinblick auf das eigene Tun zu begleiten."²⁰

Schneider schien mit seinem Essay ein informelles Agreement verletzt zu haben. Man hörte merkwürdige Sachen. Da wurden aus Anlaß des Artikels, aber noch vor seinem Erscheinen eigens Lehrstuhlsitzungen einberufen. Dort gab ein vorbereitetes Grundsatzreferat die Linie der Gegenargumentation vor. Alsdann fand sich die Versammlung aufgefordert, ergänzende Empörung zu artikulieren.²¹ Kurz: die Dialektik von Erneuerung (der Inhalte) und Kontinuität (der Form). Am Ende aber mußten die benötigten Wortmeldungen dann doch selbst geschrieben werden.²²

Eine verspätete Debatte hat freilich auch Vorteile. Die Betrachtung kann von den Ergebnissen her geschehen. Wenn alles gelaufen ist, darf die Umbaufolgenanalyse auf prozessuale Rücksichtnahmen verzichten:

¹⁹ Ulrich Johannes Schneider: Situation der Philosophie, Kultur der Philosophen. Über die neudeutsche Universitätsphilosophie, in *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* 1/1996, S. 149-159, hier 150.

²⁰ Ebd., S. 158.

²¹ Vgl. die Indiskretion von Rüdiger Zill: Staatsphilosophie, in *Frankfurter Rundschau*, 14.5.1996. Zill bezieht sich auf die Berliner Humboldt-Universität.

²² Vgl. Guntolf Herzberg: Lautes oder lauter Schweigen? Über die Schwierigkeiten, die DDR-Philosophie aufzuarbeiten, in *Die Welt*, 11.5.1996; ders.: Leere Schubladen. Zum Mythos einer Subkultur in der DDR-Philosophie, in *Frankfurter Rundschau*, 6.12.1996; Volker Gerhardt: Philosophieren nach dem Marxismus. Rückblick auf die überwundene Teilung, in *Information Philosophie* 5/1996, S. 5-23; ders.: Die DDR war keine Idylle. Für eine kritische Marxismus-Diskussion. Eine Antwort auf Ulrich J. Schneider, in *Frankfurter Rundschau*, 29.10.1996; ders.: Der Geist schweigt im Futur. Von den Intellektuellen und der DDR-Philosophie, in *Der Tagesspiegel*, 22.2.1997; ders.: In den Machtapparat verstrickt, in *Der Tagesspiegel*, 8.9.1997, S. 13.

Ein "Augias-Stall" war "auszumisten",²³ ließ sich der aus Hamburg nach Jena geeilte K.-M. Kodalle zu vernehmen. Der Ostüberlebende H.-U. Wöhler, TU Dresden, informierte in der gleichen Zeitschriftennummer über die "Ahnungslosigkeit" von Leuten, die "die getane Arbeit mit dem Ausmisten eines Augiasstalles verglichen".²⁴ Das war dann immerhin eine klar benannte Differenz. So ward auch bei diesem Thema alsbald ein erster Schritt zur wünschenswerten "Pluralisierung der Philosophie"²⁵ getan.

Auch das genannte Grundsatzreferat war bald publiziert. Guntolf Herzberg, Humboldt-Universität Berlin, hatte die Richtlinien für die philosophisch korrekte Diskussion bei der Hand und stand nicht an, sie öffentlich kundzutun.²⁶ Damit brach sich in der DZPh ein breiter Strom differenziert tiefsinniger Argumentationen Bahn.²⁷ Flankierend wanderte die Debatte in langweiliger Bewegung in das Feuilleton. Auch hier war als Autor immer wieder G. Herzberg dabei. Es schien zunächst nicht umsonst zu sein, denn in seinen Beiträgen fand sich eine verfolgenswerte Frage. Doch ausgerechnet die ist bislang nicht beantwortet worden: Was eigentlich wäre im umgekehrten Falle gewesen? Anders gesagt: Welche Situation gäbe es, wenn nicht die spätbürgerlichpostmodernpoststrukturalistischneopragmatischsozialkonstruktivistische Philosophie, sondern der Historische und Dialektische Materialismus im philosophischen Revier übriggeblieben wäre? Folgendes vermutlich:

Hans St., vormals Parteihochschule "Karl Marx", Berlin (DDR), besetzte in Frankfurt am Main eine Ordentliche Professur für - kleine Umwidmung - Historischen Materialismus. Jürgen H. hätte an dessen Lehr-

²³ Klaus-Michael Kodalle: Zur Erneuerung der philosophischen Institute. Über die Unfähigkeit zur analytischen Kritik, in *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* 3/1996, S. 503.

²⁴ Hans-Ulrich Wöhler: Die Erfahrung des Anderen, in *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* 3/1996, 508.

²⁵ Kodalle, a.a.O., 504.

²⁶ Guntolf Herzberg: Warum ist nicht alles so geblieben, wie es war?, in *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* 2/1996, S. 311-314.

²⁷ Neben den bereits zitierten und den noch zu zitierenden Artikeln: W. Schmid: Zur Situation der Philosophie, in *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* 2/1996, S. 313f.; K.-D. Eichler: Tabula rasa und Kontinuität. Anmerkungen zu einer Diskussion, in ebd. 4/1996, S. 685-691. In anderen Zeitschriften erschienen neben den hier bereits zitierten folgende Aufsätze zu der Debatte: V. Gerhardt: Philosophieren nach dem Marxismus. Rückblick auf die überwundene Teilung, in *Information Philosophie* 5/1996, S. 5-23; Th. Heinrichs/H. Weinbach: Mit PhilosophInnen ist ein Staat zu machen. Selbstaufgabe und Abwicklung der DDR-Philosophie, in *Forum Wissenschaft* 4/1997, S. 51-53.

stuhl, nach der Evaluierung als "entwicklungsfähig", eine auf drei Jahre befristete Oberassistentz: um sich für eine eventuelle Dauerstelle (außerordentliche Dozentur) im Bereich "Kritik der bürgerlichen Soziologie" zu qualifizieren. Als messerscharfer Analytiker würde H. bei seinem ersten Auftritt vor dem Zentralen Rat für marxistisch-leninistische Philosophie in Berlin, Hauptstadt der vereinigten DDR, zutreffend bekennen, daß er, als ideologischer Exponent des alten Systems, Schuld auf sich geladen und nun die Konsequenzen zu tragen habe. Dies könne gar nicht anders sein, auch wenn er, das wenigstens noch zu erwähnen, einige Male versucht habe, das zerstörerische Wirken der Bourgeoisie in der ehemaligen BRD mit kritischen Anmerkungen ein wenig zu korrigieren, ja, mitunter regelrecht zu torpedieren: wie letzthin noch mit seiner These vom Verfassungspatriotismus, mit der er sich nicht nur Freunde gemacht habe. Denn die herrschende Kapitalistenklasse hatte gerade beschlossen gehabt, ihr erkennbar in den letzten Zügen liegendes Regime durch die Mobilisierung eines nationalen Selbstbewußtseins zu retten. - Indes, bei aller Einsicht in der Sache, im Pausengespräch mit, sagen wir mal, Hans-Peter K., den er als zugänglich kennengelernt hatte, rutschte es H. dann zweifelsohne doch heraus: Irgendwie fühle er sich auch ein bißchen verdrängt, womit er freilich nichts gegen Genossen St. gesagt haben wolle, den er ja auch früher schon aus der Ferne sehr zu schätzen wußte. H.-P. K. nickte verständnisvoll und wußte doch zugleich noch mehr: Hätte er nicht einige ungarische und polnische Kollegen zu Interventionen bei der ZK-Abteilung für Wissenschaft veranlaßt, dann wäre H. bereits seit einem Jahr zum Agitationstexter oder Betriebsökonom umgeschult worden. So indes sind nur seine nicht mehr zeitgemäßen Werke auf die Deponie des Schweigens entsorgt worden. -

Schneider hatte in seinem Essay nach Veränderungen gefragt. Er sah keine. Wie auch, der akademische Betrieb must go on. Hatten die dominierenden Interessen²⁸ den Vorgang so willkürlich werden lassen, daß alle Legitimationsreserven aufgebraucht sind? Oder rechtfertigte das Programmziel 'Ausmisten des Augiasstalles' jede Instrumentierung unabhängig von zivilisierenden Accessoires, etwa, insonderheit, hinsichtlich ihres rechtsförmigen Charakters?²⁹ Kodalle dementierte nicht völlig, daß da vielleicht Probleme zu entdecken wären. Er bestritt hingegen die Korrektheit der aktuellen Situationsbeschreibung. Damit konnten ihm Schneiders

²⁸ Wolfgang Bialas: DDR-Philosophie - Ideologie der Macht oder Wissenschaft des Geistes?, in *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* 3/1996, 513.

²⁹ Vgl. Schneider, a.a.O., 154f.

Problembenennungen selbstredend nicht nachvollziehbar sein. Immerhin konzedierte Kodalle, daß die "seriöse" Untersuchung des Vorgangs aufschlußreich sein könnte.³⁰

In der Tat stellt ja der zu bewältigende Zusammenprall zweier Wissenschaftskulturen wissenschaftsgeschichtlich einen eher seltenen Vorgang dar: Stand auf der einen Seite die von angelsächsischem Einfluß nicht gänzlich unberührte westdeutsche Beamtenwissenschaft, so auf der anderen die zuvor an den herausragenden Leistungen der Sowjetwissenschaft orientierte zentralplangesteuerte Erkenntnissuche im Dienste der Erfüllung der Hauptaufgabe der Realisierung der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik. Der Wechsel vollzog sich als einer aus der einen Selbstverständlichkeit in die andere.³¹ Die Frage ist, wie selbstverständlich die vermeintlichen Selbstverständlichkeiten sind. Hatten da nicht unlängst die *Autonomen Dialektiker* gesprüht: "Die spätbürgerliche Philosophie hat nicht gesiegt. Sie ist nur übriggeblieben"?

Was immer das auch heißen könnte, irgendwann werden, wie für den gesamten Wissenschaftsumbau Ost, auch für die Philosophie die Veränderungen zu beschreiben sein, die sich aus dem 89er *big bang* ergeben haben. Oder auch nicht ergeben haben: Immerhin, während die gereizte Debatte auf Hochtouren lief, hatten auch 200 gute Freunde und Bekannte von Manfred Buhr das Bedürfnis, diesem öffentlich zum 70. Geburtstag zu gratulieren, obgleich Buhr gemeinhin als exemplarische Verkörperung des *Kaderphilosophen* gilt. Die Liste der Gratulanten ist durchaus eindrucksvoll: Unter anderen Hans-Georg Gadamer, Gerhard Haney, Dieter Henrich, Hermann Lübke, Jürgen Mittelstraß, Günther Patzig, Manfred Riedel erwiesen dem früheren Zentralinstitutsdirektor ihre Referenz.³²

Joachim Jung beschrieb derweil in einer Kampfschrift wider den akademischen Normalbetrieb,³³ in welcher Weise er den nun auch an den ostdeutschen Instituten fest verankerten Pluralismus erlebt habe: Überall Kantianer, Hegelianer und sonstige Traditionspfleger; es herrsche "eine

³⁰ Kodalle, a.a.O., 503.

³¹ Schneider, a.a.O., 150.

³² Vgl. Philosophie im Zeichen der Vernunft. Festgabe für Manfred Buhr zum 70. Geburtstag, Hg. G. Oberkofler, Innsbruck/Wien 1996. Die *Tabula gratulatoria* wurde, wie sich detailliert mitgeteilt findet, mit Unterstützung des Evers-Marcic-Fonds der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Salzburg, des Kulturreferats des Landes Tirol, der Adele Stürzl-Stiftung, der Fundacao Calouste Gulbenkain Lissabon, der Sociedad Espanola Leibniz Madrid und des Konvent für europäische Philosophie und Ideengeschichte gedruckt.

³³ Joachim Jung: Der Niedergang der Vernunft, Frankfurt/New York 1997.

weitverbreitete Abwehr neuer wissenschaftlicher Weltauffassungen".³⁴ Doch nicht nur das. Jung hatte es hautnah erleben wollen und sich vor Ort begeben. An der TU Dresden empfing ihn der Moralphilosoph Thomas Rentsch: "Um für eine lebendige Diskussion zu sorgen und die nötige Meinungsvielfalt zu gewährleisten, hatte der Professor seine beiden Assistenten mitgebracht. Aber siehe da: alle drei waren immer der gleichen Auffassung und bestätigten einander bei jeder Gelegenheit. Es war eine bemerkenswerte Szene, die jeder Landesbühne Ehre gemacht hätte: einer gab das Stichwort und redete, und der andere rief dazwischen: 'Ja, richtig! ... Das ist es! ... So ist es!' ... Welches Prinzip dieser harmonieerzeugenden Einigkeit zugrunde lag, erklärte der Professor ganz zum Schluß: 'Wer mit mir nicht übereinstimmt', sagte er, 'mit dem kann ich nicht arbeiten.'"³⁵

Dies - die geschehenen und die unterbliebenen Veränderungen - wäre gelegentlich detaillierter zu beschreiben. Sobald das dann vorläge, ließe sich einigen - optionale Bewertungen formulierenden - Fragen nähertreten: Haben die sozialen Verhältnisse innerhalb der westdeutschen Wissenschaft und deren personale Träger die Domestizierung eines chancenbeladenen Neustrukturierungsvorgangs bewirkt: hin zur andernörtigen Wiederholung einer hochdefizitären westdeutschen Wissenschaftsrealität? Oder wurde der Umbau, überformt von Patronagemustern und klientelistischen Interessenstrukturen, gar degeneriert zu einem wissenschaftsschädigenden Vorgang: insofern als er *einseitig* ressourcensichernde und Einflußsphären befestigende Ergebnisse zeitigte? Oder aber entbehrte der Vorgang aufgrund eingrenzender, extern gesetzter und im Prozeß selbst nicht zu beeinflussender Rahmenbedingungen jeglicher Innovationschancen größerer Reichweite? Schließlich: Oder geriet der ostdeutsche Umbau gegen die wissenschaftsüblichen Protektionsmechanismen zu einer vergleichsweise innovativen Veranstaltung?

Seit dem Philosophenstreit sind hier zumindest unsere Vermutungen schon etwas verfestigt.

³⁴ Ebd., S. 139f.

³⁵ Ebd., S. 137.

Anhang

Philosophie & Philosophen in der DDR. Philosophie in Ostdeutschland nach 1989 Bibliographie für den Erscheinungszeitraum 1990 - 1998¹

Peer Pasternack

1. Selbständige Publikationen (Monographien, Sammelbände, Broschüren)

Arbeitskreis Hochschulpolitische Öffentlichkeit (Hg.): *Antrittsvorlesung die Zweite: Prof. Dr. phil. Jürgen Teller, 8. Januar 1992, Universität Leipzig*. Leipzig 1992. o.S. (12 S.)

Der ehemalige Assistent Ernst Blochs, nach Blochs Vertreibung zur "Bewährung in die Produktion" geschickt, war seit 1991 als Honorarprofessor an der Fakultät für Philosophie und Geschichtswissenschaft der Leipziger Universität tätig. Die formale Rehabilitierung inform der Ernennung zum Honorarprofessor war durch zahlreiche von der Fakultät verursachte Peinlichkeiten gekennzeichnet, die in der Publikation dokumentiert werden.

Bahro, Rudolf: *Bleibt mir der Erde treu! Apokalypse oder Geist einer neuen Zeit. Essays, Vorlesungen, Skizzen*. Mit Texten von Johan Galtung, Kurt Biedenkopf, Ulrich von Weizsäcker u.a. edition ost, Berlin 1995. 266 S.

Bahro, Autor der "Alternative" und seit 1990 Professor für Sozialökologie an der Humboldt-Universität, hat an und von seiner Berliner Wirkungsstätte aus kontrovers disku-

¹ Die Bibliographie folgt einem breiten Verständnis von Philosophie; sie erfaßt daher auch Bereiche wie Wissenschaftsforschung, Rechtsphilosophie oder das Lehr- und Forschungsgebiet 'Wissenschaftlicher Atheismus'. In zweierlei Hinsicht sind darüber hinaus Publikationen aufgenommen, deren Berücksichtigung u.U. begründungsbedürftig erscheint:

Zum einen betrifft dies Veröffentlichungen zur soziologischen Theoriebildung in der DDR: Aufgrund der engen Bindung soziologischer Theoriebildung an den Historischen Materialismus (als einem der beiden Hauptbestandteile der Marxistisch-leninistischen Philosophie) sind hier Grenzlينien zwischen Philosophie und Soziologie nur schwer zu ziehen. Entsprechende Publikationen sind deshalb in vorliegender Bibliographie mit verzeichnet.

Zum anderen betrifft dies zwei Personen: Rudolf Bahro und Robert Havemann. Beide waren im eigentlichen keine Philosophen, sondern Soziologe bzw. Physikochemiker. Sie werden aber durch den Umstand, daß sie sich mit sozialphilosophischen Thesen dissidentisch profilierten, gelegentlich der DDR-Philosophiegeschichte zugerechnet. Daher sind auch Publikationen von bzw. über Bahro und Havemann an dieser Stelle berücksichtigt.

tierte Aktivitäten im Zusammenhang seines Konzepts einer "Kommunitären Subsistenzwirtschaft" entfaltet. Die zahlreichen Autoren des Bandes kommentieren und diskutieren Konzept und Umsetzungsmöglichkeiten, Bahro steuert eine Reihe eigener Texte bei. Die Kompilation ist von Wohlwollen gekennzeichnet (Bahros Verbindungen zu Vereinigungen, die sich sonst eher in den Berichten der Sektenbeauftragten finden, etwa kommen nicht vor), was daran liegt, daß der Band zugleich eine Gratulation zum 60. Geburtstag Bahros ist.

Bahro, Rudolf: *Ingenieure. Rudolf Bahros Protokolle aus den siebziger Jahren. Aus einem Manuskript, versteckt zwischen Einweckgläsern* (Drucksache H. 18). Hrsg. vom Berliner Ensemble/Thomas Heise, Berlin 1996. 39 S.

In einer editorischen Notiz erläutert Herausgeber Thomas Heise die Geschichte des Manuskripts: Es sind Interviewprotokolle, angefertigt als Vorarbeiten zu Bahros Dissertation. Sie befanden sich seit den frühen siebziger Jahren als Blaukopie im Keller des Hauses von Wolfgang Heise. Nach Aussage des letzteren habe es sich um das meistgesuchte Manuskript in der DDR gehandelt. Interviewt worden waren von Bahro Produktions- und Forschungsingenieure aus DDR-Industriebetrieben. Die Authentizität berührt, die systemsprenge Kraft der Darlegungen erschließt sich dem heutigen Leser nur noch mit Mühe. Wenn diese Papiere "meistgesucht" waren, sagt das mehr über die Suchenden.

Bialas, Wolfgang: *Vom unfreien Schweben zum freien Fall. Ostdeutsche Intellektuelle im gesellschaftlichen Umbruch*. Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt a.M. 1996. 309 S.

Bialas sieht die DDR-Intellektuellen als Bevölkerungsgruppe, die weder im Herbst 1989 noch später Anschluß an die Ereignisse zu finden vermochte. Dies beträfe sie unabhängig davon, in welchem Verhältnis die einzelnen jeweils zur DDR gestanden hatten. Sie seien symbiotisch an das System gebunden gewesen, weil ihnen dort jedenfalls öffentliche Aufmerksamkeit sicher war, gleich ob instrumentalisiert oder kriminalisiert, mit Ehrungen oder Schmähungen bedacht. Die Reaktionsweisen der ostdeutschen Intellektuellen auf die neue Situation seien freilich verschieden: Die einen verschlössen die Augen vor der Gegenwart, die anderen vor der Vergangenheit. Eine dritte Gruppe suche den kritischen Blick auf die eigene Biographie mit einer nachholenden Sozialisation zu verknüpfen. Unter wissenschaftsgeschichtlichem Aspekt interessieren in dem Band vor allem Fallstudien zu den "Philosophen der DDR im Prozeß der Vereinigung": "Intellektuelle in der Zerstreuung", zu "Wissenschaftlichkeit und Parteilichkeit nach dem Ende der DDR-Historiographie", "Zur Rezeption der Frankfurter Schule in der DDR" und zu "Karl Marx - Auseinandersetzungen um einen Klassiker nach dem Ende seiner verordneten Klassizität".

Bleek, Wilhelm/Mertens, Lothar: *Bibliographie der geheimen DDR-Dissertationen*. Bd. 1: *Bibliographie*. Bd. 2: *Register*. K. G. Saur, München/New Providence/London/Paris 1994. 630 + 315 S.

Die Bibliographie verzeichnet AutorIn, Titel, Seitenzahl, Ort und Institution, Charakter der Arbeit (Diss. A bzw. B), Jahr sowie Geheimhaltungsstufe (VD, NfD, VS, VVS, GVS). Eine 12seitige Einleitung informiert über die Praxis der Geheimhaltung von Dissertationen in der DDR, die empirischen Strukturen der Geheimhaltung und das Ende der Geheimhaltung. Erfasst sind ca. 8.600 Arbeiten.

Brie, Michael/Hirdina, Karin (Hg.): *In memoriam Lothar Kühne. Von der Qual, die staatssozialistische Moderne zu leben* (Edition Berliner Debatte). GSPF - Gesellschaft für sozialwissenschaftliche Forschung und Publizistik. Berlin 1993. 169 S.

Der Band dokumentiert zunächst die Beiträge eines 1991 am Brecht-Zentrum Berlin durchgeführten Kühne-Kolloquiums. Beiträge u.a. zu "Architektur im Denken von Lothar Kühne" (B. Flierl), "Lothar Kühnes Begriff des Ästhetischen und das Legat Georg Münters" (H. Laudel/K. Wilde), "Lothar Kühne und Wolfgang Heise: zwei Ansätze marxistischer Ästhetik in der DDR" (A. Trebeß), "Die Tragödie eines kommunistischen Intellektuellen zwischen Mauer und Menschheitsutopie" (M. Brie). Desweiteren werden der Text zu dem DEFA-Dokumentarfilm "La Rotonda Vicenza. In Erinnerung an Professor Lothar Kühne" von R. Drommer und R. Steiner sowie sechs Texte von Kühne selbst abgedruckt. Am Ende eine Kühne-Bibliographie.

Bürgerkomitee „15. Januar“ (Hg.): *Rudolf Bahro (=Horch und Guck 1/1998)*. Berlin 1998. 72 S.

Hauptthema der Zeitschriftennummer ist der kurz zuvor verstorbene Rudolf Bahro. Die Herausgeber versuchen, verschiedene Facetten im Zusammenhang mit dem Hauptwerk aus Bahros DDR-Zeit, der „Alternative“, zu betrachten. Mit folgenden Beiträgen: „Rudolf Bahros 'Alternative' - zur Entstehungsgeschichte des Buches“ (Guntolf Herzberg), „Operativ-Vorgang 'Kongreß' gegen das Bahro-Komitee“ (Peter Klepper), „Die geschichtlichen und biographischen Auswirkungen des Buches 'Die Alternative': 'Wer nicht für uns ist, ist gegen uns'“ (Tina Krone) und „Um mir selbst in die Augen blicken zu können“ (Interview mit Bernd Albani).

Caysa, Volker/Caysa, Petra/Eichler, Klaus-Dieter/Uhl, Elke: *"Hoffnung kann enttäuscht werden". Ernst Bloch in Leipzig*. Anton Hain Verlag, Frankfurt a.M. 1992. 296 S.

Ein Buch über das Wirken Ernst Blochs an der Universität Leipzig. Im ersten Teil werden Dokumente aus dem Universitätsarchiv, dem Parteiarchiv der damaligen Leipziger SED-Parteileitung und aus Privatbesitz vorgelegt, die das wissenschaftspolitische Wirken Blochs am Leipziger Institut für Philosophie aufhellen. Die Autoren - PhilosophInnen an der Leipziger Universität - reflektieren im zweiten Teil über einzelne Probleme der Blochschen Philosophie. Sie dokumentieren damit zugleich die eigene Geschichte einer Initiative junger PhilosophInnen in der DDR, denen es weit vom '89er Umbruch um eine Rehabilitierung Blochs ging.

Caysa, Volker/Eichler, Klaus-Dieter (Hg.): *Praxis Vernunft Gemeinschaft. Auf der Suche nach einer anderen Vernunft*. Beltz Athenäum Verlag, Weinheim 1994. 514 S.

Der Band ist dem Leipziger Philosophiehistoriker Helmut Seidel zum 65. Geburtstag gewidmet und ging aus einem dieserhalb am Leipziger Universitätsinstitut für Philosophie durchgeführten Kolloquium hervor. Guntolf Herzberg rekonstruiert die Geschichte der sog. Praxis-Debatte Ende der 60er Jahre, die wesentlich um die Person Seidels zentriert war. Im übrigen weckt der Band Interesse, als sich, neben AutorInnen aus sieben weiteren Ländern, eine interessante Mischung ost- und westdeutscher PhilosophInnen unter der Widmung für Seidel zusammengefunden hat.

Crüger, Herbert: *Verschwiegene Zeiten. Vom geheimen Apparat der KPD ins Gefängnis der Staatssicherheit*. LinksDruck Verlag, Berlin 1990. 253 S.

Herbert Crüger war 1958 das letzte Opfer in der Prozeßserie gegen reformorientierte Intellektuelle in der DDR, zu denen auch Wolfgang Harich und Walter Janka zählten. Acht Jahre Zuchthaus wegen "staatsfeindlicher Tätigkeit" lautete das Urteil gegen den Berliner Philosophie-Dozenten. Die autobiographischen Aufzeichnungen sowie Interviews in diesem Band sollen Einblick in wichtige zeitgeschichtliche Vorgänge und das Wirken bekannter Persönlichkeiten gewähren.

Damaschun, Heide/Noack, Andreas/Schubert, Ingeborg (Hg.): *"Sowjetwissenschaft /Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge" (1948 - 1989). Eine Bibliographie*. Gesellschaft für sozialwissenschaftliche Forschung und Publizistik GSFP, Berlin 1993. 1200 S.

Bibliographiert die in der genannten (nicht mehr erscheinenden) Zeitschrift veröffentlichten Beiträge: durchweg Übersetzungen aus der sowjetischen Fachpresse. Erster Teil: Gesamtverzeichnis. Zweiter Teil: Sachregister.

Domin, Georg: *Wissenschaften und Wissenschaftsforschung. Aus der Sicht eines Beteiligten am Experiment DDR. Aufsätze 1960 bis 1996*. edition bodoni, Berlin 1997. 226 S.

Die Publikation führt Artikel des Autors - Wissenschaftsforscher und Professor, zuletzt an der Akademie der Wissenschaften - aus seiner Tätigkeit von über 35 Jahren zusammen und sucht damit einen Ausschnitt DDR-Wissenschaftsgeschichte zu dokumentieren. Domin ging es zudem um die Vorlage einer Art Autobiographie, als deren wichtige Bestandteile er das Vorwort und den Beitrag zur Vorgeschichte der Gründung des Instituts für Theorie, Geschichte und Organisation der Wissenschaft (ITW) an der DDR-Akademie der Wissenschaften betrachtet sehen möchte.

Eckholdt, Matthias: *Begegnung mit Wolfgang Harich*. KiRo-Verlag, Schwedt/Oder 1996. 143 S.

Auf der Grundlage von ihm 1991 für den Rundfunk geführter Interviews mit Harich hat Eckholdt ein Manuskript erarbeitet, das Harichs Sicht auf zentrale Punkte der DDR-Geschichte vermittelt. Der Text ist von Harich akzeptiert worden.

Eichler, Klaus-Dieter/Schneider, Ulrich Johannes (Hg.): *Russische Philosophie im 20. Jahrhundert. Mit einem Anhang: Die Philosophie in der DDR zwischen Bolschewisierung und deutscher Tradition* (Leipziger Schriften zur Philosophie Bd. 4). Leipziger Universitätsverlag, Leipzig 1996, 259 S.

Der Anhang enthält u.a. Beiträge von Peter Ruben: „Deutsche Tradition und marxistische Philosophie“, und Klaus-Dieter Eichler: „Philosophieren unter Hammer und Sichel“. Sie waren als Vorträge gehalten worden, an die sich jeweils Diskussionen anschlossen. Diese Diskussionen sind gleichfalls dokumentiert.

Erpenbeck, John: *Aufschwung. Roman*. Eulenspiegel Verlag, Berlin 1996. 223 S.

Beschrieben wird der Weg eines einst international angesehenen, nunmehr abgewickelten ostdeutschen Philosophie-Professors zum Gründer und Leiter eines kommerziellen "Instituts für wissenschaftliches Handlinienlesen" mit atemberaubendem Geschäftserfolg, der ihm schließlich als erfolgreichstem Existenzgründer in Ostdeutschland das Bundesverdienstkreuz einträgt: ein durch und durch satirischer Plot, unaufdringlich gestaltet, der nahezu alle realsatirischen Momente des deutsch-deutschen Vorgangs der vorangegangenen sechs Jahre fokussiert, bis hin zu veränderten Schwerpunkten aufklärerischen Wirkens: Für die durch die Lektüre unsicher Gewordenen ist auch ein "Brevier der Chiromantie" eingehftet (und für die standhaft Bleibenden dies auf andersfarbigem Papier, des einfacheren Überblätterns wegen).

Erpenbeck, John/Weinberg, Johannes: *Menschenbild und Menschenbildung. Bildungstheoretische Konsequenzen der unterschiedlichen Menschenbilder in der ehemaligen DDR und in der heutigen Bundesrepublik* (edition QUEM Bd. 1). Hrsg. von der Arbeitsgemeinschaft Qualifikations-Entwicklungs-Management. Waxmann Verlag, Münster 1993. 239 S.

Die Darstellung umfaßt drei Dimensionen: eine philosophische, die fragt, was Menschenbilder, Sozialkompetenzen, Werte sind; eine psychologische, die nach hierbei wirksamen Mechanismen der Aneignung forscht; schließlich eine pädagogische, deren Frage auf Handlungsansätze zielt.

Förderungsgesellschaft Wissenschaftliche Neuvorhaben mbH (Hg.): *Tätigkeitsbericht 1992 der geisteswissenschaftlichen Forschungsschwerpunkte*. München o.J. (1993). 197 S. *Tätigkeitsbericht 1993 der geisteswissenschaftlichen Forschungsschwerpunkte*. München o.J. (1994). 263 S. *Tätigkeitsbericht 1994 der geisteswissenschaftlichen Forschungsschwerpunkte*. München o.J. (1995). 296 S.

Die geisteswissenschaftlichen Forschungsschwerpunkte (FSP) waren in Trägerschaft einer Tochtergesellschaft der Max-Planck-Gesellschaft gegründet worden, um übergangsweise einige WissenschaftlerInnen, z.T. auch Projektgruppen aus der DDR-Akademie der Wissenschaften aufzufangen. Über die institutionelle Perspektive sollte später entschieden werden. Die Bände bringen eine Einführung zur Entstehungsgeschichte dieser FSP und hernach die einzelnen Tätigkeitsberichte: u.a. gab es die FSP Wissenschaftsgeschichte und Wissenschaftstheorie Berlin, FSP Europäische Aufklärung Berlin sowie den FSP Allgemeine Sprachwissenschaft, Typologie und Universalienforschung Berlin. Ende 1995 liefen die Forschungsschwerpunkte - z.T. mit Nachfolgeregelungen - aus.

Förderverein konkrete Utopien e.V. (Hg.): *Utopie kreativ 15*. Berlin 1991. Themenschwerpunkt der Zeitschriftenausgabe ist Ernst Bloch. Mit folgenden Beiträgen: Arnold Schölzel: Ernst Bloch (1885-1977); Ernst Bloch an Erich Wendt (Vermutlich Anfang Juli 1952); Ein Tribunal gegen Ernst Bloch. Protokolle; Gerhard Zwerenz: Ernst Bloch als Nietzscheaner oder die Lust am erektiven Denken.

Frank, Hartwig/Häntsche, Carola: *Günther Jacoby (1881 - 1969). Zu Werk und Wirkung* (Wissenschaftliche Beiträge der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald). Greifswald 1993. 98 S.

Mit Beiträgen u.a. von Hans-Christoph Rauh ("Günther Jacoby und die Greifswalder Universitätsphilosophie") und Hans Scholl ("Ein Philosoph, der in der DDR geblieben war"). Desweiteren sind eine "Denkschrift über die gegenwärtige Universitätsphilosophie in der Deutschen Demokratischen Republik" aus dem Jahre 1954 von Jacoby und ein Briefwechsel von J. Mittelstraß und Jacoby aus den 60er Jahren dokumentiert.

Franzke, Michael (Hg.): *Die ideologische Offensive. Ernst Bloch, SED und Universität*. Leipziger Universitätsverlag, Leipzig o.J. (1993). 235 S.

Der Herausgeber - ein Leipziger Philosoph - legt eine Dokumentensammlung vor, die Einblick in die Geschichte der Zwangsemeritierung Ernst Blochs an der Leipziger Universität gewährt. Die auf eine Kommentierung der Dokumente verzichtende Anordnung der Texte beleuchtet ein wichtiges Kapitel der Leipziger Universitätsgeschichte. Nach den Wortmeldungen Blochs, den öffentlichen wie bloß aktenkundigen und protokollierten Anfeindungen seiner "parteilichen" Gegner, sind im letzten Abschnitt des Buches vom Herausgeber geführte Interviews mit zwei Zeitzeugen, Alfred Klein (seinerzeit Assistent bei H. Mayer) und Rudolf Rochhausen (seinerzeit Assistent bei R.O. Gropp) zu finden, deren Karrieren in der DDR-Wissenschaft bis zur Emeritierung bzw. Abwicklung kontinuierlich verliefen.

Friedrichs, Jürgen: *Sozialwissenschaftliche Dissertationen und Habilitationen in der DDR 1951 - 1991. Eine Dokumentation* (Gesellschaften im Wandel) Unter Mitarb. von Vera Sparschuh und Iris Wrede. de Gruyter, Berlin/New York 1993. 475 + XII S.

Bibliographie. Im hiesigen Kontext interessiert vornehmlich das fünfzigseitige Kapitel „Theorie“, in dem auch zahlreiche sozialphilosophische Dissertationen verzeichnet sind. Daneben sei auch auf die Kapitel „Methodologie und Methoden“ und „Wissenschaftssoziologie“ hingewiesen.

Gallée, Caroline: *Georg Lukács. Seine Stellung und Bedeutung im literarischen Leben der SBZ / DDR 1945 - 1985* (Studien zur deutschsprachigen Gegenwartsliteratur Bd. 4). Stauffenberg Verlag, Tübingen 1996. 459 S.

Zum 70. Geburtstag 1955 bescheinigte man Lukács in der DDR, der "eigentliche Doktorvater" aller fortschrittlichen Philologen zu sein. Ein Jahr später wurde diagnostiziert, daß Lukács mit seinem "Ästhetizismus" insgeheim "beträchtlichen ideologischen Schaden" anrichte. 1985, zum 100. Geburtstag, war er dann wieder "einer der größten Denker unseres Jahrhunderts". Das Wechselspiel in der DDR-Lukács-Rezeption war wesentlich auch ein wissenschaftsinterner Vorgang, da die jeweils aktuelle Linie sich immer wissenschaftlicher Expertise versicherte. Entsprechend werden in der Dissertation u.a. die Debatten an den Hochschulen, in der *Deutschen Zeitschrift für Philosophie* wie den *Weimarer Beiträgen* dargestellt und analysiert.

General, Regina/Jäger, Michael (Hg.): *Marx mega out? Streitgespräche*. Elefantentpress, Berlin 1994. 125 S.

Der Band dokumentiert ost-west-deutsche Streitgespräche, die um die Frage kreisten, ob und inwiefern eine Beschäftigung mit Marx und Marxismus heute noch lohne. Von ost-deutscher Seite waren Peter Ruben, Michael Brie, Uwe-Jens Heuer, Wolfgang Ullmann, Jürgen Kuczynski und Rainer Land beteiligt; von westdeutscher Seite Wolfgang Fritz Haug, Thomas Neumann, Elmar Altvater, Michael Jäger, Friedrich Kittler, Gerburg Treusch-Dieter, Eberhard Fehrmann und Heiner Ganßmann.

Gerhardt, Volker (Hg.): *Eine angeschlagene These. Die 11. Feuerbachthese von Karl Marx als Leitspruch für eine erneuerte Humboldt-Universität zu Berlin?* Akademie-Verlag, Berlin 1996. 313 S.

Dokumentiert ein ost-west-deutsches Philosophengespräch, geführt in der Form einer Ringvorlesung 1994/95, mit dem die bis dahin hochemotional aufgeladene Debatte um die 11. Feuerbach-These im Foyer der Humboldt-Universität auf die gegenstandsangemessene Ebene gebracht worden war. AutorInnen: Volker Gerhardt, Gerd Irrlitz, Christian Möckel, Herfried Münkler, Herbert Schnädelbach, Richard Schröder, Oswald Schwemmer, Bernd Henningsen, Hans Wagner, Hans-Christoph Rauh, Jaqueline Karl.

Gesellschaft für Theoretische Philosophie (Hg.): *Jahrbuch für Systematische Philosophie '91*. LIT Verlag, Münster 1991. 160 S.

Der Band dokumentiert Neuorientierungsbemühungen jüngerer Leipziger UniversitätsphilosophInnen auf der Grundlage von Überlegungen, die in kleineren Zirkeln vor 1989 bereits angestellt worden waren. Zudem ist ein Text der MittelbauvertreterInnen in der Gründungskommission des Instituts für Philosophie (Werner Dießner, Christian Löser, Eveline Lutz) vom Oktober 1991 abgedruckt, der sich unter dem Titel "Demokratische Erneuerung durch Abwicklung" kritisch mit der Neugestaltung auseinandersetzt.

Gesellschaft zur Förderung des christlich-marxistischen Dialogs (Hg.): *Das Dialog-Thema (=Berliner Dialog-Hefte 2/1994)*. Berlin 1994. 63 S.

Das Heft widmet sich dem christlich-marxistischen Dialog vornehmlich in der DDR wie den Voraussetzungen, die beide Seiten dafür mitbrachten. Dieser Dialog war weitgehend ein akademischer - sowohl hinsichtlich der Teilnehmer und Örtlichkeiten wie der (beschränkt gebliebenen) Wirkungen. Dies erhellt insbesondere der Beitrag von Günter Krusche: "Der unvollendete Dialog. Zum Verhältnis von Marxismus und Christentum". Daneben sind zwei Beiträge in unserem Kontext von Interesse: Hans Lutter, vormals Leiter einer Arbeitsgruppe Wissenschaftlicher Atheismus/Religionswissenschaft an der PH Güstrow, referiert und interpretiert die im klassischen Marxismus und in der DDR (hier vornehmlich in den Dialog-Zirkeln) entwickelten Positionen zu Religion und Atheismus, um sodann über die Geschichte des Lehr- und Forschungsgebietes "Wissenschaftlicher Atheismus" in der DDR zu berichten. Wolfgang Kleinig stellt die in Berlin unter dem Titel "Lehr- und Forschungsgebiet Theorie und Geschichte der Religion und des wissenschaftlichen Atheismus" stattgefundenen Arbeiten in ihrem gesellschafts- und hochschulpolitischen Kontext dar. Der lange Titel sei in betonter Abgrenzung vom an anderen Hochschulen üblichen "Wissenschaftlicher Atheismus" gewählt worden. Kleinigs These ist, daß für die 80er Jahre an der HUB gelte, daß sich die Lehre und Forschung nicht mehr auf Religionskritik beschränkt habe. Dies untersetzt er mit der Referierung seinerzeitiger Forschungsergebnisse. Im Anhang des Beitrags finden sich (unvollständige) Verzeichnisse von Dissertationsthemen, die in diesem Rahmen bearbeitet worden waren, desweiteren Überblicke zu ursprünglich geplanten, aber nichtrealisierten Dissertationen und zu behandelten Semester-Seminarthemen.

Haney, Gerhard/Maihofer, Werner/Sprenger, Gerhard (Hg.): ***Recht und Ideologie. Festschrift für Hermann Klenner zum 70. Geburtstag*** (Haufe-Schriftenreihe zur rechtswissenschaftlichen Grundlagenforschung). Haufe Verlag, Freiburg i.Br. 1996. 552 S.

In der dem bekannten DDR-Rechtsphilosophen gewidmeten Festschrift interessieren im hiesigen Kontext vor allem eine Klenner-Bibliographie sowie die Beiträge "Der Untergang der DDR und die Rechtsphilosophie" (Ralf Dreier) und "Die Maßlosigkeit der Macht und das Recht. Anmerkungen zu einem folgenschweren und doch mißglückten Versuch, dem Rechtswissenschaftler H. K. die Sucht des Denkens auszutreiben" (Jürgen Marten).

Harich, Wolfgang: ***Keine Schwierigkeiten mit der Wahrheit. Zur nationalkommunistischen Opposition 1956 in der DDR***. Dietz Verlag, Berlin 1993. 256 S.

1956 brachte der 32jährige Wolfgang Harich zwei Alternativprogramme zu Papier: das "Memorandum" und die "Plattform". In diesem Buch legt Harich die Motive seines damaligen Handelns dar und schildert die Ereignisse, die ihn und seiner Gruppe nach zwei Schauprozessen vor dem Obersten Gericht der DDR Zuchthausstrafen einbrachten.

Harich, Wolfgang: ***Nietzsche und seine Brüder. Eine Streitschrift in sieben Dialogen mit Paul Falk. Zu dem Symposium „Bruder Nietzsche?“ der Marx-Engels-Stiftung in Wuppertal***. Kiro-Verlag, Schwedt 1994. 216 S.

Die hier publizierten Gespräche Harichs mit einem Schweizer Journalisten waren bereits im ersten Halbjahr 1989 geführt worden. Anlaß war Harichs bekannter Nietzsche-Artikel in *Sinn und Form* (1987), die darauf einsetzende Debatte und der Umstand, daß sich Harich in dieser Debatte nicht mehr zu Wort melden durfte. Letzteres wird mit diesem Manuskript nachgeholt. Im Anhang sind zwei später datierte Artikel abgedruckt: „Zu Nietzsches spätstalinistischer Aufwertung“ (1992), zuerst erschienen in *Weg und Ziel*, Wien, in dem Harich die Geschichte des 1987er Konflikts nochmals zusammenfaßt, und ein Nachwort von 1994, das die Umstände der verspäteten Veröffentlichung der vorliegenden Streitschrift erläutert.

Havemann, Robert: ***Dialektik ohne Dogma? Naturwissenschaft und Weltanschauung***. Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin 1990.

DDR-Ausgabe des 1964 in Reinbek bei Hamburg erschienenen Titels. Enthält Havemanns Vorlesungen zu philosophischen Problemen der Naturwissenschaften, die er Anfang der sechziger Jahre an der Humboldt-Universität zu Berlin gehalten hatte. Sie waren äußerer Anlaß für den Bruch zwischen Havemann und der SED-Führung.

Havemann, Robert: ***Fragen, Antworten, Fragen. Aus der Biographie eines deutschen Marxisten***. Aufbau-Verlag, Berlin 1990.

DDR-Ausgabe des 1970 in München erschienenen Titels.

Havemann, Robert: ***Rückantworten an die Hauptverwaltung "Ewige Wahrheiten". 17 Aufsätze, Reden und Interviews aus den Jahren 1953***

bis 1970. Hrsg. von Hartmut Jäckel. Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin 1990. 287 S.

DDR-Ausgabe des 1971 in München erschienenen Titels.

Havemann, Robert: ***Warum ich Stalinist war und Antistalinist wurde. Texte eines Unbequemen.*** Hrsg. von Dieter Hoffmann und Hubert Laitko. Dietz Verlag, Berlin 1990. 270 S.

Der Band enthält einen biographischen Essay der Herausgeber, 31 politische Texte von Havemann und eine Bibliographie.

Havemann, Robert: ***Die Stimme des Gewissens. Texte eines deutschen Antistalinisten.*** Hrsg. von R. Rosenthal. Rowohlt Taschenbuchverlag, Reinbek bei Hamburg 1990. 223 S.

Das Buch sammelt wichtige Schriften, Briefe und Dokumente aus dem Leben und Werk Havemanns aus den Jahren 1956-81. Es bemüht sich um eine chronologische Darstellung seiner Entwicklung vom antifaschistischen Widerständler über den philosophierenden Naturwissenschaftler zum antistalinistischen Demokraten.

Havemann, Robert: ***Dokumente eines Lebens.*** Zsgest. und eingel. von Dirk Draheim, Hartmut Hecht, Dieter Hoffmann, Klaus Richter, Manfred Wilke. Mit einem Geleitwort von Hartmut Jäckel. Christoph Links Verlag, Berlin 1991. 312 S.

Eine Gruppe von Historikern, Physikern und Politologen legt die erste biographische Gesamtdarstellung des Wirkens Havemanns vor. Dabei finden sich zahlreiche unveröffentlichte oder bisher geheime Dokumente erstmals publiziert. In den Kapiteln werden der Student und Antifaschist (1910-1945), der Physikochemiker und Stalinist (1945-1955), der kritische Philosoph (1956-1964) und der mit Berufsverbot wie Hausarrest belegte Bürgerrechtler (1965-1982) dargestellt. Am Schluß finden sich Zeittafel, Bibliographie und Personenregister.

Heppener, Sieglinde/Hedeler, Wladislaw (Hg.): ***Das Problem der Freiheit im Lichte des Wissenschaftlichen Sozialismus. Konferenz der Sektion Philosophie der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin 8.-10. März 1956. Auszüge aus dem Protokoll.*** Hrsg. von podium progressiv. Berlin 1991. 64 S.

Die Broschüre dokumentiert in Auszügen wichtige Beiträge auf der sog. Freiheitskonferenz 1956, die hernach in der DDR-Philosophiegeschichte mit einem Tabu belegt war. Dazu gehörte auch die Nichtauslieferung des bereits gedruckten Protokolls. Die Beiträge belegen ein Nachdenken über die Rolle des Subjekts und die Individualität, das nach dem XX. KPdSU-Parteitag auch unter DDR-PhilosophInnen eingesetzt hatte. Es hinterfragte kritisch die gängige Auffassung der Freiheit als Einsicht in die Notwendigkeit allen Geschehens. Vertretene Autoren: E. Bloch, E. Fuchs, R. Garaudy, L. Kolakowski, K. Zwingling, K. Hager, G. Mende u.a. Am Schluß der Broschüre finden sich Tagungsberichte aus den Zeitschriften *Einheit*, theoretisches Organ der SED, und *Deutsche Zeitschrift für Philosophie*.

Herrmann, Karl-Friedrich: *Empirische Rezeptionsanalyse zum Verhältnis von Wissenschaft und Politik - dargestellt am Werk von Peter Ruben 1966 - 1988*. Magisterarbeit. Institut für Politische Wissenschaft der Universität Hannover. Hannover 1991. 139 S.

Gegenstand dieser Arbeit ist das Werk des DDR-Philosophen Peter Ruben, das international Beachtung fand. Der zweimal aus der SED ausgeschlossene Ruben zog 1980/81 den Vorwurf des Revisionismus auf sich. Der damit losgetretenen Ruben-Debatte widmet sich der Autor vornehmlich. Nach der Entwicklung der Indikatoren seines rezeptionsanalytischen Ansatzes im ersten Teil der Arbeit entwickelt Hermann im zweiten Teil sein EDV-aufbereitetes empirisches Material mit einer Fülle von Tabellen und Grafiken zu Rezeptionshäufigkeit, Rezeptionsverhalten und Rezeptionsintensität. Der dritte Teil arbeitet Grunderkenntnisse aus der Analyse des empirischen Materials heraus. Ein achtzigseitiger Anhang enthält eine vollständige Ruben-Bibliographie, ein annotiertes Quellenverzeichnis zur Ruben-Debatte, sowie ein Quellenverzeichnis zur Ruben-Rezeption in der BRD.

Herzberg, Guntolf: Überwindungen. *Schubladen-Texte 1975 - 1980. Mit zwei Beiträgen von Jens Reich und Rudolf Bahro* (pro vocation Bd. 4). Union Verlag, Berlin 1990. 109 S.

Beiträge des 1972 am Zentralinstitut für Philosophie der AdW geschaffenen Philosophen zu marxistisch-leninistischer Philosophie und staatssozialistischer Politik.

Herzberg, Guntolf: *Einen eigenen Weg gehen. Texte aus Ost und West 1981 - 90*. Dietz Verlag, Berlin 1991. 286 S.

Beiträge u.a. zur Selbstreflexion von Herzbergs eigener Existenz als Philosoph in der DDR - bis zur Ausreise 1985 - und politisch-philosophische Vorträge aus der ersten Hälfte der 80er Jahre.

Herzberg, Guntolf: *Abhängigkeit und Verstrickung. Studien zur DDR-Philosophie* (Forschungen zur DDR-Geschichte Bd. 8). Christoph Links Verlag, Berlin 1996. 265 S.

Sammlung von z.T. zuvor bereits andernorts veröffentlichten Texten zur "DDR-Philosophie zwischen SED und Staatssicherheit", zu "Ernst Bloch in Leipzig. Der operative Vorgang 'Wild'", zum "Modellfall G.H.", zur Praxis-Debatte in der DDR-Philosophie Ende der 60er Jahre, zur Entstehung der Wissenschaftsethik in der DDR, zu Robert Havemann, zur "Dialogfähigkeit in der Philosophie - vor kurzem und jetzt" und zu "Nietzsche in der DDR".

Humboldt-Universität zu Berlin, Institut für Ästhetik am FB Kulturwissenschaft (Hg.): *angebote. organ für ästhetik H. 6*. Berlin 1993. 211 S.

Das Heft dokumentiert die Materialien des 2. Wolfgang-Heise-Kolloquiums am 12.11.1992. Unter Bezugnahme auf Heise wie ihn als Ausgangspunkt nutzend werden zahlreiche Themen von VertreterInnen der Philosophie, Literaturwissenschaft, Wirtschaftsgeschichte entfaltet, daneben ein Text aus dem Heise-Nachlaß ("Über Schönheit"), eine Heise-Bibliographie und ein Text zum Stand der Arbeit im Heise-Archiv veröffentlicht.

Humboldt-Universität zu Berlin, Institut für Ästhetik am FB Kulturwissenschaft (Hg.): ***Kritik in der DDR. Ein Projektseminar unter der Leitung von Karin Hirdina*** (=angebote. organ für ästhetik H. 7). Berlin o.J. (1995). 196 + 15 S.

Der Band dokumentiert auf 132 Seiten die Ergebnisse des 1993/94 über drei Semester an der Humboldt-Universität durchgeführten Projektseminars. Untersucht wurde, welche Haltungen und Denkweisen "kritisch" genannt werden können, wo sich in der DDR Kritik zeigte, in welchen Institutionen, welche Zivilcourage nötig war, wo Schmerzpunkte des Systems erreicht und wo sie von vornherein vermieden wurden. Die in unserem Kontext interessierenden Beiträge sind im einzelnen: "Erinnern, Wiederholen, Durcharbeiten. Arbeitsbericht zum Projekt" (Holger Brohm), "Was ist Kritik?" (Jens Behrens), "Philosophie am Gängelband. Die Deutsche Zeitschrift für Philosophie in den 80er Jahren" (Andreas Trampe), "Die Zerrissenheit der Kritik in der DDR-Philosophie" (Jens Behrens). Neben dieser Projektdokumentation enthält das Heft auf 12 Seiten die Ergebnisse einer Umfrage zu Veränderungen in der ostdeutschen Ästhetik. Personenbezogene Auskünfte werden veröffentlicht von Georg Knepler, Alfred Hückler, Eberhard Lippold, Hans-Jürgen Ketzer, Jaqueline Berndt, Christa Juretzka.

Humboldt-Universität zu Berlin, Institut für Ästhetik am FB Kulturwissenschaft (Hg.): ***angebote. organ für ästhetik H. 8***. Berlin 1995. 200 S.

Das Heft dokumentiert die Materialien des 3. Wolfgang-Heise-Kolloquiums am 25./26.11.1994. Unter Bezugnahme auf Heise wie ihn als Ausgangspunkt nutzend werden zahlreiche Themen von VertreterInnen der Philosophie, Kultur- und Literaturwissenschaft entfaltet, darunter ein Text zu "Theater und Spiel bei Wolfgang Heise" (Claudia Salchow). Desweiteren sind Nachträge zur Heise-Bibliographie veröffentlicht.

Humboldt-Universität zu Berlin, Institut für Ästhetik am FB Kulturwissenschaft (Hg.): ***Künstler über einen Philosophen. Eine Hommage an Wolfgang Heise***. Berlin 1995. 64 S.

Heise († 1987), den Heiner Müller den wahrscheinlich einzigen DDR-Philosophen, der es nicht verdient hätte, in der aktuellen Inszenierung des Vergessens zu versinken, genannt hatte, verband eine besonders intensive Beziehung zu Kunst und Künstlern. Das herausgebende Institut hatte deshalb anlässlich des 70. Geburtstages von Heise Künstler zu Erinnerungen und Würdigungen gebeten. AutorInnen, neben der verantwortlich zeichnenden Renate Reschke ("Wolfgang Heise und die Kunst"), sind Ruth Tesmar, Steffen Mensching, Volker Braun, Roland Paris, Friedrich Dieckmann, Karl Mickel, Rolf Xago Schröder, Karl Lemke, Michael Franz, Christa Wolf, Heiner Müller, Wolfgang Herzberg, Hans-Eckhardt Wenzel, Steffen Schult und Gerd Kroske.

Humboldt-Universität zu Berlin, der Rektor (Hg.): ***Die Wirklichkeit des Möglichen. Geschichte und Utopie*** (=Wissenschaftliche Zeitschrift der Humboldt-Universität zu Berlin, Reihe Geistes- und Sozialwissenschaften 8/1991). Berlin 1991. 104 S.

Das Heft stellt alle gehaltenen Vorträge eines Kolloquiums am 8.11.1990, veranstaltet vom Institut für Kulturwissenschaft und Ästhetik der Humboldt-Universität anlässlich des 65. Geburtstages von Wolfgang Heise, zum Thema "Die Entwicklung des Möglichen - Geschichte und Utopie. Entwicklungen bis zum Ende des 20. Jahrhunderts" vor. Unter anderem: "Die Vision einer anderen Vernunft. Der Aufklärer Wolfgang Heise. Thesen

und Fragen zu einem schwierigen Thema" (Renate Reschke); "Wolfgang Heise und eine der Formen geistiger Opposition in der DDR. Einheit und Differenz im Denken von Karl Marx" (Gerd Irrlitz); "Zum Utopischen in der Philosophie Hegels. Bemerkungen zum Hegel-Bild von Wolfgang Heise" (Frithjof Reinhard); "'Die Sache ist, eh' sie existiert ...' (Hegel). Eine antikritische Sozialismusbetrachtung aus geschichtsphilosophischer Sicht" (Thomas Kuczynski); "Zum Entfremdungsbegriff im Werk von Wolfgang Heise" (Achim Trebeß); "'Gesellschaft führt ja keine separate Existenz ...' (W. Heise)" (Jörg Heininger); "Geschichtliche Untersuchungen, die auch Gegenwärtiges bewegen. Wolfgang Heises Studienband 'Die Wirklichkeit des Möglichen'. Dichtung und Ästhetik in Deutschland 1750 - 1850" (Michael Schilar); "Das Moment des Dynamischen in Wolfgang Heises Denken" (Hans-Jürgen Ketzler); "Lediglich Schönheit und Geschichte?" (Uta Kösser). Im Anhang befindet sich eine Textkollage aus Heises Schriften unter dem Titel "Wolfgang Heise über den Umgang mit Geschichte".

Humboldt-Universität, die Präsidentin (Hg.): ***Philosophie - Wissenschaft - Geschichte. Beiträge zu Persönlichkeiten in der Wissenschaftsgeschichte*** (=Wissenschaftliche Zeitschrift der Humboldt-Universität zu Berlin. Reihe Geistes- und Sozialwissenschaften 4/1992). Berlin 1992. 125 S.

Beiträge aus dem Interdisziplinären Institut für Wissenschaftsphilosophie und Humanontogenese der Humboldt-Universität u.a. zu Robert Havemann, Friedrich Herneck und Hermann Ley (Autoren: Karl-Friedrich Wessel, Hubert Laitko) sowie ein Beitrag zu Geheimen Dissertationen an der Humboldt-Universität während der DDR-Zeit (Wilhelm Bleek/Lothar Mertens). Die meisten Beiträge des Heftes stammen aus der Zeit vor 1989, und mit ihrer Veröffentlichung werde der „Versuch unternommen, durch Dokumentation zur Aneignung der Vergangenheit beizutragen. Nicht nachträgliche Erklärungen, sondern Vorträge im Originalzustand sollen die Möglichkeit bieten zu erfahren, wie vor dem Herbst geschrieben und geredet wurde, in kritischer Art und Weise, die zeigt, daß die Jahreszahl 1989 allein keine ganz besondere Marke in kritischer Begleitung realer Vorgänge ist.“ (Karl-Friedrich Wessel im Vorwort)

InformationsZentrum Sozialwissenschaften, Abt. Berlin in der Außenstelle der Gesellschaft Sozialwissenschaftlicher Infrastruktureinrichtungen e.V. GESIS (Hg.): ***Sozialforschung in der DDR. Dokumentation unveröffentlichter Forschungsarbeiten***. Bearb. von Erika Schwefel und Ute Koch. 10 Bde. Berlin 1992-1996. Insg. 2.554 S.

Annotierte Bibliographie mit Standortnachweisen. Im hiesigen Kontext interessieren die Kapitel „Wissenschaftssoziologie, Wissenschaftsforschung, Wissenschaftsgeschichte“ und „Allgemeine Soziologie“. Jeder Band mit Autoren-, Sach- und Institutionenregister.

Institut für Theorie, Geschichte und Organisation der Wissenschaft ITW an der AdW der DDR (Hg.): ***Veröffentlichungen 1970 - 1989*** (Studien und Forschungsberichte H. 31). Berlin 1990. 305 S.
Bibliographie.

Jahn, Jürgen: ***Ernst Bloch und der Aufbau-Verlag. Eine Dokumentation / Briefe Ernst Blochs an den Aufbau-Verlag. Ein Verzeichnis*** (=Bloch-

Almanach Bd. 13/1993). Ernst-Bloch-Archiv, Ludwigshafen 1993. S. 103-173.

Der Autor, Blochs Lektor im Aufbau-Verlag, hat das Archiv des Verlages durchforscht und Gespräche mit Zeitzeugen wie W. Harich und W. Janka geführt. In Auswertung dessen legt er einen minutiös gearbeiteten, strikt dem dokumentarischen Material verhafteten Bericht über die Beziehungen Blochs zum Aufbau-Verlag vor, der auf die Frage: Wie stand Bloch zum DDR-Sozialismus? eine differenzierte Antwort und die Druckgeschichte Blochscher Werke im Aufbau-Verlag zu rekonstruieren sucht.

Kapferer, Norbert: *Das Feindbild der marxistisch-leninistischen Philosophie in der DDR 1945-1988*. Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 1990. 457 + XII S.

Der Autor beendete 1989 seine Studie über Feindbilder in der DDR-Philosophie. Die sich mit dem Ende der DDR auflösende marxistisch-leninistische Philosophie wird einer detailgesättigten Analyse unterzogen, welche aufgrund des Veröffentlichungszeitpunkts einen resümierenden Stellenwert erlangt. Die freiwillige Instrumentalisierung der DDR-Philosophie als Bestandteil des Parteimarxismus wird im Spiegel von Liberalisierungstendenzen untersucht. Der Autor zeigt vor diesem Hintergrund, wie Feindbilder umgeschichtet wurden und wie nach den Jahren der Grabenkämpfe gegen die "Abweichler" das Gesamtfeindbild "spätbürgerliche Philosophie" in den letzten Jahren der DDR seine Konturen verlor.

Kapferer, Norbert (Hg.): *Innenansichten ostdeutscher Philosophen*. Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 1994. 160 S.

In diesem Band geben vier ostdeutsche Philosophen (Peter Ruben, Volker Caysa, Hans-Martin Gerlach und Reinhard Mocek) und ein 1985 aus der DDR ausgereister Philosoph (Guntolf Herzberg) Innenansichten zur Geschichte der DDR-Philosophie zu Protokoll. Sie antworten mit diesen Beiträgen auf Außenansichten, insbesondere auf die vom Herausgeber vier Jahre zuvor veröffentlichte Studie "Das Feindbild der marxistisch-leninistischen Philosophie in der DDR 1945 - 1988" (Darmstadt 1990).

Kleinhempel, Friedrich/Möbius, Anette/Soschinka, Hans-Ulrich/Waßermann, Michael (Hg.): *Die Biopsychosoziale Einheit Mensch. Begegnungen. Festschrift für Karl-Friedrich Wessel* (Berliner Studien zur Wissenschaftsphilosophie & Humanontogenetik Bd. 10). Kleine Verlag, Bielefeld 1996. 665 S.

Die Herausgeber möchten mit diesem Band das Wirken von Karl-Friedrich Wessel aus Anlaß seines 60. Geburtstages würdigen. Wessel hatte Anfang der 80er Jahre die Humanontogenetik begründet und ist Gründer des - weltweit ersten - interdisziplinären Instituts für Humanontogenetik an der Berliner Humboldt-Universität. Folgende Artikel des Bandes sind DDR-wissenschaftsgeschichtlich relevant: Würdigungen des Jubilars von Günter Tembrock, Clemens Burrichter, Hubert Laitko, Anette Möbius, Reinhard Mocek, Frank Richter, Jörg Schulz, Harald Kretzschmar, "Plädoyer für eine souveräne Lehrerbildung" (Ludwig Eckinger), "Impulse für die Sportwissenschaft" (Albrecht Hummel), "Zur Okkupation eines DDR-Wissenschaftlers: K.-F. Wessel" (Hans-Werner Jendrowiak), "Zur Geschichtsschreibung an der Berliner Universität" (Hannelore Bernhardt), "Wissenschaftseliten und elite Wissenschaftler im Realsozialismus der DDR - ein theoretischer Denkanatz" (Clemens Burrichter), "K.F. und die (Allgemeine) Pädagogik der DDR" (Wolfgang Eichler), "Sexualwissenschaft an der Humboldt-Universität: Eine verpaßte

Chance" (Erwin J. Haberle), Reflexionen über Karl-Friedrich Wessel, Hermann Ley und die List der Geschichte (Hubert Laitko) und "Zur Entwicklung der Humangenetik in der DDR - ein kurzer Diskurs unter Verwendung historischer Akten" (Jörg Schulz). Eine Wessel-Bibliographie schließt den Band ab.

Köhler, Werner (Hg.): *Carl Friedrich von Weizsäckers Reden in der Leopoldina. Zum 80. Geburtstag des Physikers, Philosophen und Leopoldina-Mitglieds. Mit einer Einleitung von Benno Parthier und einer Würdigung von Ernst Schmutzer* (Nova Acta Leopoldina Bd. 68, Nr. 282). Barth Verlagsgesellschaft, Leipzig 1992. 309 S.

Weizsäcker hatte als Akademiemitglied in den Jahrzehnten der DDR mehrfach innerhalb der Leopoldina-Veranstaltungen referiert.

Korch, Helmut: *Der wissenschaftliche Zweifel. Über einen Aspekt der Erkenntnissituation in den Gesellschaftswissenschaften der DDR* (Schriften des Jenaer Forum für Bildung und Wissenschaft). Jena 1994. 26 S.

Der Autor problematisiert die konfliktgeladene Situation der DDR-Gesellschaftswissenschaften zwischen dem monopolistischen Wahrheitsanspruch der SED einerseits und praktischen wie wissenschaftsinternen Erklärungsnotwendigkeiten andererseits sowie die sich daraus ergebenden defizitären Erkenntnisleistungen.

Krauss, Werner: *Das wissenschaftliche Werk*. Hrsg. im Auftrag der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften von Manfred Naumann. Bd. 3: *Spanische, italienische und französische Literatur im Zeitalter des Absolutismus*. Hrsg. von Peter Jehle. Textrev. u. ed. Anm. v. Horst F. Müller. de Gruyter, Berlin 1997. 668 S. Bd. 4: *Essays zur spanischen und französischen Literatur- und Ideologieggeschichte der Moderne*. Hrsg. von Karlheinz Barck. de Gruyter, Berlin 1997. 804 S. Bd. 7: *Aufklärung. Deutschland und Spanien*. Hrsg. v. Martin Fontius. Textrev. u. ed. Anm. v. Renate Petermann/Peter V. Springborn. de Gruyter, Berlin 1996. 810 S. Bd. 8: *Sprachwissenschaft und Wortgeschichte*. Hrsg. von Bernhard Henschel. Bibliogr. v. Horst F. Müller. de Gruyter, Berlin 1997. 658 S.

Die Edition des Gesamtwerkes von Werner Krauss - der insbesondere durch seine in den fünfziger und sechziger Jahren an der Leipziger Universität bzw. der Berliner Akademie der Wissenschaften entfaltete, international bedeutende Forschungsinitiative zur französischen Aufklärung nachhaltige Bedeutung erlangte - war 1987 von der DDR-Wissenschaftsakademie im Ost-Berliner Akademie-Verlag begonnen worden. Mit seinen letzten vier Bänden wanderte die (insgesamt achtbändige) Edition dann zu de Gruyter. Die editi- onsgeschichtlichen Kommentare zu diesen nach 1989 bearbeiteten Bänden belegen dann auch die (unter der Oberfläche gehaltenen) Konflikte des Romanisten mit den kulturellen und ideologischen Richtlinien der DDR.

Krüger, Hans-Peter: *Demission der Helden. Kritiken von innen 1983 - 1992*. Aufbau Taschenbuch Verlag, Berlin 1992. 245 S.

Sammlung philosophischer Beiträge aus den genannten Jahren, Beiträge zur Wissenschaftsentwicklung und der Situation der Intellektuellen in der DDR und nach der DDR.

Leipziger Gesellschaft für Politik und Zeitgeschichte (Hg.): *Ernst Blochs Vertreibung - 1956/57. Eine Dokumentation (=Einspruch. Leipziger Hefte H. 5)*. Leipzig 1992. 146 S.

Der Herausgeber - ein Leipziger Philosoph - legt eine Dokumentensammlung vor, die Einblick in die Geschichte der Zwangsemeritierung Ernst Blochs an der Leipziger Universität gewährt. Die auf eine Kommentierung der Dokumente verzichtende Anordnung der Texte beleuchtet ein wichtiges Kapitel der Leipziger Universitätsgeschichte. Nach den Wortmeldungen Blochs, den öffentlichen wie bloß aktenkundigen und protokollierten Anfeindungen seiner 'parteilichen' Gegner, sind im letzten Abschnitt des Buches vom Herausgeber geführte Interviews mit zwei Zeitzeugen, Alfred Klein (seinerzeit Assistent bei H. Mayer) und Rudolf Rochhausen (seinerzeit Assistent bei R. O. Gropp) zu finden, deren Karrieren in der DDR-Wissenschaft bis zur Emeritierung bzw. Abwicklung kontinuierlich verliefen.

Liebscher, Heinz: *Fremd- oder Selbstregulation? Systemisches Denken in der DDR zwischen Wissenschaft und Ideologie* (Selbstorganisation Sozialer Prozesse Bd. 2). Lit Verlag, Münster 1995. 184 S.

Mende, Hans-Jürgen/Mocek, Reinhard (Hg.): *Gestörte Vernunft? Gedanken zu einer Standortbestimmung der DDR-Philosophie*. Edition Luisenstadt, Berlin 1996. 179 S.

Dokumentation eines am 25. Januar 1995 stattgefundenen Kolloquiums, auf dem vornehmlich ostdeutsche PhilosophInnen eine Selbstverständigung zur DDR-Geschichte ihres Faches unternahmen. Hauptbeiträge von Friedrich Tomberg ("Politische Konditionen der Philosophie in der DDR"), R. Mocek ("Zerstörung der Vernunft oder gestörte Vernunft?" und "Philosophie und Naturwissenschaft in der DDR"), Norbert Kapferer ("Die kritische Auseinandersetzung mit dem Marxismus-Leninismus muß fortgesetzt werden"), Heinz Malorny ("Probleme bei dem Versuch, über Philosophiegeschichte zu schreiben"), Peter Ruben ("Resultate der Philosophie in der DDR"), Rolf Löther ("Zum Verhältnis von Philosophie und Naturwissenschaft in der DDR"), Heinrich Opitz ("Philosophische Schulen in der DDR? Die Leipziger erkenntnistheoretische Schule"), Eva Kellner ("Zur Ethik in der DDR"), Hans-Christoph Rauh ("Anmerkungen zur DDR-Philosophie nach der Wende"). Diskussionsbeiträge von Ruben, Wolfgang Eichhorn, Erich Hahn, Norbert Krenzlin, Walter Jopke, Hans-Martin Gerlach, Helmut Seidel, Rudolf Jürschik, Kapferer, Mocek.

Meyer, Hansgünter (Hg.): *25 Jahre Wissenschaftsforschung in Ostberlin. "Wie zeitgemäß ist komplexe integrierte Wissenschaftsforschung?" Reden eines Kolloquiums* (Schriftenreihe des Wissenschaftssoziologie und -statistik e.V. Berlin H. 10). Berlin 1996. 240 S.

Anlaß des dokumentierten Kolloquiums war der 25. Jahrestag der Gründung des (mit der AdW zum 31.12.1991 geschlossenen) Akademie-Instituts für Theorie, Geschichte und

Organisation der Wissenschaft (ITW). Der daraus entstandene, bis heute spürbare Impuls für Wissenschaftsforschung in (Ost-)Berlin wurde in zahlreichen Beiträgen detailliert verfolgt und beschrieben, u.a.: "Ostberliner Wissenschaftsforschung - Rückblicke auf ihr Potential" (Hg. Meyer), "ITW - 25" (Günter Kröber), "Wissenschaftsgeschichte und Wissenschaftsforschung - vor dem Hintergrund der Vergangenheit, vor den Herausforderungen der Zukunft" (Hubert Laitko), "Quantitative Wissenschaftsforschung: Von ihren Anfängen in einzelnen Institutionen bis zur Gründung einer internationalen Gesellschaft" (Hiltrun Kretschmer), "Erfahrungen mit einer Theorie - Eine Geschichte in West-Ost-Retrospektive" (Hans Jörg Sandkühler), "Marxistische Wissenschaftsforschung - Ein Blick zurück" (Gert-Rüdiger Wegmarshaus), "Wissenschaftspark ITW im Grenzland der Wissenschaftsforschung" (Klaus Meier), "Zur theoretisch-konzeptionellen Vorgeschichte einer Institutionalisierung (Eine späte Reminiszenz zur Entstehungsgeschichte des IW-TO/ITW)" (Georg Domin), "Die Wende - der kleine Schlag auf den Hinterkopf? Gesellschaftswissenschaftler in der DDR und das Paradigma-Konzept" (Eva Kellner).

Müller, Hans-Joachim: ***Probleme der "wissenschaftlich-technischen Revolution" und Institutionalisierung der Wissenschaftsforschung in der DDR*** (Analysen und Berichte aus Gesellschaft und Wissenschaft agb 3/1989). Hrsg. vom Institut für Gesellschaft und Wissenschaft IGW an der Universität Erlangen-Nürnberg. Verlag Deutsche Gesellschaft für zeitgeschichtliche Fragen, Erlangen 1989. 203 S.

Der Autor legt im Dezember 1989 mit diesem Buch seine an der Universität Erlangen-Nürnberg als Dissertation angenommene Arbeit vor. Gegenstand der Untersuchung ist die Herausbildung des Konzepts von der "Wissenschaftlich-technischen Revolution" als systemspezifische Antwort auf die mit der industriellen Anwendung wissenschaftlich-technischer Neuerungen verbundenen tiefen Umbrüche in allen Industriegesellschaften. In der Ablehnung der von westlichen Theoretikern aufgestellten These von der "zweiten industriellen Revolution" steckte ein Kalkül: Die Wissenschaftsforschung der DDR versuchte mit ihrer instrumentellen Problemsicht den zentralistischen Steuerungsanspruch der SED gegenüber dem sich abzeichnenden industriellen Wandel zu verteidigen.

Müller, Silvia/Florath, Bernd (Hg.): ***Die Entlassung. Robert Havemann und die Akademie der Wissenschaften 1965/66. Eine Dokumentation*** (Schriften des Robert-Havemann-Archivs Bd. 1). Robert-Havemann-Gesellschaft, Berlin 1996. 453 S.

1966 war Havemann statutenwidrig aus den Mitgliederlisten der AdW gestrichen worden, nachdem er zuvor schon als Leiter der Arbeitsstelle für Photochemie abgelöst worden war. In einleitenden Texten schildern die Herausgeber die Entwicklungen hin zum Akademie-Ausschluß einschließlich ihrer Vorgeschichte. Ein umfangreicher, sorgfältig redigierter und kommentierter Dokumententeil - über 150 bisher unveröffentlichte Dokumente - ist zentraler Teil der Publikation.

Oberkofler, Gerhard (Hg.): ***Philosophie im Zeichen der Vernunft. Festgabe für Manfred Buhr zum 70. Geburtstag***. StudienVerlag, Innsbruck/Wien 1996. 80 S.

Manfred Buhr, vormals Direktor des Zentralinstituts für Philosophie der DDR-Akademie der Wissenschaften und gemeinhin als exemplarische Verkörperung des *Kaderphilosophen* geltend, hat auch über 200 Freunde und gute Bekannte, die ihm zum 70. Geburtstag

gratulieren mochten und sich dieserhalb an einer *Tabula gratulatoria* beteiligten, welche mit Unterstützung des Evers-Marcic-Fonds der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Salzburg, des Kulturreferats des Landes Tirol, der Adele Stürzl-Stiftung, der Fundacao Calouste Gulbenkain Lissabon, der Sociedad Espanola Leibniz Madrid und des Konvent für europäische Philosophie und Ideengeschichte gedruckt werden konnte. Die Gratulantenschar reicht, neben vielen anderen, von Werner Berthold, Teodor Oisermann, Hans Jörg Sandkühler, Robert Steigerwald, Lucien Sève über Hans-Georg Gadamer, Gerhard Haney, Dieter Henrich, Hermann Lübke, Jürgen Mittelstraß, Günther Patzig, Manfred Riedel bis hin zu Heiner Carow, Heinz Kahlau, Hermann Klenner, John Erpenbeck, Karl-Friedrich Wessel und Vincent von Wroblewsky.

Orozco, Teresa: *Platonische Gewalt. Gadamers politische Hermeneutik der NS-Zeit* (Ideologische Mächte im deutschen Faschismus Bd. 7; Argument-Sonderband N.F. 240). Argument Verlag, Hamburg 1995. 266 S. Gadamer gehört durch sein Leipziger Nachkriegsrektorat zur ostdeutschen Wissenschaftsgeschichte. Die Autorin untersucht in der minutiösen Studie, inwieweit der Umstand, daß Gadamer als über jeden Verdacht nazistischer Kompromittierung erhaben galt (daher auch die Einsetzung in das Rektorat durch die Sowjets), durch sein Wirken an den Universitäten Marburg (1934-1939) und Leipzig (ab 1940) und die dort entstandenen Arbeiten gedeckt ist. Sein Wirken erweise sich, so die Autorin, als ein Politik zwischen die Zeilen verweisendes Mitwirken. In einem Schlußkapitel wird seine Leipziger Nachkriegszeit untersucht, wobei kritische Textanalysen seines Referats "Die Bedeutung der Philosophie für die neue Erziehung" vor der Leipziger Lehrerschaft und seine Rektoratsrede "Über die Ursprünglichkeit der Wissenschaft" im Mittelpunkt stehen.

Pasternack, Peer: *Geisteswissenschaften in Ostdeutschland 1995. Eine Inventur. Vergleichsstudie im Anschluß an die Untersuchung "Geisteswissenschaften in der DDR", Konstanz 1990* (Leipziger Beiträge zur Wissenschaftsgeschichte und Wissenschaftspolitik). Leipziger Universitätsverlag, Leipzig 1996. 298 S.

Die empiriegesättigte Untersuchung vergleicht die 1995er Situationen in den historisch-hermeneutisch orientierten Geisteswissenschaften mit denjenigen von 1990, aufgeschlüsselt nach einzelnen Hochschulen und einzelnen Fächern. Themen sind Verbleib, Beschäftigung, Mobilität und sonstige Aktivität des alten Personals, individuelle Wahrnehmungen des Umbruchs, strukturelle Veränderungen, die Ost-West-Durchmischung und deren Folgen, Aktivitäten in den einzelnen Fächern zu ihrer jeweiligen DDR-Disziplingeschichte, inhaltliche Kontinuitäten wie Neuakzentuierungen, schließlich die aktuellen Stellenausstattungen. Im Anhang eine annotierte Bibliographie zu den DDR-/ostdeutschen Geisteswissenschaften, ein Verzeichnis der seit 1990 aufgelösten geisteswissenschaftlichen Forschungseinrichtungen in Ostdeutschland sowie ein Verzeichnis der 1995 bestehenden Institute.

Pasternack, Peer (Hg.): *Eine nachholende Debatte. Der innerdeutsche Philosophenstreit 1996/97* (=hochschule ost special). Arbeitskreis Hochschulpolitische Öffentlichkeit, Leipzig 1998. 234 S.

Vorliegender Band.

Peter, Lothar: *Dogma oder Wissenschaft? Marxistisch-leninistische Soziologie und staatssozialistisches System in der DDR* (IMSF-Forschung und Diskussion Bd. 7). Hrsg. vom Institut für Marxistische Studien und Forschungen e.V., Frankfurt a.M. 1991. 110 S.

Im hiesigen Zusammenhang sind vornehmlich die Kapitel „Gegenstandsbestimmung, theoretischer Status, Methodologie“ und „Auseinandersetzung mit der nicht-marxistischen Soziologie“ von Interesse.

Prokop, Siegfried (Hg.): *Ein Streiter für Deutschland. Auseinandersetzung mit Wolfgang Harich. Das Wolfgang Harich-Gedenk-Kolloquium am 21. März 1996 im Ribbeck-Haus zu Berlin* (Weiße Reihe). edition ost, Berlin 1996. 256 S.

Der Philosoph, Kulturkritiker und Nationalkommunist Harich war eine der schillerndsten intellektuellen Figuren der DDR. Er wich meistens nach links von der *Linie* ab und war daneben immer für Deutschland. Seine Abweichungen werden von den Teilnehmern der Tagung (veranstaltet von der Alternativen Enquete-Kommission "Deutsche Zeitgeschichte" zu Harichs erstem Todestag) als interessantes Phänomen reflektiert, sein nationales Bewußtsein durchweg mit Ergriffenheit. Daneben werden die geistesgeschichtlichen Beiträge und Anregungen des "vielleicht begabtesten deutschen marxistischen Theoretikers dieses Jahrhunderts" (Reinhard Pitsch) ausführlich dargestellt und diskutiert. AutorInnen der Beiträge sind neben dem Hg. Gerhard Zwerenz, Friedrich Rische, Hannes Hofbauer, Peter Feist, Helmut Steiner, Stefan Dornuf, Reinhard Pitsch, Frank Götze, Christa Uhlig, Gerhard Fischer, Caroline de Luis, Norbert Braune, Thomas Fetzer. Dokumentiert sind im weiteren auch die Wortmeldungen in den Diskussionen sowie einige Zeitdokumente und Interviews.

Prokop, Siegfried: *Ich bin zu früh geboren. Auf den Spuren Wolfgang Harichs*. Dietz Verlag, Berlin 1997. 318 S.

Wolfgang Harich war unter anderem gefragter Brief- und Gesprächspartner von Bloch, Brecht und Lukács. 1956 wurde er einer der Sprecher einer intellektuellen Opposition in der DDR. Der Band Buch beleuchtet viele Details seines Lebens in drei deutschen Staaten.

Rauh, Hans Christoph: *Gefesselter Widerspruch. Die Affäre um Peter Ruben*. Dietz Verlag, Berlin 1991. 366 S.

Anfang der achtziger Jahre wurde die wissenschaftliche Arbeit von Ruben - damals bereits profiliert und international zunehmend rezipiert - durch politische Reglementierung behindert. Seine Arbeiten waren zum "Angriff auf Grundpositionen des Marxismus-Leninismus" bzw. zum "Revisionismus" erklärt worden. Der Band dokumentiert die inkriminierten Artikel, die dazu abgegebenen Stellungnahmen sowie die nach vier Monaten abgebrochene Diskussion zu den Artikeln in der *Deutschen Zeitschrift für Philosophie* und Aktenmaterial über den Vorgang Ruben.

Reiprich, Siegfried: *Der verhinderte Dialog. Meine politische Exmatrikulation. Eine Dokumentation* (Schriftenreihe des Robert-Havemann-Archivs Bd. 3). Robert-Havemann-Gesellschaft, Berlin 1996. 160 S.

In den Jahren 1975/76 wurden an der Jeaner Universität mehrere Studenten wegen ihrer Gesinnung exmatrikuliert, u.a. Jürgen Fuchs, Lutz Rathenow, Roland Jahn und Olaf Weißbach. Die Publikation dokumentiert die politische Exmatrikulation des Philosophiestudenten Siegfried Reiprich. Anlaß war die Mitgliedschaft im "Arbeitskreis für Literatur und Lyrik Jena". Detailliert wird die Geschichte dieser Exmatrikulation mit Anhörungen, verlangter aber verweigerter 'Selbstkritik', Ausschluß aus der FDJ-Gruppenleitung usw. in Gedächtnisprotokollen (1976 bereits im Samisdat veröffentlicht) nachgezeichnet. Für die Darstellung der Vorgeschichte konnten nunmehr auch Reiprichs MfS-Akten ausgewertet werden. In einem weiteren Teil des Bandes wird die Geschichte bis zu Reiprichs Ausreise aus der DDR 1981 fortgezählt: Verhinderung der Wiederaufnahme des Studiums, permanente Kontrolle bei der 'Bewährung in der Produktion', Kriminalisierungsversuche und (z.T. erfolgreiche) soziale Isolierungsversuche, indem das MfS durch geschickte Manipulationen erreicht, bei seinen Freunden den Eindruck zu erwecken, Reiprich kooperiere mit dem MfS.

Riedel, Manfred: *Zeitkehre in Deutschland. Wege in das vergessene Land*. Siedler Verlag, Berlin 1991. 223 S.

Tagebuchartige Darstellung von Reisen nach Thüringen, Sachsen-Anhalt und Sachsen, insbesondere auch an die dortigen Universitäten und Philosophie-Sektionen, im Jahre 1990; daneben Porträts dreier in der DDR gemäßregelter Wissenschaftler: Paul Menzer, Jürgen Teller und Eberhard Haufe.

Richter, Frank: *Philosophie in der Krise*. Dietz Verlag, Berlin 1991. 211 S.

Der DDR-Philosoph Herbert Hörz veröffentlichte 1986 ein Buch mit dem Titel "Was kann Philosophie?". Frank Richter war es damals verwehrt, eine Kritik der Hörzschen Sicht der Dinge zu schreiben. Das holt er mit diesem Buch nach. In der Diskussion der Fragen nach dem Gegenstand der Philosophie, dem Verhältnis von Theorie und Praxis u.a.m. wird ein Stück DDR-Philosophie dokumentiert.

Robert-Havemann-Gesellschaft (Hg.): *Robert Havemann. Kurzbiographie, Dokumente, Auswahlbibliographie*. Berlin 1994. 31 S.

Die Broschüre skizziert in knapper Form Leben und Persönlichkeit Robert Havemanns. Die ausgewählten Dokumente sollen ein Bild davon geben, wie sich Robert Havemann gegen zwei Diktaturen aufgelehnt hat, und zeigen, wie die jeweiligen Machthaber darauf reagierten.

Rother, Karl-Heinz: *Parteiverfahren für Marx. Hier irrten Kurt Hager und andere*. Dietz Verlag, Berlin 1990. 143 S.

Der Autor, als Philosoph an der Leipziger Karl-Marx-Universität im April 1989 aus der SED ausgeschlossen wegen einer Arbeit zur Staatsauffassung von Marx mit aktuellen Bezügen, setzt sich mit dem seinerzeit inkriminierten Thema auseinander und erläutert den Umgang Kurt Hagers mit philosophischen Thesen.

Schöneburg, Volkmar (Hg.): *Philosophie des Rechts und das Recht der Philosophie. Festschrift für Hermann Klenner* (Philosophie und Geschichte der Wissenschaften, Studien und Quellen, Bd. 16). Verlag Peter Lang, Frankfurt am Main 1992. 171 S.

Der Band dokumentiert die Beiträge, die anlässlich des Ehrenkolloquiums zum 65. Geburtstag von Hermann Klenner am Zentralinstitut für Philosophie der Akademie der Wissenschaften der DDR im Januar 1991 gehalten und eingereicht worden waren, darunter die "Laudatio" von Peter Ruben und der Beitrag "Es ist das Recht der Fische zu schwimmen, und das der größeren, die kleineren zu fressen" von Arthur Kaufmann.

Schröder, Richard: *Denken im Zwielficht. Vorträge und Aufsätze aus der Alten DDR*. J.C.B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen 1990. 219 S.

Der Band dokumentiert (z.T. zuvor unveröffentlichte) Texte, die der am Ostberliner Sprachenkonvikt (dann „Kirchliche Hochschule Berlin-Brandenburg“) tätig gewesene Philosoph in der DDR verfaßt hatte. Bei der Bestimmung des Entstehungskontextes bezieht sich Schröder im Vorwort insonderheit auf den "Theologisch-Philosophischen Studienkreis" beim Bund der Evangelischen Kirchen.

Schubert, Werner: *Friedrich Nietzsche und seine Nachwelt in Weimar* (Texte zur Literatur H. 3). Hrsg. von Rosa-Luxemburg-Verein, Leipzig 1997. 103 S.

Die Arbeit geht auf einen Vortrag zurück, den Werner Schubert - 1982 bis zur Pensionierung 1990 Generaldirektor der Nationalen Forschungs- und Gedenkstätten der klassischen deutschen Literatur in Weimar - im Oktober 1994 im Literaturhistorischen Arbeitskreis gehalten hat. Schuberts Aufmerksamkeit gilt zunächst Elisabeth Förster-Nietzsche, der Begründerin des Nietzsche-Archivs und des in Weimar seit Beginn des Jahrhunderts inszenierten Nietzsche-Kults. Im Anschluß daran teilt der Autor einige weniger bekannte Tatsachen über den Verbleib des Archivs in der ersten Nachkriegszeit mit, das 1950 dann in das Goethe- und Schiller-Archiv überführt wurde. Schubert stellt dar, daß es in der Folgezeit trotz aller Probleme nicht an seriöser Arbeit mit den Materialien gemangelt habe. Das Schlußkapitel erörtert die Geschehnisse nach 1989 und die Aktivitäten zum 150. Geburtstag Nietzsches.

Schwiedrzik, Wolfgang Matthias: *Lieber will ich Steine klopfen... Der Philosoph und Pädagoge Theodor Litt in Leipzig 1933 - 1947*. Leipziger Universitätsverlag, Leipzig 1997. 49 S. + Anh.

In dieser Schrift geht es nicht in erster Linie um das philosophische und pädagogische Werk Theodor Litts, sondern um seine politische Haltung in den Jahren zwischen 1933 und 1947. Sie soll den Versuch einer "Rehabilitierung" darstellen, sofern diese nötig sei.

Steinwachs, Burkhard (Hg.): *Geisteswissenschaften in der ehem. DDR. Forschungsprojekt gefördert vom Bundesministerium für Forschung und Technologie*. Bd. 1: *Berichte*. Bd. 2: *Projekte. Akademie und Universitäten*. Konstanz 1993. 310 + 1153 S.

1990 führte die Forschungsgruppe um Mittelstraß, Jauß, Steinwachs et al., die mit "Geisteswissenschaften heute. Eine Denkschrift" (Konstanz 1990; Frankfurt 1991) Aufsehen erregt hatte, eine Untersuchung der Geisteswissenschaften in der DDR durch. Vornehmlich durch Fragebögen wurden an Universitäten und Akademie der Wissenschaften Daten erhoben. Steinwachs läßt diese in einem umfänglichen "Bericht zur Lage der geisteswissenschaftlichen Forschung in der ehemaligen DDR" kondensieren. Zehn DDR-Autoren skizzieren - ohne Bezugnahme auf die Datenerhebung - die Lage ihrer jeweiligen Disziplin; zur Philosophie schreibt Hans-Peter Krüger. Band 2 enthält sämtliche Fragebögen, die von ostdeutschen WissenschaftlerInnen beantwortet worden waren. Sie bie-

ten Angaben zur jeweiligen wissenschaftlichen Biographie und das/die aktuelle(n) Forschungsprojekt(e). Da die DDR-/ostdeutschen Universitäten im Gegensatz zu den Akademieinstituten nie systematisch evaluiert worden waren, liegt für deren geisteswissenschaftliche Bestandteile mit dieser Publikation eine einmalige Bestandsaufnahme vor.

Trampe, Andreas: ***Die DDR-Philosophie in den achtziger Jahren. Zur strukturellen Organisation funktionalisierter Wissenschaft.*** Magisterarbeit. Humboldt-Universität zu Berlin, Institut für Philosophie. Berlin 1993. 81 S.

Am Modell der *Deutschen Zeitschrift für Philosophie* - die eine zentrale Stellung innerhalb der wenigen philosophischen DDR-Periodika einnahm - untersucht der Autor strukturelle Mechanismen der ideologischen Beeinflussung philosophischer Wissenschaftsentwicklung in der DDR. Themensetzungen, Artikelzulassungen, Autorenprotektion und dergleichen werden anhand detaillierter Aufbereitung des Materials analysiert und die Redaktionspolitik zugleich verglichen mit derjenigen in den 50er und 60er Jahren.

Universität Leipzig, der Rektor (Hg.): ***Der Philosoph und Pädagoge Theodor Litt in Leipzig (1920-1948)*** (Leipziger Universitätsreden N.F. H. 74). Leipzig 1993. 48 S.

Theodor Litt wurde 1920 Ordentlicher Professor an der Universität Leipzig. Nach 1947 mußte er aufgrund erneut einsetzenden politischen Drucks selbige wieder verlassen. Das Heft beinhaltet die am 1. Dezember 1992 während einer Veranstaltung gehaltenen Beiträge von Peter Gutjahr-Löser, Erich E. Geißler, Walter Steger und Albert Reble.

Vollnhals, Clemens: ***Der Fall Havemann. Ein Lehrstück politischer Justiz.*** Ch. Links Verlag, Berlin 1998. 312 S.

Im November 1976 verurteilt das Kreisgericht Fürstenwalde Havemann, Physikochemiker und seit den 60er Jahren sich mit sozialphilosophischen Thesen profilierender Dissident, in einer Blitzaktion zu einer Aufenthaltsbeschränkung. Es folgte eine jahrelange Isolierung Havemanns in Grünheide. 1979 verurteilte ihn dasselbe Gericht unter dem Vorwand eines Devisenvergehens zu einer Geldstrafe. In beiden Fällen stand die Verwerfung der Berufung bereits vorher fest. Die Gerichtsverfahren gegen Robert Havemann sieht Vollnhals als Lehrstücke für die Inszenierung eines politischen Prozesses: Alle Entscheidungen wurden vorher auf höchster politischer Ebene unter Einschaltung Honeckers getroffen, anschließend von der Staatssicherheit mit den zentralen Justizorganen „abgestimmt“ und der weitere Verlauf in „Konzeptionen“ und „Maßnahmeplänen“ detailliert fixiert.

Wilharm, Heiner: ***Denken für eine geschlossene Welt. Philosophie in der DDR.*** Junius Verlag, Hamburg 1990. 272 S.

Der Autor analysiert umfassend die Geschichte der DDR-Philosophie. Nach einer mit Rezeptionsproblemen befaßten Einleitung wird im ersten Teil der Untersuchung systematisch ein Begriff der marxistisch-leninistischen Philosophie herausgearbeitet. Im zweiten Teil wird das gesellschaftliche und politische Umfeld des Philosophierens im Laufe der DDR-Geschichte untersucht. Der dritte Teil schließlich widmet sich exemplarischen Debatten der DDR-marxistischen Philosophie.

Winter, Friedrich: ***Robert Havemanns Beerdigung - aus kirchlicher Sicht. Eine theologisch-kirchenpolitische Studie*** (=epd-Dokumentation

Nr. 21/96). Hrsg. von Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik. Frankfurt, 1996. 24 S.

Der Autor thematisiert in dieser Studie Havemanns Beerdigung und vor allem die offizielle Beerdigungsrede des Ortpfarrers und Freundes der Familie Havemann, Johannes Meinel, sowie die inoffizielle Grabrede von Pfr. Rainer Eppelmann. Beide Reden waren insofern ungewöhnlich, als Havemann nicht Glied der Kirche gewesen war. Der Autor, seinerzeit Propst und Vorgesetzter beider Pfarrer, dokumentiert Meinels Rede und ordnet sie zeitgeschichtlich, theologisch und kirchenpolitisch ein.

Wissenschaftsrat: *Stellungnahmen zu den außeruniversitären Forschungseinrichtungen der ehemaligen Akademie der Wissenschaften der DDR*. Bd. 10: *Geisteswissenschaften + Forschungs- und Editonsabteilungen der Akademie der Künste zu Berlin*. 206 S. Köln 1992. Dokumentiert die Ergebnisse der Evaluierung, die dem Wissenschaftsrat aufgetragen war.

2. Artikel²

Astroh, Michael: *Philosophische Erfahrungen an der Friedrich-Schiller-Universität Jena*. In Bernhard Muszynski (Hg.), *Wissenschaftstransfer in Deutschland. Erfahrungen und Perspektiven bei der Integration der gesamtdeutschen Hochschullandschaft*. Leske + Budrich, Opladen 1993, S. 167-173.

Becker, Werner (Iv.): *Philosophie in den neuen Bundesländern*. In *Information Philosophie* 5/1991.

Behrens, Jens: *Lebenssinn und konkrete Hoffnung*. In Bernd Lindner/Ralph Grüneberger (Hg.), *Demonteuere. Biographien des Leipziger Herbst*, Aisthesis Verlag, Bielefeld 1992, S. 223-242.

Behrens, Jens/Trampe, Andreas: *Die Mühen immanenter Kritik. Abschlußkolloquium eines Forschungsprojektes am Institut für Ästhetik der Humboldt-Universität zu Berlin am 28. Januar 1994*. In *hochschule ost* 1/1994, S. 74-78.

Bialas, Wolfgang: *Intellektuelle in der Zerstreuung. Die Philosophen der DDR im Prozeß der Vereinigung*. In *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* 7/1992, S. 819-832.

² Artikel, die in unter „1. Selbständige Publikationen“ verzeichneten Titeln enthalten sind, finden sich dort in den jeweiligen Annotationen und werden im folgenden nicht nochmals angezeigt.

Bialas, Wolfgang: *Intellektuelle in der Zerstreuung - Die Philosophen der DDR im Prozeß der Vereinigung / Zwischen 'Kritik der bürgerlichen Ideologie' und 'integralem Marxismus': Zur Rezeption der Frankfurter Schule in der DDR / Emanzipationsrhetorik und 'Realexistenz' - Der junge Marx im philosophiehistorischen Diskurs der DDR* [Fallstudien]. In ders., Vom unfreien Schweben zum freien Fall. Ostdeutsche Intellektuelle im gesellschaftlichen Umbruch, Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt a.M. 1996, S. 179-199; 225-253; 254-268.

Bialas, Wolfgang: *DDR-Philosophie - Ideologie der Macht oder Wissenschaft des Geistes?* In *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* 3/1996, S. 513-516.

Im vorliegenden Band.

Bloch, Jan Robert: *Wie können wir verstehen, daß zum aufrechten Gang Verbeugungen gehörten?* In *Sinn und Form* 3/1991, S. 523-553.

Bluhm, Harald: *Unterwegs? Exemplarische Gedanken zu Wandlungsmöglichkeiten ostdeutscher gesellschaftswissenschaftlicher Intelligenz.* In *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* 11/1991, S. 1176-1192.

Böhler, D[ietrich]: *Offener Brief.* In *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* 10/1991, S. 1172-1174.

Brie, Michael: *Wie den Philosophen der DDR ihr Maulwurf abhandeln kam.* In *Das Argument* 6/1990, S. 923-929.

Caysa, Petra/Eichler, Klaus-Dieter (Iv.): *Öffentlich reden. Im Gespräch über die Leipziger Gesellschaft für Philosophie und Kultur e.V.* In *Berliner Debatte Initial* 4/1993, S. 7-10.

Cerný, Jochen: *Einführung zu Wolfgang Harichs Programm für einen besonderen deutschen Weg zum Sozialismus (1956).* In *Utopie kreativ* 78 - 1997, S. 50-52.

Dammaschke, Mischka (Iv.): *Übergreifender Diskurs und Grenzüberschreitungen: "Deutsche Zeitschrift für Philosophie".* In *hochschule ost* 3-4/97, S. 21-27.

Decker, Kerstin: *Wenn Philosophen sich streiten. Gab es in der DDR nur eine staatlich verordnete Philosophie oder auch philosophisches Denken?* In *Der Tagesspiegel*, 12.8.1997, S. 21.

Im vorliegenden Band.

Dieckmann, Friedrich: *Ein Brief*. In *Sinn und Form* 3/1991, S. 554-559.
Betr. Jan Robert Bloch: Wie können wir verstehen... (s. dort).

Dietzsch, Steffen: *Vom Wiederentdecken eines Unvergessenen. Überlegungen zur ersten Nietzsche-Edition der DDR*. In *Weimarer Beiträge* 6/1990, S. 1018-1026.

Dietzsch, Steffen: *Zum Stand der philosophischen Editionsarbeit in der (ehemaligen) DDR. Ein Nachruf*. In *editio. Internationales Jahrbuch für Editions-wissenschaft* Bd. 5, Max Niemeyer Verlag, Tübingen 1991, S. 227-233.

Dill, Alexander: *Weise erdenken neue Gedanken, Narren verbreiten sie. Das genial-ironische Doppelspiel des Manfred Buhr*. In *Die Zeit* Nr. 38-11.9.1992.

Eichler, Klaus-Dieter: *"... eine Kugel kam geflogen aus der Heimat für mich her..". Zur Geschichte der Berufung Ernst Blochs an die Universität Leipzig*. In *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* 8/1991, S. 839-843.

Eichler, Klaus-Dieter: *Utopie und Geschichte. Anmerkungen zu Walter Markov und Ernst Bloch*. In Manfred Neuhaus/Helmut Seidel (Hg.), "Wenn jemand seinen Kopf bewußt hinhielt..." Beiträge zu Werk und Wirken von Walter Markov. Rosa-Luxemburg-Verein, Leipzig 1995, S. 221-236.

Eichler, Klaus-Dieter: *Tabula rasa und Kontinuität. Anmerkungen zu einer Diskussion*. In *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* 4/1996, S. 685-691.

Im vorliegenden Band.

Eisenfeld, Peter: *Der 'geistige Tod gewissermaßen' des Herrn Prof. Dr. jur. habil. Hermann Klenner oder Ein 'Glücksfall' für die wissenschaftliche und moralische Erneuerung der Humboldt-Universität*. In *Deutschland Archiv* 6/1991, S. 642-645.

Ernst, Anna-Sabine/Klinger, Gerwin: *Der Wille zum Skandal. Der Aus-schluß Ernst Blochs aus der Deutschen Akademie der Wissenschaften*. In *Deutschland Archiv* 12/1995, S. 1253-1263.

Eschke, Hans-Günter: *Das sogenannte "Jenaer Experiment" am Institut für Marxismus-Leninismus der Friedrich-Schiller-Universität Jena*. In *Jenaer Forum für Bildung und Wissenschaft* (Hg.), Universität im Zwiespalt von Geist und Macht. Zu Ergebnissen und Erfahrungen der

hochschulpolitischen Umbrüche in Deutschland von 1945 und 1989/90. Jena 1996, S. 77-86.

Feiereis, Konrad: *Wahrheit - Wissenschaft - Fortschritt. Philosophie in der DDR, betrachtet aus christlicher Sicht*. In W. Ernst/K. Feiereis/S. Hübner/C.-P. März (Hg.), Theologisches Jahrbuch 1991, St. Benno-Verlag, Leipzig 1992, S. 220-244.

Feige, Hans-Uwe: *Ernst Blochs Leipziger Berufung*. In *Deutschland Archiv* 4/1991, S. 379ff.

Feige, Hans-Uwe: *Willkommen und Abschied. Ernst Bloch in Leipzig 1949-1961*. In *Bloch-Almanach* Nr. 11 - 1991.

Feige, Hans-Uwe: *Der "Fall" Ernst Bloch*. In *hochschule ost* 4/1992, S. 29-39.

Feige, Hans-Uwe: *Ketzer und Kampfgenosse. Der Leipziger Ordinarius für Philosophie Ernst Bloch*. In *Deutschland Archiv* 7/1992, S. 697-717.

Feige, Hans-Uwe: *Die Gesellschaftswissenschaftliche Fakultät an der Universität Leipzig 1947-1951*. In *Deutschland Archiv* 5/1993, S. 572-583.

Feige, Hans-Uwe: *Die SED und der „bürgerliche Objektivismus“ 1949/1950*. In *Deutschland Archiv* 10/1995, S. 1074-1083.

Florath, Bernd: *Rückantworten der „Hauptverwaltung Ewige Wahrheiten“*. *Wolfgang Harich ohne Schwierigkeiten mit der Wahrheit*. In *Utopie kreativ* 47/48 - 1994, S. 58-73.

Franzke, Michael: *Wahrheit ohne Dialog? Anmerkungen zur Blochdiskussion*. In *hochschule ost* 3/1993, S. 56-60.

Franzke, Michael: *Die doppelte Verweigerung. Anmerkungen zu Theodor Litt in Leipzig*. In *hochschule ost* 1/1995, S. 38-48.

Freier, Friederike: *Das Robert-Havemann-Archiv in Berlin*. In *Deutschland Archiv* 8/1994, S. 790-792.

Fritzsche, Helmut: *Memorandum zur Errichtung eines Instituts für Philosophie an der Rostocker Universität*. In *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* 4/1990, S. 383-385.

Gansen, Petra: *Marxistisch-leninistische Philosophie und Erkenntnistheorie*. In Dies., Wirkung nach Plan. Sozialistische Medienwirkungsforschung in der DDR. Theorien, Methoden, Befunde, Westdeutscher Verlag, Opladen 1997, S. 26-48.

Gerhardt, Volker: *Fahنشwenken vor den Tribünen der Macht. Rückblick auf den überwundenen Marxismus*. In *Neue Zürcher Zeitung*, 21./22.9.1996.

Gerhardt, Volker: *Die DDR war keine Idylle. Für eine kritische Marxismus-Diskussion. Eine Antwort auf Ulrich J. Schneider*. In *Frankfurter Rundschau*, 29.10.1996.
Im vorliegenden Band.

Gerhardt, Volker: *Philosophieren nach dem Marxismus. Rückblick auf die überwundene Teilung*. In *Information Philosophie* 5/1996, S. 5-23.
Im vorliegenden Band.

Gerhardt, Volker: *Der Geist schwelgt im Futur. Von den Intellektuellen und der DDR-Philosophie*. In *Der Tagesspiegel*, 22.2.1997.
Im vorliegenden Band.

Gerhardt, Volker: *Zur wissenschaftlichen Kritik einer vorgeblich rein wissenschaftlich begründeten Politik*. In *Berliner Debatte Initial* 1-2/1997, S. 5-7.

Gerhardt, Volker: *In den Machtapparat verstrickt*. In *Der Tagesspiegel*, 8.9.1997, S. 13.
Im vorliegenden Band.

Gerhardt, Volker: *Die Asche des Marxismus. Über das Verhältnis von Marxismus und Philosophie*. In *Berliner Debatte Initial* 4/1997, S. 94-112.

Grille, Dietrich: *Thesen zur marxistisch-leninistischen Philosophie*. In Peter Eisenmann/Gisela Schmirber (Hg.), *Deutsche Hochschulen und Europa. Das Zusammenwachsen der deutschen Hochschulen im Rahmen der europäischen Einigung*, Verlag Friedrich Pustet, Regensburg 1990, S. 77-80.

Grille, Dietrich: *Vor 34 Jahren: 'Abwicklung' durch die SED*. In *Deutschland Archiv* 10/1992, S. 1065-1068.

Haible, Wolfgang: *Zur Ästhetikkonzeption von Lothar Kühne und dem Versuch einer materialistischen Herangehensweise an Fragen der ästhetischen Vergesellschaftung*. In Ders., Schwierigkeiten mit der Massenkultur. Zur kulturtheoretischen Diskussion der massenmedialen Unterhaltung in der DDR seit den siebziger Jahren, Decaton Verlag, Mainz 1993, S. 102-114.

Harich, Wolfgang: *Zu Nietzsches spätstalinistischer Aufwertung*. In *Weg und Ziel* H. 2/1993, S. 38ff.

Harich, Wolfgang: *Über die Besonderheiten des deutschen Weges zum Sozialismus [1956]*. In *Utopie kreativ* 78 - 1997, S. 53-66.

Heinrichs, Thomas/Weinbach, Heike: *Mit PhilosophInnen ist ein Staat zu machen. Selbstaufgabe und Abwicklung der DDR-Philosophie*. In *Forum Wissenschaft* 4/1997, S. 51-53.

Im vorliegenden Band.

Henrich, Dieter (Iv.): *Die Philosophie im einen Deutschland*. In *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* 3/1991, S. 225-235.

Henrich, Dieter: *Die Krise der Universität im vereinigten Deutschland*. In *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* 1992, 1239-1257.

Herneck, Friedrich (Iv.): *Leben für die Wahrheit*. In *hochschule ost* 9/1992, S. 25-31.

Herzberg, Guntolf: *Ernst Bloch in Leipzig. Der operative Vorgang „Wild“*. In *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 8/1994, S. 677-693.

Herzberg, Guntolf: *Abhängigkeit und Verstrickung. Die DDR-Philosophie zwischen SED und Staatssicherheit*. In Volker Gerhardt/Henning Ottmann/Martyn P. Thomson (Hg.), *Politisches Denken. Jahrbuch 1994*, Verlag J. B. Metzler, Stuttgart/Weimar 1994.

Herzberg, Guntolf: *Erkenntnis und operatives Interesse. Wie die Stasi die akademische Philosophie einspannte und aushorchte*. In *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 30. 9.1994, S. 42.

Herzberg, Guntolf: *Die Philosophie in der DDR: Ein Fallbeispiel für den Einfluß der SED und des MfS auf die Wissenschaft*. In: *Deutscher Historikertag 1994, Bericht über die 40. Versammlung Deutscher Historiker in Leipzig, 28. September bis 1. Oktober 1994*. Leipziger Universitätsverlag, Leipzig 1995. S. 204-205.

Herzberg, Guntolf: *Warum ist nicht alles so geblieben, wie es war?* In *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* 2/1996, S. 311-313.
Im vorliegenden Band.

Herzberg, Guntolf: *Lautes oder lauter Schweigen? Über die Schwierigkeiten, die DDR-Philosophie aufzuarbeiten.* In *Die Welt*, 11.5.1996, S. G1.
Im vorliegenden Band.

Herzberg, Guntolf: *Leere Schubladen. Zum Mythos einer Subkultur in der DDR-Philosophie.* In *Frankfurter Rundschau*, 6.12.1996, S. 8.
Im vorliegenden Band.

Herzberg, Guntolf: *Manfred Buhr. Ein Porträt.* In *Information Philosophie* 1/1997, S. 34-40.

Horn, Joachim Christian: *Manfred Buhr zum Apparatschik gestempelt.* In *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 3.3.1997, S. 10.
Im vorliegenden Band.

Hörz, Herbert: *Wissenschaftsphilosophie in der DDR. Versuch einer kritischen Betrachtung.* In *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* 1/1991, S. 59-70.

Hörz, Herbert: *Monopolisierung der Meinungen.* In Brigitte Zimmermann/Hans-Dieter Schütt (Hg.), *ohnMacht. DDR-Funktionäre sagen aus*, Verlag Neues Leben, Berlin 1992, S. 91-114.

Irrlitz, Gerd: *Ankunft der Utopie.* In *Sinn und Form* 5/1990, S. 930-955.

Irrlitz, Gerd: *Philosophie in Ostdeutschland von 1945 bis 1950.* In Walter H. Pehle/Peter Sillem (Hg.), *Wissenschaft im geteilten Deutschland. Restauration oder Neubeginn nach 1945. 2. Frankfurter Historik-Vorlesungen*, Fischer Taschenbuchverlag, Frankfurt a.M. 1992, S. 113-124.

Jäger, Manfred: *Zum Tod von Wolfgang Harich.* In *Deutschland Archiv* 4/1995, S. 339-341.

Jung, Joachim: *Aufbau Ost - ein mißglückter Neuanfang.* In Ders., *Der Niedergang der Vernunft. Kritik der deutschsprachigen Universitätsphilosophie*, Campus Verlag, Frankfurt/New York 1997, S. 135-157.

Jung, Joachim: *Zur Krise der deutschsprachigen Philosophie.* In *Berliner Debatte Initial* 3/1997, S. 3-10.

Kapferer, Norbert: *Marxismus-Leninismus als „Hohe Schule der Humanität“ und „Zentrum der Vernunftphilosophie“?* In *Deutschland Archiv* 1/1990.

Kapferer, Norbert: *40 Jahre Marxismus-Leninismus in der DDR. Ein trauriges Kapitel deutscher Philosophiegeschichte.* In *Deutschland Archiv* 10/1990.

Kapferer, Norbert: *Auch Wieder-Vereinigung der Philosophie in Deutschland? Blick zurück auf eine 40- bis 60jährige Teilungsgeschichte.* In Petra Braitling/Walter Reese-Schäfer (Hg.), *Universalismus, Nationalismus und die Neue Einheit der Deutschen*, Fischer Taschenbuchverlag, Frankfurt/M. 1991.

Kapferer, Norbert: *Von der „Macht des Wortes“ zur „Sprache der Macht“ zur Ohn-Macht der Vernunft. Über die Enteignung der Sprache im real existierenden Sozialismus durch die marxistisch-leninistische Philosophie.* In Armin Burkhardt/K. Peter Fritzsche (Hg.), *Sprache im Umbruch. Politischer Sprachwandel im Zeichen von „Wende“ und „Vereinigung“* (Sprache Politik Öffentlichkeit Bd. 1), de Gruyter, Berlin/New York 1992, S. 19-40.

Kapferer, Norbert: *Aufstieg und Fall der „Kaderphilosophie“ in der DDR. Ein Lehrstück zum Verhältnis von Philosophie und Macht.* In Volker Gerhardt/Henning Ottmann/Martyn P. Thompson (Hg.), *Politisches Denken. Jahrbuch 1992*, Verlag J.B. Metzler, Stuttgart/Weimar 1992, S. 117-142.

Karl, Jaqueline: *Eine angeschlagene These. Bemerkungen zu einer Ringvorlesung an der Humboldt-Universität zu Berlin.* In *hochschule ost* 4/1995, S. 111-115.

Klemm, Eberhardt: *Der Vorschein der Musik. Zu Ernst Blochs Musikphilosophie.* In ders., *Spuren der Avantgarde. Schriften 1955-1991*, Edition MusikTexte, Köln 1997, S. 74-81.

Klenner, Hermann: *Erklärung.* In *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* 7/1990, S. 702f.
Betr. Peter Ruben.

Klohr, Olof: *Atheismus und Religion in der DDR.* In G. Heydemann/ L. Kettenacker (Hg.), *Kirchen in der Diktatur*, Göttingen 1993, S. 282-293.

Kodalle, Klaus-Michael: *Zur Erneuerung der philosophischen Institute. Über die Unfähigkeit zur analytischen Kritik.* In *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* 3/1996, S. 503-507.

Im vorliegenden Band.

Köhler, Roland: *Robert Havemanns Vorlesungen gegen den Dogmatismus in der Philosophie (1963/64).* In *Beiträge zur Hochschulentwicklung* o.Nr. (hrsg. vom Zentralinstitut für Hochschulbildung), Berlin 1990, 12 S.

Krause, Andreas: *Formaldehyd für die elfte Feuerbachthese Denken im Staatsdienst: Streit um den Marxismus und die Abwicklung der DDR-Philosophie.* In *Berliner Zeitung*, 18. 4. 1997.

Im vorliegenden Band.

Krüger, Hans-Peter: Philosoph. In Guntolf Herzberg/Klaus Meier, *Karrieremuster. Wissenschaftlerporträts*, Aufbau Taschenbuchverlag, Berlin 1992. S. 372-405.

Krüger, Hans-Peter: *Rückblick auf die DDR-Philosophie der 70er und 80er Jahre.* In Burkhardt Steinwachs (Hg.), *Geisteswissenschaften in der ehem. DDR.* Bd. 1: Berichte, Konstanz 1993, S. 169-187.

Kuczynski, Jürgen: *Gesellschaftliche Widersprüche und die Philosophen der DDR.* In ders., *Ein Leben in der Wissenschaft der DDR*, Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 1994, S. 20-41.

Laitko, Hubert: *Wissenschaftlich-technische Revolution. Akzente des Konzepts in Wissenschaft und Ideologie der DDR.* In *Utopie kreativ* 73/74 - 1996, S. 33-50.

Lauermann, Manfred: *Viel Lärm um Peter Ruben.* In *Forum Wissenschaft* 1/1990, S. 35-39.

Leonhard, Wolfgang: *Die Etablierung des Marxismus-Leninismus in der SBZ/DDR 1945-1955.* In *Aus Politik und Zeitgeschichte* 40/1994, S. 3-11.

Leonhard, Wolfgang: *Die unbekanntenen Klassiker. Marx und Engels in der DDR.* In *Deutschland Archiv* 7/1995, S. 709-720.

Lutter, Hans: *Marxismus - Atheismus - Religionskritik.* In *Berliner Dialog-Hefte* 2/1994, S. 2-17.

Luutz, Wolfgang (Iv.): *Sprache verliert den Geist. Gespräch über ein DFG-Projekt*. In *Berliner Debatte Initial* 4/1993, S. 3-6.

Marquardt, Udo: *Die philosophische Wende. Von der Abwicklung der DDR-Philosophie*. In Peer Pasternack (Hg.), *Eine nachholende Debatte. Der innerdeutsche Philosophenstreit 1996/97 (=hochschule ost special)*, Leipzig 1998, S. 171-179.
Im vorliegenden Band.

Maurer, Reinhard: *Der Liberalismus siegt*. In Peer Pasternack (Hg.), *Eine nachholende Debatte. Der innerdeutsche Philosophenstreit 1996/97 (=hochschule ost special)*, Leipzig 1998, S. 138-158.
Im vorliegenden Band.

Mocek, Reinhard: *Vom „mutigen Bade in der Politik“. Anmerkungen zu den Wissenschaften von der Gesellschaft in der DDR*. In *Utopie kreativ* 14 - 1991, S. 37-42; 15 - 1991, S. 15-19.

Mocek, Reinhard: *Versuch zur Bilanz der Wissenschaftstheorie in der DDR. Entstehung - Inhalte - Defizite - Ausblicke*. In *Dresdner Beiträge zur Geschichte der Technikwissenschaften* H. 22, Dresden 1994, S. 1-30.

Mocek, Reinhard: *Naturwissenschaft und Philosophie in der DDR. Ein Balanceakt zwischen Ideologie und Kognition*. In Karin Weismann/Peter Kröner/Richard Toellner (Hg.), *Wissenschaft und Politik. Genetik und Humangenetik in der DDR (1949-1989)*, Lit Verlag, Münster 1997, S. 97-115.

Okun, Bernd: *Ich habe immer Öffentlichkeit gewagt*. In Bernd Lindner/Ralph Grüneberger (Hg.), *Demonteurs. Biographien des Leipziger Herbst*, Aisthesis Verlag, Bielefeld 1992, S. 147-166.

Paech, Norman: *Betrifft: Der 'geistige Tod gewissermaßen' des Herrn Prof. Dr. jur. habil. Hermann Klenner, Heft 6/1991*. In *Deutschland Archiv* 9/1991, S. 967.

Pasternack, Peer: *Eine nachholende Debatte. Der innerdeutsche Philosophenstreit 1996/97*. In *Comparativ* 4/1998, S. 91-102.
Im vorliegenden Band.

Pawelzik, Ralf: *Der Lehrstuhl für wissenschaftlichen Atheismus an der Universität Jena und die internationalen Colloquien über Soziologie der Religion in den sozialistischen Ländern*. In *Evangelische Akademie Berlin-Brandenburg* (Hg.), *Staat-Kirche-Beziehungen in der DDR und*

anderen ehemals realsozialistischen Ländern 1945 bis 1989. Wissenschaftliches Kolloquium im Adam-von-Trott-Haus vom 17. bis 19. Dezember 1993, Berlin 1994, S. 73-78.

Raschel, Heinz: *Geschichtsphilosophische Überlegungen: Nietzsche, Herder, Kant...* In Deutscher Akademischer Austauschdienst DAAD, Außenstelle Paris (Hg.), Landeskunde im Unterricht: Zur Einbeziehung der DDR, Paris 1995, S. 82-97.

Zur Nietzsche- und Herder-Rezeption in der DDR.

Rauh, Hans-Christoph: *Der Greifswalder Universitätsphilosoph Günther Jacoby und die DDR-Philosophie.* In *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* 3/1994, S. 498-504.

Redaktion Deutsche Zeitschrift für Philosophie: *Zu diesem Heft.* In *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* 2/1990, S. 97.

Römer, Ruth: „*Und da kämen diese Gängster*“. *Wie die Staatssicherheit Ernst Bloch abhörte.* In *Deutschland Archiv* 3/1994, S. 265-271.

Rossade, Werner: *Zur Geschichte der Philosophie in der DDR.* In *Deutschland Archiv* 7/1992, S. 752-754.

Ruben, Peter: *Die DDR und ihre Philosophen. Über Voraussetzungen einer Urteilsbildung.* In *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* 1/1991, S. 50-58.

Salchow, Claudia: *Plädoyer für das Erinnern. Anmerkungen zu Leben, Werk und Nachlaß von Wolfgang Heise.* In *hochschule ost* 3/1996, S. 92-101.

Sandkühler, Hans Jörg: *Nach Marx. Über einige Gründe der Selbstzerstörung eines Paradigmas und symbolischer Form.* In *hochschule ost* 4/1993, S. 5-26.

Schenuit, Jörg: *Zeitschriftenportrait. Deutsche Zeitschrift für Philosophie.* In *Politische Vierteljahresschrift* 2/1997, S. 373-377.

Schliwa, Harald/Zeddies, Helmut: *Theologen und marxistische Gesellschaftswissenschaftler im Dialog.* In *Die Zeichen der Zeit* 7/1990, S. 167-172.

Schmid, Wilhelm: *Zur Situation der Philosophie.* In *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* 2/1996, S. 313f.

Im vorliegenden Band.

Schneider, Ulrich Johannes: *Situation der Philosophie, Kultur der Philosophen. Über die neudeutsche Universitätsphilosophie.* In *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* 1/1996, S. 149-159.

Im vorliegenden Band.

Schneider, Ulrich Johannes: *The Situation of Philosophy, the Culture of the Philosophers: Philosophy in the New Germany.* In *Social Research* 64 - 1997, S. 281-300.

Schneider, Ulrich Johannes: *Situation de la philosophie, culture des philosophes. La philosophie dans le universités de l'Allemagne nouvelle.* In *Allemagne de'aujourd'hui* 140 - 1997, S. 42-59.

Schneider, Ulrich Johannes: *Der Philosophenbetrieb ist in Schweigen gebettet.* In *Leipziger Volkszeitung*, 14./15.9.1996, S. 5.

Schneider, Ulrich Johannes: *Der Skandal der Abwicklung. Selbstvergessen. Wie deutsche Philosophen die DDR-Geschichte verdrängen.* In *Frankfurter Rundschau*, 15.10.1996.

Im vorliegenden Band.

Schneider, Ulrich Johannes: *Hinter Mauern aus Text. Mutmaßungen über die DDR-Philosophie.* In *Die Zeit* Nr. 6-31.1.1997, S. 54.

Im vorliegenden Band.

Schneider, Ulrich Johannes: *Reflections on philosophy in the universities of the former German Democratic Republic.* In *Intellectual News* 2/1998, S. 74-79.

Schneider, Ulrich Johannes (Iv.): *Wenn Philosophen sich streiten.* In *Der Tagesspiegel*, 12.8.1997, S. 21.

Im vorliegenden Band.

Schölzel, Arnold: *Von der Kritik zur Esoterik. Rudolf Bahro.* In: *Utopie kreativ* 88 - 1998, S. 70-76

Schreiter, Jörg: *Erklärung des Chefredakteurs.* In *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* 1/1990, S. 96.

Schröder, Richard: *"Welchen Platz kann die Philosophie künftig in unserem Landes beanspruchen, und vor welchen Aufgaben steht sie?" Antwort auf die Umfrage der Deutschen Zeitschrift für Philosophie.* In Ders., *Denken im Zwielficht. Vorträge und Aufsätze aus der Alten DDR.* J.C.B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen 1990, S. 182-217.

Schröder, Richard: *Grundfrage der Philosophie. Hinweise zur anstehenden philosophischen Vergangenheitsbewältigung in der DDR.* In *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* 11/1990, S. 1064-1082.

Schubert-Lehnhardt, Viola: *Christlich-marxistischer Dialog. Rückblick auf Standpunkte zu medizinethischen Fragestellungen in der DDR.* In *Berliner Dialog-Hefte* 3/1994, S. 20-25.

Schütze, Wolfgang: *Lebendigkeit der Wissenschaftsforschung. Zum Beitrag des Instituts für Theorie, Geschichte und Organisation der Wissenschaft (ITW) der AdW der DDR.* In Hans Bertram (Hg.), *Soziologie und Soziologen im Übergang. Beiträge zur Transformation der außeruniversitären soziologischen Forschung in Ostdeutschland*, Leske + Budrich, Opladen 1997, S. 115-126.

Seminarum. Forschungs- und Studienmaterialien, hrsg. von Studenten der Sektion Marxistisch-leninistische Philosophie an der Karl-Marx-Universität Leipzig. In Frank Eckart, *Eigenart und Eigensinn. Alternative Kulturszenen in der DDR (1980-1990)*, Edition Temmen, Bremen 1993, S. 216-218.

Bibliographisches Kompletverzeichnis.

Siemons, Mark: *Im Zeichen des Zirkels. Ein Streit um das philosophische Erbe der DDR.* In *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 10.2.1997, S. 29. Im vorliegenden Band.

Sparschuh, Vera/Weiß, Johannes: *Soziologische Theorie in der DDR.* Peter, Lothar: *Autonomiedefizit: Soziologische Theorie in der DDR. Kommentar zum Beitrag von Vera Sparschuh und Johannes Weiß.* In Hans Bertram (Hg.), *Soziologie und Soziologen im Übergang. Beiträge zur Transformation der außeruniversitären soziologischen Forschung in Ostdeutschland*. Leske + Budrich, Opladen 1997, S. 305-346.

Stekeler-Weithofer, Pirmin (Iv.): *Philosophieren heute. Im Gespräch mit dem Geschäftsführenden Direktor des Instituts für Philosophie an der Universität Leipzig.* In *hochschule ost* 2/1993, S. 45-51.

Stekeler-Weithofer, Pirmin: *Philosophie in Leipzig: Neubeginn oder Kontinuität?* In *hochschule ost* 8/1993, S. 46-51.

Suetsugu Toshiyasu: *Plädoyer für einen „Streit der Konzepte“*. In Peer Pasternack (Hg.), *Eine nachholende Debatte. Der innerdeutsche Philosophenstreit 1996/97 (=hochschule ost special)*, Leipzig 1998, S. 159-170. Im vorliegenden Band.

Teller, Jürgen: *Incipit vita nova - Formel des Tatbestandes oder der Philosophie. Antrittsvorlesung am Mittwoch, den 8.1.1992*. In *hochschule ost* 2/1992, S. 32-37.

Thom, Martina/Düsterwald, Brigitte: *Wie weiter mit der Philosophie?* In *Das Hochschulwesen* 8/1990, S. 258-259.

Thom, Martina: *Philosophiehistorische Forschung und historischer Materialismus. Prüfung eines Konzepts der Bewußtseinsanalyse*. In *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* 2/1991, S. 124-135.

Uhl, Elke: *Zur Publikationsgeschichte von "Ernst Blochs Revision des Marxismus" (1957)*. In *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* 8/1991, S. 846-851.

Uhl, Elke: *Philosophieren unter der Machtfrage. Das Jahr 1956 am Leipziger Institut für Philosophie*. In *hochschule ost* 2/1992, S. 39-45.

„UnAufgefordert“: *Die 11. Feuerbach-These im Humboldt-Foyer: Ein Denkmal - Pfahl im Fleische des Universitätskörpers*. In *hochschule ost* 1/1995, S. 102-104.

Warnke, Camilla: *Über Parteipolitik in der DDR-Philosophie*. In *Leviathan* 3/1991, S. 372-385.

Wahsner, Renate: *Die vergessene Reflexion oder Wir, die wir alle Opfer waren - und ein kleines bißchen schuldig*. In *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* 5/1991, S. 263-571.

Welchen Platz kann die Philosophie künftig in unserem Lande beanspruchen und vor welchen Aufgaben steht sie? Umfrage. In *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* 6/1990 (Richard Schröder, Gottfried Stiehler, Jürgen Kuczynski, Thomas Kuczynski), 7/1990 (Wolfgang Rüdiger, Werner Ebeling, Irene Dölling), 8/1990 (Wolfgang Engler, Gerd Drechsler), 9/1990 (Paul Ziesche).

Wirth, Günther: *Katechismusfragen der Inquisition statt geistiger Auseinandersetzung. Liselotte Richter, die Berliner Universität und die SMA 1946 bis 1948*. In *Utopie kreativ* 29/30 - 1993, S. 79-93.

Wittich, Dieter: *Erkenntnistheorie und Erkenntniswirklichkeit in der DDR*. In *hochschule ost* 3/1996, S. 83-91.

Wöhler, Hans-Ulrich: *Die Erfahrung des Anderen*. In *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* 3/1996, S. 507-513.
Im vorliegenden Band.

Zeddies, Helmut: *Theologen und Marxisten im Dialog über Wahrheit*. In *Die Zeichen der Zeit* 10/1990, S. 251-252.

Zehm, Günter: *Der „Eisenberger Kreis“ und der Bloch-Kreis an der Jenaer Universität*. In Herbert Gottwald (Hg.), *Universität im Aufbruch. Die Alma mater Jenensis als Mittler zwischen Ost und West, academica & studentica Jenensia*, Jena/Erlangen 1992, S. 333-337.

Zill, Rüdiger: *Staatsphilosophie*. In *Frankfurter Rundschau*, 14.5.1996, S. 16.
Im vorliegenden Band.

Autoren & Autorinnen

Wolfgang Bialas, Dr. sc. phil., Universität Potsdam, Institut für Philosophie.

Kerstin Decker, Berlin.

Klaus-Dieter Eichler, Dr. sc. phil., Universität Leipzig, Institut für Philosophie.

Volker Gerhardt, Prof. Dr., Humboldt-Universität zu Berlin, Institut für Philosophie.

Thomas Heinrichs, Dr. phil., Philosoph, Berlin.

Guntolf Herzberg, Dr. phil., Humboldt-Universität zu Berlin, Institut für Philosophie.

Joachim Christian Horn, Prof. Dr. phil., Pentling-Großberg.

Klaus-M. Kodalle, Prof. Dr., Friedrich-Schiller-Universität Jena, Institut für Philosophie.

Andreas Krause, Berlin.

Udo Marquardt, Dr. phil., Journalist, Unkel bei Bonn.

Reinhart Maurer, Prof. Dr. phil., Freie Universität Berlin, Institut für Philosophie.

Peer Pasternack, Dipl.-Pol., *hochschule ost*-Herausgeber, HoF Wittenberg - Institut für Hochschulforschung an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.

Wilhelm Schmid, Dr. phil., Pädagogische Hochschule Erfurt, Institut für Philosophie.

Ulrich Johannes Schneider, Dr. phil., Universität Leipzig, Institut für Philosophie.

Mark Siemons, Journalist, F.A.Z.-Büro Berlin.

Suetsugu Toshiyasu M.A., Philosoph, Berlin.

Heike Weinbach, Dr. phil., Philosophin, Berlin.

Hans-Ulrich Wöhler, Doz. Dr., Technische Universität Dresden, Institut für Philosophie.

Rüdiger Zill, Dr. phil., Einstein-Forum Potsdam.

hochschule ost. leipziger beiträge zu hochschule & wissenschaft

1. Jahrgang 1991/92

Themenschwerpunkte: Die ostdeutschen Hochschulgesetze * Die Erneuerung und ihre Kriterien * Hochschulstruktur in Sachsen * Heinrich Fink und der Umgang mit der Vergangenheit * Bundestagsausschuß-Anhörung: Perspektiven der Hochschulentwicklung * Ostdeutsche Geschichtswissenschaft zwischen Gestern und Morgen * Jürgen Teller Honorarprofessor * Ehrenpromotion Hans Mayer in Leipzig * HRG - Genesis im Westen und Wirkung im Osten * Kirchliche Hochschulen zwischen Nische und Fusion * Kritische Geistes- und Sozialwissenschaften nach dem Ende des Sozialismus * Wissenschaft Ost 1989/90 * Europäische Universität Erfurt * Die Studierenden 1989/90

2. Jahrgang 1992/93

Themenschwerpunkte: Drei Jahre Wissenschaftsumbau in Berlin-Ost * 2. Deutschlandkongreß habilitierter Wissenschaftler * Frauen in der Ostwissenschaft * Sächsische Hochschülerneuerung aus Oppositions-perspektive * Ostdeutsche Studentengemeinden - Geschichte und Funktionswandel * Hochschulen und MfS * Methodologische Wende? * Verbände(-Schicksale) im Osten * Ostdeutsche Entwicklungsländerforschung in der DDR und danach * Positionen zum Sächsischen Hochschulgesetz * Personalstruktur-Neugestaltung * Die ostdeutschen Archive * Forschung und Technologie in Osteuropa * Sozial- und Geisteswissenschaften Ost: Zwischenbilanzen des Umbaus * Politische Stiftungen an ostdeutschen Hochschulen

3. Jahrgang 1993/94

Themenschwerpunkte: Erneuerungsgruppen bilanzieren * Institution Hochschule und Landeshochschulrecht * Politische Kündigungen in der ostdeutschen Hochschulmedizin - eine Debatte * Gleichstellungsmanagement Ost * Bundestagsdebatte: Industrieforschung in den neuen Bundesländern * Habilitiertentagung in Leipzig * Streitfall Multiple Choice * Studierende 1994 * Berufungsverfahren West und Ost * Singularitäten

4. Jahrgang 1994/95

Themenschwerpunkte: Forschung über Wissenschaft Ost * Dissertationen in der DDR * Singularitäten * Fern studieren in Ostdeutschland * Archive in Ostdeutschland II * Mittel- und Osteuropa: Wissenschaft im Transit * Sozialistische Intelligenz * Kirche & Hochschule, Theologie & Politik I * Synopse Hochschulrecht Ost

5. Jahrgang 1995/96

Themenschwerpunkte: Prekäre Wissenschaftsstrukturen Ost * Singularitäten * Erziehungswissenschaft, Potsdamer Modell & Bildungsforschung Ost * Kirche & Hochschule, Theologie & Politik II * Dialektik der Einpassung * Tschechien: Hochschulforschung & Bibliothekssystem * Frauenforschung Ost: Geschichte & Bilanz des Neubeginns * Ausbildungsförderung: Politik & Protest in Ost & West * kunsthochschule ost

6. Jahrgang 1997

Themenschwerpunkte: Göttinger Vorträge zum Wissenschaftsumbau Ost * Haushaltspolitik & Hochschulstrukturentwicklung I * Akademische Medizin * Haushaltspolitik & Hochschulstrukturentwicklung II * Ostdeutsche SozialwissenschaftlerInnen melden sich zu Wort * Zeitschriften * Bibliotheken

Insgesamt 47 Hefte, 5.305 Seiten. Nachbestellungen nur jahrgangsweise (jeweils DM 100,- zzgl. Versandkosten) oder komplett (DM 450,- zzgl. Versandkosten)

Schützgebühren: Einzelheft DM 25,-. Jahresabonnement (4 Ausgaben) DM 98,-. PrivatabonnentInnen DM 42,-. Nichtverdienende DM 31,-. (Abogebühren inklusive DM 10,- Versandkosten)

Kündigungen: Jeweils bis 6 Wochen vor Ablauf des Jahres für den folgenden Jahrgang.

Konto: 45 37 343, Bayerische Vereinsbank Leipzig, BLZ 860 200 86.

Gemäß §33 BDSG weisen wir unsere AbonnentInnen darauf hin, daß wir Namen und Anschrift ausschließlich zum Zweck der Abonnementverwaltung maschinell gespeichert haben.

Kopiervorlage:

Bestellung	
Ich/wir bestelle/n:	
1. ein kostenloses Probeexemplar zum Kennenlernen	DM 0,--
2. Nachbestellung Jahrgang 19...../.....	DM 100,- zzgl. Versandkosten
3. Nachbestellung 1. - 6. Jahrgang	DM 450,- zzgl. Versandkosten
4.mal <i>hochschule ost</i> im Jahresabonnement (4 Hefte incl. DM 10,- Versandkosten)	à DM 98,-
5.mal <i>hochschule ost</i> im PrivatabonnentInnen-Abo (4 Hefte incl. DM 10,- Versandkosten)	à DM 42,-
6.mal <i>hochschule ost</i> im Abo für Nichtverdienende (4 Hefte incl. DM 10,- Versandkosten) (Begründung der Anspruchsberechtigung bitte unterstreichen: Studierende/r – Erwerbslose/r – Vorruheständler/in – Pensionär/in –	à DM 31,-
Sonstiges:.....)	
Die Bezahlung erfolgt nach Rechnungslegung mit dem ersten Heft. Habe ich mich für 4., 5. oder 6. entschieden, so erkläre ich mich damit einverstanden, daß sich mein Abonnement jeweils um ein Jahr verlängert, wenn ich es nicht bis vier Wochen (Poststempel) vor Ablauf der Bestellfrist kündige.	
.....	
Name	
.....	
Adresse	
.....	
.....	
Datum	Unterschrift
Es ist mir bekannt, daß meine Bestellung erst wirksam wird, wenn ich sie gegenüber dem Anbieter nicht innerhalb von zehn Tagen (Poststempel) widerrufe.	
.....	
2. Unterschrift	

Einzusenden an:
Arbeitskreis Hochschulpolitische Öffentlichkeit, StuRa Universität Leipzig,
PSF 920, 04009 Leipzig